

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

189/190 · Juli/August 2006

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	581
Essay	
SUSANNA BÖHME-KUBY Die Nachgeborenen und Tucholsky	583
Marx-Engels-Gesamtausgabe	
THOMAS MARXHAUSEN »MEGA – MEGA« und kein Ende	596
Gesellschaft – Analyse & Alternativen	
RAINER RILLING Eine vergessene Linke?	618
LUIGI WOLF Neuformierung der Linken – auch in Frankreich? Bericht vom 33. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei vom 23. bis 26. März 2006	622
Debatte Grundsicherung	
FRIEDRICH W. SIXEL Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus	640
MEINHARD CREYDT Die Befreiung der Arbeit	648
Dokumentierte Geschichte	
HEINZ SCHÄFER Darmstadt 1950. Ein Stück Vorgeschichte zum KPD-Verbot 1956	658
JOSEF MALLMANN Und immer noch Opfer des Kalten Krieges!	666

GÜNTER WIRTH  
Der andere Transformationsprozeß  
Besichtigung von Autobiographien 668

## Ausstellung

HEIDRUN HEGEWALD  
Frauenbilder 688

## Jugendkultur

DORIS KATHEDER  
Vom Girlie zum Görl?  
Mädchenbilder nichtkommerzieller Jugendmagazine  
zwischen Anspruch und Wirklichkeit 694

CHRISTOPH SCHAUB  
Die Banlieue und das Feuer.  
Urbaner Raum und ästhetische Selbstbehauptung  
in den Rap-Lyrics von La Rumeur 702

## Rosa-Luxemburg-Konferenz 2006

MICHAEL BRIE  
Was hätte Rosa gesagt? 710

GEORG FÜLBERTH  
Fragen zum Kapitalismus 721

MICHAEL KRÄTKE  
Neun vorläufige Antworten auf neun schwierige Fragen 728

MANFRED SOHN  
Marx, Luxemburg und die Unentbehrlichkeit  
des Feminismus. Eine kurze Replik zu Evelin Wittich 748

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 752

## Bücher & Zeitschriften

Ulrich Maurer, Hans Modrow (Hrsg.): Überholt wird links. Was kann, was will, was soll die Linkspartei (WOLFRAM ADOLPHI)	754
Andreas Heyer: Die Utopie steht links! Ein Essay (MARTIN D'IDLER)	757
Annemarie Türk (Hg.): Grenzverkehr, Literarische Streifzüge zwischen Ost und West	
Helga Rabenstein et al. (Hg.): Kulturräume. Universitäten Klagenfurt, Koper, Ljubljana, Maribor, Trieste, Udine. Drava	
Werner Wintersteiner: Poetik der Verschiedenheit. Literatur, Bildung, Globalisierung (JENS LANGER)	758
Paul Windolf (Hrsg.): Finanzmarkt-Kapitalismus, (ULRICH BUSCH)	761
<b>Summaries</b>	764
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	768

# JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Das JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung erscheint derzeit im fünften Jahrgang im Verlag NDZ GmbH. Herausgeber ist der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Dreimal im Jahr, jeweils im Januar, Mai und September, wendet sich die Publikation an Fachhistoriker und historisch Interessierte; informiert über Ergebnisse der historischen Forschung zur deutschen, europäischen und außereuropäischen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte demokratischer sozialer Bewegungen, zur Alltagsgeschichte u. a. m. Sie will einen Beitrag zur Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung seit deren Entstehen im 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart leisten. Das JahrBuch enthält wissenschaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biographische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über wissenschaftliche Tagungen, Informationen über wissenschaftliche und Bildungseinrichtungen sowie Gedenkstätten. Das JahrBuch hat außerdem einen umfangreichen Rezensionen- und Annotationsteil.

Um auch weiterhin das Erscheinen in der gewohnten Qualität zu sichern, lädt die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ein, Abonnent und/oder Autor des JahrBuchs zu werden. Der Bezug ist über die Redaktion möglich.

Das Einzelheft ist für 10 € erhältlich; drei Hefte mit einem Jahresumfang von mindestens 660 Seiten kosten im Jahresabonnement inkl. Versand im Inland 25 €, im Ausland 35 €.

Im Internet ist das JahrBuch unter [www.arbeiterbewegung-jahrbuch](http://www.arbeiterbewegung-jahrbuch) zu finden. Für die Zusendung von Beiträgen, Anfragen ist die Redaktion unter folgenden E-Mail-Adressen erreichbar:

[redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:redakteur@arbeiterbewegung-jahrbuch.de) oder

[redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

für Rezensionen, Annotationen u.ä. [rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:rezension@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

und für Bestellungen von Heften und Abos sowie Werbung

[bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de](mailto:bestellung@arbeiterbewegung-jahrbuch.de).

Postadresse der Redaktion: Weydingerstraße 14-16, D-10178 Berlin

# VorSatz

*»Alles, was besteht, ist wert, daß es zu Grunde geht«, das ließ Goethe Mephisto bereits vor 200 Jahren sagen. Man sollte meinen, dass eine solche Erkenntnis sich allmählich verbreitet und insbesondere bei Politikern – den Spezialisten für das Allgemeine – durchgesetzt hätte. Natürlich geht das Bestehende, gerade wenn es sich um gesellschaftliche Erscheinungen handelt, nicht von alleine unter. Dazu bedarf es gesellschaftlicher Vorgänge und gesellschaftlicher Akteure. Der schlichte Untergang reicht aber Politikern mitunter nicht, es muss hinterhergestoßen und getreten werden.*

*Der Anlass für solche Reminiszenzen ist, dass deutsche Geschichte in Deutschland wieder ins Gerede gekommen ist. »Geschichtsbewältigung« ist das Unwort dieser Tage. Es geht dabei nicht um die gesamte deutsche Geschichte, auch nicht um die Geschichte des letzten Jahrhunderts, bewahre. Es geht um einen zeitlich begrenzten und regionalen Ausschnitt, es geht – mal wieder – um die Deutsche Demokratische Republik, die DDR. Schon die vorige Bundesregierung hatte eine Kommission beauftragt, eine Expertise zu erstellen, wie mit der Geschichte der DDR fürderhin umzugehen sei. Was sich jetzt abspielt, ist ein doppelter Vorgang: Zum einen hat die Kommission ihr Werk getan und ihre Vorschläge öffentlich unterbreitet; zum anderen hat ein sich zuständig fühlender Staatsminister dem Ergebnis der Kommission sofort öffentlich widersprochen.*

*Kommt die DDR in den Darlegungen der Kommission etwa positiv oder gar zu positiv weg? Die Frage ist überflüssig, es war eine obrigkeitlich eingesetzte Kommission, so etwas funktioniert in Deutschland. Selbstredend kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass das Unrecht der DDR-Geschichte dauerhaft im Gedächtnis des deutschen Volkes befestigt werden müsse. Allerdings formulierte sie auch die Meinung, dass dies möglichst differenziert, ausgewogen und in einigermaßen rationalen Strukturen erfolgen solle.*

*Dem bereits erwähnten Staatsminister war das offensichtlich schon zuviel. Er schnauzte, die Empfehlungen der Kommission seien das eine, und das, was die Bundesregierung tun wird, das andere. Differenziertheit und Angemessenheit sind der jetzt herrschenden Fraktion der politischen Elite für den Umgang mit der DDR-Geschichte nicht angemessen. Und das macht aus ihrer Sicht Sinn. Die Stimmung ist schlecht im Lande. Als ob die DDR-Geschichte selbst (oder, um den eigentlichen Widerspruch schon einmal anklingen zu lassen: die Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit) nicht schon schlimm genug gewesen ist, ein negatives Gegenbild wird von den Herrschenden gebraucht – wie*

*sie meinen, damit die alltägliche Misere doch noch einigermaßen erträglich erscheint. Aktuelles Beispiel: Die Bundeskanzlerin gab kürzlich bekannt, dass die bevorstehende Gesundheitsreform selbstverständlich auf Kosten der Versicherten und Kranken gehen wird. Was soll da ein differenzierender Hinweis darauf, dass das Gesundheitssystem der DDR möglicherweise auch positive Seiten gehabt hat?*

*Die Deutung und Bewertung von Geschichte gehören zu den Herrschaftsinstrumenten, vor allem bei gegebener geistiger Hegemonie. Das funktioniert allerdings nur, wenn sie rational sind und einigermaßen den historischen Realitäten entsprechen. Um es mit Goethe anzugehen: Die DDR ist es wert gewesen, zu Grunde zu gehen, weil sie zum einen im internationalen Wettbewerb trotz lauthals verkündetem Gegenteil nicht bestehen konnte und sich allmählich selbst auffraß und weil zum anderen im letzten Jahrzehnt eine vorherige mehrheitliche (überwiegend passive) Akzeptanz immer schneller in einen mehrheitlichen Akzeptanzverlust umgeschlagen ist. Das war – verkürzt – der geschichtliche Vorgang, die Akteure waren die Teilnehmer an den Montagsdemonstrationen in Leipzig, die Bürgerrechtler, die Botschaftsbesetzer in Budapest und Prag, die jugendlichen Demonstranten der Gegenveranstaltungen zum 40. Jahrestag der DDR etc. und letztlich die Mehrheit der DDR-Bevölkerung einschließlich der Mehrheit ihrer Eliten.*

*Ein einseitiges, dämonisiertes Geschichtsbild, das die »gute« Geschichte (alte Bundesrepublik) von »schlechter« Geschichte (DDR) abheben will, bleibt niemals unwidersprochen, schon gar nicht solange die Zeitzeugen leben. Und auch danach nicht; unweigerlich wird es von kommenden Generationen, von Historikerinnen und Historikern und vom kollektiven Gedächtnis des Volkes und der sozialen Klassen thematisiert und an den historischen Fakten überprüft. Das gilt auch für die DDR. Ein einseitiges, isoliertes und dämonisiertes Bild von der DDR-Geschichte wird den Realitäten nicht gerecht, es wird seine ihm zugedachte Funktion nicht erfüllen, sondern eher Nostalgie und Mystifizierungen Vorschub leisten. Die Teilung Deutschlands war letztlich das Resultat eines mörderischen Krieges, der von Deutschland ausgegangen ist und in dem im Namen des deutschen Volkes entsetzliche Verbrechen begangen worden sind. Der Sieg der Alliierten war auch ein Sieg des Humanismus. Die Siegermächte haben Deutschland geteilt. Die beiden Teile Deutschlands wurden recht schnell jeweils in die feindlichen Fronten des Kalten Krieges eingegliedert, nicht ohne willfährigen Opportunismus beiderseits. NATO hier – Warschauer Vertrag dort, Europäische Gemeinschaft dort – Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe hier, parlamentarische Demokratie hier – bürokratischer Zentralismus da, Marktwirtschaft im Westen – Planwirtschaft im Osten, das alles kann und soll nicht gegenseitig aufgewogen werden. Letztlich ist der Staatssozialismus zugrunde gegangen, weil er den emanzipatorischen Ansprüchen von Sozialismus nicht gerecht wurde.*

*Die Geschichte der DDR mit ihren unbestreitbaren negativen und auch vorhandenen positiven Seiten kann nicht verstanden werden, wenn sie nicht in den Kontext der deutschen Zweistaatlichkeit gestellt wird. Eines Tages werden auch die heutige Bundesrepublik Deutschland und der Kapitalismus zu Grunde gehen, eben weil sie bestehen. Auch sie sind nicht ohne historische Alternativen.*

## SUSANNA BÖHME-KUBY

# Die Nachgeborenen und Tucholsky

Noch immer wird Tucholsky in Deutschland gelesen, vermutlich sogar von Helmut Kohl (»Das ist der, den ich immer einpacke, wenn ich mal wegfare«, 1990). Aber wird er noch gelesen als politischer Publizist? Oder vielmehr als unsterblicher Humorist und Satiriker? Scheiden sich an ihm noch immer die Geister? Siebzig Jahre nach seinem Tode stellen sich uns noch einmal Fragen nach der Natur seiner Dauerhaftigkeit und nach Konsistenz oder eventueller Wirkung auch seiner politischen Aussagen heute.

Von den deutschen Schriftstellern, die es bereits in der Weimarer Republik zu Ansehen gebracht hatten, haben nur ganz wenige derer, die nicht wie Brecht oder Thomas Mann »Weltliteratur« geschrieben haben, das Dritte Reich, bzw. die Emigration literarisch überlebt, d. h. nach dem Zweiten Weltkrieg die Öffentlichkeit über den literarischen Markt erreicht.

Beispiellos war nach 1945 – und zwar in beiden deutschen Nachkriegsstaaten! – die Renaissance des Berliners Kurt Tucholsky, der im Dezember 1935 vereinsamt und verzweifelt in der schwedischen Emigration aus dem Leben geschieden war.

Alles, was er selbst zwischen 1907 und 1932 in Buchform veröffentlicht hatte, ist nachgedruckt worden; in verschiedenen Ausgaben seiner *Ausgewählten* und *Gesammelten Werke* (GW) sind mit Nachtragsbänden bis in die 80er Jahre in West und Ost etwa 1800 der insgesamt mehr als 2900 seinerzeit in mehr als 80 Zeitschriften und Zeitungen gedruckten Beiträge erschienen, und seit 1995 werden in der auf 22 Bände angelegten *Gesamtausgabe Texte und Briefe* (GA), die an der Ossietzky-Universität in Oldenburg erarbeitet wird, nach und nach alle vorhandenen Schriften zugänglich gemacht. Seine Lieder und Gedichte sind auf Tonträgern aller Art verbreitet.

Die Sekundärliteratur über ihn nimmt Jahr für Jahr um neue Forschungsergebnisse zu, obwohl er beharrlich von deutschen Germanisten gemieden wurde und wird. Seit den fünfziger Jahren gibt es immer wieder Versuche »biographischer Annäherungen«<sup>1</sup>, aber *das* Buch über Tucholsky entstand dennoch nicht. Bis jetzt ist es noch niemandem gelungen, sein Leben, seine Gesinnung, seine mit seinem Schreiben verfolgten Absichten und Zielvorstellungen, seine riesige Produktion – die kein formales oder stilistisches Zentrum hat – »sein Werk« also kaum zu nennen ist, seine Zeit, sein Milieu, seine Wirkung zu einem Ganzen zu verweben. Ob es dazu einmal kommen wird, darf bezweifelt werden. Dieses Defizit in der Sekundärliteratur erklärt sich m. E. aus objektiven, offenbar nicht auszuräu-

Susanna Böhme-Kuby – Dr. (Dissertation an der Universität Pisa über die Rezeption Brechts in Italien 1923–1973), lehrt Deutsche Literatur an den Universitäten von Udine und Venedig; Buchveröffentlichungen u. a. zur Pressegeschichte (Das Neueste aus Paris. Deutsche Presseberichte 1789–1795, Knesebeck & Schuler, München 1989), Kurt Tucholsky (Non più, non ancora. Kurt Tucholsky e la Repubblica di Weimar, Il melangolo, Genova, 2002), Mitarbeit an Zeitschriften in Italien (L'Indice) und Deutschland (Blätter für deutsche und internationale Politik, Ossietzky).

Vortrag im Brecht-Zentrum in Berlin am 12. Januar 2006 anlässlich des 70. Todestags Tucholskys (21. Dezember 1935).

1 So der Untertitel der Biographie von Michael Hepp: Kurt Tucholsky. Biographische Annäherungen, Reinbek, Rowohlt, 1993.

menden Schwierigkeiten, die es letztlich unmöglich machen, diesem vielseitigen Talent mit seiner enormen Produktivität und großen Breitenwirkung einen festen Platz in einer hierarchisch gegliederten Literatur zuzuweisen.

Ord nende Begriffe wie Dichter, Lyriker, Satiriker, Publizist oder Journalist heben auch auf literarische Rangordnungen ab. In einer Untersuchung über den Journalisten Tucholsky steht der Satz:

»Tucholsky war Satiriker, Lyriker, Essayist, Kabaret-Texter, Humorist, Literat, politischer Kritiker – aber all dies stets in der Berufsrolle des Journalisten.«<sup>2</sup>

Zur Widerlegung genügte es schon, an die beiden Liebesromane zu erinnern, die von Anfang an das waren, was man heute Bestseller nennt. Für sich selbst, wie für sein Publikum war der zweiundzwanzigjährige Autor von *Rheinsberg* (1912), den sein Verleger Ernst Rowohlt später um eine Wiederholung jenes Erfolgs anging, der sich mit *Schloss Gripsholm* (1931) einstellte, alles andere als ein Journalist.

Was aber war er? Ihn einfach neutral als Schriftsteller zu bezeichnen, scheint zu kurz zu greifen. Der Verfasser der soeben genannten überwiegend heiteren, schwerelosen Luftgebilde hat zwar gerade mit diesen sein Massenpublikum gewonnen, war aber gleichzeitig auch ein politischer Kämpfer mit Texten, wie z. B. dem folgenden:

»Im Namen der Mütter, die den nutzlosen Tod ihrer für einen Dreck gefallenen Söhne beweinen, die von diesem aberwitzigen Tun genug haben und den einfachsten Steinklopfer höher schätzen als einen Telefongeneral – im Namen aller dieser wehren wir uns gegen die Vergeudung unserer Steuergroschen, die man uns abpresst und rufen: **DIESER REICHSWEHR KEINEN MANN UND KEINEN GROSCHEN!**«<sup>3</sup>

Der wohl bekannteste Journalist deutscher Sprache, der Prager Egon Erwin Kisch, der über das Wesen des Reporters geschrieben hatte, er »hat keine Tendenz, hat nichts zu rechtfertigen und hat keinen Standpunkt« musste sich von Tucholsky sagen lassen: »Das gibt es nicht. Es gibt keinen Menschen, der nicht einen Standpunkt hätte.«<sup>4</sup>

Kisch hat gleichfalls gegen Unrecht und soziale Missstände angeschrieben, aber einen derart radikalen, zur Steuerverweigerung aufrufenden Text gibt es von ihm eben doch nicht, wie er von Tucholsky am 22. Mai 1929 im Radio verlesen wurde, was der Westdeutsche Rundfunk, ob des davon ausgelösten Skandals, nachträglich bedauerte und sich »von der geradezu ungläublichen Verhöhnung und Besudelung des deutschen Heldentums im Weltkrieg (durch) diesen sattsam bekannten Pazifisten« distanzierte.

Tucholsky hatte geurteilt: »Wer im Krieg getötet wurde, ist nicht zu feiern, sondern aufs tiefste zu bedauern, weil er für einen Dreck gefallen ist. Der Feind steht nicht drüben, sondern hüben.«<sup>5</sup>

In der Kategorie Journalismus lässt sich ein Text, wie der zitierte, nicht unterbringen, sein Verfasser war, als er ihn schrieb, nicht als Journalist unterwegs, nicht als »Tagesschriftsteller«, der »für die Presse,(...) für den Film und den Rundfunk oder in der Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für Unternehmen, Verbände und Behörden tätig ist.«<sup>6</sup>

2 Anton Auster mann: Kurt Tucholsky. Der Journalist und sein Publikum, München/Zürich, Piper, 1985.

3 Kurt Tucholsky: Gesamtelte Werke (in 10 Bänden), Reinbek, Rowohlt, 1975, Bd. 4, S. 426. (= GW, 426).

4 Zitiert nach Anton Auster mann, a. a. O., S.75.

5 Eberhard Lämmert: Sie haben alles gesehen. Tucholskys Warnungen vor dem Nationalsozialismus, in: Irmgard Ackermann, Klaus Hübner (Hg.): Tucholsky heute. Rückblick und Ausblick, München, ludicium Verlag, 1991. S. 82/83.

6 dtv-Lexikon (in 20 Bänden), Mannheim/München, Brockhaus/dtv, 1982, Bd. 9, S. 106.



Und doch war Tucholsky Journalist, der seinerzeit geläufige Begriff des Dichter-Journalisten scheint auf ihn zu passen. Aber nur mit Vorbehalt ist er als Schriftsteller in die Literaturgeschichte der Weimarer Republik eingegangen, während der politische Publizist in keiner zeitgeschichtlichen Abhandlung über jene Jahre fehlt. Um politisch zu wirken, hat Tucholsky jede nur denkbare Form schriftlicher Verwendung der Sprache mit gleicher Virtuosität benützt; von ihm ließe sich sagen, seine Schreibmaschine sei ein Orchester gewesen, in dem alle Instrumente vertreten waren.

Zwischen *Rheinsberg* (1912) und der berühmten *Roten Melodie* (1920) (»General! General! Wag' es nur nicht noch einmal!«), für Rosa Valletti geschrieben, liegen acht Jahre und ein Weltkrieg. Dennoch kann man diese Texte nicht als Stationen einer politischen Entwicklung Tucholskys lesen. In seiner zweiten Schloss- und Liebesgeschichte, *Gripsholm* (1931) wird eben der Claire-Ton noch einmal angeschlagen, er ist noch zur Verfügung, auch wenn sich bereits die Schatten der Diktatur über die Sommergeschichte legen. Anders gesagt: von dem *Märchen* des Siebzehnjährigen bis zu seinem öffentlichen Verstummen in Schweden (1932) hatte er immer alle seine Eisen im Feuer, zog sie nach Bedarf, der nicht zum wenigsten von der Verkäuflichkeit bestimmt wurde, und nach Laune heraus, schmiedete sie.

Schon die Beiträge für den *Vorwärts* seit 1911 sind Vorwegnahmen seiner späteren großen journalistischen Arbeiten: schon Jahre vor dem Ersten Weltkrieg Proteste gegen die Todesstrafe, gegen Zensur, gegen Wilhelm II., gegen den Krieg.

\*

Tucholsky schrieb erklärtermaßen nicht für die Ewigkeit, sondern um der Wirkung willen für den Tag, und weil dahinter ein Mann von unbeugsamer Gesinnung stand, ein aufrührerisches Temperament, könnte man annehmen, es ließe sich alles, was er geschrieben hat, mit einem roten Faden bündeln; in den Augen derer, die er bekämpfte, war er denn auch nichts anderes als ein jüdischer Vaterlandsverräter, und letztlich gar ein Kommunist. Obwohl er für kurze Zeit der USPD, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, einer linken Abspaltung von der SPD, angehörte, unterwarf er sich jedoch niemals – weder organisatorisch noch geistig – einer Parteidisziplin.

Tucholskys Dynamik war eher emotionaler als intellektueller Natur. Er wollte mitwirken, die Gesellschaft zu verändern, damit die Menschen menschlicher, ja glücklicher leben könnten, und seine Vorstellung, wie sich diese Veränderungen bewerkstelligen ließen, brachten ihn schließlich in größere Nähe zu Freud als zu Marx. Mit anderen Worten: Weder formal und stilistisch noch politisch lässt sich aus seiner erstaunlichen Produktion von beschriebenem und bedrucktem Papier ein Paket mit homogenem Inhalt machen. Nicht zuletzt das macht es schwer, überhaupt eine detaillierte Diskussion des Werkes in historischen und aktuellen Zusammenhängen zu führen.

Hinsichtlich der o. g. Frage nach einer noch heutigen Wirkung ist es interessant festzustellen, dass Tucholsky, trotz seiner bekannten

diesbezüglichen Skepsis schon zu seinen Lebzeiten (»Ich habe Erfolg, aber keinerlei Wirkung« konstatierte er 1924) sich immer wieder direkt an Nachgeborene gewandt hat – wenn auch ohne den historischen Optimismus Brechts, jene könnten bereits nach dem Zweiten Weltkrieg in weniger »finsternen Zeiten« leben.

»Ich kann nicht wissen, in was für einem Zeitalter Sie leben: ob wiederum in einem bürgerlichen, wo die Ausbeuter Schweiß und Geld aus den Arbeitenden kelttern und zur Belohnung dafür gut leben dürfen – oder aber ob Sie sich schon in einer fortgeschrittenen Epoche befinden...«<sup>7</sup>

7 GA 10, 441.

Seine verschiedenen Adressen richtete er an ein Publikum, das er explizit erst am Ende des zweiten Jahrtausends ansiedelte: 1984, 1985, 1991, 2000..., an uns Heutige also, und nicht etwa an die unmittelbare Nachkriegsgeneration der vierziger und fünfziger Jahre, von der er ja seine illusionslose Vorstellung bereits nach dem Ersten Weltkrieg zu Papier gebracht hatte (1920):

»...Das ist ja das Traurige, wer da heraufgekommen ist. ... Schließlich ist Geld ja eine Waffe, der die Gesellschaft auf die Dauer der Jahre nicht widerstehen kann – und dann? Dann haben wir die Verpöbelung Deutschlands, nicht nur in Berlin, in vollem Maße. Denn dieses neue verbrauchte, nicht gute Blut wird natürlich in der zweiten Generation noch übler werden. ... Und es ist nicht einmal das schöne Schauspiel einer Dekadenz: es ist einfach Schwäche, die sich hinter Frechheit verbirgt. ... Aber das wir in dreißig Jahren eine nette Gesellschaft an der Spitze haben werden – wo sitzt heute Geld! –: das weiß ich gewiß.«<sup>8</sup>

8 GA 4, 21 ff.

Ganz offensichtlich teilte er auch nicht die 1925 von George Grosz formulierte »unausgesprochene Hoffnung jedes Künstlers, der auf künftige Anerkennung rechnet, dass die Menschen neue Maßstäbe und Urteile finden werden.«<sup>9</sup> als er uns heute Lebenden nachrief: »Aber besser seid ihr auch nicht als wir und die vorigen. Aber keine Spur, aber gar keine.«

9 Vgl. George Grosz, Wieland Herzfelde: Die Kunst ist in Gefahr. Ein Orientierungsversuch, in: Die Literarische Welt, Heft IV 1928, Nr. 46, S. 11 ff.

10 GW 4, 404 ff.

Im hier zitierten *Gruß nach vorn*<sup>10</sup> geht es um die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, potentielle Leser von 1984 überhaupt erreichen zu können. Und dabei wäre es ihm nicht etwa um posthume Anerkennung in Form von »Erfolg« gegangen, den kannte er ja zu Lebzeiten, und der hatte ihm schon damals nicht genügt, sondern – wenn überhaupt – um die vielbeschworene politische »Wirkung«.

Als er deren Ausbleiben Ende der zwanziger Jahre definitiv konstatieren musste – als nämlich manifest war, dass die ruhelose journalistisch-literarische Aufklärungsarbeit den Rechtstrend der deutschen Gesellschaft nicht hatte behindern können – nicht zuletzt auch, weil sie sich auf keinen politischen Rückhalt in einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit hatte stützen können –, stellte der dann *aufgehörte Dichter* sogar die eigenen formalen und stilistischen Mittel in Frage, mit denen er auf seinem »Schreibklavier«, der ihm ja auch ein »Schreibpflug« gewesen, so überaus produktiv geworden war.

Das war nicht einfach nur Resignation eines enttäuschten Idealisten. Tucholsky hatte nämlich direkt erfahren, wie stark die Behinderung der Schaffenskraft eines Autors ist, wenn er keinerlei Einfluss auf die notwendigen Publikationsmittel seiner geistigen Produktion nehmen

kann. Man erinnere sich nur seiner Probleme bei der gleichzeitigen Tätigkeit für kommunistische und bürgerliche Presseorgane seit 1927. Und er hatte auch konkret erlebt, dass das Aufzeigen von Missständen und Widersprüchen folgenlos bleibt, wenn deren Darlegung den Betroffenen keine praktischen Möglichkeiten zu deren Aufhebung eröffnet. Diese Erkenntnis war es, die ihn letztlich zum Abücken von seinen langerprobten Schreib-Mitteln geführt hat, aber er hinterließ uns die Aufgabe, das Dilemma weiterzudenken, das – in verschärfter Form – gerade heute Schreibende existenziell betrifft.

Angesichts inzwischen weltweit operierender Medienkartelle und der, auch und gerade in formaldemokratischen Gesellschaften anwachsenden »Verbreitung der Ignoranz durch die Technik«, deren Funktion Tucholsky ja schon in Weimar beschrieben hatte als »Verschleierung der Wahrheit und Ablenkung vom Wesentlichen«<sup>11</sup>, stellt sich nämlich uns Nachgeborenen die Frage, ob und wenn ja, mit welchen Mitteln überhaupt eine aufklärerische Zielsetzung von Gegeninformation mit Aussicht auf »Wirkung« aufrecht zu erhalten ist?

Erich Kuby äußerte schon 1960, anlässlich Tucholskys 70. Geburtstag, seine diesbezügliche Skepsis: »Vernunft und Denken sind nach einem so strahlenden Beweis, wie wir ihn erlebt haben, dafür, dass es auch ohne Vernunft und Denken geht, derart in Misskredit gekommen, dass man im Namen der Vernunft niemandem mehr auch nur eine schlaflose Stunde bereiten kann. Die Geste des Zornes, gar noch die spielerisch verklausulierte, wird als Amüsement angesehen.«<sup>12</sup>

Die Bedingungen der kapitalistischen Kulturindustrie, deren Kritik noch ihre Verblendung teilt, und die eigenständiger geistiger Produktion überhaupt abträglich sind, hatten bereits Adorno und Horkheimer wenige Jahre nach Tucholskys Tod untersucht. Und Tucholsky selbst war deren Überlegungen vor allem in den letzten Jahren seines so genannten Schweigens beträchtlich nahe gekommen, wie seine umfangreiche Briefproduktion jener Zeit zeigt. Viele dieser seiner privaten politischen Äußerungen muten heute wie geistige »Flaschenpost« an uns Nachgeborene an, ganz im Sinne von Adornos »eingebildetem Zeugen, dem wir es hinterlassen, damit es doch nicht ganz mit uns untergeht«.<sup>13</sup>

Heute ist für alle sichtbar, wie die in der formaldemokratischen Spektakelgesellschaft inzwischen überwiegend zum Geschwätz verkommene öffentliche Sprache deutlich ihre Resistenz gegen tradierte Formen aufklärerischer Praxis erwiesen hat. Schon Karl Kraus hatte diese Tendenz zu der These verdichtet, die Phrase gebäre die Wirklichkeit. Diese Einsicht gehört inzwischen zu den Prämissen der heutigen Medienrealität.

Die Frage also, ob unter solchen Bedingungen von einem Autor wie Tucholsky, der einerseits als klassischer Humorist und andererseits als kritischer Tagesschriftsteller der Weimarer Republik sozusagen kanonisiert wurde, heute überhaupt noch eine »Wirkung« ausgehen kann, ist – im tucholskyschen Sinne – zu verneinen, nicht zuletzt auch mangels nennenswerter gesellschaftlicher Vermittlungsebenen in der neuen »Berliner Republik«, in der die Adornosche »Zerstörung der Vergangenheit« ja insbesondere durch die parzellisierte Evozierung von Vergangenheitssegmenten betrieben wird.

11 GA 6, 439 ff.

12 Erich Kuby: Ganz ohne Tucholsky. Eine Rede in den Münchner Kammerspielen zu Kurt Tucholskys 70. Geburtstag, Januar 1960 (Maschinenscript).

13 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung, Neuausgabe, Frankfurt 1969, S. 273.

Dennoch möchte ich behaupten, dass sowohl sein kritischer Ansatz als auch seine letztliche Verweigerungshaltung – abgesehen von vielen seiner damals formulierten Fragestellungen – gewissermaßen noch auf der Tagesordnung stehen. Auch für Tucholsky gilt nämlich die anlässlich der jüngsten Aktualisierung Adornos (zu dessen 100. Geburtstag) gemachte Beobachtung, dass manches bei ihm sich erst im heutigen Neoliberalismus so richtig entfaltet.

»Die Grundverfassung der Gesellschaft hat sich nicht geändert«, stellte Adorno lapidar nach dem Zweiten Weltkrieg fest. Die heute allgemein gängige Meinung, die gesellschaftlichen Verhältnisse seien derzeit weder in Deutschland noch sonst in Europa denen der Weimarer Jahre vergleichbar, mag vor diesem Hintergrund zutreffend und unzutreffend zugleich erscheinen.

Es hat nämlich vielmehr den Anschein, als hätten sich die politischen und gesellschaftlichen Erscheinungsformen in Europa viel stärker verändert als die Substanz der ihnen zugrundeliegenden ökonomischen Widersprüche unserer Gesellschaft; ich denke, nicht nur in der politischen Realität Italiens kann man seit geraumer Zeit viele entsprechende *Dejà-vu*-Effekte registrieren.

Auf einen ähnlichen Sachverhalt spielte Tucholsky schon in seiner Replik (18. 10. 1929) auf Herbert Iherings Kritik an Deutschland, Deutschland über alles an, der ihm vorwarf, immer wieder dieselben Phänomene in Deutschland anzuprangern:

»Glauben Sie mir, wenn ich immer dasselbe schreibe, tue ich das bewusst. Es ist vielleicht langweilig, Jahr um Jahr Salvarsankuren zu machen ... – aber man muss das wohl. Auch die Spirochäten bleiben ewig dieselben.«<sup>14</sup>

14 AB 1, 133.

Überhaupt sind – angesichts nicht endender Versuche, deutsche Geschichtsbilder aufzupolieren und neu zu werten – Tucholskys Adressen an künftige Historiographen durchaus nachlesenswert.

Ihm war bewusst, wie stark das »offizielle«, von präzisen Interessen bedingte Bild der Vergangenheit sich im tradierten Bewusstsein der Einzelnen absetzt und richtete deshalb folgenden Appell an den Geschichtspräsidenten, der im Jahre 1991 versuchen würde, rückblickend die Jahre um 1914 zu erfassen:

»Wie ist es gewesen? Ich will Ihnen zuerst sagen, wie es nicht gewesen ist. An den Türen unserer Zeit, da wo der Weg in die Nachwelt führt – auf den Lehrstühlen der Geschichte, in den Geschichtswerken, in den Archiven: da saßen in unserem Zeitalter die Vertreter einer Klasse und achteten darauf, daß sie gut auf die Nachwelt kämen. ... Es sind der Bürger und seine Angestellten: der Kriegsknecht, der Wächter der Börse, der Diplomat und der bezahlte, feile Universitätsprofessor .... Wir haben ein Reichsarchiv, Herr Professor, bezahlt vom Gelde der Allgemeinheit. Das lügt, lügt, lügt. Glauben Sie ihm kein Wort, es sind Interessierte, die da schreiben dürfen.

15 GA 10, 440 ff.

... Glauben sie dem Reichsarchiv nicht! So ist es nicht gewesen!«<sup>15</sup>

Das Gedächtnis ist also weniger dem Verschleiss der Zeit unterworfen als seinen ideologischen Konditionierungen, dessen ist Tucholsky sich gewiss. Dabei relativiert sich die jeweilige »Wahrheit« eines bestimmten gegenwärtigen Moments in dem Maße, in dem er in die »Vergangenheit« absinkt, die also ihrerseits als eine Variable erscheint: »Der Mommsen des Jahres 1984 wirds schwer

haben, Klios Griffel kratzt. Objektiv ist sie auch nicht, weil ja niemand hienieden objektiv ist, und es hängt von tausenderlei Faktoren ab, was sie da auf ihre Schiefertafel malen wird, mit der wir sie immer abgebildet sehen – aber von Wahrheit hängt wohl kaum ab. Man lese einmal die Darstellung der Pariser Kommune in den deutschen Geschichtsbüchern und bei Kautsky und man wird einen kleinen Begriff bekommen... Und heute schreibt Klio mit der Schreibmaschine, es geht ganz schnell – was gestern geschehen ist, hat morgen bereits seinen authentischen, unumstößlichen Geschichtsschreiber: aber wahrer ists dadurch auch nicht geworden.«<sup>16</sup>

Tucholskys hohe Sensibilität für eine differenzierte Wahrnehmung von Zeit erinnert stark an Walter Benjamins Reflexionen über die Veränderung der Zeit-Dimension seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Mit Beginn der tayloristischen Phase der Industriegesellschaft war ja auch die Kategorie Zeit zu einer der Marktsphäre unterworfenen geworden und damit ihrer historischen, d. h. humanen Dimension beraubt. Tucholsky begreift diesen Wandel als direkten Angriff auf die Freiheit des Individuums, als Angriff auf den Raum seiner eigenen Erfahrung (man denke nur an die Grotesken in: *Der Zeitsparer*, 1913/14). Und bei Tucholsky findet sich auch die später von Adorno und Horkheimer kritisierte Art der Vergangenheitskonservierung als »Zerstörung der Vergangenheit« bereits angedeutet, die wir heute besonders deutlich als eine solche vor Augen haben.<sup>17</sup>

Nun ist das Problem bewusster und differenzierter Wahrnehmung von Vergangenheit im allgemeinen und besonders in Deutschland ein weites Feld. Das ist nicht zuletzt auch in der unterschiedlichen Rezeption Tucholskys in Ost und West deutlich geworden.

Die früher teilweise diametral entgegengesetzten Lesarten des Autors (hie: Antikommunist/ da: früher Wegbereiter der DDR) waren aber letztlich dennoch erstaunlich übereinstimmend in ihrer grundlegenden Einschätzung Tucholskys als enttäuschem Idealisten. Diese Deutung ermöglichte es, ihn vor allem auf den großen Berliner Humoristen zu reduzieren, als der er von der Mehrheit seiner Nachkriegsleser hüben wie drüben wahrgenommen und geschätzt wurde und wird.

Bereits vor nunmehr vierzig Jahren, 1965, wurde Tucholskys 75. Geburtstag in »gesamtdentscher Einigkeit vom *Hamburger Abendblatt* bis zum *Neuen Deutschland*«, gefeiert, »jenes ein Hausblatt Springers, dieses ein Hofblatt Ulbrichts«, was damals wiederum Erich Kuby stützig machte. Der Meinung des *ND*, Tucholsky sei »für die heute in Westdeutschland herrschende Klasse so missliebzig wie ehemals« widersprach Kuby allerdings mit dem Argument, die westdeutschen Zeitungsredakteure, selbst Angehörige jener herrschenden Klasse, fänden »Tucholsky einen äußerst liebenswerten Sohn ihres liebenswerten Volkes: ›Wir können nur feststellen, wie recht diese Cassandra gehabt hat‹, schreibt *Die Welt* – ›Alte Liebe zu Tucholsky‹ – ›Der gar nicht tot zu kriegende Tucholsky‹ – ›Er sah das Unheil kommen‹ – ›Bürger und Patriot‹ (dies in einem Ost-Berliner Blatt) – ›Goldenes Herz und eiserner Schnauze‹ – so und ähnlich lauten die Überschriften der Jubiläumsartikel. Der Bürgerschreck als Bürgerlieblich.«

»Die Öffentliche Meinung ist darüber einer Meinung, repräsentiert von der bürgerlichen Presse eines 52- Millionen-Volkes, die von der

16 GW 2, 383 ff.

17 Max Horkheimer, Theodor W. Adorno: *Dialektik der Aufklärung*, a. a. O., Vorrede, S. 5.

*Soldatenzeitung* bis zum *Neuen Vorwärts* mit Tucholsky, der kein Marxist, aber entschieden links war, nicht einmal mehr Spurenelemente sozialistischer Ethik und Gesinnung gemeinsam hat.«

Und Kuby fragt: »Liegt hier ein Missverständnis oder tiefere Einsicht vor?« Er führt diese »Lobhudelei auf einen ebenso geistig schlichten wie politisch durchsichtigen Schwindel« zurück, der seinen Ausdruck u.a. darin findet, dass nicht wenige der Würdigungen sich an einen Satz Tucholskys klammern: »Es gibt zwei Deutschland, eins ist frei, das andere ist knechtisch.« »Diesem empfindlichen Linken wird unterstellt, dass er, lebte er noch, einen anatomischen Schnitt durch die deutsche Volksseele entlang der Berliner Mauer gezogen hätte!« entrüstet sich Kuby und fährt fort: »Auf so gangsterhafte Weise integriert also eine Gesellschaft, die Tucholsky widerlich fände, wenn er unter uns lebte, einen Mann, der sich dagegen nicht mehr wehren kann.«<sup>18</sup>

18 Erich Kuby: Kein Tucholsky heute, in: Ders.: Mein ärgerliches Vaterland, München, Hanser, 1989, S. 285 ff.

Nach dem Ende des Kalten Krieges stellte sich, mit der politischen Klimaveränderung, die die Deutschen mit der neuen Einheit überkam, dann die Frage, ob nicht in Tucholskys Nachruhm überhaupt ein Missverständnis zu sehen war, wenn nicht gar eine bewusst verfälschende Interpretation seines vielschichtigen Rollenspiels vonseiten einer linken Minderheit, die nach 1945 einen Helden gebraucht hatte. Dafür war der tote Tucholsky in der Tat weit brauchbarer, als er es zu Lebzeiten gewesen wäre. Und er selbst wusste ja schon 1920: »Der Autor kommt falsch auf die Nachwelt.«

So wurde also 1990 Tucholskys Aura des unbestechlichen Aufklärers miniert, um ihn als Neurotiker erscheinen zu lassen, unfähig auch, mit elementaren privaten Existenzproblemen fertig zu werden. Denn: wenn es *den* Tucholsky gar nicht gegeben hat, aus dem nach 1945 ein *rocher de bronze* gemacht worden ist, so auch nicht, das ist wohl der Umkehrschluss, auf den es ankommt, *jenes* Volk, von dem sich Tucholsky schließlich trennen zu müssen glaubte, dessen Sprache er nicht mehr sprechen wollte, das es aber ja dann eigentlich nur als eine die Wirklichkeit ersetzende Projektion eines Mannes gab, der an sich selbst litt und damit nicht fertig wurde.

Diejenigen, die auszogen, die Tucholsky-Legende in diesem Sinne zu zerstören, gingen daran, sie durch eine andere Legende zu ersetzen.<sup>19</sup> Dabei ist ein wetterwendischer, manisch-depressiver, ein geldgieriger und innerlich zutiefst verunsicherter Don Quichote herausgekommen, der letztlich im sicheren schwedischen Asyl das Handtuch geworfen habe, und zwar nicht erst 1935, sondern – als »aufgehörter Schriftsteller« – schon 1932.

19 Vgl. z. B. die Marbacher Ausstellung zu seinem 100. Geburtstag: Entlaufene Bürger. Tucholsky und die Seinen, 1990, deren Kuratoren erklärtermaßen Tucholsky »vom Olymp« stoßen wollten und deren moralisierende Tendenz sogar der FAZ als »verleumderische Interpretation« einen Schritt zu weit ging.

Warum er aufhörte, darüber hat sich Tucholsky mehrfach geäußert, am überzeugendsten Anfang März 1933 in einem Brief an Walter Hasenclever: »Man kann für eine Majorität kämpfen, die von einer tyrannischen Minorität unterdrückt wird. Man kann aber nicht einem Volk das Gegenteil predigen von dem, was es in seiner Mehrheit will (auch die Juden).«<sup>20</sup>

20 Kurt Tucholsky: Politische Briefe, hg. von Fritz J. Raddatz, Reinbek, Rowohlt, 1969, S. 13.

Diese Briefstelle bringt bündig und unmissverständlich zum Ausdruck, dass jener Tucholsky, der zunächst – wie nach 1933 fast alle Emigranten – nicht »die Deutschen« ausnahmslos verworfen, sondern an die Existenz der »anderen Deutschen« geglaubt hatte, inzwischen einzusehen gelernt hatte, dass der Nationalsozialismus,

dass die Idolatrie einer der Gesamtheit nahekommenen Mehrheit für Hitler diese Unterscheidung zu einer Phantasmagorie gemacht hatte.

Tucholskys Gesinnung, seine Moral, seine Idealvorstellung vom Menschen, seine Verletzlichkeit und seine Hellsicht trennten ihn vom eigenen Volk. Unter den Verächtern und Gegnern des Nationalsozialismus gehört er zu den ganz wenigen, ist unter diesen der bekannteste geblieben, die die Taue zu »den Deutschen« durchschnitten und die Konsequenz daraus gezogen haben: Schweigen, abtreten!

Diesen Schritt haben so manche Deutsche Tucholsky nie verzeihen können – und die Tucholsky-Demontage nach der Wende von 1989 dokumentiert auch das klimaverändernde Bedürfnis, nun das erneuerte Vaterland wieder gegen seine Nestbeschmutzer, auch gegen diesen, in Schutz zu nehmen.

\*

Der weitaus schwierigere – als ursprünglich angenommen – Einigungsprozess der Deutschen hat allerdings inzwischen erwiesen, dass die grundlegenden Trennungslinien innerhalb unserer Gesellschaft längst nicht nur vordergründig zwischen Ost und West verlaufen, sondern, wie eh und je, zwischen oben und unten. Diese Trennungslinien hatte Tucholsky einst als Resultat eines nie ausgetragenen Bürgerkrieges auf deutschem Boden ausgemacht (weder 1918 noch 1933, und wie wir hinzufügen können: noch weniger 1945 oder gar 1989): »Das ist seit Jahrhunderten das große Elend und der Jammer dieses Landes gewesen, daß man vermeint hat, der eindeutigen Kraft mit der bohrenden Geistigkeit beikommen zu können. Wenn wir Anderen ... keinen Exekutor unserer geistigen Gesinnung haben, so sind wir verdammt, ewig und fürderhin unter Fleischergesellen zu leben. Das ist so unendlich unfruchtbar, zu glauben, man könne die negative Tätigkeit des Niederreißens entbehren, wenn man aufbauen will.«<sup>21</sup>

Und als er am Schluss seines Deutschland-Buches konstatierte: »Deutschland ist ein gespaltenes Land. Ein Teil von ihm sind wir«, betonte er, »wir« das sind: »Kommunisten, junge Sozialisten, Pazifisten, Freiheitsliebende aller Grade; man hat uns mitzudenken, wenn ›Deutschland‹ gedacht wird.«<sup>22</sup>

Und damit tut man sich in Deutschland noch immer schwer.

\*

Eine erschöpfende Antwort auf die sich aufdrängende Frage, woher und wie bereits der junge Tucholsky, ohne nachweisbare politische Schulung zu seinen so entschiedenen Urteilen gelangen konnte, lässt sich bekanntermaßen aus den vorhandenen kargen Lebenszeugnissen nicht überzeugend konstruieren. Selbst Jugendfreund Heinz Ullstein erinnerte sich später daran, dass die beiden vor dem Kriege eigentlich nie direkt über politische Themen gesprochen hatten und keinen dezidiert antikapitalistischen Überzeugungen anhängen. Sie wussten aber immerhin um die Klassenwidersprüche in der wilhel-

21 GA 3,76 ff.

22 Kurt Tucholsky: Deutschland, Deutschland über alles, Reinbek, Rowohlt, 1980, S. 231.

23 Vgl. Heinz Ullstein:  
Spielplatz meines Lebens,  
München 1961, S. 61 f.

24 Sigmund Freud: Briefe  
1877-1939, Frankfurt a. M.,  
Fischer, 1968, S. 381.

25 GA 21, 445.

26 Vgl. Theodor W.  
Adorno: Erziehung nach  
Auschwitz, in: Stichworte.  
Kritische Modelle 2, Frank-  
furt a. M., Suhrkamp, 1969.

27 Vgl. Theodor W.  
Adorno et al.: The Authori-  
tarian Personality, New  
York, Harper & Row, 1950;  
dt. Erstausgabe: Studien  
zum autoritären Charakter,  
Frankfurt a. M., Suhrkamp,  
1973.

28 GA 9, 357.

minischen Gesellschaft, um die Unterdrückung der Arbeiterklasse, und Tucholsky spürte früh den Drang, sich einzusetzen gegen jede Form von Unterdrückung.<sup>23</sup> Darin fand wahrscheinlich auch seine jüdische Herkunft ihren Niederschlag, mit der er sich ja aus vielerlei Gründen nicht identifizieren mochte, deren ethisch-humanitäres Erbe aber in ihm vorhanden und traditionsgemäß besonders anspruchsvoll war.

Zu dieser Hypothese passt auch eine Aussage Sigmund Freuds aus dem Jahre 1926, der sein Judentum ebensowenig wie Tucholsky religiös oder national begründet sah, und dessen Worte daher auch Tucholskys Beziehung zur jüdischen Herkunft kennzeichnen könnten: »Weil ich Jude war, fand ich mich frei von vielen Vorurteilen, die andere im Gebrauch ihres Intellektes beschränkten, als Jude war ich dafür vorbereitet, in die Opposition zu gehen und auf das Einvernehmen mit der ›kompakten Majorität‹ zu verzichten.«<sup>24</sup>

Die Einsicht, dass ja so viele Juden nicht zuletzt durch ihre Anpassung an das deutsche Bürgertum diesem hohen ethischen Anspruch nicht entsprachen – Tucholsky bezeichnete sie in Anlehnung an den abfälligen französischen Ausdruck für alles Deutsche als »verbocht« – trug ja entscheidend zu seiner letztlichen Verzweiflung bei: »...ich hatte von Deutschland nie etwas anderes erwartet, wohl aber von den anderen. ... Darin hatte ich mich getäuscht, und nun mag ich nicht mehr.«<sup>25</sup>

Dieser nicht nur menschlichen, sondern in erster Linie politischen Enttäuschung gab er am 3. Dezember 1935 in seinem letzten Brief an Hedwig Müller Ausdruck, und zu den genannten »anderen« gehörten eben auch und insbesondere die deutschen Juden.

Es war der zutiefst autoritäre Charakter der Institutionen und der Deutschen, auf den Tucholsky vor allem abgehoben hat: auf die Erziehung zum Gehorsam, auf jene »Mechanismen, die auch heute noch Menschen so machen, daß sie solcher Taten fähig werden«, wie Adorno – später – in *Zivilisation und Barbarei*, im Hinblick auf eine als notwendig erachtete neue Erziehung nach Auschwitz schreibt.<sup>26</sup>

Adorno hielt ja die angelsächsische These, die den autoritätsgläubigen deutschen Geist für den Nationalsozialismus und auch für Auschwitz verantwortlich gemacht hat, für zu oberflächlich, obwohl er in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern, autoritäre Verhaltensweisen und blinde Autorität als viel zählebiger ausgemacht hat, als man es unter den Bedingungen formaler Demokratie erwarten könnte.

Er sah hingegen gerade im iato zwischen dem Verschwinden der alten etablierten Autoritäten des Kaiserreichs und dem psychologischen Unvorbereitetsein der Menschen auf Selbstbestimmung den tieferen Grund für die besonders gefühllose, grausame Form des deutschen Faschismus.<sup>27</sup>

Auch das scheint Tucholsky im Sinn gehabt zu haben, als er 1927 über die Deutschen in der ihnen immer noch fremden Republik schrieb: »Sie sehen immer noch das leere Katheder, der Lehrer ist schon eine ganze Weile hinausgegangen ... aber man kann nie wissen.«<sup>28</sup>

Den von Adorno erfahrenen Grad der Barbarei, der menschliche Zukunftsfähigkeit absolut fragwürdig gemacht hat, erlebte Tucholsky



nicht mehr – aber er hätte ihn nicht für unmöglich gehalten. Wenn wir, in Europa zumindest seit Weimar, bzw. seit der verheerenden Erfahrung des Ersten Weltkrieges gezwungen sind, einzusehen, dass Kultur Barbarei nicht verhindert, so tun wir das, wie der Turiner Germanist Cesare Cases in den siebziger Jahren feststellte, »um an der Lüge festhalten zu können, dass die Kultur die Barbarei immer überlebt.«<sup>29</sup>

Meines Erachtens war es gerade das Erkennen dieser Lüge als eine solche, die Tucholsky letztlich verzweifeln und gegenüber dem Nazi-Regime öffentlich schweigen ließ, eine Erkenntnis, die ihn allerdings auch im antifaschistischen Lager isolierte – und zwar bis heute.

\*

Nach der Weltkriegs-Erfahrung war Tucholsky auch zu einem frühen Anhänger der Idee einer europäischen Einigung geworden, zur Garantie einer künftigen friedlichen Entwicklung, die ihm weder durch die Stresemannsche Außenpolitik und noch durch den »Geist von Locarno« Mitte der zwanziger Jahre gesichert schien: »Wir gehen nicht den Weg des Friedens. Es ist nicht wahr, dass freundliche Gespräche am Genfer See den Urgrund künftiger Kriege aus dem Wege räumen werden: die freie Wirtschaft, die Zollgrenzen und die absolute Souveränität des Staates.«<sup>30</sup>

Folglich war er äußerst skeptisch gegenüber einer europäischen Lösung, die nicht vom Geist des Internationalismus inspiriert wäre, bzw. nicht auf dessen gesellschaftlich-ökonomischer Grundlage stattfände: »Diesen latenten Kriegszustand bekämpft man ... indem man die Verursacher und die Ursachen dieser Wirtschaftsordnung beseitigt. Diese Wirtschaftsordnung kann keinen Frieden halten, weil sie den Krieg zum Leben braucht, wie ihn die alten Dynastien gebraucht haben.«<sup>31</sup>

Ich weiß nicht, ob Tucholsky Lenins Äußerungen von 1915 kannte, nach denen eine Einigung Europas auf kapitalistischer Grundlage unweigerlich neue koloniale Züge tragen würde, aber an Ähnliches muss er gedacht haben, als er 1926 feststellte, dass es der europäischen Realität vor allem auch an gemeinsamen sozialen Grundlagen fehle: anhand der deutsch-französischen Situation, die er selbst intensiv lebte und kannte, bemängelte er u. a. die fehlende gegenseitige Kenntnis, selbst innerhalb der Arbeiterbewegung.

Tucholsky teilte also keineswegs den Geist der damals diskutierten Paneuropa-Thesen eines Coudenhove-Kalergi, die bereits direkt auf den – sich heute in partieller Realisierung befindlichen – »Zusammenschluss Europas zu einem wirtschaftlich-politischen Zweckverband« mit gemeinsamer Währung und Militärbündnis abzielten und damals als »radikalste Revision des Versailler Vertrages« konzipiert waren, mit eindeutig antisowjetischer Tendenz.

Tucholsky schwebte das mögliche Zusammenleben der europäischen Völker dagegen als partnerschaftliches Miteinander in einer Art Hausgemeinschaft vor: »Dieses Haus heißt Europa«, hatte er im Juli 1926 (in: *Die Friedenswarte*) geschrieben, eine Metapher benutzend, die dann sechzig Jahre später von Michail Gorbatschow –

29 Cesare Cases:  
Vorwort zu Peter Gay,  
La cultura di Weimar, Bari,  
Dedalo, 1978, S. 7. (Über-  
setzung durch die Autorin)

30 GW 4, 40 ff.

31 GW 4, 347.

allerdings ohne die von Tucholsky postulierten Voraussetzungen – in Umlauf gebracht wurde.

Tucholsky teilte auch nicht den sich damals ausbreitenden Glauben an die Segnungen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, mit dem ja US-Präsident Wilson die Gründung neuer Staaten nach Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie international sanktioniert hatte. Er hielt dieses Recht nur für scheidemokratisch, ja sogar für gefährlich, insoweit es von den realen Machtstrukturen in Europa absah, bzw. von ihnen ablenkte; – man denke nur an die ethnische Aufladung jenes Prinzips bei der Zerschlagung Jugoslawiens in den neunziger Jahren und anderswo: »Der Versailler Friedensvertrag hat die Kleinstaaterei in Europa stabilisiert. ... Der Grundfehler dieser neuen Staatsgründungen liegt darin, dass sie allesamt von ihrer Kleinheit und dem Vorzug der militärischen Machtlosigkeit überhaupt keinen Gebrauch machen. ... Der Föderalismus ist nicht abzulehnen – diese Staaten-Spielerei ist abzulehnen.«<sup>32</sup>

32 GW 6, 271 ff.

In den realen Machtstrukturen und Interessen der jeweiligen nationalen Bourgeoisien Europas, vorneweg im deutschen Imperialismus, ungeachtet seiner staatspolitischen Verkleidung, fand Tucholsky das Hauptmotiv für künftige Konflikte, die er, scharfsichtiger als die meisten, schon früh sich zuspitzen sah: »Ich gehöre seit 1913 zu denen, die den deutschen Geist für fast unwandelbar vergiftet halten, die nicht an Besserung glauben, die die verfassungsmäßige Demokratie für eine Fassade und für eine Lüge halten, und die auch heute noch, entgegen allen Zusicherungen und optimistischen Anwendlungen, einen hohlen Stahlhelm für lange nicht so gefährlich halten wie einen seidigen Zylinder«<sup>33</sup>

33 GA 9, 357.

Eine ähnlich scheuklappenfreie Analyse heutiger europäischer Einigungsbestrebungen würde auch uns beunruhigende Tendenzen aufzeigen.

Wir wissen heute, dass Tucholsky mit seinem Pessimismus viel schärfer und weiter gesehen hat, als die meisten anderen.

Der erklärte Anti-Antibolschewist Ignaz Wrobel war nämlich skeptisch auch gegenüber der damals weit verbreiteten Hoffnung auf das neue sowjetische Gesellschaftsmodell, und zwar nicht in erster Linie, weil er überhaupt an der Möglichkeit einer sozialistischen Organisationsform der Gesellschaft zweifelte, sondern weil er die Menschen und ihre Bedingungen dafür noch nicht für reif hielt. Dieser Überzeugung gab er auch in einer seiner letzten desolaten Bestandsaufnahmen zur deutschen Krisensituation 1931 Ausdruck, die Ignaz Wrobel in der *Weltbühne* veröffentlichte: »Es war einer der größten und unbegreiflichsten Irrtümer Lenins, zu glauben, die Revolution springe fast mechanisch auf die Welt über, wenn sie nur in Rußland gesiegt habe. Falsch: Die Welt ist dazu nicht reif. Es ist nichts mit jener von vielen Deutschen so laut oder so heimlich herbeigesehnten Apokalypse. ... Diese Rechnung ist falsch.«<sup>34</sup>

34 GA 14, 354.

35 GA 20, 528.

In einem späteren Brief an Hedwig Müller fügte er hinzu: »... diese Doktrin da lähmt, und wo sie nicht lähmt, verführt sie zu einem lächerlichen unmenschlichen Optimismus«.<sup>35</sup>

Ob er eben jenen Optimismus meinte, den Volker Braun nach dem Ende des realsozialistischen Experiments in Deutschland treffend umschrieb mit den Worten: »Die Hoffnung lag im Weg wie eine Falle«?<sup>36</sup>

36 Vgl. Volker Braun: Nachruf (1990) in: Anna Chiarloni, Helga Pankoke (Hg.): Grenzfallgedichte. Eine deutsche Anthologie, Aufbau, Berlin 1991, S. 109.

Jedenfalls forderte Tucholsky schließlich eine »neue Doktrin« in dem Bewusstsein, »der Sozialismus werde erst siegen, wenn es ihn nicht mehr gibt« (*Sudelbuch*), d. h. also jenes erste historische Experiment überwunden sei.

Und ganz am Ende, im Dezember 1935, verlieh er nochmals seiner Überzeugung Ausdruck: »Man muss von vorn anfangen – nicht auf diesen lächerlichen Stalin hören, der seine Leute verrät, wie es sonst nur der Papst vermag – nichts davon wird die Freiheit bringen. Von vorn, ganz von vorn. Wir werden das nicht erleben. Es werden neue, nach uns, kommen. – So aber gehts nicht.«<sup>37</sup>

37 GA 21, 476 f.

Liest man Tucholsky heute, in unseren immer unkenntlicheren Formal-Demokratien des dritten Jahrtausends, mit ihren neoautoritären Tendenzen in postmoderner Verkleidung, die keineswegs weniger gefährlich sind als die, die ihn damals zum Widerspruch an die Schreibmaschine und ans Rednerpult trieben, so findet man in seinen Texten jenen wachen, unbestechlich-militanten Geist, der unmissverständlich aufseiten der Wehrlosen steht, und zwar gegen Dummheit, Lüge und intellektuelle Unredlichkeit.

In dieser Art von Parteilichkeit liegt m. E. das ungebrochen Aktuelle, das seinem schwer fassbaren vielseitigen »Werk« Überzeugungskraft verleiht, bis zu seiner letzten Konsequenz und es unverwechselbar von dem seiner Zeitgenossen abhebt, sodass seine Spuren bis in die Nachwelt führen, uns betreffend: »Peter Panter stirbt, als er alles weiß und nichts mehr kann – denn so kann man nicht leben«.<sup>38</sup>

38 GW 4, 455.

## THOMAS MARXHAUSEN

# »MEGA – MEGA« und kein Ende

Die Veröffentlichung aller überlieferten Werke, Entwürfe, Exzerpte, Briefe und anderer Lebenszeugnisse von Karl Marx und Friedrich Engels in einer Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) hat eine lange Geschichte, die noch lange nicht zu Ende ist.

Man unterscheidet zwischen der ›ersten‹ MEGA (MEGA<sup>1</sup>), die in der Sowjetunion in den 1920er Jahren begonnen, in den 30er Jahren abgebrochen wurde, und der ›zweiten‹ (MEGA<sup>2</sup>), deren erste Bände 1975 erschienen. Letztere wurde nach 1990 weitergeführt, auf der Basis eines gewendeten Selbstverständnisses und modifizierter editorischer Prinzipien, weshalb zu fragen ist, ob die Gesamtausgabe nun ›MEGA<sup>3</sup>‹ zu siglisieren wäre.

Die Geschichte, genauer: das Ende der ersten MEGA wird seit dem Zugang zu russischen Archiven und der Möglichkeit, die Vorgänge zu rekonstruieren, oft als ›tragisch‹ bezeichnet. Die Bezeichnung ist berechtigt, weil in den 1930er Jahren ein Großteil der im Marx-Engels-Institut Moskau Arbeitenden samt dessen Direktor David Rjasanow in Gefängnisse und/oder die Verbannung verschleppt und viele von ihnen ermordet wurden.<sup>1</sup> So tragisch das Geschehen ist, so symptomatisch ist es, denn die Veröffentlichung der *gesamten* Hinterlassenschaft von Marx und Engels galt ›eigentlich‹ als suspekt. Immer wieder kam es zu Verdikten gegen die Publikation von Materialien, die mit dem Offizialbild der russischen Geschichte kollidieren: 1934 »untersagte« Stalin die Veröffentlichung von Engels' »Die auswärtige Politik des russischen Zarentums«<sup>2</sup>; 1952 durfte Engels' Aufsatz »Blücher«, weil er die Rolle der russischen Armee in der endgültigen Zerschlagung Napoleons 1813-14 »umgeht«, »in Deutschland nicht erneut gedruckt werden«<sup>3</sup>; 1960 riet die sowjetische Seite »›dringend‹ ab«, Marx' »Revelations of the Diplomatic History of the 18<sup>th</sup> Century« in die Werkausgabe aufzunehmen, und noch Anfang der 1980er Jahre scheiterte die Veröffentlichung von Marx' Manuskripten und Exzerpten zur Geschichte der polnischen Frage »am massiven Einspruch des Direktors des Moskauer IML«.<sup>4</sup>

Dass es überhaupt zu einer MEGA und immerhin zum Erscheinen von 13 (Teil-)Bänden kam,<sup>5</sup> war nicht zuletzt Lenins Intention geschuldet, dass die kommunistische Weltbewegung Marx und Engels beerbt, deren Werk verwaltet, veröffentlicht, interpretiert und dessen ›Missbrauch‹ durch ›Abweichler‹ bekämpft<sup>6</sup>. Stalins Dekretierung, der »Leninismus ist der Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution«,<sup>7</sup> und seine Entpuppung aus dem (›besten‹) Schüler Lenins zum vierten ›Klassiker‹ ließ die Bedeu-

Thomas Marxhausen – Jg. 1947, Prof. Dr. sc. phil.; Studium und Tätigkeit 1968 bis 1991 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sektion Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie; wiss. Arbeit in der Marx-Engels-Forschung und MEGA-Edition; nach Entlassung 1991 in privaten Instituten für Erwachsenenbildung tätig; seit 1995 Redakteur des Historisch-kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM), Autor u. a. folgender Stichworte: ›Elfenbeinturm‹ (Bd. 3), ›Fabrikgesetzgebung‹, ›Fetischcharakter der Ware‹ (Bd. 4), ›Geheimdiplomatie‹, ›Geheimnis‹ (Bd. 5), ›historische Mission der Arbeiterklasse‹, mit Mario Candeias ›historische Schule der Ökonomie‹ (Bd. 6/I), Teilbeitrag ›Jakobinismus‹ (Bd. 6/II); in Vorbereitung Bd. 7 mit ›klassische politische Ökonomie‹, ›Kommunistisches

tung des Werkes von Marx und Engels sichtlich zurücktreten. Deshalb war die Paralisierung der MEGA-Edition eine leicht zu verschmerzende Folge der alle Institutionen durchfegenden ›Säuberungen‹.

Ihre Neubegründung unter der Ägide der KPdSU- und SED-Führung »gehört zu den Widersprüchen der poststalinistischen Politikstrukturen, dass sie mit den enormen Kosten auch die ›ideologischen‹ Risiken auf sich nahmen, ein mit den noch immer befehlsadministrativ-etatistischen Herrschaftsformen letztlich unvereinbares Gedankenmaterial herauszubringen.«<sup>8</sup>

Nun hat die MEGA noch einen Neuanfang hinter sich – wiederum nicht frei von grotesken Zügen, denn, statt das Projekt (wie seine bisherigen Träger und Editoren) ›abzuwickeln‹, was sich einige in West und Ost frohlockend erhofft hatten, wird eine Menge Geld ausgegeben, um Marx und Engels ins Museum zu verschieben. Es ist, als glaube man, ein Gespenst dadurch bannen zu können, dass man ihm einen komfortablen Aufenthaltsort einrichtet.

### *Die lange Entstehungsgeschichte der MEGA<sup>2</sup>*

Erste Initiativen zur Fortführung bzw. dem Neubeginn der MEGA gingen 1955 vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (IML Moskau) aus und wurden seitens des Berliner IML (mit Rückendeckung durch die SED-Führung) begrüßt. Damals bestand noch die Absicht, die Bände der MEGA<sup>1</sup> zu überarbeiten und parallel dazu mit der Edition weiterer Bände zu beginnen. Dann stagnierte die Zusammenarbeit, weil die Führung der KPdSU die seit 1955 erscheinende zweite russische Ausgabe der Werke von Marx und Engels, die direkt den Bedürfnissen der Propagandaarbeit entsprach, für ausreichend hielt. »Eine internationale wissenschaftliche Marx-Engels-Ausgabe, die nur indirekt und in begrenztem Maße für politische Parteizwecke wirksam werden konnte, fand bei engstirnigen Vertretern des Parteiapparats noch Jahre später wenig Unterstützung und stieß sogar auf misstrauische Vorbehalte.«<sup>9</sup> Ein anderer Grund für die Zurückhaltung mag gewesen sein, dass der Neubeginn die Arbeitsmaterialien der alten MEGA aufnehmen und damit in einen Bezirk vordringen würde, den es offiziell nicht gab.<sup>10</sup>

In der ersten Hälfte der 1960er Jahre versuchte die Berliner Seite wiederholt, das Projekt voranzubringen, legitimiert durch einen Beschluss des Sekretariats des ZK der SED vom Dezember 1963. Er definiert die Ausgabe als eine »historisch-kritische« und orientiert auf eine Edition, die *alle* von Marx und Engels überlieferten Arbeiten in jeder Ausarbeitungsstufe enthält. Vorbild der Apparatgestaltung war die seit 1949 von der Akademie der Wissenschaften der DDR besorgte zweite kritische Gesamtausgabe der Werke Goethes.<sup>11</sup>

Ein Grund der Berliner Initiativen mag gewesen sein, dass Marx-Engels-Forschung und -Edition für die SED größere Bedeutung hatten (wohl auch, um Marx und Engels in die zu stiftende DDR-Identität einzubinden) als für die KPdSU-Führung, für die, in gut Stalinscher Manier, in der Reihe der ›Klassiker‹ Lenin die zentrale Figur ausmachte – was hinsichtlich der MEGA die Groteske gebar, sie habe nicht umfangreicher zu sein als die Lenin-Ausgabe (50 bis 55 Bände). Außerdem wurde geltend gemacht, die MEGA dürfe kei-

Manifest, ›Konsumtion‹, ›Kapital-Edition‹; zuletzt in UTOPIE kreativ: Verräterische Verräterjagd, Heft 43/44 (Mai/Juni 1994). Foto: privat

1 Stalinismus und das Ende der ersten Marx-Engels-Gesamtausgabe (1931-1941). Dokumente über die politische Säuberung des Marx-Engels-Instituts 1931 und zur Durchsetzung der Stalinischen Linie am vereinigten Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU aus dem Russischen Staatlichen Archiv für Sozial- und Politikgeschichte Moskau, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Sonderband 3, Hamburg 2001. (Im Folgenden: BMEF.NF, SB)

2 Renate Merkel-Melis: Zur Editions-geschichte von Friedrich Engels' Schrift *Die auswärtige Politik des russischen Zarentums*, in: Die Marx-Engels-Werkausgaben in der UdSSR und DDR (1945-1968). BMEF.NF, SB 5, Hamburg 2006, S. 263-69, hier S. 265 f., 267 f.

3 Rolf Hecker: Die Herausgabe von Marx-Engels-Schriften zwischen der ersten MEGA und MEW (1945-1953), in: Ebenda, S. 13-55, hier S. 42.

4 Richard Sperl: Die Marx-Engels-Werkausgabe in deutscher Sprache (MEW). Eine editorische Standortbestimmung, in: Ebenda, S. 207-258, hier S. 219 f.

5 Die MEGA<sup>1</sup> war geplant in 42 Bänden; die 1939/41 in zwei Halbbänden in Moskau publizierten Marxschen »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie« (1857/58) – in der DDR in

einem Band veröffentlicht (Berlin 1953) – waren nach den Prinzipien der MEGA bearbeitet, ohne auf sie zu verweisen. Jürgen Rojahn: Und sie bewegt sich doch! Die Fortsetzung der Arbeit an der MEGA unter dem Schirm der IMES, in: MEGA-Studien, hgg. von der IMES, 1994/1, S. 5–31, hier S. 6. (Im Folgenden: Rojahn 1994/1)

6 Der XIII. Parteitag der KPR (B) (Januar 1924) beschloss die Vorbereitung der ersten vielbändigen Ausgabe der Werke von Marx und Engels in russ. Sprache und in den Originalsprachen; der V. Kongress der Komintern (Juli 1924) rief alle kommunistischen Parteien der Welt auf, dem Marx-Engels-Institut dabei jede mögliche Unterstützung zu leisten. Vorwort zur Gesamtausgabe, in: MEGA<sup>1</sup> I. Abteilung/Band 1, S. 31\*. (Im Folgenden nur Abteilungs- und Bandnummer)

7 J. W. Stalin: Fragen des Leninismus, 4. Aufl., Berlin 1951, S. 10.

8 Wolfgang Fritz Haug: Historisch-kritisch, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 6/1, Hamburg 2004, Sp. 375–394, hier 387.

9 Rolf Dlubek: Frühe Initiativen zur Vorbereitung einer neuen MEGA (1955–1958), in: BMEF.NF, 2/1992, S. 43–52, hier S. 51.

10 Martin Hundt: Gedanken zur bisherigen Geschichte der MEGA, in: Ebenda., S. 56–66, hier S. 56: »Stalinismus und Schweigen sind zentrale Begriffe in der bisherigen Geschichte der MEGA. Die MEGA<sup>1</sup> wurde nicht offen

neswegs »historisch-kritische Ausgabe« genannt werden (die Vorstellung, Marx und Engels werde »kritisch« gegenübergetreten, weckte revolutionäre Wachsamkeit); es handele sich bei dem Projekt um eine »Gesamtausgabe in den Originalsprachen«; der wissenschaftliche Apparat solle sich auf den der Werkausgaben in russischer und deutscher Sprache stützen; Vollständigkeit sei nicht unbedingt anzustreben; eine der MEGA<sup>1</sup> folgende Gliederung in drei Abteilungen sei »ausreichend«, die Einrichtung einer vierten Abteilung (Exzerpte, Marginalien) unnötig.<sup>12</sup> Die Forderungen liefen darauf hinaus, eine Art erweiterte Werkausgabe herzustellen, deren Sinn und Zweck niemand einleuchten konnte. Die folgenden endlosen Diskussionen mit Moskau verzögerten den Arbeitsbeginn erheblich. Erst Ende der 1960er/Anfang der 70er Jahre kam es zur gemeinsamen Konzeption. Zu der Zeit wurden an den Universitäten Berlin, Halle, Jena und Leipzig, der Pädagogischen Hochschule Erfurt/Mühlhausen sowie der Akademie der Wissenschaften MEGA-Arbeitsgruppen gebildet.<sup>13</sup> Das IML berichtete dem Politbüro der SED im Dezember 1970, die Ausgabe werde 120 Bände umfassen und eine Bearbeitungszeit von 25 bis 30 Jahren erfordern – was das Moskauer IML übergeordneten Parteinstanzen noch jahrelang nicht eingestehen konnte.<sup>14</sup>

Der erste außenwirksame Auftakt der MEGA<sup>2</sup> geschah durch den im Juli 1972 erschienenen Proband (600 Exemplare, Umfang 800 Seiten) mit einer Einleitung, die die Editionsprinzipien erläutert, dem Entwurf der Editionsrichtlinien sowie 14 Probestücken aus allen vier Abteilungen aus verschiedenen Schaffensperioden von Marx und Engels samt den dazugehörigen Teilen des Apparats. Der Band wurde an wissenschaftliche Institutionen in der Sowjetunion, in der DDR und anderen europäischen Ländern sowie in den USA und Japan mit der Bitte um Meinungsäußerungen verschickt. Den Herausgeber-Instituten gingen über 120 Stellungnahmen zu mit zahlreichen Vorschlägen hinsichtlich der Darbietung der Materialien. Die weltanschaulich-politische Ausrichtung der kommentierenden Apparate wurde so gut wie nicht erörtert, denn »viele Gutachter vertraten ähnliche Positionen, und die anderen hielten sie für nicht beeinflussbar«.<sup>15</sup> Die Diskussion hatte den nutzerfreundlichen Effekt, dass die getrennte Bindung von Text- und Apparatband beschlossen wurde.

1975 war es endlich soweit, dass die ersten Bände der MEGA<sup>2</sup> beim Dietz Verlag Berlin erschienen. In dem und im Folgejahr kamen Bände aller vier Abteilungen heraus.<sup>16</sup>

Im Vorwort zur Gesamtausgabe wird die Herausgabe der MEGA<sup>2</sup> damit begründet, dass sie das »in sich geschlossene System philosophischer, ökonomischer und sozialpolitischer Lehren« von Marx und Engels als die »einzige wissenschaftliche Weltanschauung« darbiete und damit »dringenden Bedürfnissen der Wissenschaft und der revolutionären Praxis in der gegenwärtigen Epoche« entspreche, »da die marxistisch-leninistische Theorie im gesellschaftlichen Leben zunehmende Bedeutung gewinnt und die historische Größe der Leistung von Marx und Engels als Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus immer überzeugender sichtbar wird« (I/1, S. 20\*, 19\*).

Im Hauptreferat auf der Wissenschaftlichen Konferenz des IML Berlin und des Wissenschaftlichen Rates für Marx-Engels-Forschung der DDR von 1986 heißt es: »Wir wollen durch unsere Arbeit an der MEGA zu einem tieferen Verständnis für die Einheit, Anwendbarkeit und Entwicklungsfähigkeit unserer Weltanschauung im Kampf um die Lösung der gegenwärtigen und künftigen Menschheitsprobleme beitragen. Besondere Aufmerksamkeit schenken wir der allseitigen Erschließung des Werkes von Marx und Engels für die theoretische Fundierung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die Intensivierung der Wirtschaft, die Erhöhung der Effektivität der Produktion, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Entwicklung und Befähigung der Arbeiterklasse zur Verwirklichung ihrer welthistorischen Aufgaben und die Herausbildung eines optimistischen Geschichtsbewusstseins.«<sup>17</sup> Zu dem Zeitpunkt waren 30 Bände erschienen. Ein Blick in die Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) Jg. 1986 bringt zu Tage, dass *in nicht einem Artikel* (ausgenommen die, in denen von der MEGA-Edition berichtet wird) *die MEGA zitiert ist*. In anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fachzeitschriften, in Monographien, Sammelbänden, Konferenzberichten, akademischen Graduirungsarbeiten usw. sieht es nicht anders aus. »Die MEGA-Editoren und Marx-Engels-Forscher sahen sich (auch an Universitäten) immer wieder dem bornierten Vorwurf ausgesetzt, zu wenig für die aktuelle Politik der Partei zu tun bzw. sich *bewusst* in die Geschichte zurückzuziehen. (Auch nach der Wende hielt sich dieses Argument, jetzt in der bemerkenswerten provinziellen Facette, dass den MEGA-Editoren ja nichts passieren könnte, hätten sie doch nichts mit der aktuellen Politik zu tun gehabt.)«<sup>18</sup> Als »spezifische und zugleich grundlegende Aufgabe« der MEGA<sup>2</sup> wurde bestimmt, »für die wachsenden Anforderungen der wissenschaftlichen Forschungsarbeit sowie für die vielfältigen Lese- und Studienausgaben in allen Sprachen und Ländern, die der Massenverbreitung der Werke von Marx und Engels dienen, eine umfassende und gesicherte Grundlage zu bieten.«<sup>19</sup> Dass die bis 1990 erschienenen Bände eine gesicherte Textgrundlage für andere Ausgaben bilden, wurde beim Zusammenbruch des Staatssozialismus nicht in Frage gestellt. Selbst die FAZ bescheinigt der »Vor-Wende-MEGA beim Erscheinen des ersten nach den neuen Editionsrichtlinien erarbeiteten Bandes, »editorisch wertneutral und wertstabil« zu sein, »ideologisch gefärbt nur in den Vorworten.«<sup>20</sup> (Zu wissen, dass es nur in I/1 ein Vorwort – das zur Gesamtausgabe – gibt und in jedem Band eine Einleitung, wäre von der FAZ sicher zuviel verlangt.) Hingegen war die erklärte politische Zielstellung der Ausgabe geeignet, dem Projekt den Strick zu drehen. Dass er ihm um den Hals gelegt, aber dann doch nicht zugezogen wurde, hatte verschiedene Gründe.

### *Überlebenskampf, Rettung und Neuanfang*

1990 schien es, als habe der Mauerfall zusammen mit Marx und dem Marxismus auch die MEGA<sup>2</sup> unter sich begraben.

Weder die Umtaufung des IML beim ZK der SED in Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung – es firmierte, zusammen mit dem IML Moskau, kurze Zeit als Herausgeber<sup>21</sup>; der im gleichen Jahr ver-

boten (...). Auf »höchsten Willen« versank sie einfach in Schweigen, nachdem ihre Bearbeiter zum Schweigen gebracht worden waren. Und die Fortsetzung des Schweigens über Art und Umstände dieses Endes war bis Herbst 1989 eine der Bedingungen, mit deren Einhaltung die MEGA<sup>2</sup> erkaufte wurde.« (Im Folgenden: Hundt 1992)

11 Sie wurde 1967 auf Grund von Verdächtigungen durch Vertreter der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar wegen »bürgerlichem Historismus« eingestellt. Rolf Dlubek: Tatsachen und Dokumente aus einem unbekanntem Abschnitt der Vorgeschichte der MEGA<sup>2</sup> (1961-1965), in: BMEFNf, 1993, S. 41–63, hier S. 45, 51, 55. (Im Folgenden: Dlubek 1993)

12 Ebenda, S. 47.

13 Diese Arbeitsgruppen edierten letztlich ebenso viele Bände wie das IML Berlin, wodurch zwei Drittel der Bände in der DDR entstanden. Rolf Dlubek: Die Entstehung der zweiten Marx-Engels-Gesamtausgabe im Spannungsfeld von legitimatorischem Auftrag und editorischer Sorgfalt, in: MEGA-Studien, 1994/1, S. 60–106, hier S. 98 f. (Im Folgenden: Dlubek 1994)

14 Ebenda, S. 75 f.

15 Ebenda, S. 89.

16 Die Auflage der ersten beiden Bände betrug 7 000 Exemplare, die der folgenden 5 000, Ende der 1980er Jahre 3 900; der Vertrieb ging in 30 Länder. Dlubek 1993, S. 105.

17 Erich Kundel, Alexander Malysch: Die weitere Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) und die Perspektiven der Marx-Engels-Forschung, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung 21. IML beim ZK der SED, Berlin 1987, S. 16-42, hier S. 16.

18 Carl-Erich Vollgraf: Nochmals zur Kommentierung in der zweiten MEGA. Fallstudien, in: BMEFNf, 1993, S. 69-81, hier S. 80. (Im Folgenden: Vollgraf 1993)

19 Lew Golman, Richard Sperl: Zum Erscheinen der ersten Bände der neuen Marx-Engels-Gesamtausgabe, in: DZfPh, 24. Jg., 1976, H. 1, S. 58-73, hier S. 60 f. – Auf die MEGA<sup>2</sup> stützen sich die jeweils 50-bändige engl. Studienausgabe (Collected Works) und die in China erscheinende Ausgabe, für die erstmals die Texte nicht aus dem Russischen, sondern aus den Originalsprachen übersetzt sind. Dlubek 1994, S. 105.

20 Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 7. Oktober 1998.

21 Vgl. Impressum in I/29 (1990).

22 Rojahn 1994/1, S. 15.

23 Zit. n. ebenda, S. 5.

24 Ebenda, S. 13.

25 Ebenda, S. 17.

26 Ebenda, S. 17f.

27 Dlubek 1994, S. 105. Akira Miyakawa/Izumi Omura: Bericht. Tokyo International Seminar 1994 über *Das Kapital*, die MEGA und die gegenwärtige Marx-Engels-Forschung am

öffentliche Bd. III/8 enthält keine Herausgeberangabe – noch die im Frühjahr 1990 erfolgte Konstituierung eines Teils der Marx-Engels-Abteilung dieses Instituts als unabhängige MEGA-Stiftung Berlin e.V., der von der PDS rund 27,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt wurden (der Betrag wurde im Februar 1991 durch die Treuhandanstalt gesperrt, weil die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR der Spende nicht zugestimmt hatte mit der Begründung, es handle sich um öffentliche Mittel, über die die PDS nicht zu verfügen habe; für die Finanzierung einer Edition wie die MEGA seien die normalen Institutionen der Forschungsförderung zuständig<sup>22</sup>), boten Überlebenschancen.

Auf Initiative des *Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis* (IISG) – Internationales Institut für Sozialgeschichte (wo sich rd. zwei Drittel der Originalmanuskripte von Marx und Engels sowie eine riesige Zahl anderer Zeugnisse der Geschichte der Arbeiterbewegung befinden) – wurde am 2. Oktober 1990 in Amsterdam die Internationale Marx-Engels-Stiftung (IMES) nach niederländischem Recht gegründet. »Die Hauptaufgabe dieser politisch unabhängigen, ausschließlich wissenschaftlichen Zielen dienenden Stiftung« besteht satzungsgemäß darin, die MEGA »als vollständige historisch-kritische Edition der Veröffentlichungen, Handschriften und Korrespondenzen von Karl Marx und Friedrich Engels« fortzuführen.<sup>23</sup> An diese Stiftung, der in der Folgezeit andere Institutionen beitraten, gingen die Herausgeberrechte für die MEGA<sup>2</sup> über.<sup>24</sup> Damit hatte sich in letzter Minute eine neue Trägerschaft des Projekts gebildet. Nur wollte es niemand finanzieren. Deutsche Institutionen zur Forschungsförderung, an die sich die IMES nach den Abwicklungsbeschlüssen der Landesregierungen sowie der Sperrung der Konten der MEGA-Stiftung Berlin wandte, um zumindest den Abbruch der Arbeit an weit fortgeschrittenen Bänden zu verhindern, »reagierten z. T. abwartend, z. T. ablehnend und z. T. gar nicht. Es bestand eine deutliche Scheu, sich auf ein Unternehmen von einem solchen Umfang« – und, muss man hinzusetzen, politischem Ruf – »einzulassen, dessen Zukunft vorerst ungewiss war.«<sup>25</sup>

Zahlreiche bekannte Philosophen, Historiker, Sozialwissenschaftler, Künstler und Politiker in Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, den Niederlanden, Dänemark, Russland, Japan, den USA und in anderen Ländern äußerten sich besorgt, dass, wie schon die erste MEGA, nun auch die zweite ein Torso bleiben könnte. Höhepunkt der Initiativen war ein von 1 521 japanischen Wissenschaftlern unterzeichneter Aufruf des Japanischen Komitees für die Unterstützung der MEGA vom Dezember 1991.<sup>26</sup> Dabei kam zum Tragen, dass in Japan ein Fünftel jeder Bandaufgabe vertrieben worden war, Neuveröffentlichungen schnell übersetzt wurden und es eine Arbeitsgemeinschaft der Marx-Engels-Forscher gibt, die sich besonders der Auswertung der MEGA widmet.<sup>27</sup>

Der deutsche Wissenschaftsrat empfahl im Januar 1991 die Aufnahme »dieser nach modernen historisch-philologischen Editionsprinzipien besorgten Ausgabe«<sup>28</sup> in das Programm der von den Deutschen Akademien der Wissenschaften (DAW) betreuten Langzeitvorhaben. Die Bund-Länder-Konferenz für Bildungsplanung und



Forschungsförderung beschloss, die MEGA<sup>2</sup> vorläufig in das Akademieprogramm aufzunehmen; mit der Betreuung wurde vorerst die Konferenz der DAW beauftragt. Eine endgültige Entscheidung machte man vom Ergebnis einer Begutachtung der bisher erschienenen Bände seitens einer internationalen Kommission (Vorsitzender war der Münchener Philosoph Dieter Henrich) abhängig. Nachdem auch diese zu einem »positiven Schluss« gekommen war, konnte die IMES mit der Konferenz der DAW im Februar 1992 einen Kooperationsvertrag abschließen, in dem sich die Konferenz zur Fertigstellung einiger weit fortgeschrittener Bände verpflichtete. Die neue Akademie-Arbeitsstelle nahm im Juni 1992 ihre Tätigkeit auf. Unterdessen wurde in Frankreich durch Unterstützung des zuständigen Ministeriums (Forschung und Technologie, Bildung) eine Forschungsstelle geschaffen; Anfang 1992 konstituierte sich eine vom Karl-Marx-Haus Trier und der *Équipe de recherche en civilisation allemande* (ERCA), Aix-en-Provence, gebildete deutsch-französische MEGA-Arbeitsgruppe. Im März 1993 konstituierte sich die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW), deren Plenum beschloss, der IMES beizutreten und das Akademievorhaben MEGA zu betreuen.<sup>29</sup>

Damit war das so gut wie untergegangene Projekt gerettet. Bis zur Übernahme durch die IMES waren 43 (Teil-)Bände erschienen, 4 befanden sich beim Dietz Verlag bzw. in der Druckerei, 16 Bände waren in einem fortgeschrittenen Stadium zur Bearbeitung, weitere hatte man begonnen.<sup>30</sup> Es gibt, neben den genannten Gründen, auch eine Macht des Faktischen: Hätten 1990 drei oder fünf Bände vorgelegen, wäre das Projekt sicher sang- und klanglos verschwunden. Die Grundbedingung der Weiterführung ist in der IMES-Satzung verankert, wonach deren Zweck darin besteht, »auf rein wissenschaftlicher Grundlage und politisch unabhängig« zu arbeiten. Nur so sei Marx' »Platz im Kreis der großen klassischen Denker« gesichert.<sup>31</sup> Zur Umsetzung der Satzungsgrundsätze gehörte auch der Wechsel vom Dietz Verlag zum Akademie Verlag, was die Geldgeber – die IMES ist »auf die normalen Forschungsförderinstitutionen angewiesen«<sup>32</sup> – vielleicht gefordert, vielleicht nur angedeutet haben. Wie dem sei – »Die Welt« jauchzte auf: »Endlich« sei Marx »aus den Fängen der KPdSU/SED/PDS befreit«; »dank des Wechsels zu einem kommunismusfreien Verlag darf man auf reine Wissenschaftlichkeit setzen.«<sup>33</sup>

#### *Editionsgrundsätze, alte und neue. »Redimensionierung«*

Mit der Konferenz in Aix-en-Provence (März 1992) waren die Weichen zum Neubeginn endgültig gestellt. Die auf ihr diskutierten Editionsrichtlinien wurden, überarbeitet und um Hinweise zu ihrer Anwendung ergänzt, 1993 in Kraft gesetzt.<sup>34</sup>

Was ist neu an den neuen Richtlinien, was wurde von den vorherigen übernommen, ist die MEGA seit 1993 noch die MEGA<sup>2</sup> oder haben wir es nun mit einer ›dritten‹ MEGA zu tun?

Im Grunde gibt es zwei einschneidende Neuerungen – die eine ist die »Akademisierung der Edition«, ihre »Entideologisierung«, die Sicherung des »Primats der Philologie«, ihre »Internationalisierung« sowie die »historische Kontextualisierung des Werkes und Denkens

12.-13. November 1994 an der Chuo University und der Tokyo Metropolitan University, in: MEGA-Studien, 1994/2, S. 139–143. (Im Folgenden: Miyakawa, Omura 1994)

28 Zit. n. Rojahn 1994/1, S. 18.

29 Ebenda, S. 18 f., 25.

30 Dlubek 1994, S. 99.

31 [www.bbaw.de/bbaw/Forschung/Forschungsprojekte/mega/de/Ueberblick](http://www.bbaw.de/bbaw/Forschung/Forschungsprojekte/mega/de/Ueberblick)

32 Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Berlin 1993, S. 10. (Im Folgenden: ER 93)

33 Die Welt v. 10./11. Oktober 1998.

34 Rojahn 1994/1, S. 21 f., 24.

35 Gert Lange: Wider die teleologische Geschichtsauffassung. Die Marx-Engels-Gesamtausgabe rückt die Klassiker des Sozialismus in ein neues Licht, in: Circular der BBAW, Nr. 29, Juli 2004, S. 14.

36 Der revidierte Plan der Marx-Engels-Gesamtausgabe, in: MEGA-Studien, 1995/2, S. 62–78, hier S. 63. Der Bericht ist unterzeichnet von Jacques Grandjonc (Vorsitzender der Redaktionskommission) und Jürgen Rojahn (Sekretär der IMES). (Im Folgenden: Plan 1995/2)

37 Rjasanow 1924: »Ich spreche von Marx und Engels immer zusammen (...), wenn ich Marx sage, heißt das Marx und Engels.« Zit. n. Hans-Georg Backhaus, Helmut Reichelt: Der politisch-ideologische Grundcharakter der Marx-Engels-Gesamtausgabe: eine Kritik der *Editionsrichtlinien* der IMES, in: MEGA-Studien, 1994/2, S. 101–118, hier S. 101. (Im Folgenden: Backhaus, Reichelt 1994/2)

38 Vollgraf 1993, S. 78.

39 Marx und Engels: Konvergenzen – Divergenzen, BMEF.NF, 1997, Hamburg 1998.

40 Sven-Eric Liedman: Engelsismus, in: HKWM, Bd. 3, Hamburg 1997, Sp. 384–392.

41 Vitali Vygodski: Überlegungen zu einigen Dogmen der Marx-Interpretation, in: BMEF.NF, 1993, S. 107–121, hier S. 120.

42 Backhaus, Reichelt 1994/2, S. 103.

43 Engels las Marx das

von Marx und Engels anstelle der früheren politischen Inanspruchnahme.«<sup>35</sup> Die zweite Neuerung ist die »Redimensionierung«.<sup>36</sup> Alle anderen Veränderungen ergeben sich aus diesen beiden Entscheidungen.

\*

Beibehalten ist, wie in IMES-Satzung und ER 93 verankert, die Herausgabe der Werke, Manuskripte, Briefe usw. von Marx *und* Engels in *einer* Ausgabe.

Das war vor 1990 unbestritten,<sup>37</sup> erst danach wurde die gemeinsame Ausgabe problematisiert. Vordergründiger Hintergrund dessen ist das keineswegs neue »Marx-Engels-Problem«: War Engels der »denkkongruente Wissenschaftszwilling«<sup>38</sup> von Marx oder ein eigenständiger Denker, dessen Positionen keineswegs durchgehend mit den Marxschen übereinstimmen bzw. partiweise selbst im Gegensatz dazu stehen? Die Diskussion machte und macht sich fest an Engels' Dialektikverständnis, der Vermittlung der Marxschen – aber eben nicht nur dieser, sondern vieler zusammen mit Marx erarbeiteter (was dabei ausgeblendet ist!) – Gedanken und Theorien seit dem »Anti-Dühring«, an seiner Herausgeber-Tätigkeit von Buch zwei und drei des »Kapitals« usw. usf.<sup>39</sup> Kurzum: Gibt es einen »Engelismus«<sup>40</sup>, der sich vom »Marxismus« unterscheidet, und falls ja, was legitimiert die *gemeinsame* Ausgabe?

Während Vygodski zur Besonnenheit mahnt – »Es geht nicht darum, dass Engels »schlechter« als Marx sei. Er ist »anders« und deshalb haben wir es nicht mit Marx selbst zu tun, sondern bereits mit einer bestimmten Interpretation seiner Theorie«<sup>41</sup> – forderten andere unter Berufung auf die ER 93, wonach sich die MEGA von Interpretationen freizuhalten habe (die aber Engels durch sein Verständnis des ersten Buches des »Kapitals« und die Herausgabe der Folgebände lieferte), die »wissenschaftlich sauberste Lösung« bestehe darin, »separate Gesamtausgaben der Werke von Marx und Engels zu veranstalten«. Damit würde ein »Symbol der Entmystifizierung der »marxistisch-leninistischen Weltanschauung«, einer wissenschaftlich indiskutablen Ideologie« geschaffen werden.<sup>42</sup> Dagegen wurde geltend gemacht, die Forderung nach getrennten Ausgaben ignoriere die zahlreichen gemeinsamen theoretischen und politischen Arbeiten, eine vier Jahrzehnte währende intensive Korrespondenz ohne ernstere Meinungsverschiedenheiten; außerdem könne sie keinen Beleg erbringen, dass Marx dem »Anti-Dühring«<sup>43</sup> kritisch gegenübergestanden habe.<sup>44</sup>

Im Grunde dreht sich der Streit darum, was »Marxismus« ist. Da die MEGA in ihrem neuen Selbstverständnis gerade keine Vermittlung oder gar Förderung von »Marxismus« beabsichtigt, sondern die akademische Darbietung von Zeugnissen, die andere so oder so bezeichnen mögen, wurde – wie geahnt<sup>45</sup> – gegen die Aufspaltung der Edition entschieden, und zwar mit der Begründung, dass die »von den früheren Herausgebern (...) postulierte Übereinstimmung der Ansichten von Marx und Engels« zwar »strittig« sei, die »enge Zusammenarbeit beider Autoren« sich jedoch nicht leugnen lasse. »Wenn ihre Schriften getrennt ediert würden, müsste eine Reihe von

Texten in beiden Ausgaben gebracht werden. Eine Straffung des Projekts wird so nicht erreicht. Die meisten Bände der Ersten und Zweiten Abteilung sind bereits erschienen; die Arbeit an den meisten anderen wurde schon begonnen. Die Einheit der Edition sollte gewahrt bleiben.«<sup>46</sup>

\*

Auch das *Vollständigkeitsprinzip* ist beibehalten, wie es in der Definition des »Charakters der Ausgabe« in den neuen (ER 93, S. 17) und alten Editionsrichtlinien<sup>47</sup> festgeschrieben ist. Das scheint für eine Gesamtausgabe selbstverständlich zu sein, hat jedoch seine Tücken. Ein ›Vollständigkeitsprinzip‹ stellt ab auf einen Werkbegriff, und was ›Werk‹ ist, zum ›Werk‹ gehört, ist keineswegs so eindeutig, wie es scheint.

Zum einen ermittelt die Edition die Authentizität der überlieferten Materialien, d. h., ob sie von Marx oder/und Engels stammen. Das ist bei ihren charakteristischen Handschriften nicht allzu schwierig. Bei Drucken sieht es schon anders aus. Zahlreiche ihrer Zeitungsaufsätze wurden anonym veröffentlicht. In den Fällen ist die Edition gezwungen, mit Wahrscheinlichkeiten zu operieren, die sich auf Hilfsmittel wie Mitteilungen in anderen Materialien (Briefe, Notizen über die Versendung von Artikeln usw.) sowie inhaltliche und stilistische Vergleiche mit anderen Texten stützen. Hierbei ist die Abgrenzung zwischen ›Werk‹ und ›Nicht-Werk‹ schon schwieriger. Dabei bleibt es nicht. Gerade Pressebeiträge wurden in Redaktionen oft ohne Zustimmung des Autors verändert. Deshalb muss der Autorschaftsbestimmung die Prüfung folgen, ob der betreffende Abdruck »autoriert ist und inwieweit er einen ›echten‹, d. h. authentischen Text präsentiert«.<sup>48</sup> Da der Autor gegen diese Eingriffe praktisch machtlos war, werden solche Texte in ihrer Druckform als »im Ganzen und im Einzelnen *autoriert* behandelt«; Textabweichungen zwischen verschiedenen Ausgaben der Zeitung sind »Varianten«.<sup>49</sup>

Das ›Werk‹ umfasst auch nicht überlieferte Dokumente und Materialien, von denen belegt ist, dass sie existierten. In diesen Fällen verfährt man pragmatisch: Was vorliegt, wird dargeboten; was bis zur Bandveröffentlichung nicht vorliegt, wird aufgelistet wie z. B. nicht überlieferte Briefe in den Bänden der III. Abteilung; was nach dem Erscheinen des in Frage kommenden Bandes entdeckt wird, kann in die MEGA-Herausgabe begleitenden Reihen wie dem Marx-Engels-Jahrbuch (MEJ)<sup>50</sup> und irgendwann einmal in Supplementbänden veröffentlicht werden.

Eine weitere Frage ist, inwieweit die Briefe *an* Marx und Engels zu deren ›Werk‹ gehören. Jeder Nutzer begrüßt ihre Aufnahme, was kein Grund ist, sie aufzunehmen. Deren Ausschließung hätte, um die *Von*-Briefe bewerten zu können, entweder Inhaltsreferate gefordert, die u. U. aufwändiger sind als der Abdruck, oder die MEGA<sup>2</sup> auf dem Niveau der Werkausgabe (die nur *Von*-Briefe wiedergibt) belassen.

Schließlich wirkten Marx und Engels an Publikationen Dritter mit. Inwieweit gehören auch diese Texte zum ›Werk‹? Muss man sie in die MEGA aufnehmen? Es geschieht, z. B. enthält I/31 Veröffentli-

gesamte Manuskript vor; Marx steuerte ein Kapitel bei. MEW, Bd. 20, S. 9.

44 Miyakawa, Omura 1994, 140 f.

45 Backhaus, Reichelt 1994/2, S. 103.

46 Rojahn 1994/1, S. 21. Sperl weist darauf hin, dass es leicht ist, eine Trennung zu fordern, Backhaus und Reichelt sich aber nie die Mühe gemacht haben, editorische Prinzipien einer getrennten Ausgaben vorzuschlagen. Richard Sperl: Die Marx-Engels-Gesamtausgabe: Editorische Konsequenzen literarischer Zusammenarbeit zweier Autoren (1999), in: Ders.: »Edition auf hohem Niveau«. Zu den Grundsätzen der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Wiss. Mitteilungen, H. 5, Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition e.V., Hamburg 2004, S. 13-33, hier S. 21.

47 IML beim ZK der KPdSU/IML beim ZK der SED: Editionsrichtlinien der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), Berlin 1977 (im Folgenden: ER 76), S. 125. – Die ER 76 sind abgedruckt in ER 93 (Dokumentation) und werden nach deren Paginierung zitiert.

48 Richard Sperl: Probleme der Autorschaft, Autorisation und Authentizität bei der historisch-kritischen Edition der publizistischen Texte von Marx und Engels (2002), in: Ders.: »Edition auf hohem Niveau«, a. a. O., S. 150.

49 Ebenda, S. 152.

50 Bd. 1 bis 13, Berlin 1978 bis 1991; Neubeginn unter dem gleichen Titel:

Marx-Engels-Jahrbuch 2003, hgg. von der IMES, Berlin 2004.

chungen von Kautsky, Bernstein u. a., die unter Engels' Mitwirkung entstanden. Auch Übersetzungen, die von Marx oder/und Engels angefertigt oder redigiert wurden, sind Bestandteil des Werkes. Zu entscheiden war, was mit Dokumenten geschieht, die Marx und Engels zwar nicht verfassten, jedoch unterzeichneten, z. B. politische Deklarationen. Auch deren Wiedergabe ist vorgesehen, beschreibend oder auszugsweise. Aber gehört eine Quittung für die bezahlte Wohnungsmiete zum ›Werk‹? Übereinstimmend legen die ER fest, dass auch Lebenszeugnisse aufgenommen werden können (ER 93, S. 17; ER 76, S. 126). Ein besonderes Problem sind die Marginalien, deren Charakter als Werkbestandteil nie in Frage stand, weshalb sich die Diskussion nicht um deren Aufnahme, sondern die Weise der Darbietung dreht.

All das sind Probleme, mit denen sich die Edition seit der Konzipierung der MEGA herumschlägt. Angesichts dessen zu behaupten, die Darbietung neu entdeckter Zeitungsartikel, die »chronologische Anordnung der Textzeugnisse« der »Deutsche Ideologie«<sup>51</sup> und die Veröffentlichung naturwissenschaftlicher Exzerpte habe – weil durch eine »von Dogmen und bisher gewohnten Sichten auf die schriftlichen Hinterlassenschaften befreiten Edition« bewerkstelligt – »zu einem neuen Werkbegriff« geführt<sup>52</sup>, ist um so absurder, als Recherchen, chronologische Darbietungen sowie der Abdruck von Exzerpten zum Alltag der früheren wie derzeitigen Edition gehören. Eine auf solche ›Belege‹ gestützte Behauptung signalisiert einem (darob wohl nicht mehr verwunderten) Publikum, dass selbst im hehren Bezirke reinen Akademismus'›der auf jedem ordinären Supermarkt bis zum Erbrechen schollernde Überlebenssingsang ›Wer nicht wirbt, der stirbt!‹ zur Begleitmusik der MEGA-Arbeit geworden ist.

Erhebliche Konsequenzen für die Wahrung des Vollständigkeitsprinzips hat die 1995 beschlossene »Redimensionierung«, »Straf- fang« des Projekts. Gefordert wurde sie vom deutschen Wissenschaftsrat, was die IMES, »die über nennenswerte eigene finanzielle Mittel nicht verfügt, (...) nicht ingorieren konnte«. Ganz überraschend kam das nicht: Bereits die Konferenz in Aix-en-Provence hatte festgestellt, »dass das prinzipielle Festhalten am Vollständigkeitsprinzip nicht bedeute, dass der gesamte literarische Nachlass unbedingt in Buchform publiziert werden müsse.«<sup>53</sup> – Was wird reduziert, worauf wird verzichtet, und mit welchen Begründungen?

Verzichtet wird auf den Doppelabdruck gleicher Texte in verschiedenen Abteilungen wie »Briefe aus den ›Deutsch-französischen Jahrbüchern« (I/2 und III/1), Marx' »Reflection« in »Londoner Hefte 1850-53« (I/10 und IV/8), »Value, price and profit« von 1865 (I/20 und II/4.1) u. a. Dass die Doppelabdrucke »gediegenem ›Abteilungsegoismus‹ hinsichtlich der Bearbeitung bislang unveröffentlicher, attraktiver Manuskripte«<sup>54</sup> geschuldet seien, dürfte kaum ihr alleiniger Grund gewesen sein. Die Zuordnung bestimmter Materialien zu *einer* Abteilung legt deren Charakter fest; der Verzicht auf Doppelabdrucke zwingt zu Fixierungen, was auch eine Art von Interpretation ist.

Nur beim Vorliegen »triftiger wissenschaftlicher Gründe« werden *vollständig* wiedergegeben: durch Dritte veränderte Texte von Marx

51 Karl Marx, Friedrich Engels, Joseph Weydemeyer: Die Deutsche Ideologie. Artikel, Druckvorlagen, Entwürfe, Reinschriftenfragmente und Notizen zu *I. Feuerbach und II. Sankt Bruno*, in: MEJ 2003, Berlin 2004. Das vollständige Erscheinen dieser Materialien in I/5 ist geplant für 2008.

52 Gert Lange: Wider die teleologische Geschichtsauffassung, a. a. O., S. 14.

53 Plan 1995/2, S. 63.

54 Carl-Erich Vollgraf: Die Kommentierung – Archillesferse der zweiten MEGA?, in: BMEF.NF, 2/1992, S. 5-20, hier S. 9. (Im Folgenden: Vollgraf 1992)

und Engels; Dubiosa; Übersetzungen ihrer Texte durch Dritte, die von ihnen autorisiert wurden; Texte Dritter, an denen sie mitwirkten; sowie andere Materialien. »Ansonsten wird dem Vollständigkeitsprinzip dadurch Genüge getan, dass sie auszugsweise abgedruckt oder beschrieben werden.«<sup>55</sup> Diese Neudefinition von ›Vollständigkeitsprinzip‹ begründet u. a. den Verzicht auf den weiteren Abdruck der Protokolle des Generalrats der I. Internationale (IAA), um die Unterteilung von I/21 in zwei Halbbände überflüssig zu machen und I/23 zu verschlanken. Die Folge ist eine groteske Verzerrung der Darbietung: In I/20 und I/22 sind die Protokolle wiedergegeben, in I/21 und I/23 werden nur »einige Marx direkt zuzuweisende Passagen« erscheinen.<sup>56</sup>

Eine weitere »Redimensionierung« wird erreicht, indem an die Stelle umfangreicher Einleitungen – als abschreckende Beispiele sind die in I/26 mit 72 und in I/27 mit 75 Seiten angeführt – »kurze« Einführungen treten.<sup>57</sup>

Zu den Einführungen ist noch einiges zu sagen; was deren ›Kürze‹ betrifft, so beträgt die von Jürgen Rojahn verfasste zu III/9 (2003) sage und schreibe 89 Seiten. Beim Briefwechsel wird die Bandzahl verringert u. a. durch einen weitgehenden Verzicht des Abdrucks von Beilagen und die äußerste Verknappung der Erläuterungen. Schließlich reduziert sich der Umfang der Bände um rd. 20 Prozent, indem die Briefe durchnummeriert und fortlaufend dargeboten werden, so dass nicht jeder Brief auf einer neuen Seite beginnt.<sup>58</sup> Ausgeschlossen ist die chronologische *und* systematische Darbietung wie die der »Ökonomisch-philosophischen Manuskripte« von Marx (I/2) und Engels' »Dialektik der Natur« (I/26).<sup>59</sup> Die Exzerpte werden weiterhin vollständig dargeboten; bei Heften mit eingeklebten Zeitungsausschnitten, chronologischen Tabellen, die nur Auszüge aus einem Werk sind, oder bei Auszügen aus Grammatiken für Sprachstudien u. a. Materialien erfolgt eine Beschreibung oder/und der Abdruck; Berechnungen bzw. Rechenübungen, die sich auf Umschlägen und freien Seiten mancher Exzerptheft finden, werden in der Zeugenbeschreibung erwähnt; auf gesammelte Zeitungsausschnitte wird, soweit sie Marx und Engels benutzten, im Apparat zur betreffenden Arbeit hingewiesen.<sup>60</sup>

\*

Kompliziert gestaltet sich die Darbietung der Marginalien. Der Zugang zu ihnen ist für die Rekonstruktion der geistigen und politischen Entwicklung von Marx und Engels unverzichtbar. Deshalb entschieden die ER 76, sie gesondert zu veröffentlichen. Wie das erfolgen könnte, wurde Fachkreisen vorgelegt.<sup>61</sup> Das fand internationale Zustimmung; Bedenken gab es hinsichtlich des ungeheuren Umfangs. Deshalb wurde die Veröffentlichung dieser Bandgruppe »auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.«<sup>62</sup>

Die Marginalien werden »in systematischer Form in dem Band erfasst, der das annotierte Verzeichnis der aufgefundenen Bücher *ex libris* Marx/Engels enthält. Die ›stummen‹ Marginalien (An- und Unterstreichungen, Merkzeichen) werden beschrieben, die ›sprechenden‹ (Randbemerkungen, Ausrufe- und Fragezeichen) in kontextbe-

55 Plan 1995/2, S. 66.

56 Ebenda, S. 67 f.

57 Ebenda, S. 68, 72 f.

58 Ebenda, S. 72 f.

59 In diesen beiden Fällen habe es sich um einen Kompromiss gehandelt, um die »Zustimmung der sowjetischen Partner zu einer solchen, der Tradition widersprechenden philologisch-kritischen ›Dekonstruktion‹ zu erlangen. Richard Sperl: Textkritik – Kritik an Marx? Über historische, theoretische und praktische Aspekte der Textkritik in der Marx-Engels-Edition (2004), in: Ders.: »Edition auf hohem Niveau«, a. a. O., S. 94.

60 Plan 1995/2, S. 73 ff.

61 Karl Marx, Friedrich Engels: Marginalien Probestücke, in: MEGA IV. Abteilung. Probeheft. Berlin 1983.

62 Der Prospekt von 1984 sah hinsichtlich der Wiedergabe von Exzerpten und Notizen rd. 40 Bände *plus* etwa 30 Bände Marginalien vor; damit hätte der Gesamtumfang der MEGA<sup>2</sup> etwa 170 (Teil-)Bände betragen. Dlubek 1994, S. 82 f.

63 Plan 1995/2, S. 76.

64 Richard Sperl: Die Marginalien in den Büchern aus den persönlichen Bibliotheken von Marx und Engels: ihr Stellenwert für biographische und wissenschaftsgeschichtliche Forschungen – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Edition (1994), in: Ders.: »Edition auf hohem Niveau«, a. a. O., S. 207, Fn 56.

65 Das betrifft vor allem die Zeilenabstände, vgl. I/31, S. 724, 997; II/15, S. 908f; III.9, S. 162, 270, 349; IV/3, S. 474, 475 u. v. a. m.

zogener Form ediert.«<sup>63</sup> Inzwischen ist geklärt: Der abschließende Band IV/32 besteht aus drei Büchern – dem annotierten Verzeichnis des ermittelten Bestandes der Bibliotheken von Marx und Engels, der kontextbezogenen Edition der textlichen Marginalien sowie aus Kommentaren zu den Bibliotheken, den einzelnen Buchexemplaren und den darin enthaltenen Spuren (Autor, Datierung, Beschreibung, weitere Nutzung usw.). Da Edition und Forschung ein Verzeichnis aller ermittelten Titel benötigen, die Erarbeitung eines Bibliotheksverzeichnisses, das die Marginalienedition und die werk- und wissenschaftsgeschichtliche Einordnung der Titel erfasst, sich jedoch als sehr langwierig erweist, wurde das Bibliotheksverzeichnis (1450 Titel) als Vorauspublikation in IV/32 (1999) dargeboten. »Die Edition der sprechenden Marginalien sowie die entstehungs- und wissenschaftsgeschichtliche Kommentierung soll unter günstigeren Voraussetzungen zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden. (Zusatz 2004).«<sup>64</sup>

Schließlich sollen zur Effektivierung der Arbeit »die Möglichkeiten der Computertechnik verstärkt« genutzt werden (ER 93, S. 10). Das geschieht zweifellos. Nur scheint man mit dieser Technik beim Umbruch nicht klarzukommen, wie das Layout belegt.<sup>65</sup>

Was ergibt sich aus der »Redimensionierung«? Neben den bereits angemerkten Einschränkungen die Verschiebung der Veröffentlichung der Marginalien auf unbestimmte Zeit. Schade, aber hinzunehmen. Gewichtiger ist, dass die Beschreibung stummer Marginalien in mehr als tausendfünfhundert Titeln nicht mehr bringt als eine Annotation von Lesespuren und Standorten. Damit ist die Kenntnisnahme der Marginalien der Reiselust und Reisekasse der Forscher überlassen, während die Planung vor 1990 vorsah, das Material jedem Interessierten frei Haus zu liefern.

\*

Ein weiteres der nach 1990 beibehaltenen Prinzipien der MEGA<sup>2</sup> ist ihr »historisch-kritischer« Charakter und die *Gliederung in vier Abteilungen* (ER 93, S. 17 f.; ER 76, S. 125 ff.). Beide Prinzipien stehen in Wechselwirkung. – Zunächst, was meint »historisch-kritisch«?

»Historisch« könnte man in »chronologisch« übertragen, was heißen würde: Sämtliche Materialien wären in der Folge ihrer (bekannten oder wahrscheinlichen) Entstehung darzubieten. Damit entfielen die Gliederung in Abteilungen. Dass eine solche, rein formelle Abfolge jeden Nutzer in den Wahnsinn treiben würde, ist so evident, dass es sich von selbst verbietet. Also ist das chronologische Prinzip durch die Gliederung in Abteilungen modifiziert zu einem systematisch-chronologischen Prinzip; in den einzelnen Bänden herrscht die Chronologie (ausgenommen die dem Textkorpus nachgeordneten Anhänge); sie wird jedoch abermals gebrochen, wo es die Darbietung der Materialien als zweckmäßig erscheinen lässt. Denn das chronologische ist wiederum mit dem Werkprinzip kombiniert: Alle zu *einem* Werk gehörenden Materialien und Drucke werden, unabhängig von ihren differierenden Entstehungszeiten, an *einer* Stelle konzentriert, so z. B. Marx' mathematische Manuskripte (I/28, in Vorbereitung), Engels' »Anti-Dühring« (I/27) oder »Der Ursprung

der Familie, des Privateigentums und des Staats« (I/29). Es ist nicht nur einsichtig, sondern wird von jedem Nutzer begrüßt, dass die von Engels zwischen 1873 bis 1882 niedergeschriebenen 197 Ausarbeitungen und Notizen zum geplanten Werk »Dialektik der Natur« (I/26) nicht auf mehrere Bände der I. Abteilung verteilt sind.<sup>66</sup> Die Sinnhaftigkeit dieses Vorgehens verdeutlicht die Darbietung von Marx' Überlegungen zum Verhältnis von Mehrwert- und Profitrate (meist kleinere, aus Formeln bestehende Texte), die er auf Schreibunterlagen festhielt, die gerade zur Hand waren: einem Kalender, in Exzerptheften oder auf Vorsatzblättern von Büchern. Sie sind nicht in verschiedenen Bänden der IV. Abteilung veröffentlicht, weil das »ihrer kontextgerechten Kommentierung abträglich gewesen« wäre, sondern zusammengefasst in II/14 (Manuskripte und redaktionelle Texte zum dritten Buch des »Kapitals« 1871 bis 1895), womit der Leser »alle Aufzeichnungen von Marx zu diesem Thema des dritten Buches in einer Zusammenschau« hat (S. 387).

Es gibt Verletzungen der chronologischen Darbietung, z. B. in I/1: Marx' Abiturarbeiten und literarischen Versuche sind im Anhang platziert – wohl, um die Gesamtausgabe mit der Dissertation als gewichtigerem Text zu eröffnen. In der III. Abteilung sind als eine geschlossene Gruppe zuerst die Briefe *von* Marx und Engels, danach die Briefe *an* sie abgedruckt. Damit ist seit den ER 93 Schluss; der Briefwechsel stellt sich nun auch optisch als solcher dar.

»Kritisch« meint selbstverständlich keine auf den Inhalt der Materialien bezogene Kritik, die früher undenkbar gewesen wäre und heute sich auf Grund des Interpretationsverdikts verbietet, sondern die Darbietung der innerhandschriftlichen Textentwicklung, von Korrekturen und Varianten, Textveränderungen in verschiedenen Auflagen, Ausgaben und Übersetzungen sowie handschriftlichen Zusätzen zu gedruckten Texten. Zu einer kritischen Darbietung gehören die Selektion, der Ein- wie Ausschluss von Materialien durch Autorschaftsbestimmungen bzw. -korrekturen, die Bestimmung von Entstehungszeiten und -orten. Damit sichert das »historisch-kritische« Prinzip höchstmögliche Werktreue. Dass es der MEGA<sup>2</sup> zugrunde gelegt wurde, erwies sich bei ihrer Evaluierung als ein wichtiges Pfund zugunsten der Fortsetzung.

Die Frage ist, mit welchem Recht bzw. welcher Begründung erfolgt die Gliederung des Gesamtmaterials in Abteilungen? Ist diese Anordnung, eine Zer-Gliederung zum Zwecke der Zusammenführung, nicht bereits Interpretation?

Von verschiedenen Möglichkeiten wurden bei der MEGA<sup>2</sup> die in neugermanistischen Editionen am häufigsten angewandten Gliederungsstandards übernommen – die Unterscheidung verschiedener Gattungen bzw. Textsorten (Werke, Artikel, Entwürfe, Briefe, Exzerpte, Notizen usw.) sowie die chronologische Anordnung der Texte. Um den zeitlichen Zusammenhang zu wahren, wurde die Untergliederung auf drei Hauptgattungen – Werke, Briefe und Vorarbeiten – beschränkt; verzichtet ist auf die Trennung der zu Lebzeiten der Autoren veröffentlichten Werke von Manuskripten, die von ihnen nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren bzw. dafür nicht fertig gestellt wurden. Damit ist die Besonderheit, dass der literarische Nachlass von Marx und Engels höchstens zu einem Drittel aus

66 Richard Sperl: Widerspricht die Abteilungsgliederung dem chronologischen Grundprinzip der Marx-Engels-Gesamtausgabe? (2004), in: Ders.: »Edition auf hohem Niveau«, a. a. O., S. 60. (Im Folgenden: Sperl 2004)

67 Ebenda, S. 57 f.

Drucken besteht, berücksichtigt.<sup>67</sup> Gegen die Gliederung in I. Abteilung (Werke, Artikel, Entwürfe), III. (Briefwechsel) und IV. (Exzerpte, Notizen, Marginalien) erhob sich nie eine prinzipielle Kritik. Diese richtete sich gegen die Existenz der II. Abteilung (»Das Kapital« und Vorarbeiten) generell – und speziell gegen deren Eröffnung durch die »Ökonomischen Manuskripte 1857/58« (»Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie«).

Dass das »Kapital« mit seinen drei Büchern, allen Anfängen und Abbrüchen, Entwürfen und Vorarbeiten, autorisierten Ausgaben und Übersetzungen in einer eigenen Abteilung dargeboten ist, erklärt die 1983 veröffentlichte Einleitung zum ersten Buch damit, es handele sich um »das Hauptwerk des Marxismus«, weil dieser mit dem Werk »die feste wissenschaftliche Fundierung und unwiderlegbare theoretische Begründung« erhielt (II/5, S. 11\*). Die Entscheidung für die II. Abteilung und deren Eröffnung durch die »Grundrisse« fiel seitens der Marx-Engels-Abteilung des IML Berlin bereits 1964.<sup>68</sup> Der Rang, der dadurch dem »Kapital« beigemessen ist, gilt inzwischen als (unzulässige) »interpretatorische Vorentscheidung«.<sup>69</sup> Da Editionsgrundsätze weder dem Selbstverständnis von Marx und Engels über die Bedeutung ihrer Arbeiten noch deren Wirkungsgeschichte verpflichtet sind, sind Ansichten über den Stellenwert des »Kapitals« und dessen Wirkung kein gegen diese Kritik sprechendes Argument. Eingeklemmt zwischen der Existenz der II. Abteilung und Grundsätzen, nach denen sie nicht existieren dürfte, siegen Tatsachen über Prinzipien: Bis 1992 waren 16 (Teil-)Bände der II. Abteilung erschienen, und sie wurde ohne Begründung fortgesetzt. Es wäre den Nutzern wohl auch kaum zu vermitteln gewesen, dass sie die nach den ER 93 edierten Bücher des »Kapitals« incl. der Arbeitsmaterialien von nun an in der I. Abteilung zusammenzuklauben haben.

Dabei spricht, selbst bei Wahrung der neuen Prinzipien, einiges dafür, eine eigene »Kapital«-Abteilung zu bilden, nämlich (wie beispielhaft angeführt) genuin zusammengehöriges Material nicht zu verstreuen. Was für die nach den ER 93 erfolgte Einordnung formell der IV. Abteilung zugehörigen Notizen in II/14 gilt, dürfte noch entschiedener gelten für einen Textkorpus, dessen Erschließung und Erforschung seit dem Erscheinen des ersten Buches 1867 eine Bibliotheken füllende Sekundärliteratur, ja eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin entstehen ließ. Problematisch ist also nicht die Existenz der II. Abteilung, sondern deren Auswucherung durch die Aufnahme z. B. der Rezensionen von Engels zu Marx' »Zur Kritik der politischen Ökonomie« (1859) (II/2) oder des Vortrags von Marx vor dem Generalrat der I. Internationale »Value, price and profit« (II/4.1). Die Begründung, diese Materialien »vertiefen (...) die Charakteristik der Arbeit von Marx an seinem Hauptwerk« – womit die Aufnahme auch der »Randglossen zu Adolph Wagners ›Lehrbuch der politischen Ökonomie« (MEW, Bd. 19, S. 355-383) gerechtfertigt werden sollte<sup>70</sup> – fordert den Einwand heraus, damit Edition und Interpretation zu vermischen.

Bestritten wurde die Eröffnung der II. Abteilung durch die »Grundrisse«<sup>71</sup>, die in der Einleitung von 1975 als »eine erste Ausarbeitung für das von Marx geplante große ökonomische Werk« (II/1.1, S. 11\*) gewertet wurde, was meint, sie seien der erste Entwurf des »Kapi-

68 Martin Hundt: Eine Episode aus der Geschichte der MEGA<sup>2</sup> (1964), in: MEGA-Studien 1995/1, S. 93-99, hier S. 96 f.

69 Gerald Hubmann, Herfried Münkler, Manfred Neuhaus: »... es kömmt drauf an, sie zu verändern«. Zur Wiederaufnahme der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 2001, H. 2, S. 299-311, hier S. 304.

70 Larissa Miskewitsch: Über den Prospekt der weiteren Bände der II. Abteilung der MEGA, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung 11, Berlin 1982, S. 47-50, hier S. 49.

71 Backhaus, Reichelt 1994/2, S. 106, 117.



tals«. Sicher unterschiebt die Abteilungsbezeichnung »Das Kapital« und Vorarbeiten« Marx eine Planung, von der Ende der 1850er Jahre keine Rede sein konnte.<sup>72</sup> Deshalb meint Sperl, es wäre »besser« gewesen, diese Abteilung »*Das Kapital. Manuskripte und Drucke*« zu benennen.<sup>73</sup> Das mag sein oder auch nicht; zu ändern ist es ja doch nicht mehr. Die Forschung ignoriert die teleologische Abteilungsbezeichnung und untersucht den wissenschaftlichen Eigenwert dieser gewaltigen Fragmente, wobei sie nicht vergisst, dass Marx 1857/58 theoretische und methodische Einsichten gewann, die die Gestaltung des finalen Werkes entschieden prägten.

\*

Dass die *Darbietung von Korrekturen und Varianten* fortgeführt wird (ER 93, S. 24-29, 36 ff.) ist selbstverständlich, denn sie gehört zum Wesen einer historisch-kritischen Ausgabe.

Korrekturen sind redaktionelle Änderungen des edierten Textes, die offensichtliche Schreib-, Rechen- oder andere Fehler berichtigen und im Korrekturenverzeichnis ausgewiesen sind. Das Variantenverzeichnis »dokumentiert die Entwicklung eines Textes« (S. 36), mit Sperl: die »Textgenese«, »soweit in autorisierten Handschriften und Drucken überliefert, in chronologischer Abfolge vollständig und übersichtlich«, um dem »Benutzer die Möglichkeit zu geben, jede überlieferte autorisierte Fassung in ihrem Textbestand kennenzulernen.«<sup>74</sup> Ziel der Darbietung ist nicht die Rekonstruktion eines »besten Textes« oder die Nachempfindung der »Intentionen« von Marx und Engels, sondern die »exakte Feststellung und Wiedergabe des autorisierten Textes.«<sup>75</sup> Damit gibt die Einheit von Text- und Apparatband den Arbeitsprozess von Marx und Engels wieder. Ob die dargebotenen Textschichten »Erkenntnisfortschritte« spiegeln, muss die Forschung entscheiden.

#### »Entideologisierung«

Die als Vorbedingung für die Weiterführung der MEGA<sup>2</sup> verlangte »Wertfreiheit« (»Entideologisierung«, »Entpolitisierung«) stellt darauf ab, die Materialien selbst sprechen zu lassen und erläuternde Hinweise der Herausgeber auf das zum Verständnis der Darbietungen notwendige Minimum zu beschränken.

Bereits 1965 schlug die Marx-Engels-Abteilung des IML Berlin vor, sich in den Einleitungen auf die Geschichte der im Band aufgenommenen Materialien (Werkgeschichte) und deren Quellenkritik zu konzentrieren. Anmerkungen textkritischer Art galten als unzugänglich, inhaltliche Erläuterungen zum Text als entbehrlich. Die Namenregister sollten keine Einschätzungen der Personen beinhalten. All das wurde damals von sowjetischer Seite akzeptiert.<sup>76</sup>

Bei der Diskussion des Probandes von 1972 verwiesen Gutachter darauf, dass auch Forscher in (Entwicklungs-)Ländern auf die MEGA zurückgreifen, wo der Zugang zu Druckerzeugnissen, die im 19. Jahrhundert in Europa und Amerika erschienen, noch lange Zeit sehr schwierig sein werde. Deshalb habe man entschieden: Das Prinzip der Kommentierung besteht darin, alle Informationen zu geben, die der »wissenschaftlich gebildete Benutzer im wesentlichen ohne

72 Michael Heinrich: Edition und Interpretation: Zu dem Artikel von Hans-Georg Backhaus und Helmut Reichelt, »Der politisch-ideologische Grundcharakter der Marx-Engels-Gesamtausgabe«, in: MEGA-Studien, 1995/2, S. 111-21, hier S. 118 f.

73 Sperl 2004, S. 65, Fn 30.

74 Richard Sperl: Die Wiedergabe der autorisierten Textentwicklung in den Werken von Marx und Engels im Variantenapparat der MEGA, in: MEJ 5, Berlin 1982, S. 157-214, hier S. 165.

75 Ebenda, S. 163.

76 Dlubek 1994, S. 91 f.

zusätzliche Nachschlagewerke und Hilfsmittel« zum Verständnis der Texte benötigt (ER 76, S. 153). Außerdem wurde festgelegt, die MEGA<sup>2</sup> dürfe auch »hinsichtlich der inhaltlichen Kommentierung nicht hinter den Werkausgaben zurückbleiben«, was zur Folge hatte, dass die Abgrenzung zwischen MEGA und Werkausgabe, innerhalb der MEGA zwischen Informationen und Bewertungen verwischt wurde.<sup>77</sup>

77 Ebenda, S. 92 f.

Es wird neben den Hinweisen der Gutachter noch andere und vielleicht gewichtigere Gründe für interpretierende Kommentare gegeben haben. Im Selbstverständnis der am Projekt Beteiligten handelte es sich um die wissenschaftlich-editorische Lösung einer erstrangigen politischen Aufgabe. Die heute inkriminierte ›Wertung‹ wurde doch nicht bloß ›verlangt‹, dem Verlangen musste doch nicht mit permanentem Zähneknirschen ›nachgekommen‹ werden, um das Projekt zu sichern (wie das zuweilen dargestellt ist).<sup>78</sup> Damit ist nicht behauptet, es habe keine Einflussnahme seitens des Parteiapparates und keine Zensurverhältnisse gegeben. Die bestanden natürlich. Doch der zuverlässigste Komplize jeder Zensur war und ist die Selbstzensur. Aber bedurfte es der Selbstzensur? Die Retrospektive, Editoren und Forscher hätten sich über Jahrzehnte hinweg in einem »Zwiespalt« zwischen »ihren sozialistischen Idealen und ihrer historisch-kritischen Textarbeit auf der einen, der gänzlich Marx-fremden, dennoch aber von daher propagandistische Unterstützung fordernden Politik ihrer Parteiführungen auf der anderen Seite« befunden, der »ständig wieder überspielt wurde«, was damals »viel Lebenskraft« gekostet habe und »heute die schwersten inneren Vorwürfe und Selbstprüfungen« verursacht,<sup>79</sup> unterbelichtet, dass es den (meisten) Mitarbeitern des Projektes auf Grund ihrer Überzeugung als Marxisten, Kommunisten, Sozialisten (oder wie sich jeder definiert haben mag) unmöglich war, Marx und Engels ›un-‹ oder ›überpolitisch‹, ›wert-‹ und ›ideologiefrei‹ darzubieten.

78 Vollgraf 1992, S. 12.

79 Hundt 1992, S. 60.

In den ER 93 ist festgelegt, »die *Erläuterungen* umfassen: (...) Erklärungen (aber keine Interpretation) und Literaturhinweise, die ein besseres Verständnis von Sachverhalten ermöglichen.« (S. 39) – Erläuterungen haben interpretatorischen Charakter, ob man will oder nicht. Die MEGA<sup>2</sup> ist seit 1990 ein bürgerliches Projekt. In ihm wird gewertet – mag man sich auch einbilden, es nicht zu tun. Ihre ›Akademisierung‹ ist Um-Wertung der Wertung, sie sei ›Ausdruck und Bestandteil des revolutionären Weltprozesses‹.

\*

Neu ist das *Verzeichnis der im Apparat ausgewerteten Quellen und der benutzten Literatur*, untergliedert in Archivalien, gedruckte Quellen, Nachschlagewerke und Bibliographien sowie Forschungsliteratur, wobei nicht zwischen Titeln von Marx oder/und Engels und Dritten unterschieden ist (ER 93, S. 31). Die nach den ER 76 erarbeiteten Bände weisen nur die in den dargebotenen Materialien verwendete Literatur aus. Nun ist transparent, auf welche Quellen die Editoren zurückgriffen. Die Bibliographie der Forschungsliteratur ist eine Bereicherung der Ausgabe, wenngleich nicht unproblematisch: Sie ist besonders informativ, wenn im Band ein geschlossener Text

oder Problemkreis dargeboten ist, wogegen es bei den ›gewöhnlichen‹ Bänden der I. Abteilung, in denen heterogene Materialien aneinander gereiht sind, sicher nicht einfach ist, eine repräsentative Auswahl von Titeln zu treffen. In der III. Abteilung werden vornehmlich zeitgeschichtliche und personenbezogene Quellen angeführt.

Sieht man die Erläuterungen in den nach den ER 93 edierten Bänden durch, fällt ihre unterschiedliche Gestaltung auf. In I/15 ist bei den meisten Informationen auf die Quellenangabe verzichtet – im Gegensatz zu anderen Bänden, wo historische Fakta oder Jahresangaben, die in jedem Lexikon stehen, belegt sind. Es gibt Erläuterungen wie z. B. die zur dritten Teilung Polens 1794, deren Zahlenwiedergabe über die verteilten Flächen eine Quellenangabe gerechtfertigt hätte (I/31, S. 651). Nur rein retrospektive Sicht wagt die Wertung, die Schlacht von Waterloo zähle »zu den blutigsten der Weltgeschichte« (I/14, S. 946).

Da die ER 93 den Bandbearbeitern Anzahl, Umfang und Quellenachweis der Erläuterungen weitgehend freistellt, entsteht der Eindruck der Beliebigkeit. Ein anderes Kapitel ist die Seriosität der Quellen. Ein Beispiel dafür: Die Erläuterung zum russischen Nihilismus zieht u. a. die Kölnische Zeitung vom 15. April 1886 heran, wobei das journalistische Geschwätz, die Informationen aus »gut unterrichteten Kreisen« bezogen zu haben, unkritisch übernommen ist (I/31, S. 652).

\*

Für die *Namenregister* legten die ER 76 fest, die »*politisch-ideologische Einstellung*« der Personen »ist durch wissenschaftlich-exakte Begriffe, die eine klassenmäßige Bestimmung beinhalten, bzw. durch die Angabe der Zugehörigkeit zu bestimmten Richtungen, Gruppierungen, Parteien oder Organisationen zu kennzeichnen.« Beispielhaft angeführt sind »kleinbürgerlicher Demokrat, (...), Anhänger des Freihandels, reformistischer Gewerkschaftsführer, (...), Mitglied des Bundes der Kommunisten, stand der Social Democratic Federation nahe« (S. 202). Die ER 93 orientieren darauf, »kurze Angaben zur Identifizierung (Nationalität, Beruf, Haupttätigkeit, Funktionen u. ä.)« zu machen (S. 98).

Bereits die nach den ER 76 gestalteten Bände reduzierten die in der Werkausgabe zu Kurzbiographien ausgebreiteten Angaben. Deren Umfang mag, weil eine Studienausgabe, eine gewisse Berechtigung zukommen; die in Zitatform vermittelten Bewertungen der Personen durch Marx und Engels sind nicht belegt, was wenig hilfreich ist. Eine weitere ›Redimensionierung‹ geschieht durch die ER 93. Wie dabei das ›Prinzip Wertfreiheit‹ realisiert ist, sollen beispielhafte Gegenüberstellungen von II/6 (2. Aufl. des ersten Buches des »Kapitals«, 1987) mit II/15 (Dritter Band des »Kapitals« von 1894, 2004) verdeutlichen: Hegel mutierte vom »Hauptvertreter der klassischen bürgerlichen deutschen Philosophie« zum »deutschen Philosophen«; John Ramsay MacCulloch: »schottischer Ökonom und Statistiker; vulgarisierte die Lehre von Ricardo« – »schottischer Ökonom und Statistiker«; Pierre-Joseph Proudhon: »französischer

Schriftsteller, Soziologe und Ökonom; Ideologe des Kleinbürger-tums, ein Begründer des Anarchismus« – »französischer sozialisti-scher Publizist und Ökonom«; David Ricardo: »englischer Ökonom, sein Werk bildet den Höhepunkt der klassischen bürgerlichen politi-schen Ökonomie« – »englischer Ökonom; Hauptvertreter der klas-sischen politischen Ökonomie«; Jean-Baptiste Say: »französischer Ökonom, systematisierte und vulgarisierte die Lehre von Adam Smith; Begründer der Produktionsfaktoretheorie« – »französischer Ökonom, Journalist und Unternehmer; Professor in Paris; kritischer Anhänger von Adam Smith; Begründer der Produktionsfaktoren-theorie«.

Summa summarum: ›Klassenmäßige‹ Wertungen bzw. Zuordnun-gen, die oft von Marx oder/und Engels übernommen wurden, sind gestrichen, biographische Fakten blieben, z. T. wurden sie erweitert, einige Angaben sind umgestellt, nichts ist falsch und alles ist anders. Zuweilen sind die Informationen dürftig wie bei Carl Menger, wirkungsmächtigem Vertreter der Grenznutzentheorie: »österreichischer Ökonom; Professor in Wien« (II/15, S. 1275). Allerdings gilt das Gesagte nur für *diese* beiden Bände; in anderen Bänden ist es wie-derum anders gehandhabt. In IV/3 (Marx' Exzerpte und Notizen 1844 bis 1847, 1998) sind die meisten Angaben aufs Skelett redu-ziert: MacCulloch und Smith sind jeweils ausgewiesen als »schotti-scher Ökonom«, Ricardo als »englischer« (S. 786, 791 f.). Einige Register wie in III/9 (Briefe 1858/59, 2003) und III/10 (1859/60, 2000) geben biographische Informationen, die über den Zeitrah-men des Bandes hinausgehen, während in anderen Bänden die Angaben in diesem Rahmen verbleiben. – Also: Auch in den Na-menregistern gibt es keine Einheitlichkeit, die dem akademischen Charakter der Ausgabe wohl keinen Abbruch tun würde.

\*

Problematischer als das Namen- ist das *Sachregister*, von beiden ER als »Schlagwortregister« definiert (ER 76, S. 205; ER 93, S. 103). Es soll sich »an der Terminologie der Autoren und der Zeit« orientieren; »die Schlagwörter gehen aus dem Edierten Text und seiner Sprache hervor. Es kann auf die Schlagwörter in der Editorsprache verwiesen werden« (ER 93, S. 103). Das ist einfacher formuliert als gemacht, denn die »Terminologie der Autoren« ist in vielen Fällen eben nicht die »der Zeit«, sondern kehrt sich gegen den zeitgenössischen bzw. überlieferten Sprachgebrauch, abgesehen von Neologismen, die Marx und Engels bildeten. Die Festlegung, »die Schlagwörter gehen aus dem Edierten Text und seiner Sprache hervor« (Ebenda – Hervorh. Th. M.), kann meinen, dass sie den Materialien wörtlich entnommen werden, aber auch, dass sie deren Inhalte begrifflich zusammenfassen. Um letzteres tun zu können, müsste eine Nomenklatur, ein Begriffs-system zur Verfügung stehen, was sich beim »pluralistischen Wissen-schaftsverständnis« (S. 10) der IMES von selbst verbietet.

Wie das funktionieren *kann*, soll beispielhaft zeigen »materialisti-sche Geschichtsauffassung« in I/31 (Engels' Schriften 1886-91, 2002): Es gibt sieben Verweise – vier auf wörtliche Befunde (Stich-wort-Prinzip), der fünfte auf »materialistische Methode« als »Leit-

faden zum Studium« (S. 281), der sechste auf eine Passage, die komprimiert wiedergibt, was in der »Deutschen Ideologie« und im Vorwort von Marx' »Zur Kritik der politischen Ökonomie« (1859) entwickelt ist, die siebte Stelle deutet das gleiche nur an. – Andere Stichworte sind unvollständig ausgewiesen: »Marxismus«, zu Recht in Anführungsstrichen, findet sich auf S. 268 und S. 283. Die Wiedergabe *aller* Vorarbeiten von Engels für die Broschüre »Die Rolle der Gewalt in der Geschichte« macht den Band zur wissenschaftlichen Sensation, doch »Gewalt« kommt im Register nicht vor!

Die Beispiele verdeutlichen die Schwierigkeiten, ein Schlagwortregister zu schaffen ohne begriffliches Paradigma. Der »Edierte Text« bildet die materiale Basis des Registers, mehr nicht. Wie dessen Inhalte zu Schlagworten verdichtet oder verallgemeinert werden, ist den Bandbearbeitern anheimgestellt.<sup>80</sup>

### *Von Einleitungen zu Einführungen*

Der Hauptstoß der nach 1989/90 geübten Kritik an den nach den ER 76 herausgegebenen Bänden richtet sich gegen die Einleitungen.

Der Witz ist, dass die Editoren in einer frühen Phase der Vorbereitung der MEGA<sup>2</sup> Einleitungen (und inhaltliche Erläuterungen) für unzweckmäßig erachteten, um »voraussehbare mühsame und zeitraubende dogmatische Debatten über die Charakterisierung von Kautsky, Bernstein und Dutzende anderer Personen und die Kommentierung von historischen Problemen« von der Ausgabe fernzuhalten; »glaubten wir doch fest an die Wirkung des Wortes von Marx und Engels selbst – auch ohne unsere erläuternden Zutaten.«<sup>81</sup> Bei der Vorbereitung des Probandes setzte sich die Meinung durch, Einleitungen seien unverzichtbar. Allerdings müssten sie »einen anderen Charakter haben als die in den Werkausgaben und Werkgeschichte und Quellenkritik beinhalten.«<sup>82</sup> Dem Sinneswandel mag die Überlegung zugrunde gelegen haben, ein Verzicht enthebe die Editoren zwar der »wissenschaftlichen Verantwortung«, er hätte die »Edition aber auch von der Wissenschaft abgetrennt.«<sup>83</sup> Schließlich kam es zu der Festlegung: »Hauptaufgabe« der Einleitungen »ist es, die im Band enthaltenen Werke in die Entwicklungsgeschichte des Marxismus einzuordnen und dabei die Einheit des Marxismus-Leninismus sowie die Einheit aller Bestandteile des Marxismus-Leninismus in geeigneter, dem Typ der Ausgabe entsprechender Weise herausarbeiten« (ER 76, S. 137). Die 6. Tagung der gemeinsamen Redaktionskommission (November 1974) gab die ersten beiden Bände frei und verabschiedete das Vorwort zur Gesamtausgabe (I/1), in dem »die Passagen über die politisch-weltanschauliche Zielstellung der Ausgabe gegenüber dem Vorwort zum Proband noch erweitert« wurden. »Die ideologische Ausrichtung der Einleitungen der Bände wurde dadurch gesichert, dass sie weiterhin der Bestätigung durch die Institutsdirektoren bedurften.«<sup>84</sup>

Mit den ER 93 wurden die Einleitungen abgeschafft; der Apparatband bietet eine Einführung in das im Textband dargebotene Material. – Dass die Bände nicht mehr mit Wortmeldungen Dritter eröffnet werden, sondern sofort durch die Meister selbst, schadet ihnen nicht. Es ist kaum anzunehmen, die Nutzer der früheren Bände hätten sich von den Einleitungen suggerieren lassen, wie sie Marx und

80 Auf die Frage, wer die editorischen Entscheidungen treffe, erklärte Rojahn, das sei Sache der Bandbearbeiter; das Manuskript jedes Bandes wird begutachtet; wenn Bearbeiter und Gutachter zu keiner Übereinstimmung gelangten, müsse die Redaktionskommission Stellung nehmen. Miyakawa, Omura 1994, S. 143.

81 Martin Hundt: Eine Episode aus der Geschichte der MEGA<sup>2</sup> (1964), a. a. O., S. 98.

82 Dlubek 1993, S. 55.

83 Vollgraf 1993, S. 72.

84 Dlubek 1994, S. 6.

Engels zu verstehen haben. Und die eine historisch-kritische Ausgabe auszeichnende Entstehung und Überlieferung jeder einzelnen Darbietung wurde selbstverständlich beibehalten. Worin bestehen die Aufgaben einer Einführung?

Sie legt »Rechenschaft« ab über »die Konstituierung des Bandes, seine Abgrenzung von bzw. Beziehung zu anderen Bänden und seine innere Gliederung; die Gründe für Aufnahme bzw. Ausschluss von Dokumenten; die Anordnung der Materialien, die textkritische Analyse entsprechend deren spezifischem Charakter; die im Ergebnis der Textkritik getroffenen editorischen Entscheidungen (z. B. Autorschaftsbestimmung, Datierung, Textwiedergabe, Textrevision, Variantendarbietung und andere editorische Besonderheiten)« (ER 93, S. 30). Dabei ist die »Ideologiefreiheit« von Inhalt, Sprache und Stil unterstellt. Somit besteht ihre Crux darin, »wertfrei« ein durch und durch »wertendes« Material vorstellen zu müssen. Nun steht kein Editor oder Verfasser einer Einführung gänzlich über dem, was er macht, und erst recht nicht bei der MEGA. Seine Einstellung gegenüber Gedanken, Theorien und politischen Bestrebungen von Marx und Engels gründet sich auf seine Eigenschaft eines »zoon politicon«. Wie stark sich diese geltend macht,<sup>85</sup> ist von Bearbeiter zu Bearbeiter, ergo von Band zu Band verschieden, wie Beispiele belegen sollen.

Die Probleme beginnen mit der Terminologie: Wie bezeichnet man die Antagonisten des Kapitalverhältnisses? In IV/3 (1998) rangieren nebeneinander »arbeitende Klassen« (S. 463), »Arbeiter« (S. 464) und »Proletariat« (S. 644); auch »Arbeitnehmer« und »Arbeitgeber« (S. 471) kommen vor – Begriffe, die in der von Marx ausgewerteten Quelle nicht zu finden sind (S. 145). Die zunächst Marx folgende Benennung der Kapitaleigentümer als »Kapitalisten« (S. 464) wird schrittweise in »Unternehmer« (S. 466) und »Fabrikanten« (S. 467) neutralisiert. Die Mitteilung, Marx habe »Grundfragen der klassischen politischen Ökonomie« studiert, setzt damit fort, dass er die »großen Werke« von Smith, Say, Ricardo, James Mill und MacCulloch bereits kannte (S. 461). Da zu der Zeit Marx das Syntagma »klassische politische Ökonomie« noch nicht gebildet hatte, ist es, wie die Aufzählung verrät, der Dogmengeschichtsschreibung entlehnt, was eine im common sense verhaftete Wertung ist.

Sicher steht es den Editoren frei, wie beim Sachregister, die »Editorsprache« zu gebrauchen (ER 93, S. 103) statt die Terminologie der dargebotenen Texte. Dagegen ist eine schwankende, partiweise auf Marx zurückgreifende, an anderen Stellen sich von ihm distanzierende Terminologie eher Ausdruck von Unsicherheit, wie die theoretischen und politischen Positionen der Materialien zu referieren sind.

Ein weiteres Problem ist, ob die Einführungen die Weiterverarbeitung der Materialien durch Marx oder/und Engels kennzeichnen sollen, was für den Nutzer sicher von Interesse ist. Einige Bände machen das, andere nicht. In IV/3 wird die – teils abgewandelte – Verwendung beim Studium entdeckter griffiger Formulierungen wie »das Volk hat ohne Eigentum »kein Vaterland« im »Kommunistischen Manifest« ausgewiesen; bei der Wendung »man muß (...)

85 Im Vorwort der ER 93 heißt es: »Von den Mitarbeitern der MEGA wird künftig erwartet, dass sie sich, einem pluralistischen Wissenschaftsverständnis verpflichtet, ausschließlich an den anerkannten Standards historisch-kritischer Forschung orientieren.« S. 10. Wobei zu fragen wäre, wer entscheidet, was – und durch wen – »anerkannt« ist?

*ganz die Maschine zerbrechen, wenn man dem Volk seine Rechte wieder erstatten will*« erfolgt der Verweis auf den »18. Brumaire« (S. 472). Marx' Parteinahme für die Arbeiterklasse und die daraus resultierende Kritik der Apologeten des Fabriksystems ist sachlich referiert (S. 463 ff.). Auch die Einführungen in III/9 (Briefe 1858/59, 2003), III/10 (1859/60, 2000) und III/13 (1864/65, 2002) halten sich frei von aufgesetzten Distanzierungen.

In I/14 (Artikel 1855) ist mittels Quellen, die Marx nicht kennen konnte, belegt, dass der britische Premier Lord Palmerstone, dem er nachsagt, ein russischer Agent zu sein, im Gegenteil die Machtbeschneidung Russlands und enorme Gebietsabtrennungen anstrebte (S. 873-76). Bezüglich Engels' Panslawismus-Entwürfen ist, ohne Quelle und damit nur behauptet (wenngleich glaubhaft), mitgeteilt, die Veröffentlichung beider Konzepte in Bd. 44 der russ. Werkausgabe sei »1972 schließlich untersagt« worden (S. 880).

Die Einführung in II/14 (Manuskripte und redaktionelle Texte zum 3. Buch des »Kapitals« 1871-1895, 2003) stellt Engels' Umgang mit Marx' Manuskripten (und damit der Theorie) sehr kritisch und sehr sachlich, so übersichtlich wie nachvollziehbar dar, womit sie wesentlich dazu beiträgt, eine umstrittene Problemlage zu erhellen (S. 381-437, 457-489). Zum zentralen Streitpunkt, der wissenschaftlichen Stringenz der Marxschen Ökonomie, nehmen die Bearbeiter indirekt Stellung: Ihre Schilderung von Marx' Arbeit am dritten Buch weist wiederholt darauf hin, wie unzufrieden dieser mit dem Stand seiner Theorie war, was sich in wiederholten Anläufen und Abbrüchen niederschlug (S. 438-456).

Als Musterfall einer Einführung, die durch eine offene Stellungnahme der Editoren zum dargebotenen Material der wissenschaftlichen Erschließung unvermittelt Impulse gibt, kann die in II/12 (Engels' Redaktionsmanuskript zum zweiten Buch des »Kapitals«, 2005) gelten. In ihr heißt es: »Ohne Forschungen zur Beurteilung der redaktionellen Eingriffe von Engels vorgreifen zu wollen, sollen abschließend noch einige wichtige Aspekte, die insbesondere das bereits erwähnte Verhältnis von Autor und Herausgeber betreffen, hervorgehoben werden. Erstens kann man aus der Tatsache, dass es zwischen dem Redaktionsmanuskript und den Texten von Marx Abweichungen gibt, nicht generell die Schlussfolgerung ziehen, Engels habe den von Marx verfassten Text vorsätzlich verändern wollen. Zahlreiche Abweichungen erklären sich vielmehr lediglich als Verbesserungen von Mängeln in der Vorlage. In diesen Fällen hat Engels eindeutige Fehler des Manuskripts von Marx korrigiert oder abgekürzte Passagen ergänzt. Zweitens ist die Unfertigkeit der Marxschen Manuskripte zu berücksichtigen.« Ein »beträchtlicher Teil der Änderungen, die Engels vorgenommen hat«, resultieren »gerade daraus, dass Marx in seinen Manuskripten in vielen Fragen erst den Versuch unternommen hat, neue Ideen zu formulieren, ohne bereits zu abschließenden Ergebnissen gelangt zu sein« (S. 522).

### *Entgleisung oder Richtungswechsel?*

Wie unterschiedlich die Einführungen auch gestaltet sind – allen gemeinsam ist die Bemühung, die Materialien im Sinne der ER 93 vorzustellen.

Beim Band II/15 (der von Engels herausgegebene dritte Band des »Kapitals«, Hamburg 1894) ist das nicht der Fall. Zum ersten Mal stammt die Einführung nicht von Bandbearbeitern, sondern von einem Dritten: Bertram Schefold, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der IMES. Sicher ist es nicht zwingend, dass die Bearbeiter die Einführung schreiben. Die Kritik richtet sich dagegen, dass die Gestaltung *dieser* Einführung von der Einhaltung der ER 93 suspendiert wurde.

Ein Grundsatz der ER ist es, auf Wertungen zu verzichten. Wie immer das im Einzelnen zu bewerkstelligen sei – auf keinen Fall sieht es so aus: Marx »hielt auch einen hochmütigen Abstand zur deutschen Historischen Schule« (II/15, S. 875); »man muss Marx den Vorwurf machen, die sich vorbereitende neoklassische Theorie nur auf niedrigem Niveau wahrgenommen zu haben« (S. 882); »es ist rätselhaft, wie man an der Vorstellung, die Arbeit als abstrakte bestimme den Wert der Waren, festhalten will« (S. 898); Marx' »Herabsetzung der Unternehmerfunktion« (S. 905); »man könnte meinen«, Marx sei »die Denunziation der Realität wichtiger gewesen als ihre Erklärung« (Ebenda); sein »alttestamentarischer Zorn« gegenüber Vertretern des Currency principle und der Bankingtheorie (S. 906).

Ein anderer Grundsatz besteht darin, Bezugnahmen zu anderen Texten zu belegen. Schefold hingegen darf ohne Quellenangabe behaupten: »Auch Marx hat diese Vorstellung eines historischen Prius der Werte zumindest zeitweilig geteilt« (S. 898). Oder: »Für Marx wurde die Abschaffung des Geldes zu einem Kriterium der Einführung des Kommunismus (was in keiner Industriegesellschaft bisher erreicht wurde)« (S. 908f.).

Ein weitere Festlegung lautet, dass die Einführung »Rechenschaft ablegt über die Konstituierung des Bandes, seine Abgrenzung von bzw. Beziehung zu anderen Bänden und seine innere Gliederung« (ER 93, S. 30). Davon ist hier keine Rede. Die die Wissenschaft bewegenden Fragen, wie Engels aus Marx' hinterlassenen Manuskripten das dritte Buch erarbeitete, welche Materialien er aufnahm, welche er wegließ, wie stark er dabei seine Ansichten und Positionen einbrachte und damit (möglicherweise) den theoretischen Intentionen seines Freundes Gewalt antat usw. usf.<sup>86</sup> sind nicht einmal gestellt. Darauf, dass die Einführung auf die »Anordnung der Materialien, die textkritische Analyse entsprechend deren spezifischen Charakter« eingehen muss (ER 93, S. 30), hat Schefold wohl niemand hingewiesen. Die Ausführungen entfernen sich soweit vom dargebotenen Material, dass man argwöhnen muss, der Verfasser habe sich, aus welchen Gründen auch immer, damit so gut wie nicht beschäftigt. Was der Nutzer vorgesetzt bekommt, ist die Propagierung der Piero Sraffa entlehnten *neoricardianischen* »Lösung« des »Transformationsproblems« (vereinfacht gesagt: der Verwandlung der Warenwerte in Produktionspreise).

Mit dem Abdruck dieses Machwerkes – zum Lob des Bandes und seiner Bearbeiter sei gesagt, dass er eine gediegene editorische Leistung verkörpert und eine außerordentlich kompetente Entstehung und Überlieferung beinhaltet, bei der man sich von der Einführung erholen kann – ist eine Posse aufgeführt: Für sein gutes Geld bekommt das Publikum einen (Selbst-)Darsteller vorgesetzt (rund ein

86 Engels' Druckfassung versus Marx' Manuskripte zum III. Buch des »Kapital«. BMEF.NF, 1995.

87 »Der Vulgärökonom hat nicht die geringste Ahnung davon, daß die wirklichen, täglichen Austauschverhältnisse und die Wertgrößen nicht unmittelbar identisch sein können. Der Witz der bürgerlichen Gesellschaft besteht ja eben darin, daß a priori keine bewußte gesellschaftliche Regelung der Produktion stattfindet. Das Vernünftige und Naturnotwendige setzt sich nur als blindwirkender Durchschnitt durch. Und dann glaubt der Vulgäre eine große Entdeckung zu machen, wenn



Viertel der zitierten Quellen sind Schefolds eigene Publikationen), der monomanisch schrillt (soweit er nicht ins Stammeln verfällt: »Auch Marx fasste Angebot und Nachfrage als ›Kräfte‹ auf, die im Gleichgewicht nicht mehr wirkten und deshalb den Gleichgewichtspreis nicht bestimmen helfen können sollten« [II/15, S. 883]): »Die Marxsche Werttheorie hat sich als nicht haltbar erwiesen« (II/15, S. 910).<sup>87</sup>

Man kann rätseln, weshalb der Text akzeptiert wurde. »Es wäre wohl eine unzulässige ›vulgärmarxistische‹ Vereinfachung, würde man nun schließen, dass der bundesdeutsche Wissenschaftsbetrieb mittlerweile dermaßen konservativ und borniert geworden sei, dass eine historisch-kritische Edition der Schriften von Marx und Engels nur dann noch Chancen auf weitere finanzielle Förderung habe, wenn sie die Marx-Kritik gleich mitliefert.«<sup>88</sup> Ist der Text der Testballon für eine Wende in den Grundsätzen der IMES oder handelt es sich um eine, sagen wir: ›Entgleisung‹? Die Antwort darauf dürfte nicht nur die Fachwelt interessieren.

### *Kein Schluss*

Das Beste an der MEGA<sup>2</sup> ist, dass es sie gibt. Bis 1990 standen die Bände freihand in Lesesälen großer wissenschaftlicher Bibliotheken. Mit ihrer Verbannung ins Magazin wurde die MEGA<sup>2</sup> unsichtbar gemacht. Was der Theologischen Realenzyklopädie recht ist, muss ihr billig sein. Es ist Sache der Nutzer, die Sichtbarmachung einzufordern. Über Editionsgrundsätze und deren Umsetzung kann man streiten. Das Credo, eine Marx-Engels-Gesamtausgabe ›sine ira et studio‹ zu realisieren, ist eine Selbsttäuschung. Zu verwirklichen ist es nicht. Die seit 1998 vorliegenden Bände sind ebenso beachtens- und bewundernswerte editorische Leistungen wie die davor erschienenen. Bei allen Unterschieden zwischen den derzeitigen und früheren Editionsprinzipien dominiert die Kontinuität. Der Wahn, mit jedem neuen Band zum weltweiten Sieg des Sozialismus beizutragen, ist verfliegen. Jetzt und in Zukunft sollte aufgepasst werden, ob nicht sein spiegelverkehrter Wiedergänger herumspukt – das Bekenntnis *gegen* die edierten Materialien. Wie man zu diesen stehen mag, sie sprechen für sich. Die hegemonialen Praxen sorgen schon dafür, dass sie nicht verstummen.

er der Enthüllung des inneren Zusammenhangs gegenüber drauf pocht, daß die Sachen in der Erscheinung anders aussehn. In der Tat, er pocht drauf, daß er an dem Schein festhält und ihn als Letztes nimmt. Wozu dann überhaupt eine Wissenschaft? Aber die Sache hat hier noch einen andren Hintergrund. Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretische Glauben in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände. Es ist also hier absolutes Interesse der herrschenden Klassen, die gedankenlose Konfusion zu verewigen. Und wozu anders werden die sykophantischen Schwätzer bezahlt, die keinen andern wissenschaftlichen Trumpf auszuspielen wissen, als daß man in der politischen Ökonomie überhaupt nicht denken darf!« Marx an Ludwig Kugelmann, 11. 7. 1868, MEW Bd. 32, S. 553 f.

88 Michael Heinrich: Marx, Karl und Friedrich Engels, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Dritter Band (MEGA II.15)*, in: *Das Argument*, Nr. 261, 47. Jg., H. 3, 2005, S. 396–400, hier S. 398.

RAINER RILLING

## Eine vergessene Linke?

Wo von einer neuen Zeit des Aufschwungs der Linken gesprochen wird, stehen immer die lateinamerikanische Linke und – zuweilen – auch Abteilungen der europäischen Linken im Blickfeld. Die Rede von der *Rifondazione der Linken* lässt die Linke in den USA oder Kanada außen vor. Schließlich ist das mit dem Sozialismus in Amerika bekanntlich so eine Sache: Letztlich gelang es nur zweimal in diesem Jahrhundert des langen Machtaufstiegs der USA, eine unabhängige politische Option jenseits des bis heute durch die Partei der Demokraten repräsentierten politischen Liberalismus stark zu machen. Stanley Aaronowitz hat im eben erschienenen zweiten Heft der Zeitschrift *Situations* in einem Beitrag »On Political Organization«<sup>1</sup> auf die Geschichte der amerikanischen politischen Linken zurückgeblickt und vor allem ihre organisatorischen Differenzierungen im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts nachgezeichnet, die hierzulande kaum bekannt sind. Deutlich wird dabei, welch breites Feld an politischen Vorschlägen, Konzeptionen und Organisationstechnologien die Linke durchgearbeitet hat, ohne entscheidend voranzukommen.

Freilich operiert sie dabei im Unterschied zur Linken in Europa oder Lateinamerika *erstens* in einem Raum, der immer faktisch nicht nur regional bzw. klein- und mittelstaatlich, sondern *kontinental* war; und dieser Raum war auch *zweitens* von Beginn an geprägt durch *imperiale* Ambition. Diese doppelte Herausforderung wird diese Linke immer prägen. Sie war von Beginn an mit einem Nationalstaat konfrontiert, dessen schiere Größe und Machtkonzentration von ihr Ressourcen und Perspektiven in einer Größenordnung abforderte, welche im Grunde eine europäische Linke bis heute nicht aufgebracht hat. Aktuell ließe sich dies am Projekt der Europäischen Linkspartei im Detail ablesen. Erst recht gilt dies für die Dimension des *American Empire*: Eine amerikanische Linke sieht sich spätestens seit Mitte des letzten Jahrhunderts herausgefordert, die transformative Aneignung des weltweit *Lokalen* zum ständigen *Reload des Globalen* der Macht des amerikanischen Kapitalismus zu konterkarieren. Die lange Erfolgsgeschichte des amerikanischen Kapitalismus hat ja seit den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts damit zu tun, dass er es wie keine andere kapitalistische Formation verstanden hat, sein »Modell« und seine spezifische »Varietät« zu globalisieren, seine Waren und Werte so zu designen und zugleich zu assimilieren, dass sie überall auf der Welt lokal kulturell anschlussfähig und damit auch marktfähig wurden. Er exportierte nicht nur Waren, Produktionsweisen, Distributionsmuster und Regulationsregime (»Fordismus«), sondern auch soziale Gebrauchswerte und Modellpakete, Ge-

Rainer Rilling – Jg. 1945; Prof. Dr., Bereich Politik-analyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hochschul-lehrer für Soziologie an der Universität Marburg. Aktueller Arbeitsschwer-punkt: Internationale Beziehungen, USA, Eigentumstheorie. Zuletzt in UTOPIE kreativ: »Über starke Ökonomie und starke Politik«, Heft 169 (November 2004). Homepage: [www.rainer-rilling.de](http://www.rainer-rilling.de).

1 Vgl. Stanley Aaronowitz: Is it Time for a New Radical Party? A Meditation on Left Political Organization, in: *Situations* 2/2006, pp.117-158.

sellschaftsregeln und ökonomische Praxen («Konsumgesellschaft»), kulturelle Sets, urbane Lebenswelten wie auch politische Ideale («Demokratie»), die sich in einer kulturell äußerst attraktiven Ideologie («Amerikanismus») verdichteten. Victoria de Grazia hat in ihrem glänzenden Buch »Irresistible Empire: America's Advance through 20<sup>th</sup> Century Europe«<sup>2</sup> diesen Prozess des Aufbaus des amerikanischen *Market Empire* untersucht, das wie kein anderer Kapitalismus sich befähigte, ständig neu die lokalen Märkte und ihre kulturellen Formationen zu verstehen, zu beeinflussen, zu adaptieren und umzubauen. Dass die Sprache und Bilder der großen Marktidole Hollywoods von *Mr. Smith goes to Washington* bis *Basic Instinct* weltweit »funktionieren«, reflektiert diese erfahrungsgesättigte Kompetenz.

Eine amerikanische Linke (und nicht nur sie) hat – ob sie will oder nicht – mit dieser globalen Dimension zu tun. Sie diskutiert sie auch in der Sprache der Wissenschaft, indem sie die Situation des American Empire erörtert und immer wieder die Frage der Selbstorganisation in den Mittelpunkt stellt. Das tut sie nun freilich oftmals mit kontinentaler *Borniertheit*, die auf verblüffende Weise ignoriert, was es jenseits der Grenzen des Nationalstaats USA an Problemen, Lösungen und Akteuren gibt – schließlich muss die Abarbeitung an den *kontinentalen* Problemen erst einmal geleistet werden. Auf der anderen Seite bezieht sie dann doch immer wieder mit hoher Selbstverständlichkeit Fragestellungen und Blickweisen ein, die auf der Höhe der Problemstellungen eines *globalimperialen* Projekts liegen. Verbunden werden diese Perspektiven selten (das ist schließlich auch schwer) und ihr Zusammenhang wird auch oft genug nicht einmal bedacht. Allerdings ist nun der bornierte Blick keine Spezifität der amerikanischen Linken. Auffällig ist vielmehr, dass die radikale Linke in Europa wie Lateinamerika zwar periodisch durchaus Kulturen des »anderen Amerika« mitsamt den dazugehörigen Ikonen übernommen hat (von Angela Davis bis Noam Chomsky) und sie selbst (und gerade auch ihre bundesdeutsche Abteilung) spätestens seit 1968 als gründlich amerikanisiert gelten kann; dass sie aber auf der anderen Seite nicht einmal ansatzweise imstande war, substanzielle, inhaltlich innovative und politisch machtrelevante Kooperationsbeziehungen aufzubauen, wie sie sich etwa zwischen dem amerikanischem Liberalismus und dem europäischen (wie deutschen) Sozialliberalismus seit nunmehr über 80 Jahren entwickelt haben. Auch davon hat sie oft genug kein Bewusstsein: Interessante Kämpfe in Venezuela, Indien oder China liegen ihr da meistens viel näher als die Streiks im Nahverkehr von New York City.

Doch der Aufbau einer engen *transatlantischen Verbindung und Zusammenarbeit* der Linken, die einen Weg jenseits des imperialen Liberalismus und seiner langen politisch vielfältigen Ausläufer sucht, muss als *ein wichtiges Schlüsselprojekt einer wirklichen Neugründung* der Linken gelten, wobei durchaus an die kurze Blüte der Trikontinentalen angeknüpft werden könnte. Linke Transnationalität hat sich seit den 90er Jahren allmählich in Projekten wie der Europäischen Linkspartei oder dem São-Paulo-Prozess und vor allem natürlich dem weltweiten (aber auch noch keineswegs globalen) Sozialforumsprozess kristallisiert. Der lebendige Unterbau dieser Dynamik sind vielfältige Netzwerke und Kooperationsstrukturen, die im Wesentlichen in den letzten ein, zwei Jahrzehnten entstanden sind. Von sehr wenigen und fragilen

2 Vgl. Victoria de Grazia: *Irresistible Empire: America's Advance Through Twentieth-Century Europe*, Harvard University Press, Cambridge 2005.

Initiativen oder auch Kooperationen abgesehen ist jedoch für die Akteure dieser neuen linken Dynamik die US-Linke kein Thema.

Der Aufbau einer solchen Verknüpfung der US-amerikanischen und europäischen Linken könnte jedoch gleich mehrfach von Nutzen sein: die europäische Linke würde von der US-linken Bearbeitung der doppelten Problemstellung der Kontinentalität und Imperialität der historisch innovativsten, mächtigsten und erfolgreichsten Varietät des Kapitalismus zehren, die bisher existierte. Für Schlüsselthemen der globalen Linken (Medienkapitalismus, ownership society, Liberalismus, Rassismus, Migration) hat sich die amerikanische Linke hohe Kompetenz und Erfahrungen angeeignet. Diese einsame US-Linke wiederum könnte nicht mehr bloß sporadisch auf Erfahrungen des Machtgewinns und -verlusts der Linken in Europa zurückgreifen und auch so den in ihren Reihen weit verbreiteten Illusionismus über »Europa« als Gegenmodell zur bushistischen USA korrigieren, der auch ein Ergebnis einer wirklich frappierenden Unkenntnis über die Entwicklung in Europa ist. Sie würde aber auch realistischer und selbstbewusster ihre im Vergleich zu Europa (oder, was das angeht, gerade auch zur Bundesrepublik) eigenen Stärken einschätzen können, wie sie sich etwa in der erstaunlichen Präsenz linker, marxistischer und radikaler Theorien und Akademiker im Hochschulwesen, ihren bemerkenswerten Verbindungen zur mittel- und lateinamerikanischen Linken oder an der Mobilisierungsfähigkeit der verschiedenen Einpunktbewegungen zeigt, in welche die organisierte Linke und ihr politisches Milieu seit den 1980ern zerfallen ist.

Orte solcher Verknüpfungen sind bisher noch selten – lange übrigens nicht zuletzt ganz prosaisch auch aus finanziellen Gründen, ein Faktor allerdings, der mittlerweile an Bedeutung sicherlich verloren hat. Betrachtet man die *akademische* Linke, so sind es in Europa die immer wichtiger werdenden großen Konferenzen der englischen und zentral-europäischen Linken (Actuel Marx, Historical Materialism, Kapitalismus Reloaded, Inkrit-Jahrestagung) und vor allem linke (oft trotzistische) Zeitschriften vor allem in England, aber auch in Deutschland, die Orte der Reflexion und Debatte der einschlägigen Analysen, Theorien und Konzepte in den USA waren und sind. Auch sozial- und kulturwissenschaftliche Publikationen der us-amerikanischen Linken von *Rethinking Marxism* bis zum *Journal of World-Systems Research* oder dem *Monthly Review* nehmen in allerdings sehr begrenztem Umfang theoretische Debatten in der europäischen Linken zur Kenntnis. Demgegenüber spielt in der nord-, ost- und südeuropäischen Linken diese Perspektive trotz des dort oftmals starken Amerikanismus keine große Rolle. Die *soziale* Linke in Europa – in Sonderheit die gewerkschaftliche Linke – hat demgegenüber nur minimale und flüchtige Beziehungen zu der amerikanischen globalisierungskritischen und gewerkschaftlichen Linken. Die Gemeinsamkeit der *feministischen* Linken in beiden Räumen besteht im wesentlichen darin, dass sie sich zeitgleich vaporisierte – wobei nicht übersehen werden sollte, dass die feministische Linke in Europa immer so stark beeinflusst war von den Entwicklungen in den USA, dass sie nach der 68er Generation zu einem weiteren, nachfolgenden starken kulturellen Repräsentanten des Amerikanismus wurde. Die *kulturelle* Linke endlich, soweit sie sich als solche überhaupt selbst identifiziert, hat demgegenüber weitaus weiterreichende, aber kaum organisierte und systematische transatlantische Beziehun-

3 »Das Left Forum ist ein Ort für Reflexionen und Debatten. Die Konferenz wird sich Schlüsselfragen zuwenden: Was ist der Zusammenhang zwischen Wahlaktivitäten und direkten Aktionen im Kampf für die Sicherung und Ausweitung der Demokratie? Wie können wir den permanenten Krieg hier und weltweit bekämpfen? Wie können wir den Kampf für eine stärkere Arbeiterbewegung, Rassengerechtigkeit, Gleichheit der Geschlechter, Rechte der Immigranten

gen. Organisierte Orte und Medien endlich, die auf eine solche Kooperation der transatlantischen Linken spezialisiert sind, existieren überhaupt nicht.

Eines der wenigen regelmäßigen Ereignisse, die eine Möglichkeit des wechselseitigen Austauschs und der Vernetzung bereitstellen, ist das *Left Forum* (vormals *Socialist Scholars Conference*), das im Jahresturnus zumeist im März in der Cooper Union in New York stattfindet. In 2006 etwa ging es um *Dangerous Times: Global Resistance & the Decline of Empire*.<sup>3</sup> In drei Tagen diskutierten in 75 Veranstaltungen fast 300 speakers mit über 1500 TeilnehmerInnen. Die Konferenz wird von einem guten Dutzend Organisationen unterstützt, darunter dem *Brecht Forum*, *Monthly Review*, *Logos*, *Rethinking Marxism*, *Science and Society*, *Social Text*, *Social Register* und der *URPE*. Auch die *Rosa-Luxemburg-Stiftung* gehört seit Jahren zu den unterstützenden Organisationen, ist aber, was die internationale Kooperation angeht, eine deutliche Ausnahme. Die Konferenz hat ein Staff von einem weiteren guten halben Dutzend Personen und wird thematisch-inhaltlich und politisch von einer Kerngruppe gestaltet, zu denen überregional bekannte Linke wie Stanley Aaronowitz, Eric Canepa, William Tabb, Bill Fletcher, Richard Wolff oder Frances Fox Piven gehören. Zu einem Beirat gehören u. a. Gilbert Achcar, Tariq Ali, Luciana Castellina, Barbara Epstein, David Harvey, Michael Löwy, Manning Marable, Leo Panitch, Neil Smith oder Thomas Ponniah. Das *Left Forum* hat deutliche Grenzen: Ein weites Feld der kulturellen und feministischen Linken in den USA hält dieses Projekt eher für ein orthodoxes Unternehmen der amerikanischen Traditionslinken und hält sich fern – eine Mutmaßung, die hinsichtlich der Themen, Referentinnen und Referenten, nicht aber eines beträchtlichen Teils der Besucher wie auch der radikal textorientierten und bilderfeindlichen Veranstaltungskultur fehlt.

Gleichwohl reflektiert es eine Fülle von Fragestellungen, die für die Linke in Europa relevant ist: Gibt es eine neue Typologie der *realen Welten des Kapitalismus*? Warum ist die verbreitete Annahme von einer Dollarkrise falsch?<sup>4</sup> Ist das amerikanische *Empire* tatsächlich in *decline*, wie die Tagungsüberschrift offenbar eher hoffnungsvoll als analysegesättigt formulierte? Wie organisiert man Arme, Obdachlose, Immigranten («Poor Peoples Organizing Campaigns»)? Wie lässt sich eine technisch hoch entwickelte linke Medienbewegung entwickeln («Media Reform Movement», «Media Justice Movement»)? Welche Rolle spielt die «Human Rights Movement» als Basis für eine Organisation der Linken? Wie steht es um Diskriminierungspraxen – hier: um den Rassismus – in der Linken? Welche Klassenstruktur bildet sich in den USA heraus? Welches Profil könnte das Projekt einer neuen linken Partei haben, welche die Situation einer zersplitterten und unvermittelten Linken überwindet?

Derlei Perspektiven zeigen, dass sich die US-Linke bereits ein großes Stück Wegs aus der tiefen Lähmung nach *Nineeleven* und ihrer Resignation nach dem erneuten Wahlsieg Bushs herausgearbeitet hat. Am Rande der New Yorker Wallstreet, unmittelbar an der Uferstraße entsteht seit zwei Jahren das linke Bildungs- und Kulturzentrum *Brecht Forum*. Es wird in diesem Jahr fertig gestellt sein und, so ist anzunehmen, ein neuer Ort für eine neue Kooperation der Linken sein.

und sexuelle Freiheit integrieren mit der Schlacht gegen die kapitalistische Globalisierung? Wie können wir uns organisieren für eine linke, alternative Zukunft in den USA, die so entscheidend ist für alle Linken in der Welt?»

Aus der Begrüßung der Teilnehmer des *Left Forum* am 10. März 2006

4 »Es gibt keine Dollarkrise und wird (auch wenn man auf Finanzmärkten nichts ausschließen kann) auch auf absehbare Zeiten keine geben. Zwar gebe es eine Schwächung der US-Wirtschaft im Zeitverlauf, aber diese Schwächung sei in der EU und in Japan noch viel ausgeprägter. China und Indien, die sehr schnell wachsen, stützen die US-Wirtschaft. Das Leistungsbilanzdefizit sei kein Problem. Es demonstriere nicht die Schwäche der US-Wirtschaft, sondern, wenn überhaupt etwas, ihre Stärke, nämlich die Möglichkeit, auf Kosten des Restes der Welt zu leben.«

Aus den Notizen von Jörg Huffschmid vom Workshop »Is there a dollar crisis?«

5 »Obdachlose werden aus den Städten vertrieben, sie hausen oftmals in Höhlen und Verschlägen. Früher waren meist farbige Männer betroffen, inzwischen immer mehr Weiße und Frauen mit Kindern (ganze Familien). Alle 30 Minuten wird jemand obdachlos! Viele Städte haben keinerlei Programme, Einrichtungen und Geld für die Betroffenen.«

Aus den Notizen von Sabine Leidig vom Workshop »Poor Peoples Organizing Campaigns«

LUIGI WOLF

## Neuformierung der Linken – auch in Frankreich?

Bericht vom 33. Parteitag der Französischen  
Kommunistischen Partei vom 23. bis 26. März 2006

Während die Bewegung gegen die arbeitsrechtliche Benachteiligung für Berufseinsteiger allgegenwärtig war – direkt nach Eröffnung wurde eine fünfständige Pause eingelegt, damit alle Delegierten des Kongresses an einer Studierenden- und Schülerdemonstration teilnehmen konnten –, bestimmte ein anderes Ereignis den Kongress nachhaltig: Das Referendum gegen die EU-Verfassung als Erfolg der Linken und ihrer Kampagne war der zentrale Bezugspunkt, der immer wieder angerufen und interpretiert und auch zur Legitimierung durchaus divergierender politischer Strategien herangezogen wurde.

Diese strategische Diskussion bestimmte den gesamten Kongress und hatte schließlich ihren Kristallisationspunkt in der Diskussion um die Wahlstrategie der FKP für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2007.

Mit dem Beschluss, die Entscheidung über eine kommunistische Kandidatur auf den Spätherbst 2006 zu verschieben und zu einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur aufzurufen, öffnet sich der französischen Linken ein historisches Fenster zur politischen Neuformierung.

Dabei bewegen sich die französischen Kommunisten zwischen dem Wunsch, die Trägerkoalition der »Nein«-Kampagne in ein dauerhaftes politisches Bündnis umzuwandeln, und einem Wahlsystem, das Spaltungen im »Nein«-Lager begünstigt und gleichzeitig dem mächtigen Apparat kommunistischer Mandatsträger die Weiterführung eines Bündnisses mit den Sozialisten ermöglicht.

### *Der Parteitag und seine Beschlüsse*

An dem Kongress der FKP haben 924 Delegierte aus 96 Fédérations (Gliederungen) teilgenommen. Darunter waren 43,8 Prozent Frauen (2003: 40 Prozent), 16 Prozent waren Jugendliche unter 30 Jahren (2003: 8,5 Prozent) und 137 (14 Prozent) davon waren weniger als zwei Jahre in der Partei (2003: 9,3).

Damit zeigt sich, dass der Partei ein gewisser Verjüngungsprozess gelungen ist. Dazu passen die Zahlen der Neueintritte, 8 000 allein im Jahr 2005, so dass die Partei erstmals seit Jahrzehnten nicht weiter geschrumpft ist (offizieller Stand 2006: 135 000 Mitglieder).

Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass die Partei immer mehr eine Partei des öffentlichen Dienstes wird. Von 924 Delegierten arbeitet mehr als die Hälfte (553) im öffentlichen Dienst. Nur 267 Delegierte arbeiten im privaten Sektor.

Noch bezeichnender ist aber, dass nur noch 7,9 Prozent der Delegierten sich der Kategorie der Arbeiter zurechnen. 25,7 Prozent sind

Luigi Wolf – Jg. 1979;  
Student der Politik-  
wissenschaften am  
Otto-Suhr-Institut in Berlin,  
aktiv bei WASG und  
Linke.Hochschulgruppen-  
netzwerk.

Angestellte, 14 Prozent sind Lehrpersonal, 13 Prozent technische und mittlere Angestellte und 21 Prozent Selbstständige.

Darunter sind »nur« noch 67,7 Prozent Mitglieder in einer Gewerkschaft oder Berufsgenossenschaft – allerdings ist gut die Hälfte dieser Mitglieder dort in einer Funktion (29,9 Prozent der Delegierten)<sup>1</sup>.

Es zeigt sich also, dass die besondere Stellung, die die FKP einmal innehatte, weil die große Mehrheit ihrer Funktionäre und Kongressdelegierten tatsächlich Arbeiter waren, verloren gegangen ist.<sup>2</sup> Allerdings sind die Delegierten noch immer relativ repräsentativ für die Mitgliedschaft der Partei und bestehen nicht wie bei anderen Parteien nur oder hauptsächlich aus Parteikadern und abhängigen Beschäftigten der Partei. Trotzdem sind immerhin 29,1 Prozent der Delegierten Mandatsträger der Partei, wozu noch einmal einige Mitarbeiter der Partei hinzu kommen dürften.

Der Kongress verabschiedete eine Reihe wichtiger Dokumente. Darunter befinden sich die Überarbeitung des Kommunismusbegriffes »Visee communiste«, die Überarbeitung der Parteistatuten und ein Beitrag der FKP zur Programmdebatte in der Linken vor den Wahlen 2007.<sup>3</sup>

Die alles entscheidende Debatte drehte sich aber um die Frage der strategischen Orientierung. Sollte die FKP bereits auf dem Parteitag ihre selbstständige Kandidatur beschließen oder sollte sie eine anti-neoliberale Sammlungsbewegung vorschlagen, deren Träger eine »kommunistische Kandidatur sein könnte«, über die die FKP aber erst auf dem nächsten Kongress im November beschließen würde.

Bereits in der allgemeinen Aussprache bezog sich eine Mehrheit der Delegierten auf diese Frage und nach Vorstellung des strategischen Leitantes folgte noch einmal eine Debatte, an der sich 50 Delegierte beteiligten.

Das Ergebnis ist, dass der strategische Leitantrag der Parteiführung, der einen Appell für eine anti-neoliberale Einheitskandidatur enthält und die Entscheidung über die FKP-Kandidatur auf einen Kongress im Oktober/November verschiebt, mit 570 Stimmen bei 227 Gegenstimmen angenommen wurde. Die Zahl der Gegenstimmen – immerhin 26,9 Prozent – ist dabei geringer als die Zahl der Stimmen, die in einem Änderungsantrag eine sofortige kommunistische Alleinkandidatur gefordert hatte (etwa 35 Prozent)<sup>4</sup>.

Am Ende wurde noch das nationale Führungsgremium der FKP gewählt: der Conseil National. Dieser wurde in einer Listenwahl gewählt, wobei eine Liste jeweils Kandidaten und Kandidatinnen für alle der 242 zu vergebenden Plätze aufweist. Der Kopf der Liste wird bei dem Erfolg der Liste automatisch zum Secrétaire National gewählt.

Erstmals in der Geschichte der FKP trat bei dieser Wahl eine Oppositionsliste gegen die Mehrheitsliste von Marie-George Buffet an. Die Liste, die von André Gérin angeführt wurde, kann dem traditionalistischen Flügel zugerechnet werden (dazu weiter unten). Für die Liste von Marie-George Buffet stimmten 753 Delegierte (91,3 Prozent). Für die Oppositionsliste stimmten 72 Delegierte (8,7 Prozent).

### *Situation und Herausforderungen*

Im Jahr 2007 stehen in Frankreich Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Wie wird die Linke zu diesen Wahlen antreten?

1 Alle Zahlen aus der Beilage »Communistes« der FKP-nahen Tageszeitung »Humanité«. <http://www.FKP.fr/docs/telecharger/3802Commu.pdf>.

2 Noch 1967 waren 51 Prozent der Parteitagsdelegierten Arbeiter. 1976 waren 52,3 Prozent der Politbüro-Mitglieder und 59,2 Prozent der premiere secrétaire fédéraux, was mit Bezirkssekretär übersetzt werden könnte, Arbeiter.

3 Für einen Überblick über diese Diskussionen und Beschlüsse siehe der französische Bericht, siehe Anmerkung 1. Die Resolutionen sind unter <http://docushare.dmz.FKP.fr/dscgi/ds.py/View/Collection-358> einzusehen.

4 Die Abstimmung über diesen Änderungsantrag ist leider nicht dokumentiert, so dass ich mich dabei auf meine Notizen verlassen muss.

Die heutigen Debatten können nur vor dem Hintergrund zweier Ereignisse verstanden werden: Den Präsidentschaftswahlen 2002 und dem Erfolg der »Nein«-Kampagne beim Referendum zur Verfassung der Europäischen Union am 29. Mai 2005.

Die Strategiedebatte in der Linken ist von dem traumatischen Ereignis schwer belastet, das die Präsidentschaftswahlen 2002 für die Linke insgesamt darstellten. Damals war die aus dem Regierungsbündnis kommende Linke »gauche plurielle« (plurale Linke) aus Sozialisten, Kommunisten, Grünen und der linkssouveränistischen Bewegung von Jean-Pierre Chevenement schwer abgestraft worden. Im Vergleich zu den vorherigen Präsidentschaftswahlen 1995, als die trotzkistische Kandidatin Arlette Laguiller erstmals die Fünf-Prozent-Hürde übersprang, konnten die trotzkistischen Kandidaten insgesamt über zehn Prozent der Stimmen erhalten und damit mehr als drei mal so viel wie die KPF mit 3,4 Prozent für ihren Kandidaten Robert Hue.<sup>5</sup> Dieser an sich schon bemerkenswerte und beispiellose Wahlerfolg der »extremen« Linken wurde aber von einem anderen Ergebnis der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen überschattet. Abgestraft durch die massive Wahl für die »extreme« Linke und Kandidaten anderer linker Formationen – der Grünen beispielsweise – zog der sozialistische Kandidat Jospin nicht in die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen ein. Stattdessen gewann Jean-Marie Le Pen überraschenderweise so viele Stimmen, dass es bei der Stichwahl zum zweiten Mal seit Gründung der 5. Republik keine Entscheidung zwischen einem linken und einem rechten Kandidaten gab. Stattdessen mussten die Wähler zwischen einem rechten und einem faschistischen Kandidaten wählen, was die Linke in ihrer absoluten Mehrheit dazu veranlasste, zur Wahl von Chirac aufzurufen. Dieser gewann dann in der zweiten Runde 82 Prozent der Stimmen.

In der kollektiven Erinnerung von Parteiaktivisten und Wählern überlagern sich diese widersprüchlichen Erfahrungen.

Für die radikale Linke – insbesondere für die trotzkistische Organisation Ligue Communiste Revolutionnaire (LCR) – stellte die Aufstellung des bis dahin vollkommen unbekanntes Olivier Besancenot einen großen Erfolg dar. Sie gewann als kleine Organisation einen öffentlichkeitswirksamen Sprecher, dessen Bekanntheitsgrad in keinem Verhältnis zur Größe der Organisation steht. Da sich die LCR für die Regierungspolitik nicht verantwortlich fühlt, ist aus ihrer Perspektive das Debakel der pluralen Linken »deren Problem«.

Für Wähler und Aktivisten von FKP, den Sozialisten und den Grünen sieht die Sache komplizierter aus. Waren es gerade die kommunistischen und sozialistischen Wähler, die mit ihrer Stimmabgabe ihre Parteien abstrafen wollten (»vote sanction«), so waren sie gleichzeitig von den Konsequenzen »ihrer« Wahl geschockt.

Während die Führungen vor allem der Sozialisten und der Grünen versuchten, dieses schlechte Gewissen ihrer Wähler gegen die in den Wahlen ausgedrückte Kritik ihrer Politik ins Feld zu führen – »die Protestwahl hilft nur den Rechten« – fühlten sich viele Aktivisten und Mitglieder von Grünen, SP und FKP in ihrer Kritik der Regierungspolitik bestätigt, wussten allerdings nicht, wie sie diese in eine Politik umsetzen sollten, die eben nicht den Rechten in die Hände spielt – ein Leitmotiv auch für die Debatten auf dem 33. Parteitag der FKP.

5 1995 hatte Robert Hue noch 8,7 Prozent erhalten. Damals war der Trotzkistin Arlette Laguiller mit 5,3 Prozent erstmals der Sprung über die Fünf-Prozenthürde gelungen. Im Jahr 2002 erhielten die trotzkistischen Kandidaten zusammen schließlich 10,6 Prozent der Stimmen.



Die »Nein«-Kampagne gab den Kräften, die eine Politik links des Sozialliberalismus der Parteiführungen von Grünen und der Sozialistischen Partei realisieren wollten, einen Ansatz der Gemeinsamkeit.

Konnte die Protestwahl der sozialistischen, grünen und kommunistischen Wählerschaft bei den Wahlen 2002 noch für die Niederlage des gesamten linken Lagers verantwortlich gemacht werden, so wurde mit dem Referendum zur EU-Verfassung zum ersten Mal eine Perspektive der Mehrheitsfindung links des Sozialliberalismus greifbar.

Insofern ist der Sieg der Nein-Kräfte mehr als eine Einheit im Nein. Für das linke Nein, »le Non de gauche«, ist mit der erfolgreichen Kampagne zur EU-Verfassung die Perspektive einer »anti-neoliberalen Mehrheit« in der Bevölkerung entstanden.

Besonderes Gewicht erhält dieser Sieg dadurch, dass alle daran beteiligten Kräfte die Bedeutung der Einheitskampagne betonen. Mit über 1 000 Komitees im ganzen Land, in deren Kern Aktivistinnen und Aktivisten von KP, LCR, Gewerkschaften und Dissidenten aus Grünen und Sozialisten monatelang kooperierten, entstand eine echte, das ganze Land umfassende Volksbewegung.

Diese ermöglichte es auch, dass die Mehrheit der sozialistischen (59 Prozent) und grünen Wähler (64 Prozent) trotz der klaren Positionierung ihrer Parteiführungen zu Gunsten der Verfassung, für das »Nein« gewonnen werden konnten.

Die Kombination aus dem Erfolg und der Erfahrung einer kollektiven Kampagne zum Nein hat die Linke nachhaltig geprägt und die Führungen von Grünen und Sozialisten traumatisiert.

Der 29. Mai hat als politisches Erdbeben einerseits (EU-Verfassung gekippt und die rechte Regierung von Jean-Pierre Raffarin zum Rücktritt gezwungen) und als kollektive Erfahrung tausender Aktivistinnen und Aktivisten das Zeug, zu einem Gründungsmythos politischer Neuformierung zu werden.

Besonders delikat wird das Ringen um eine Neuformierung der politischen Linken in Frankreich, da er im Rahmen eines spezifischen Wahlrechts stattfinden muss.

Frankreich ist eine Präsidialdemokratie. Die Institutionen der V. Republik sind als Antwort des Gaullismus auf die Parteiendemokratie in der IV. Republik entstanden. Sie waren darauf ausgerichtet, die Rechte hinter einem starken Präsidenten De Gaulle zu vereinigen und die Kommunistische Partei – von 1946-56 durchgehend mit mehr als 20 Prozent der Stimmen stärkste Kraft in Frankreich – auszu-manövrieren. Der Effekt war, dass die Präsidentschaftskandidatur und ihre Logik – in der zweiten Runde alles auf zwei Kandidaten zuzuspitzen – die Wahlen zukünftig bestimmte. Für die KP bedeutete dies, in den folgenden Jahren bei den Wahlen für die Präsidentschaft auf einen mehrheitsfähigen sozialistischen Kandidaten angewiesen zu sein.

Für die Präsidentschaftswahlen kristallisierten sich Bedeutungsunterschiede der Wahlgänge heraus. Für die erste Runde schickte jede Formation ihren Kandidaten ins Rennen, um die eigene Organisation national zu profilieren und um die Kräfteverhältnisse innerhalb der Linken festzustellen. In der zweiten Runde gab es dann eine Fokussierung auf den jeweils bestplatzierten Kandidaten, der dann vor allem die Aufgabe hatte, das gegnerische Lager zu besiegen.

Konnten die Präsidentschaftswahlen früher zur Profilierung jeder einzelnen Organisation und als Barometer für die Aushandlung des Kräfteverhältnisses der Wahlbündnisse für die Parlamentswahlen dienen, so hat diese Funktion seit der Wahl 2002 einen großen Schaden genommen. Die Wähler erwarten einerseits für die Präsidentschaftswahlen 2007 – gerade auf der Linken –, dass die Linke Kandidaten aufstellt, die eine Wiederholung des Desasters des Einzuges von Jean-Marie Le Pen in die zweite Runde ausschließen.

Andererseits bedeutet die Personalisierung der Wahl, dass Bündnisse zwischen verschiedenen Kräften nicht gerade erleichtert werden. Denn wenn sich alles auf einen Kandidaten konzentriert, wie sind dann die anderen Kräfte vertreten? Oder kann es nur einen Dritten gänzlich unabhängigen Kandidaten geben, der dann glaubwürdig die Einheit der verschiedenen linken Kräfte vertreten kann?

Die Parlamentswahlen und ihr Verfahren sind in Bezug auf mögliche Neuformierungsprozesse nicht weniger problematisch. In Frankreich existiert ein Mehrheitswahlrecht. Das heißt, dass der jeweilige Abgeordnete im zweiten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen in seinem Wahlkreis gewinnen muss. Für die kleineren Parteien bedeutet dies eine automatische Abhängigkeit von einem Bündnis mit der Sozialistischen Partei, da diese dann in einem formalisierten Bündnis jeweils nur einen Kandidaten der Linken in die zweite Runde schicken. Andernfalls droht den kleinen Parteien das Schicksal der Grünen, die 1993, als diese ohne Bündnis mit den Sozialisten antraten und trotz eines Ergebnisses von 10,7 Prozent keinen einzigen Abgeordneten gewannen. Ähnlich übrigens wie die Front National, die über keine Abgeordneten verfügt (trotz 15-18 Prozent der Stimmen).

Ein anti-neoliberales Bündnis müsste also eine solche Dynamik entfalten, dass es in wichtigen Wahlkreisen in der ersten Runde vor den anderen Linken liegt, so dass dann die andere Kraft (also wahrscheinlich die Sozialisten) zu Gunsten dieses Bündnisses auf Kandidaturen verzichten würde. Dann müsste zusätzlich die Rechte im zweiten Wahlgang besiegt werden.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass einerseits die Niederlage der Linken am 21. April 2002 und der Erfolg der »Nein«-Kampagne die Herausbildung eines anti-neoliberalen Bündnisses – durchaus auch gegen die Sozialisten – begünstigt. Andererseits ist die Linke – auch die anti-neoliberale – anscheinend an die Sozialistische Partei gebunden, um ins Parlament einzuziehen und ihre Mandate zu sichern. Zudem produziert das Trauma des Einzuges von Jean-Marie Le Pen in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl die Erwartung, in der Wählerschaft eine/einen Kandidaten aufzustellen, der im zweiten Wahlgang die Rechte schlagen kann.

### *Die innerparteilichen Akteure und ihr Auftreten auf dem 33. Parteitag*

Diese Fragenkomplexe sind die Grundlage, um die Debatten, Resolutionen, Konflikte und Ergebnissen des 33. Parteitages besser verstehen zu können.

Mit der oben skizzierten politischen Ausgangslage gingen die verschiedenen Strömungen der FKP auf dem Parteitag sehr unterschiedlich um.

Im öffentlichen Erscheinungsbild der FKP wurden in der Vergangenheit immer zwei Grundströmungen ausgemacht. Auf der einen Seite die Modernisierer, denen seit der Übernahme der Position des Secrétaire National durch Robert Hue 1994 die Parteiführung zugeordnet wird. Diese Strömung bezog sich positiv auf die von Robert Hue ausgerufene »Mutation«<sup>6</sup>, selbst wenn sie sich ihrerseits in unterschiedliche Strömungen geteilt hat.

Andererseits in die »Traditionalisten« oder »Stalinisten«, die die Mutation als Liquidierung der Partei angriffen und sich ihrerseits in unterschiedliche Strömungen unterteilten.

Diese Wahrnehmung entspricht aber nur einer medialen Vereinfachung. In Wirklichkeit ist die Lage innerhalb der Partei komplizierter. Spätestens mit diesem 33. Parteitag sind nun aber neue Konstellationen in Erscheinung getreten, die die bisherige Wahrnehmung in Frage stellen. Grob lassen sich aus meiner Perspektive vier Strömungen ausmachen: Die wohl organisierteste und am deutlichsten von allen unterscheidbare Strömung ist die »*traditionalistische*« Strömung. Sie präsentierte für den Kongress als einzige vier alternative Texte, die insgesamt auf 35 Prozent der Stimmen bei der Mitgliederbefragung kamen.

Trotz der Unterschiede und Spaltungen innerhalb dieses Lagers war diese Strömung auch die einzige, die dem Kongress eine Oppositionsliste als Alternative zur Führungsliste von Marie-George Buffet gegenüberstellte.

War das Ergebnis dieser Wahl mit etwa 8 Prozent eine deutliche Niederlage, so reflektiert es aber nicht die Stellung dieser Strömung in den Kräfteverhältnissen auf dem Parteitag.

Als Vorstoß für eine kommunistische Kandidatur und deren Proklamation auf dem 33. Parteitag erhielt der von dieser Strömung eingebrachte entsprechende Antrag etwa 35 Prozent der Stimmen. Diese Zahl entspricht zwar den Stimmen der Mitgliederbefragung, überschätzt aber wahrscheinlich das Stimmenpotenzial der Traditionalisten, da sicher auch eine Reihe von »Hueisten« aus taktischen Gründen für den Antrag stimmte. Die oppositionellen Strömungen können sicher leichter ihre Anhänger mobilisieren, als die Strömung, die einfach dem Leitantrag der Mehrheit zustimmt.

Verankert ist diese Strömung in den historischen Hochburgen der FKP, beispielsweise in den Regionen Nord und Pas de Calais mit seinen von Minen und der Schwerindustrie geprägten Städten wie Calais oder Lille, aber auch in dem Departement Marne und in dem »roten Gürtel«, der Industrie- und Arbeiterkonzentration um Paris.

Dazu kommt eine nicht unbeträchtliche Anzahl von betrieblichen Aktivistinnen und Aktivisten, entweder aus den verbleibenden Betriebszellen der FKP oder von den aktiven Mitgliedern der CGT.

Diese Strömung ist einerseits durch ihre Verankerung in der klassischen industriellen Arbeiterklasse gekennzeichnet, selbst wenn diese gerade auch in den Herkunftsdepartements durch eine tiefe strukturelle Krise gezeichnet ist.

Die Strömung vertritt im Guten wie im Schlechten das »ouvriéristische«<sup>7</sup> Erbe der FKP. Die FKP konnte lange Zeit ihren Anspruch, die »Partei der Arbeiterklasse« zu sein, durchaus glaubhaft untermauern. 1978 – allgemein als Höhepunkt der Entwicklung der FKP aner-

6 Mit diesem Begriff bezeichnete Robert Hue sein Projekt der grundlegenden Veränderung der FKP nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Unter dieser Losung fand sowohl die Kritik der Sowjetunion und des Stalinismus, als auch eine weitaus ambivalenter Revision des ideologischen Erbes der FKP als »Partei der Arbeiterklasse« statt.

7 Die mögliche deutsche Übersetzung »Arbeitertümelei« scheint mir dem Begriff eine Note der Lächerlichkeit sektiererischer Kleingruppen zu geben, der dem historischen (Massen)-Phänomen der FKP in Frankreich nicht gerecht wird. Deswegen verwende ich den französischen Begriff.

8 Die FKP hat übrigens auch in anderen Bereichen eine signifikant repräsentativere Mitgliedschaft als andere Parteien. So stieg beispielsweise der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft von 1979 35 Prozent auf 1998 39,8 Prozent. Die Grünen hingegen, mit einem ganz anderen Image ausgestattet, hatten 1998 nur einen Frauenanteil von 31 Prozent, die Sozialisten von 26 Prozent. Noch eklatanter ist diese Entwicklung bei der Jugend. Während 1979 24 Prozent der FKP-Mitglieder unter 30 Jahren waren, waren dies 1997 nur noch 10 Prozent. Bei den Grünen hingegen ist der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren von 1988 bis 1998 von 24 auf 6 Prozent gesunken. Bei den Sozialisten desgleichen von 7 Prozent 1985 auf 5 Prozent 1998. Dort ist sogar der Anteil der Mitglieder zwischen 30 und 39 Jahren innerhalb von 13 Jahren von 26 Prozent auf 9 Prozent gefallen.

kannt – gewann die Partei 39 Prozent aller Arbeiterstimmen in Frankreich – fast doppelt so viel wie das eigentliche Wahlergebnis (20 Prozent). Selbst 1997 nach 20 Jahren Niedergang verzeichnete die FKP mit 15 Prozent unter Arbeitern noch ein überdurchschnittliches Ergebnis im Verhältnis zum Gesamtergebnis. Das Gleiche betrifft die Mitgliedschaft. Während 1979 die Arbeiter mit 46,5 Prozent die größte und wichtigste Gruppe ausmachten, so waren sie 1997 mit nur noch 31 Prozent nahe an ihrer Präsenz in der Gesamtbevölkerung (28 Prozent). Damit sind die Arbeiter aber in der FKP im Vergleich zu allen anderen politischen Formationen immer noch am besten repräsentiert.<sup>8</sup>

In dieser Arbeiterbasis ist die Ablehnung der »Mutation«, also der Modernisierung, größer als im Rest der Partei. Diese Ablehnung speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Einerseits war es dieser Flügel, der als erstes die Opposition gegen die Privatisierung durch die Regierung unter Beteiligung der Kommunisten ausdrückt und organisiert – beispielsweise gegen den Verkauf von Aktien der Air France als Schritt zur Privatisierung unter einem kommunistischen Transportminister.

Dieser Flügel war es andererseits aber auch, dem die Abrechnung mit dem Stalinismus – also die Aufarbeitung der Geschichte der Sowjetunion ebenso wie der dunkleren Seiten der FKP-Geschichte – zu weit geht.

Zusätzlich werden in diesem Flügel die Öffnungen gegenüber den sozialen Bewegungen und ihren politischen Positionen, z. B. in der Drogenpolitik kritisch beäugt – weshalb die Charakterisierung dieses Flügels als ungebrochen »linke« Opposition meines Erachtens keinen Sinn macht.

Dabei bezieht sich auch dieser Flügel auf den Erfolg bei dem Referendum gegen die EU-Verfassung am 29. Mai 2005. Allerdings betonen sie dabei vor allem die Rolle der FKP selbst. Dies ist auch deswegen erklärlich, da in ihren Hochburgen die Partei die Kampagne alleine führte – ohne dabei auf Bündnisse oder »Nein«-Kollektive zurückzugreifen oder diese zu gründen.

Besonders bezeichnend war ein Beitrag eines Vertreters aus dem Pas-de-Calais in dem er erklärte, dort gäbe es keine Anti-Globalisierungs-Bewegung, keine nennenswerten »Nein«-Kollektive und keine LCR. Sollte er diese etwa aufbauen, um dann Kooperationspartner zu haben, fragte er rhetorisch.

Ein zweiter Bezugspunkt der Beiträge aus dieser Strömung war die eindringliche Warnung, erneut in ein Bündnis mit den Sozialisten gezogen zu werden. Sie konnten dabei eindrucksvoll schildern, wie die Enttäuschung über die Regierungsbeteiligung in ihren Wahlkreisen zur Schwächung der KP und zum Aufstieg des Front National beigetragen habe. Das Ziel, die »Arbeiter-Stimmen« der Front National wieder zu gewinnen, war dabei ein wichtiges Thema der Redebeiträge.

In der strategischen Debatte lavierten die Rednerinnen und Redner aus diesem Flügel zwischen einer Einschätzung großer Stärke von Seiten der FKP einerseits und der Erklärung, dass wenn es sein muss, »Kommunisten auch bereit sein müssten, einen langen Marsch durch die Wüste durchzustehen«. Diese Widersprüchlichkeit aus Überschät-

zung der unabhängigen, eigenen Kraft der FKP und der Unterschätzung bis Geringschätzung der Kräfte außerhalb der FKP – also der Globalisierungskritiker, der Jugend etc. – war auch ein wesentlicher Angriffspunkt gegen diese Strömung.

Eine ebenfalls gut organisierte Strömung sind die »*Refondateurs*«, die »Neugründer«. Auch diese traten organisiert auf dem Kongress auf – allerdings ohne eine eigene Liste aufzustellen, da sie sich in der Liste von Marie-George Buffet aufgehoben fühlten.

Entstanden ist diese Strömung 1989 im Zuge des Zusammenbruches des Ostblockes. Laut Roger Martelli, einem der heutigen öffentlichen Vertreter dieser Strömung, ist sie die erste Oppositionsströmung, die innerhalb der Partei geblieben ist – bzw. nicht ausgeschlossen wurde.

Diese Strömung bezieht ihre strategischen und politischen Bezugspunkte aus dem Eurokommunismus. Zwar war auch George Marchais als damaliger Generalsekretär der FKP an dessen Proklamation 1977 beteiligt, doch durch eine Wendung hin zur UdSSR Ende der 70er Jahre wurde dieser wieder zurückgedrängt – was sich unter anderem in der Rechtfertigung der Niederschlagung der Gewerkschaft *Solidarność* in Polen ausdrückte. Der Eurokommunismus hat sich niemals richtig in der FKP durchgesetzt.

Der Eurokommunismus und die Strömung der *Refondateurs* sind dabei sehr ambivalent. Ihnen wird von den Traditionalisten der größte Verrat sowohl am kommunistischen Erbe als auch an deren Werkzeug, der Partei, vorgeworfen. In beiden Fällen wird diese Strömung des Liquidarentums beschuldigt.

Und tatsächlich sind die Entwicklungspfade dieser Strömung ambivalent. So war für einen Großteil der eurokommunistischen Vertreter in Italien der Eurokommunismus nur die Durchgangsstation zu einer Auflösung der IKP nach dem Zusammenbruch des Ostblockes. Und auch die Strömung der *Refondateurs* hat entsprechende Karrieren vorzuweisen. Von den drei bekanntesten Gründerfiguren – allesamt ehemalige Minister der Mitterrandregierung – ist heute keiner mehr in der FKP. Eine der bekanntesten Figuren, Charles Fitterman, ist sogar zu den Sozialisten übergelaufen und heute ein einfacher Abgeordneter dieser Partei.

Aber auch hier ist Vorsicht geboten. Denn diese Strömung einfach auf dem »rechten« Parteiflügel zu verorten, wäre falsch.

Richtig ist, dass diese Strömung wichtige traditionelle, inhaltliche Grundsätze und politisch-organisatorische Traditionen der FKP in Frage stellt.

Dazu zählen die »führende Rolle der Arbeiterklasse« und der »Führungsanspruch der FKP in der Arbeiterklasse«. Dazu zählt aber auch beispielsweise das Staatsverständnis der alten FKP, in der es darum ging, die Macht (revolutionär oder über den Wahlzettel) zu erobern und dann den Sozialismus von oben herab einzuführen.

Auch hier sind die Schlussfolgerungen widersprüchlich. So kann beispielsweise die Kritik am Etatismus, einer staatsfixierten politischen Strategie dazu führen, den Aspekt der Selbstemanzipation wieder hervorzuheben und dem staatszentrierten Politikmodell ein auf gesellschaftliche Gegenmacht orientiertes Modell entgegenzusetzen. Die Kritik am Etatismus der alten FKP kann aber auch dazu führen, der

Praxis der Verwaltung kapitalistischer Verhältnisse in der Regierung einen progressiveren, partizipativeren Anstrich zu verpassen – bzw. sogar den Weg zu Konzepten von Privatisierung eröffnen.

Das Gleiche gilt für die Suche nach dem Subjekt. Wird die Arbeiterklasse von dem mythologischen Sockel gestoßen, kann daraus eine im Namen der Zivilgesellschaft verantwortete Verabschiedung von Klassenwidersprüchen resultieren, die ideologisch störungsfreies Regieren ermöglicht, oder es kann den Blick für neue gesellschaftliche Bündnisse und Neustrukturierungen von Klassen schärfen.

Beide Entwicklungspfade finden sich bei den Refondateurs. So war, wie beschrieben, für einen ihrer Gründer tatsächlich der Weg zu der Sozialdemokratisierung konsequent und führte zum Übertritt zu den Sozialisten. Ebenso war die Kritik an verstaubten Traditionen sicher auch ein Einstieg in die Diskussion um progressive Entstaatlichung, also die ideologische Begleitmusik für beispielsweise den Verkauf der Air-France-Aktien unter einem kommunistischen Transportminister.

Gleichzeitig muss man dieser Strömung aber auch zu Gute halten, dass sie sich in ihrer Mehrheit anders entwickelt hat. So wird der Konflikt um die Privatisierung in der Regierung der pluralen Linken als ein Schlüsselpunkt wahrgenommen, der dazu führte, sich von der Strömung der *Hueisten* abzusetzen. Anders als diese wollten sie eben keine Privatisierung verantworten und insofern haben sie eben den Ausverkauf kommunistischer Grundlagen in ihrer Mehrheit nicht mitgemacht.

Wichtiger ist aber wohl, dass diese Strömung, da sie »auf der Suche« nach einem gesellschaftlichen Subjekt war, wohl am ehesten die globalisierungskritische Bewegung und deren neue Bündnis-systeme wahrgenommen und ihnen eine strategische Bedeutung zugeordnet hat.

So war es diese Strömung, die schon früh das Thema »Globalisierung« entdeckte und sich bereits an dem ersten Weltsozialforum in Porto Allegre beteiligte.

Es war ebenfalls diese Strömung, die auf eine Zusammenarbeit mit Attac drängte und das Europäische Sozialforum (ESF) in Paris als zentrale Möglichkeit wahrnahm.

Schließlich war es diese Strömung, die aus den Netzwerken des ESF heraus an der Ausarbeitung des Appells der 200 mitarbeitete, der die Kampagne gegen die EU-Verfassung überhaupt erst möglich machte.

In dem Maße, wie diese Öffnung forciert wurde, musste diese Strömung auch in Widerspruch zu der Wahlstrategie des Bündnisses mit der Sozialdemokratie geraten. Denn das Bündnis mit und die Öffnung zur globalisierungskritischen Bewegung bedeuteten politisch die Wahrnehmung einer neuen Demarkationslinie zwischen neoliberaler und anti-neoliberaler Politik. Ein Bündnis mit der globalisierungskritischen Bewegung lief also darauf hinaus, wenn es nicht nur als ideologische Ressource, sondern als konkreter Ausgangspunkt einer politischen Neuformierung gesehen wurde, in Widerspruch zu der Bündnisstrategie mit der Sozialistischen Partei und damit zu vielen Mandatsträgern innerhalb der Partei zu geraten, die in der unbedingten Fortführung dieses Bündnisses ihre einzige Überlebenschance sehen.

Der erste Test für diese Strategie war die Liste »Alternatives Citoyennes« (alternative Staatsbürger). Tatsächlich war es unter anderem auf die Initiative dieses Flügels zurückzuführen, dass die FKP erstmals bei den Regionalwahlen 2004 die Initiative für eine offene globalisierungskritisch beeinflusste Liste in Paris und in Ile de France (Großraum Paris) ergriff – ein Bereich, wo über das ESF in Paris besonders intensive Verbindungen zu sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen aufgebaut wurden. Die guten Ergebnisse dieser Liste – 7,8 Prozent in der Ile de France und 5,6 Prozent in Paris selbst – galten als ein erster Test für breitere Wahlallianzen. Diese Herangehensweise verhinderte auch nicht, dass es in der zweiten Runde der Wahlen eine Absprache mit den Sozialisten gab, um die Rechte gemeinsam zu schlagen. Allerdings fanden die Verhandlungen zu dieser erst zwischen den zwei Runden statt. Sonst hätten die Kommunisten immer schon auf einer gemeinsamen Liste mit den Sozialisten kandidiert.

Die Refondateurs sind dementsprechend auch die Kraft, die am stärksten auf eine Einheitskandidatur bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 drängen. Sie waren es, die schon während der »Nein«-Kampagne die Möglichkeit einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur aufwarfen. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet diese Strömung sowohl innerhalb der Partei, als auch außerhalb. Ähnlich wie der Appell der 200 gibt es auch jetzt einen Appell für eine anti-neoliberale Einheitskandidatur.<sup>9</sup> Eine Homepage wurde eingerichtet und es wurden bereits über 6 000 Unterschriften (Stand Ende Mai) für eine solche Initiative gesammelt. Natürlich ist es nicht allein die Strömung der Refondateurs, die an dieser Initiative arbeitet, aber sie haben an deren Zustandekommen einen wichtigen Anteil.

Die *Hueisten* werden zwar einerseits allgemein als Strömung wahrgenommen und als solche bezeichnet – sowohl innerhalb der Partei, als auch außerhalb. Ihnen werden immerhin rund 25 Prozent der Delegierten und mindestens ein ebenso hoher Anteil im Apparat der Partei zugerechnet. Andererseits traten sie aber weder offen auf dem Parteitag noch in der Öffentlichkeit auf.

Das hat seine Gründe: Anders als der Rest der Partei ziehen sie keine oder kaum eine kritische Bilanz der Regierungszeit unter der pluralen Linken. Besonders stark unter den Mandatsträgern, die von einem Bündnis mit den Sozialisten abhängen, empfindet dieser Flügel eine überzogene Kritik an der pluralen Linken als Hindernis für die zukünftige Zusammenarbeit mit den Sozialisten und als gefährliches Hochschrauben der Erwartungen gegenüber einer solchen Regierung.

Diese Haltung überträgt sich auch auf die Bündnispolitik mit den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen – insbesondere gegenüber der Kampagne des »Nein«. Die Öffnung gegenüber diesen Bewegungen wird als Schwenk in den »Gauchismus« (Linkstümelei) angegriffen. Die sozialen Bewegungen seien undefinierbar, inhaltlich unbestimmt und von der »extremen Linken« unterwandert, bzw. beeinflusst.

Am Ende komme man doch um ein Regierungsbündnis mit den Sozialisten nicht herum, denn nur in einer solchen Regierung ließen sich Veränderungen durchsetzen.

9 [www.alternativeunitaire2007.org/](http://www.alternativeunitaire2007.org/).

Angesichts dieser Positionen versteht sich die Schweigsamkeit auf dem Parteitag und in der Öffentlichkeit. Offen ausgesprochen würden diese Positionen Empörung hervorrufen. Und so schweigen die öffentlichen Vertreter diese Strömung lieber. Auch Robert Hue, immerhin ehemaliger *Sécretaire National* und einer der bekanntesten medialen Figuren, hat keinen einzigen Redebeitrag auf dem viertägigen Kongress gehalten.

Allerdings gibt es einige wenige Gelegenheiten, wo dieses Schweigen gebrochen wurde und die Ansichten dieses Flügels offensichtlich wurden. So schrieb beispielsweise Bernard Frederick, der klar zum Flügel der Hueisten gerechnet wird, kurz vor der Abstimmung über die EU-Verfassung einen sehr denkwürdigen Artikel: »Referendum, la gauche la plus bête du monde« (Referendum. Die dümmste Linke der Welt).<sup>10</sup>

10 Liberation, 11. April 2005 »Referendum, La gauche la plus bête du monde« <http://www.liberation.fr/page.php?Article=288664>.

In diesem bemerkenswerten Artikel werden wesentliche Positionen des Flügels offenbar. So wird die Kampagne gegen die EU-Verfassung abgelehnt. Sie wird als geschicktes Spaltungsmanöver von Seiten Chiracs dargestellt, der damit die Linke in Bedrängnis bringt. Entscheidend ist aber, dass an dem Regierungsbündnis mit den Sozialisten kein Zweifel gelassen wird und die Kampagne gegen die EU-Verfassung verunglimpft wird. Diese sei eine linksradikale Veranstaltung und würde die FKP zur Geisel der extremen Linken machen. Damit wird die Unterscheidung zwischen neoliberaler Politik und anti-neoliberaler Politik komplett fallen gelassen zugunsten einer inhaltlich nicht näher definierten Mehrheits- und Bündnisperspektive mit den Sozialisten. Um diese Perspektive zu rechtfertigen, muss notwendigerweise die anti-neoliberale Sammlungsbewegung klein geredet werden.

Ein solcher Artikel wenige Wochen vor dem größten Erfolg der anti-neoliberalen Linken hat dieser Strömung schwer geschadet. Denn ganz im Gegenteil zu der Perspektive von Frederick Bertrand ist es der anti-neoliberalen, radikalen Linken erstmals gelungen, in einer grundlegenden Frage eine Mehrheit der Bevölkerung und eine beachtliche Mehrheit der Wähler und Mitglieder der Sozialistischen Partei und der Grünen zu gewinnen. Das ist umso bedeutender, da die Führungen dieser Parteien im Verbund mit der überwältigenden Mehrheit der Medien für das »Ja« kämpften.

Aus der Perspektive der Hueisten ist das aber nur eine Ablenkung von dem eigentlich entscheidenden Bündnis mit den Sozialisten. Die Öffnung gegenüber der Bewegung und sogar der extremen Linken, symbolisiert in der sehr erfolgreichen gemeinsamen Kampagne mit der trotzkistischen LCR und großen Veranstaltungen mit der Marie-George Buffet und Olivier Besancenot, kann aus der Sicht der Hueisten nur ein gefährlicher Irrweg sein.

Und doch schweigt diese Strömung in der aktuellen innerparteilichen Auseinandersetzung. Wieso?

Einerseits weil sie sich richtigerweise in der Minderheit wähnt und befürchten müsste, wichtige Positionen innerhalb der Partei zu verlieren.

Andererseits hofft diese Strömung darauf, dass die Kräftekonstellation bei den Parlamentswahlen gar keine andere Wahl zulässt, als sich wieder auf ein Bündnis mit den Sozialisten einzulassen. Deswegen wartet diese Strömung ab und versucht derweil, hinter den Kulissen



Schritte hin zu einem anti-neoliberalen Bündnis zu verhindern. Denn die Hueisten wären sicher die großen Verlierer eines solchen Bündnisses. Hatten sie dieses immer – mehr oder weniger offen – bekämpft, so wären es insbesondere ihre Kandidaten, z. B. in der Nationalversammlung, die darum fürchten müssten, dass ihre Sitze den Bündnis-kandidaten z. B. der LCR oder anderen globalisierungskritischen Kandidaten geopfert werden würden. Bisher sind diese Kandidaten zusätzlich dadurch geschützt, dass sie als Amtsinhaber um ihre Wiederwahl kämpfen. Die Schaffung eines neuen anti-neoliberalen Bündnisses würde aber die Perspektive eröffnen, auch bestehende Kandidaten durch jüngere zu ersetzen, da die Chance steigt, bei den Wahlen erfolgreich zu sein.

Selbst wenn aber das Wahlbündnis zustande kommen würde, könnten die Hueisten auf den Wahlausgang selbst hoffen. Was wäre denn beispielsweise, wenn es an den kommunistischen (oder anti-neoliberalen) Abgeordneten läge, ob eine rechte oder eine sozialistische Regierung zustande käme? In einem solchen Fall könnten dann die Hueisten die Gunst der Stunde nutzen und die Erwartung der Wählerschaft, eine rechte Regierung zu verhindern, um das angestrebte Bündnis mit den Sozialisten wieder zu installieren.

Die »Buffetisten« bilden eine Mehrheit, aber sie sind im eigentlichen Sinne keine Strömung. Offiziell gibt es ja in der FKP gar keine Strömungen. Zwar sind die Refondateurs und auch die Traditionalisten mittlerweile auch durch Publikationen und gesonderte Veranstaltungen kenntlich. Bis auf die Traditionalisten, die erstmals eine Oppositionsliste aufstellten, sind auch alle Strömungen in der Liste für den Conseil National von Marie-George Buffet aufgehoben.

Tatsächlich ist die Führung um Marie-George Buffet schwer einzuordnen. Zwar ist die Abgrenzung zu den Traditionalisten klar, beispielsweise als Marie-George Buffet auf dem Kongress erneut sehr deutlich die Verbrechen der stalinistischen Regime angriff und betonte, es hätte nach der Veröffentlichung der Geheimprotokolle durch Chruschtschow auch alternative Wege geben können – was eine Kritik des Umganges der FKP mit den Geheimprotokollen darstellt, die diese lange nicht veröffentlicht hatte.<sup>11</sup>

In Bezug auf andere Fragen bleibt Marie-George Buffet schwieriger einzuordnen. Anders als die Hueisten sieht sie die Regierungsbeteiligung unter der pluralen Linken sehr kritisch und warnt dementsprechend vor einer Wiederholung der Katastrophe der »Alternance«, womit die Ablösung der jeweils gerade im Amt befindlichen Regierung gemeint ist, worin sich in schöner Regelmäßigkeit die Unzufriedenheit der Wählerschaft ausdrückt.

In ihrer Anfangs- und in ihrer Abschlussrede hat sie jeweils viel Zeit darauf verwendet zu erklären, weshalb die Linke diesmal nicht enttäuschen darf. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen war dann die erfolgreiche Kampagne des 29. Mai. Man müsse »den Wind des 29. Mai kräftig über das politische Leben blasen«. In der Kampagne des 29. Mai sieht Marie-George Buffet eine neuartige Einheit der Linken entstehen. Eine »union populaire« (Volksunion) – ein Begriff, der an die »Union de gauche« (Union der Linken) in den 60/70er Jahren zwischen Sozialisten und Kommunisten und an die »front populaire« (Volksfront) in den 30er Jahren anknüpft – hätte sich dort konkret in

11 »Ich möchte auf diesem Punkt bestehen: Es ist nun 50 Jahre her, dass in der Sowjetunion der Bericht von Chruschtschow gehalten wurde, der eine erste Kritik des Systems beinhaltete. Ein Bericht, der dort in seiner Wirkung erstickt und bei uns von der Parteiführung verschwiegen wurde. ›Wenn es dieses Schweigen nicht gegeben hätte‹, habe ich in der Humanité vom 24. Februar geschrieben, ›dann hätte es ohne Zweifel die Möglichkeit gegeben, andere Wege zu eröffnen‹. Einige Monate später wurde in Budapest allerdings der Veränderungswille platt gewalzt. Und unsere Ideale wurden in der Folge weiter von Tragödien beschmutzt, die zu ihrer Negation führten. Wir schauen dieser Geschichte ins Gesicht. Sie ist eine offene Wunde, die sich niemals schließen wird. Für uns kann dies nicht den Kommunismus darstellen.« (Buffet in der Eröffnungsrede für den Kongress, meine Übersetzung).

einer gemeinsamen Kampagne von Tausenden von Aktivistinnen und Aktivisten gebildet und nicht durch die Generalstäbe von Parteien. Diese Einheit gelte es fortzusetzen und in eine politische Einheit zu verwandeln. Dafür hat Marie-George Buffet zwei wesentliche Dinge vorgeschlagen – und der 33. Parteitag ist ihr dabei gefolgt. *Erstens* soll die FKP über ihre Kandidatur erst im November entscheiden und dafür eine anti-neoliberale Einheitskandidatur vorschlagen, wofür sie allerdings eine Liste der Kommunisten am geeignetsten hält. *Zweitens* wird Marie-George Buffet alle Kräfte des »Nein« am 29. Mai zu einer gemeinsamen Veranstaltung einladen, um die Möglichkeit einer Kandidatur zu erörtern.

Aber auch hier ist Marie-George Buffet ambivalent. Denn ebenso wie sie die Dynamik des 29. Mai betont, so versucht sie, die Tür zu den Sozialisten nicht gänzlich zu zuschlagen. So machte sie in der Rede auf dem Parteitag deutlich, dass das Konzept, dass es »zwei Linke« gäbe – eine sozialliberale und eine anti-neoliberale – die unvereinbar seien, nicht zuträfe.

Schon direkt einen Tag nach dem Referendum hatte Buffet erklärt, man müsse die »Ja-Linke« und die »Nein-Linke« auch wieder miteinander vereinen können. In Abgrenzung von den Positionen der LCR und auch ihrer eigenen Traditionalisten hob sie hervor, dass es nicht um eine »candidature de temoinage« (einer Kandidatur, um Zeugnis abzulegen) gehen würde, sondern darum, etwas konkret für die Menschen zu verbessern.

Gleichzeitig hat sie in ihren Reden die Sozialisten scharf für ihre Anpassung an die neoliberale Politik angegriffen – die die Sammlung der Linken zu ihren Bedingungen betreiben wollten.

Wie ist diese Position einzuordnen?

Wie kann die FKP gleichzeitig die Formierung eines anti-neoliberalen Bündnisses vorschlagen und betreiben und andererseits das Bündnis mit den Sozialisten suchen? Handelt es sich um ein unausweichliches Dilemma? Oder ist es möglich, den Druck einer anti-neoliberalen Formierung in eine von den Sozialisten geführte Regierung zu übersetzen? Oder ist die Forderung nach einer Formierung der anti-neoliberalen Linken nur ein Vorwand, um die eigene Ausgangsposition in einer Regierungs- und Bündnisbildung mit den Sozialisten zu verbessern?

Die Antworten auf diese Fragen können zu diesem Zeitpunkt kaum gegeben werden. Fest steht, dass die FKP durch die Vertagung der Entscheidung über die Art der Kandidatur und ihren Appell für eine Einheitskandidatur der Linken das Tor für letztere aufgestoßen hat. Damit hat sie sich in eine gute Ausgangsposition gebracht. Sie hat mit ihrer Entscheidung auf dem Parteitag die anderen Kräfte einer möglichen Neuformierung in Zugzwang versetzt.

Insbesondere die LCR steht unter Druck, da sie ihre Entscheidung auf einem nationalen Kongress im Juni treffen möchte.

Die Situation ist deswegen kompliziert, weil die FKP anders als die LCR auf Zeit spielen kann. Will eine Partei einen Präsidentschaftskandidaten aufstellen, so muss sie 500 Unterschriften sammeln – und zwar von Abgeordneten oder Bürgermeistern. Für die FKP stellt dies kein Problem dar, da sie alleine über diese Anzahl Abgeordnete und Bürgermeister verfügt. Für die LCR hingegen ist die Sammlung der

500 Unterschriften ein enormer Kraftakt, der vor allem auch Zeit brauchen würde.

Spielt die FKP also nur auf Zeit, um am Ende doch mit der Sozialistischen Partei in ein klassisches Regierungsbündnis einzuschwenken? Oder ist dies tatsächlich der Einstieg in einen historischen Neuformierungsprozess der französischen radikalen Linken?

#### *Andere Akteure der politischen Neuformierung in Frankreich*

In der Koalition der »Nein«-Kampagne engagierten sich die unterschiedlichsten Organisationen und viele einzelne Aktive. Mit über 1 000 aktiven Kollektiven im ganzen Land wird die Dynamik von manchen Beteiligten größer eingeschätzt als beispielsweise die Kampagne für die Präsidentschaftswahl von François Mitterrand oder die Mobilisierungen um den Mai 68.

Schafft es die französische Linke, aus dieser Einheit im »Nein« eine politische Neuformierung auf den Weg zu bringen?

Die FKP hat dafür ein Zeitfenster bis zum Oktober/November eröffnet und mit ihrem Appell die anderen Kräfte des »Nein« unter Zugzwang gesetzt.

Wer sind diese? Und wie stehen sie zu der Neuformierung? Ein kurzer Überblick.

Zunächst zu den *»Nein«-Sagern bei den Sozialisten*. Eigentlich hatte die Sozialistische Partei, nachdem viel über eine Spaltung der Partei im Anschluss an den Erfolg des »Nein« und den Ausschluss der Anhänger von Laurent Fabius aus dem nationalen Führungsgremium der Sozialisten gesprochen worden war, mit ihrem Kongress im November einen wichtigen Befreiungsschlag erreicht. Alle innerparteilichen Oppositionsströmungen (Marc Dolez und seine »Nein«-Strömung aus dem Norden, Henri Emanuelli, Laurent Fabius, Gerard Filoche und auch Jean-Luc Mélenchon<sup>12</sup>) hatten sich wieder hinter der Führung vereinigt.

Vielleicht trägt aber der mediale Schein der Einheit – zumindest in Bezug auf die Strömung von Jean-Luc Mélenchon.

Diese hat sich in einem eigenen Verein organisiert, der am 8./9. April seine erste nationale Konferenz abhielt. Dies hat offensichtlich eine gewisse Ähnlichkeit zu der Gründung der »Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit« in der SPD, selbst wenn es in der Sozialistischen Partei eine längere Tradition für stark organisierte Strömungen gibt.

Wichtig ist dementsprechend wohl eher das politische Resultat der Konferenz. In seiner zentralen Rede auf dem Kongress sprach Mélenchon in Bezug auf die Entscheidung der FKP für eine anti-neoliberale Sammlungskandidatur von einer »historischen Entscheidung« und ruft zu der Formierung einer »union dans l'union« (eine Union in der Union) auf, die innerhalb eines linken Regierungsbündnisses die Kräfte der »rupture«, des Bruches mit dem Kapitalismus sammelt.

Bedeutender ist aber, dass er auf dem Kongress einen Bruchpunkt mit den Sozialisten benannt hat. Sollten die Sozialisten Ségolène Royal aufstellen, die das »Nein« nicht respektieren wolle und auf eine neoliberale Politik festgelegt sei, so würde dies die Strömung nicht akzeptieren.

Angesichts dessen war der groß inszenierte gemeinsame Auftritt von Marie-George Buffet und Jean-Luc Mélenchon bedeutend und

12 Die Strömung hat eine eigene Homepage, auf der auch die Berichte über das erste Delegiertentreffen einsehbar sind: <http://www.pourlarepubliquesociale.org>.

eröffnet die Möglichkeit, dass ein Teil der Sozialisten sich einer anti-neoliberalen Sammlungsbewegung anschließen könnte.

Die *Kollektive des 29. Mai* waren der Kern der Volksmobilisierung, der den Erfolg bei dem Referendum erst ermöglichte. Auf dem Höhepunkt der Kampagne gab es davon über 1 000 – heute sind davon noch immer schätzungsweise 400 aktiv.

Insbesondere die Mobilisierung gegen die Bolkestein-Richtlinie wurde von diesen Kollektiven getragen. In ihrer Zusammensetzung auch regional sehr unterschiedlich, haben sich die Kollektive seit dem Referendum bereits drei Mal zu einem nationalen Treffen getroffen. Ziel des letzten Treffens am 13. Mai war es, eine anti-neoliberale Charta zu verabschieden. Diese ist als programmatisches Dokument gedacht, um das Nein gegenüber der Verfassung durch eine selbstständig erarbeitete Zukunftsvision zu ersetzen.

Gleichzeitig ist in den Kollektiven der Wunsch nach einer einheitlichen Kandidatur sehr stark und die Kollektive haben in ihrer Erklärung angedeutet, dass sie die Erarbeitung und Verabschiedung der Charta eben auch als eine politische Intervention für die Wahlen 2007 sehen wollen. Ebenfalls aus diesem Kreis stammt der erste unabhängige Appell für eine »Einheits«-Kandidatur, der bereits von über 6 000 Menschen (Stand Ende Mai) unterzeichnet wurde.

Während in Deutschland ja bekanntermaßen wichtige Gewerkschaftsaktivisten ein Ausgangspunkt für die Gründung der WASG waren, so sind die *Gewerkschaften in Frankreich* bis jetzt in Bezug auf diesen Prozess recht passiv.

Das hängt einerseits damit zusammen, dass die Gewerkschaften – insbesondere die größte, die CGT – lange um ihre Unabhängigkeit von der Parteipolitik kämpfen mussten. Dementsprechend ist ein direktes parteipolitisches Engagement, bzw. das Engagement für eine politische Neuformierung schwierig.

Allerdings gibt es hier auch Ausnahmen. Beispielsweise hat sich der Gewerkschafter Claude Debons sowohl bei der Schaffung der 29. Mai-Kollektive, als auch bei der jetzigen Kampagne für eine Einheits-Kandidatur in eine wichtige Rolle gebracht. Dabei handelt es sich aber bezeichnenderweise um einen Gewerkschafter, der 1995 wegen der Unterstützung der CFDT für die Reformen der Juppé-Regierung aus der Gewerkschaft ausgetreten war und sich seitdem dem Aufbau außerparlamentarischer Bewegungen gewidmet hatte.

Bei der Abstimmung über die EU-Verfassung waren die Wähler der *Grünen* mit 64 Prozent für das »Nein« die Mehrheit und verweigerten damit der Führung ihrer Partei noch deutlicher die Gefolgschaft als die der Sozialistischen Partei. Allerdings gibt es bei den Grünen weniger stark herausgebildete Strömungen und potenzielle Führungspersönlichkeiten des »Nein«, die zu Akteuren in einem anti-neoliberalen Neuformierungsprozess werden könnten.

Sollte sich allerdings eine Neuformierung des anti-neoliberalen Lagers vollziehen, so würden sich sicher viele Grünen-Wähler und -Mitglieder dieser anschließen, da insgesamt die Neigung zur Wiederwahl bei diesen Wählern – anders als beispielsweise bei den Stammwählern der Grünen in Deutschland – weit schwächer ausgeprägt ist.

Immerhin könnte der Abgeordnete Yves Wehring, der auch den Kongress der FKP besuchte, und sich sowohl in der »Nein«-Kam-

pagne als auch in den globalisierungskritischen Mobilisierungen stark engagiert hatte, ein politischer Vertreter einer Strömung zur Neuformierung bei den Grünen werden.

Der wohl wichtigste Partner für die FKP bei einer eventuellen Neuformierung der Linken ist die *Ligue Communiste Révolutionnaire* (LCR). Zwar ist diese im Verhältnis zur FKP eine kleine Organisation. Die LCR hat etwa 3 000 Mitglieder, während die FKP etwa 135 000 Mitglieder zählt. Andererseits wäre es verfehlt, die Mitgliederzahl als den alleinigen Ausdruck der Bedeutung der LCR anzusehen. Die LCR ist in den sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen wie beispielsweise Attac und in der Jugend gut verankert.

Außerdem bedeutet auch die Tradition einer Kaderpartei, aus der die LCR stammt, dass die Mitgliederzahl nicht so große Bedeutung hat als beispielsweise bei der FKP, wo es noch immer ganze Generationen gibt, die »automatisch« in die Partei hineinwachsen.

Dazu kommt, dass die LCR trotz ihrer Größe mit Olivier Besancenot einen enorm populären Politiker als öffentlichkeitswirksamen Kopf besitzt. Besancenot ist der einzige junge Politiker in einer extrem überalterten Politikergeneration. Er ist gut befreundet mit prominenten Rappern und vermeidet durch sein Image als »einfacher« Postbote die Ausgrenzung als abgehoben-intellektueller, revolutionärer Luftschlossfürst. In den Umfragen steht er zurzeit bei 4-6 Prozent und damit vor den Umfragen für Marie-George Buffet (3-4 Prozent).

Die Debatte innerhalb der LCR ist sehr kompliziert und umfangreich. Zum letzten Parteitag der LCR im Januar standen den Mitgliedern fünf politische Plattformen zur Auswahl, die allesamt zu allen Themen Stellung bezogen.<sup>13</sup> Hier kann es deswegen nur darum gehen, wesentliche Diskussionsstränge und Strömungen kurz darzustellen.

Das wichtigste Resultat des 16. Kongresses der LCR war die Entscheidung, über die Kandidatur der LCR zu den Präsidentschaftswahlen 2007 nicht im Januar, sondern erst im Juni zu entscheiden. Das ist deswegen signifikant, da die Mehrheit der Führung der LCR, die in der Plattform 1 organisiert ist, eigentlich auf dem Kongress im Januar die Kandidatur von Olivier Besancenot beschließen lassen wollte. Dafür bekam sie aber nur 48 Prozent.

Grob lassen sich zwei Grundströmungen unterscheiden. Auf der einen Seite steht die Mehrheitsplattform und zwei kleine Minderheitsplattformen (Plattform 1: 48 Prozent, Plattform 2: 12,1 Prozent und Plattform 5: 4,3 Prozent), die eine Perspektive einer Neuformierung mit der FKP sehr skeptisch beurteilen und fürchten, in eine Neuaufgabe einer Regierungskoalition gezogen zu werden. Demgegenüber stehen zwei Minderheitenplattformen, die zusammen etwa 35 Prozent erreicht haben (Plattform 3: 26,1 und Plattform 4: 8,9 Prozent), die stärker die Chancen einer politischen Neuformierung betonen.

Alle politischen Strömungen innerhalb der LCR beziehen sich auf den Erfolg des 29. Mai und wünschen sich eine Fortführung dieser politischen Dynamik. Hatte die LCR in der Vergangenheit immer wieder zu der Gründung *einer* antikapitalistischen Partei aufgerufen, so wird von der Mehrheit das Angebot der FKP zu einer Einheitskandidatur gegenwärtig skeptisch beurteilt. Sie schätzt die FKP als im Wesentlichen von ihrem Apparat dominiert ein, der auf ein Bündnis mit den Sozialisten festgelegt sei. Eine gemeinsame Kandidatur würde dann

13 Nachzulesen unter [http://www.lcr-rouge.org/rubriquecongres.php3?id\\_rubrique=144](http://www.lcr-rouge.org/rubriquecongres.php3?id_rubrique=144).

14 Die Einschätzung, dass sich die Diskussion innerhalb der LCR um zwei wesentliche Positionen herum vollzieht, hat sich seit Verfassung des Artikels bestätigt. Für den Congrès national, der am 23. Juni über die Kandidatur entscheiden soll, haben sich jetzt jeweils Plattform 1 und 2 und Plattform 3 und 4 zu gemeinsamen Resolutionen zusammengeschlossen. Die eine, die die Kandidatur von Besancenot verkünden will und die andere, die diese Entscheidung weiter verschieben will und die LCR stattdessen auf eine aktive Teilnahme an den neu entstehenden »Linke«-Kollektiven festlegen möchte. Siehe auch Anmerkung 15.

15 Dieses Treffen hat nach der Abfassung des Artikels stattgefunden. Es waren insgesamt 350 Aktive aus über 150 Kollektiven anwesend. Außer José Bove waren mit Marie-George Buffet, Olivier Besancenot und Jean-Luc Mélenchen auch wichtige politische Protagonisten der Neuformierung anwesend. Die Diskussion drehte sich nach Verabschiedung der Charta vor allem um die Frage der Einheitskandidaturen. Alle Anwesenden sprachen sich für solche aus, wobei die Kollektive aber nicht zu Trägern dieser werden sollten (da auch Gewerkschafter von SUD, CGT oder der FSU sowie Attac zu diesen zählen, die sich nicht parteipolitisch positionieren möchten). Allerdings ist am Tag vor dem Treffen ein neuer Appell veröffentlicht worden, den neben der FKP, den Initiatoren der Kollektive des 29. Mai, der Grünen-Minderheit auch wichtige Vertreter der Strömung von Jean-Luc Mélenchen unter-

also zur Kompromittierung der LCR in einem neuen Regierungsbündnis führen. Daraus leitet sich das Beharren auf einer Kandidatur von Besancenot ab.

Auf der anderen Seite stehen die Anhänger der Plattform 3 und 4, die die Notwendigkeit einer politischen Neuformierung betonen. Sie sehen bereits in einem möglichen weitreichenden Reformprogramm, das Grundlage einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur sein könnte, ein Programm, das, sollte es umgesetzt werden, die Grenzen des Kapitalismus sprengen würde. Eine anti-neoliberale Sammlungsbewegung wäre also für sie, die sich als Revolutionäre verstehen, ein großes Feld, in dem sie ihre strategischen Perspektiven einem neuen Publikum eröffnen könnten.

Die Debatten in der LCR werden abseits dessen, dass sie grundsätzliche strategische Fragen der Linken in der Neuformierung aufwerfen, wahrscheinlich entscheidend für eine mögliche Neuformierung sein. Denn nachdem die FKP ihre Entscheidung auf den November vertagt hat, ist nun die LCR mit ihrem Kongress im Juni wohl der erste Akteur, der über eine grundsätzliche Weichenstellung entscheiden muss.<sup>14</sup>

### *Ausblick und Fazit*

Der Erfolg der Referendums-Bewegung des 29. Mai und der Erfolg gegen das Gesetz zur Veränderung des Arbeitsrechts haben die französische Linke wieder ins Zentrum der nationalen und internationalen Aufmerksamkeit gerückt. Die Frage ist nun, ob aus dem zweimaligen »Nein« auch eine politische Neuformierung der Linken insgesamt erwächst.

Mit der Entscheidung der FKP, ihre Kandidatenkür auf den Herbst zu verschieben und gleichzeitig zu einer anti-neoliberalen Einheitskandidatur aufzurufen, eröffnet sich für diese Neuformierung ein historisches Zeitfenster. Es wird sich zeigen, ob unterschiedliche politische Traditionen zueinander finden können.

Wesentliche Stationen werden dabei *erstens* die nationale Versammlung der Kollektive des »Nein« am 13. Mai sein mit der Entscheidung über eine anti-neoliberale Charta, die als inhaltliche Grundlage einer Einheitskandidatur dienen könnte.<sup>15</sup> *Zweitens* wird dann am Jahrestag des 29. Mai eine Versammlung auf Einladung der FKP stattfinden und *drittens* wird die LCR im Juni auf ihrem Kongress über ihren Kandidaten entscheiden. Im Oktober wird *schließlich* die FKP über ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen beschließen.

Irgendwann zwischen diesen Daten wird sich entscheiden, ob es zu einer Einheitskandidatur kommt oder nicht. Eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen dabei die Sozialisten. Präsentieren sie beispielsweise Laurent Fabius als Präsidentschaftskandidaten, so würden sie eine starke Anziehungskraft auf das »Nein«-Lager ausüben und Neuformierungsprozesse jenseits der Sozialistischen Partei erschweren. Stellen sie aber hingegen mit Ségolène Royal eine Kandidatin auf, die auch nach der Niederlage beim Referendum unablässig einen Plan B für die Verabschiedung der EU-Verfassung fordert und keine Gelegenheit auslässt, um den »Dritten Weg« von Tony Blair zu loben, so könnte dies die »Nein«-Wähler unter den Sozialisten so brüskieren, dass diese die Partei verlassen. Damit wäre dann eine Strömung da, die von außen Druck auf FKP und LCR ausüben würde, sich

zu vereinigen – wie es z. B. ohne externen Druck auf WASG und PDS wohl kaum zu einer Einigung gekommen wäre.<sup>16</sup> Das könnte eine Neuformierung der Linken in Frankreich insgesamt sicher erleichtern.

Könnte ein Impuls von außen den Ausgang der Neuformierung beeinflussen, so werden die entscheidenden Auseinandersetzungen aber wohl innerhalb der politisch beteiligten Parteien und Strömungen und im Wechselspiel derselben zueinander stattfinden.

Im Rahmen dessen sind viele wesentliche Fragen linker Strategie aufgeworfen worden, von deren Beantwortung das Schicksal möglicher Neuformierungen abhängt:

– Ist die parlamentarische Arbeit und Neuformierung nur ein Mittel, um den Kampf um die politische Hegemonie in den sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu führen? Oder sind die außerparlamentarischen Bewegungen vor allem ein Mittel, um Kräfteverhältnisse in einer möglichen linken Regierung zu verändern?

– Sind die Sozialisten, bzw. allgemeiner ist die moderne Sozialdemokratie eine neoliberale Partei und die Wahlkämpfe nur ein Kampf, um die Wählerschaft der Sozialisten von diesen zu trennen, wie dies erfolgreich bei der »Nein«-Kampagne gelungen ist? Oder sind die Sozialisten Teil einer gemeinsamen Linken, die es mit Hilfe einer anti-neoliberalen Formierung nach links zu verschieben gilt?

– Gibt es einen Widerspruch zwischen einem Sieg über die Rechte, den sich eine Mehrheit der Wähler der Linken wünscht und der wohl ohne Beteiligung der Sozialisten undenkbar ist, und einer anti-neoliberalen Formierung, deren Logik ja gerade die Abgrenzung von den Sozialisten beinhaltet?

– Sind politische Apparate in letzter Instanz ihrer eigenen Reproduktion stärker verpflichtet als einem politischen Projekt ihrer Mitglieder? Ist die FKP also organisationssoziologisch an ein potenzielles Regierungsbündnis mit der Sozialistischen Partei so gebunden, dass sie als Partner einer anti-neoliberalen Neuformierung ausfällt oder hat sie sich über die Beteiligung an der globalisierungskritischen Bewegung und den Kollektiven des 29. Mai so verändert, dass auch der Funktionsapparat seine konservative Rolle nicht mehr in dem gleichen Ausmaß ausführen kann?

– Welche Bedeutung haben mögliche Programme als Grundlage einer politischen Neuformierung? Sind sie konkrete Festlegung und Richtschnur späterer Regierungsbeteiligungen oder sind sie Übergangsforderungen, deren auch nur annähernde Erfüllung einen solchen gesellschaftlichen Kampf entfachen, dass sie synonym zur Systemüberwindung sind?

zeichneten. Von der LCR unterzeichneten lediglich Vertreter der Plattform 3 und 4. Mit diesem Appell als Grundlage sollen, sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene, neue Kollektive gegründet werden. Als Namensfavorit gilt die Bezeichnung »la gauche« (die Linke). Die verabschiedete Charta ist unter <http://www.collectifdu29mai.org/Derniere-version-de-la-Charte.html> einzusehen.

16 Mit der Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen und der darauf folgenden Erklärung von Oskar Lafontaine, er stehe für eine geeinte Kandidatur der Linken zur Verfügung, entfaltete sich ein enormer Druck zur Einheit von PDS und WASG für die Bundestagswahl und daraus folgend für ein gemeinsames Parteiprojekt.

FRIEDRICH W. SIXEL

## Das bedingungslose Grundeinkommen – ein Weg zu einem zeitgemäßen Sozialismus

Wer Zukunft will, muss die Gegenwart begreifen. Ich lasse hier weg, dass dieses Begreifen auch derjenige nötig hat, der mit der Vergangenheit ins Reine kommen will. Da wir aber leibhaftig nicht zurück können, sondern nur nach vorwärts, ist es die wichtigere Frage, wie wir im Jetzt das Noch-Nicht ermöglichen können. Auch die Diskussion über das »bedingungslose Grundeinkommen« zielt auf die Beantwortung dieser Frage.

Diese Diskussion wird sicherlich auf einem hohen Niveau geführt und hat das Zeug dazu, neue Wege zu einem zeitgemäßen Sozialismus zu eröffnen. Aber sie wirft auch schwierige Fragen auf, und selbst das gehört noch zu ihrem Verdienst. Wenn ich wenigstens einige dieser Fragen hier zu artikulieren versuche, dann bin ich in der glücklichen Lage, vor allem auf die jüngsten Beiträge von einerseits Ulrich Busch und andererseits Sascha Liebermann zurückgreifen zu können.<sup>1</sup> Sie scheinen mir den erreichten Stand der Diskussion sehr gut zu reflektieren. Die Unterschiede zwischen ihren Positionen erlauben zudem den Versuch, das Grundsätzliche herauszustellen, das der Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen innewohnt.

Wie vor allem von Ulrich Busch betont wird,<sup>2</sup> muss angesichts eines »arbeitslosen« Grundeinkommens bedacht werden, dass dieses erst einmal erwirtschaftet, also erarbeitet werden muss, bevor es gezahlt werden kann. Dies zeigt den Primat der Arbeit an; ohne Produktion keine Konsumtion. Ich lasse zunächst beiseite, dass, nicht erst seit Marx, auch das Umgekehrte gilt: ohne Konsumtion keine Produktion. Das heißt nicht, dass zwischen Produktion und Konsumtion einfach ein Gleichheitszeichen gesetzt werden kann. Der Primat und »das Übergreifende« der Produktion zeigt sich in der notwendigen Erwirtschaftung eines Überschusses, sonst ließe die Produktion nicht einmal Zeit zum Konsum. Ohne diesen Überschuss, darin sind sich die Teilnehmer der Diskussion einig, kann ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht gezahlt werden. Aber aus diversen Gründen, wie z. B. Verschleiß der Produktionsmittel, Innovationen etc., darf der Überschuss auch nicht im Grundeinkommen verschwinden. Das führt zu der schwierigen Frage: Wie viel an Überschuss muss vorhanden sein, um angesichts der Belastungen durch das Grundeinkommen nicht pleite zu gehen? Hier scheiden sich die Geister.

Vis-à-vis dieser Frage spitzt Ulrich Busch, der gestandene Wirtschaftsfachmann, den Griffel und berechnet zunächst und ziemlich in Einzelheiten gehend (die hier aus gleich ersichtlichem Grund weg gelassen werden), dass sich ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht

Friedrich W. Sixel – Jg. 1934; Dr. phil., Professor für Soziologie an der Queen's University in Kingston, Kanada; neben zahlreichen Essays hat er u. a. folgende Bücher veröffentlicht: *Crisis and Critique – on the »Logic« of Late Capitalism* (1988), *Understanding Marx* (1995), *Nature in Our Culture – a Study in the Anthropology and Sociology of Knowing* (2001) (Dies auch in Deutsch: *Die Natur in unserer Kultur*, Würzburg 2003; zuletzt in UTOPIE kreativ: *Die PDS und die Krise der heutigen Gesellschaft*, Heft 165/166 (Juli/August 2004).

1 Siehe Ulrich Busch: *Schlaraffenland – eine linke Utopie?*, in: UTOPIE kreativ, Heft 181 (November 2005) und Sascha Liebermann: *Freiheit ist eine Herausforderung, kein Schlaraffen-*



verantworten lässt. Es ist für ihn der nicht konkretisierbare Traum vom Schlaraffenland, in dem trotz Faulheit Genuss zu haben sein soll.<sup>3</sup> Des weiteren fürchtet er, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen sich einer derartigen Popularität erfreuen würde, dass sich der Konsum verringerte und somit das Wachstum der Wirtschaft noch weiter dämpfte. Das würde für ihn offensichtlich nichts Gutes bedeuten. Aber, so möchte ich fragen, wo liegt denn die von Ulrich Busch als »vernünftig«<sup>4</sup> angesehene Grenze des Wachstums von Konsumtion und damit auch von Produktion? Kann man sie für eine strukturell veränderte Zukunft überhaupt berechnen? Jedenfalls ist es Sascha Liebermann klar, was auch Ulrich Busch weiß,<sup>5</sup> dass die Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens die gesamte sozio-ökonomische Situation grundlegend verändern würde.

Für Ulrich Busch verstieße eine derartige Zahlung aber auch gegen die traditionellen, von ihm wohl als zeitlos verstandenen Werte von Leistung und Leistungsgerechtigkeit: Die einen haben die Arbeit, die anderen den Spaß. Ob das einfach so eintreten wird, sei aber auch dahingestellt; es kann nicht ohne weiteres in die zu erwartenden, aber noch unbetretenen neuen Verhältnisse hineinprojiziert werden. Schon gar nicht kann man die Wirtschaftsbilanz einer veränderten Zukunft *berechnen*. Dies wie Ulrich Busch zu versuchen, verdient jedoch erst dann die Liebermannsche Schelte der »Expertokratie«,<sup>6</sup> wenn diese Berechnungen, angestellt mit den Instrumentarien des Jetzt, in die anders strukturierte Zukunft verlängert werden. Sie haben jedoch den Wert, dass sie, wenn auch ungewollt, deutlich machen, dass das jetzige Denken nur dann nichts anderes als Gefahren wahrzunehmen vermag, wenn es nicht der Möglichkeit, ja der Notwendigkeit seines eigenen Sich-Änderns eingedenk bleibt. Jedenfalls gilt, und darin sind sich die meisten Diskutanten einig, dass die derzeitige Massenarbeitslosigkeit mit derzeitigen Mitteln und Denkkategorien nicht abzuschaffen ist.<sup>7</sup>

Wenngleich Klarheit darüber herrscht, dass am Primat der Arbeit und an der Notwendigkeit des Überschusses nicht zu rütteln ist, müssen wir über die Hilflosigkeit gegenüber dem Problem der Massenarbeitslosigkeit hinaus eingestehen, dass wir derzeit nicht »vernünftig« bestimmen können – wie Ulrich Busch hofft –, wo die Grenzen des Wachstums in Produktion und Konsumtion liegen. Indes zeigt die Natur um uns und in jedem von uns überdeutlich an, dass unsere jetzige Produktionsweise der Natur um uns argen Schaden zufügt und dass unsere Konsumtion bei vielen die Natur in uns zugrunde richtet. Wachstum hat so, wie wir es derzeit verstehen, keine Zukunft. Warum aber fällt es der linken, doch wohl materialistischen Tradition nicht ein, hier den Primat der Natur anzuerkennen, um von daher dem Theoretisieren, oder gar dem Berechnen, seinen immer noch wichtigen, aber eben nur nachgeordneten Platz zuzuweisen?

Ulrich Busch macht auf Anhieb plausibel, dass der Traum vom Schlaraffenland als »Ort der Faulheit, des Überflusses und des exzessiven Konsums« auf nichts anderes verweist als auf einen »Ort der verkehrten Welt«, in der »die Prinzipien des normalen Lebens« nicht gelten.<sup>8</sup> Die Frage ist jedoch, ob die Advokaten des bedingungslosen Grundeinkommens überhaupt so töricht sind, die verkehrte Welt des Schlaraffenlandes einführen zu wollen. Wird von ihnen nicht explizit davon geredet,<sup>9</sup> dass es der Natur des Menschen entspricht, Arbeit zu

land, in: UTOPIE kreativ, Heft 184 (Februar 2006). Wenn in den Anmerkungen auf diese Aufsätze Bezug genommen wird, geschieht das durch Nennung des Autorennamens und der Seitenzahl.

2 Busch, vor allem S. 988 ff.

3 Busch, insbesondere S. 984 ff.

4 Busch spricht explizit nur von der »Begrenzung des Konsums auf ein vernünftiges Maß«, siehe S. 980.

5 Busch, S. 983; Liebermann, S. 118.

6 Liebermann, S. 117.

7 Busch, S. 991.

8 Busch, S. 978.

9 Siehe Liebermann, insbesondere S. 110, 112-116 und die dortigen Literaturverweise.

leisten und eben nicht der Faulheit zu frönen, ja sogar einen Arbeitsbeitrag für das Gemeinwohl leisten zu *wollen*? Diese Art von Rede befürwortet in keiner Weise die »verkehrte« Kombination von »Faulheit und exzessivem Genuss«. Aber: Trifft diese Rede denn auch die »Natur« des Menschen? Darauf wird gleich zurück zu kommen sein.

10 Busch, S. 978 f.

11 Busch, z. B. S. 979, 981.

12 Busch, S. 979.

Ulrich Busch setzt gegen den Schlaraffenlandstraum, von dem er selbst sagt, dass er der vorkapitalistischen Geschichte entstamme<sup>10</sup> – und kann schon allein deswegen heute keine Gültigkeit mehr haben –, die sicher einst konkrete Utopie der sozialistischen Arbeitsgesellschaft<sup>11</sup>. Traditionell hat der Sozialismus gegen die kapitalistischen Ausbeuter, die von der Arbeit anderer leben, die Idee gesetzt, dass *jeder* arbeiten solle. Es ging darum, dass »gleicher Arbeitszwang für alle« herrsche.<sup>12</sup> Dies war gewiss einmal eine in der gesellschaftlichen Wirklichkeit gegründete und gangbare Utopie. Wir aber, über 100 Jahre nach Marx und auch Bebel, und jetzt mit dem Globalkapitalismus konfrontiert, können im »gleichen Arbeitszwang für alle« kaum noch die »große Freiheit« sehen; nicht einmal eine kleine! Fortschritt und Befreiung heißen heute etwas anderes. Müssen wir nicht in Rechnung stellen, wie weiter unten versucht werden soll, dass das sich globalisierende Interesse an mehr und mehr Konsum den Arbeitszwang längst überholt hat?

Leistung und Leistungsgerechtigkeit mögen als Werte älter sein als der traditionelle Kapitalismus – dies aber klärt nicht darüber auf, was sie heute bedeuten sollen. Können sie als Sollwerte einfach aus der Vergangenheit in die Zukunft transponiert werden? Sind sie nicht vielmehr aus der kritischen Inspektion der Jetztzeit zu entwickeln? Beim Blick auf die aktuelle Diskussion über das Grundeinkommen taucht in der Tat die Frage auf, ob die in ihr gemachten Annahmen über »Leistung« denn überhaupt etwas damit zu tun haben, wie »Leistung« derzeit gedacht und praktiziert wird. Wenn sie nichts damit zu tun haben, haben diese aber, wie alle veralteten Annahmen, auch nicht das Zeug dazu, die jetzige Praxis »aufzuheben«.

Gedanken an »Leistung« und »Leistungsgerechtigkeit« im heute propagierten Sinne spielen bei den Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens kaum eine Rolle. Das mag, wenn es um Geld geht, auf den ersten Blick befremdlich scheinen. Für den Finanzfachmann Ulrich Busch ist der Gedanke an Leistung und Leistungsgerechtigkeit jedoch zentral. Die Frage hinsichtlich ihrer fortbestehenden Gültigkeit stellt sich indes, wenn er z. B. schreibt, dass das in der Tat oft exorbitante »Einkommen von Managern, Fußballstars und Pop-Künstlern« beim Gerechtigkeitsempfinden der Lohnabhängigen auf Ablehnung stößt.<sup>13</sup> Diese Ablehnung mag zwar dem Sentiment der Lohnabhängigen entsprechen (die gern genau so viel hätten), aber entspricht sie auch ihrem tatsächlichen Verhalten? Zahlen sie etwa nicht an den Kassen von Stadien, Rockpalästen etc. »willing« ihren Obolus? Gewähren ihnen die besuchten »Events« etwa nicht den gesuchten Genuss, und den Stars das große Geld? Mehr noch, wird mit diesem Verhalten nicht für den real existierenden Status quo abgestimmt, und zwar mit dem machtvollen Stimmzettel des Geldscheins? Ferner: Stimmen die Aktienbesitzer etwa nicht mehrheitlich für das Salär »ihres Mannes an der Spitze«? Wenn dieser ihnen nichts zu »leisten« verspräche, meist aufgrund seiner »guten

13 Busch, S. 987.

Beziehungen«, würden sie ihn dann wählen und so exorbitant bezahlen?

Bei dem Versuch, diese Fragen zu beantworten, kommt mir nicht zuletzt Karl Marx in den Sinn. Hat er nicht gesagt – z. B. in den »Grundrissen« –, dass die Produktion erst in der Konsumtion »ihr finish« erhält? Was nützt also alles »Leisten«, wenn kein Käufer für das Produkt da ist? Die Stars finden ihre Käufer, und zwar en masse, und so tut es die Autoindustrie, pars pro toto gesprochen.

Mir ist schon klar, dass ich die Frage bzgl. der Bedeutung des Konsums und des Leistens jetzt in einen anderen historischen Zusammenhang stelle als den von Karl Marx. Aber damit hat weder er Unrecht, noch habe ich es. Haben sich seit den 1850er Jahren nicht viel mehr Dinge geändert als die Zeiten? Marx hat die weiter zunehmende Vereinzelung – und das heißt ja auch Entsolidarisierung – mehr als vorausgesehen. Auch antizipierte er den parallelen Wandel des Wissens vom Produktionsmittel zur Produktivkraft.<sup>14</sup> Beides zeichnete sich für ihn vor allem in den USA ab. Es ist aber von dort aus und von nirgendwo anders, dass sich der jetzige Kapitalismus auf den Weg zur Globalisierung begeben hat.

Gilt es angesichts des selbstmörderischen Konsumwillens – den sich gewiss immer weniger leisten können – nicht zu fragen, warum immer noch so viele für den Einkauf aller möglichen »Leistungen« »willens« sind zu schufteln? Brauchen sie nicht wie der Kapitalist das Wachstum, zwar nicht unmittelbar des Kapitals, aber des Lohnes, um immer mehr und immer Neues konsumieren zu können? Was immer sich hinter dieser Psychose verbergen mag – ohne sie hat der Globalkapitalismus keine Chance zu überleben. Zugegeben, der Lohnanteil an der Produktion schrumpft, aber, wie schon oben gesagt, beim Konsum des Einzelnen schreiben heute weder Hunger noch Sozialismus einen Arbeitszwang vor, sondern die verdrehte Freiwilligkeit des Konsums. Wie sollte der Markt überleben ohne die Konsum- und Arbeitswut z. B. der Teenager? Zeigt da das Festhalten an Sozialformen wie Gewerkschaften, Flächentarifverträgen oder anderen einstmals sicherlich gültigen Einrichtungen immer noch den einst Zukunft versprechenden Klassenkampf an oder nur den Konkurrenzkampf der Vielen mit dem Kapital? Kein Zweifel, ohne Gewerkschaften und sozial engagierte Parteien ginge es noch schlimmer zu im Globalkapitalismus. Aber da wir nicht hinter die im Globalkapitalismus entstandene und Vereinzelung fordernde Flexibilität zurück können, müssen wir diese heutige Form des Kapitalismus mit all den hier nur skizzierten Aspekten zunächst verstehen, ja durchschauen, *um sie dann vermenschlichen zu können*. Liegt nicht erst hinter diesem letzteren Schritt der *zeitgemäße* Sozialismus? Jedenfalls verbürgt das Aufhalten der gesellschaftlichen Entwicklung, wie auch Ulrich Busch vor einiger Zeit betont hat,<sup>15</sup> heute genau so wenig den Fortschritt wie zu Zeiten von Karl Marx.

*Begründung der Idee muss revolutionär-innovativen Ranges sein*

Mir scheint, dass von hier aus gesehen das bedingungslose Grundeinkommen sehr wohl diskutabel ist. Zwar wird auch in dieser Diskussion die Frage nach dem Wachstum zu stellen sein, aber sie wird genau so wenig mit den Denkkategorien des jetzigen Wirtschaftens beantwortet werden können wie Ulrich Buschs Frage nach der Finanzierbarkeit des

14 Siehe Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt a. M./Wien o. J., z. B. S. 587, 594 (auch: Marx-Engels-Werke, MEW, Bd. 42).

15 Siehe Ulrich Busch: Eigentumskritik und alternative Gestaltungsoptionen, in: UTOPIE kreativ, Heft 155 (September 2003).

Grundeinkommens. Wie unten noch ausgeführt werden soll, wird sich auch das Verstehen von »Wachstum« beim Heraufkommen neuer gesellschaftlicher Bedingungen ändern. Zwar kann das Noch-Nicht auch noch nicht studiert werden, aber die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens bedarf deswegen umso mehr der *begleitenden* klaren Beobachtung und Analyse seiner sozio-ökonomischen Konsequenzen.

16 Liebermann, S. 116.

17 Ebenda.

18 Als grundlegende Annahme durchzieht dieser Gedanke seinen ganzen Aufsatz, siehe Liebermann, z. B. S. 110, 116.

19 Liebermann, S. 117.

Sascha Liebermann glaubt zu beobachten, dass Abhängigkeit von Sozialhilfe den Empfänger stigmatisiere und dass dies Rückschlüsse auf ein zukünftiges Verstehen des Grundeinkommens zuließe.<sup>16</sup> Es trifft sicher zu, dass Sozialhilfeempfänger sich ihres Status schämen. Aber ist dies so generell der Fall und tritt dies deswegen auf, weil sie, wie Liebermann annimmt, keinen Beitrag zum Gemeinwohl leisten?<sup>17</sup> Dies ist zwar hypothetisch möglich, aber kann diese Scham nicht auch daher rühren, weil man im Konsumwettbewerb nicht mithalten kann? Außerdem muss man fragen, ob die Menschen derzeit vor allem aus dem Grunde zur Arbeit gehen, weil sie einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten wollen. Liebermann unterstellt dies,<sup>18</sup> und zwar, wie noch zu zeigen sein wird, weil er von einer vorgefassten theoretischen Position her auf die empirische Realität schließt.

Man muss auch fragen, ob Liebermanns Annahme so ohne weiteres zutrifft, dass eine Gesellschaft, die vornehmlich eine »do ut des«-Praxis übt, zum Untergang verurteilt ist.<sup>19</sup> Haben es die USA etwa nicht zur Weltmacht Nr. 1 gebracht? Trotz oder wegen eines nirgendwo sonst gekannten Instrumentalismus? Damit soll nicht verneint werden, dass der Instrumentalismus zerstörerisch ist. Aber es muss auch darauf hingewiesen werden, dass seine »do ut des«-Praxis mit einer Freisetzung des Individuums und seines Eigeninteresses einher gegangen ist, die der traditionelle Kapitalismus nicht gekannt hat. Ohne diese Entwicklung wäre das ungeheure Volumen der heutigen Produktion und Konsumtion nicht möglich geworden; allerdings auch nicht die Bedrohung der Natur um uns und in uns! Von der real existierenden egofokalen Vereinzelung in der heutigen »do ut des«-Praxis muss also ausgegangen werden, wenn der jetzigen Gesellschaft eine Zukunft eröffnet werden soll. Deswegen sollte klar sein, dass meine bislang bzgl. der Idee des bedingungslosen Grundeinkommens aufgeworfenen Fragen nicht auf dessen Ablehnung abzielen, sondern dass sie gestellt werden, um zu dem Versuch beizutragen, diese Idee auf eine bessere Grundlage zu stellen.

Da es bei den Versuchen, die Probleme der Jetztzeit zu überwinden, nicht um das einfache Abschaffen der Vereinzelung und des Einzelinteresses gehen kann, sondern um deren »Aufhebung« in einem neuen Gesellschaftsvertrag, haben Versuche dieser Art keinen geringeren Rang als den des revolutionären. So ist auch das bedingungslose Grundeinkommen »kein ›sozialpolitisches Projekt‹, um Defekte der kapitalistischen Marktwirtschaft (...) zu reparieren«, wie etlichen Befürwortern des Grundeinkommens sehr wohl bewusst ist und wie dies auch von Ulrich Busch anerkannt wird, wenngleich nicht zustimmend.<sup>20</sup> Aber ich frage mich, ob allen an der Diskussion Beteiligten auch bewusst ist, dass auch die Begründung der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens von einem entsprechend revolutionär-innovativen Rang sein muss. Dazu kann sie nicht auf althergebrachtes

20 Busch, S. 983.

Gedankengut aus Religion, Philosophie oder aus sonstigen einst verehrungswürdigen Geistesgebilden zurückgreifen. »Begründung« kann nach dem kapitalistischen Leerfegen des »Himmels« nicht mehr primär geistig-theoretisch verstanden werden, sondern nur noch von einer materiell-konkreten Grundlage her. Das ist nicht zuletzt Konsequenz der Entwicklung des Wissens zu einer Produktionskraft, die es dahin gebracht hat, dass alles beliebig zur Begründung von allem Möglichen benutzt werden kann. Dass dem so ist, braucht man wohl angesichts der täglich erfahrbaren Praxis in Politik, Wirtschaft, Recht, Erziehungswesen etc. nicht erst zu beweisen. Das heißt aber auch, dass wir uns in unserem Denken und Fühlen an nichts mehr halten können als an die Natur, die wir selbst sind, in der wir leben und von der wir leben. Da diese aber in jeder dieser Hinsichten bedrängt ist, wird das Leid, das daraus entsteht, heute zur soliden Grundlage und daraus zur Begründung für den Vorschlag, unser Leben zu ändern.

Das schließt auf keinen Fall aus, dass in dieser Revolution nicht auch unsere Vergangenheit mit ihren großen Werten und Ideen wieder auflebt, aber verwandelt durch unsere neu *erlebte* Erkenntnis unserer Kommunität mit aller Natur, selbstverständlich auch der in unserem Mitmenschen. Dieser Durchbruch in ein Noch-Nicht kann nicht einmal mit theoretisierenden Überlegungen eingeleitet werden. Wenn Sascha Liebermann schreibt, dass der Mensch nicht durch Arbeit zum Menschen wird, sondern durch seine Anerkennung als Zweck an sich,<sup>21</sup> dann ist das theoretisch zwar akzeptabel, heute aber müssen wir fragen: Ist es materiell-konkret gegründet? Dass das Leben des Menschen über jedem Zweck steht, gilt nur noch, wo dies *erlebt* wird in einer vom »Geist« der Jetztzeit befreiten Praxis. Diese aber könnte nicht zuletzt heraufgeführt werden durch die Zahlung eines in der Tat *bedingungslosen* Grundeinkommens.

In einer immer chimärenhafter werdenden Welt voll konkreten Leidens könnte dann das einzelne Individuum sich seiner selbst – und das heißt: seiner inneren Natur – auf neue Weise vergewissern. Alle Einzelnen können herausfinden, was sie wirklich wollen und sich von da aus mit dem Anderen und den Sachen befassen, dann nicht mehr verleitet durch »Advertisements«, propagierte »life-styles« oder entwertete Glaubenssätze. So würden wir es dann wahr machen, dass es die innere Natur, also der Wille in jedem Einzelnen ist, der uns mit der Welt um uns verbindet.<sup>22</sup> Tun vollzieht sich aus dem primär sinnlichen Bezug zu Mensch und Dingen und kann sich auf dieser Grundlage kultivieren. Wie Marx voraussah, können dann Natur und Geschichte in einem neuen Wissen eins werden.<sup>23</sup> Diese Versöhnung zwischen Natur und Mensch verlangt, was aus der Jetztzeit heraus nicht denkbar, aber in ihr durch tätige Verneinung schon erlebbar ist: das Vertrauen in die Natur in uns, um uns und in den Mitmenschen.

Dieses Vertrauen ist weder »blauäugig« noch blind, sondern beruht bei nicht wenigen von uns auf Erfahrungen, die sie bei Versuchen alternativen Lebens gemacht haben. Deren nicht seltenes Scheitern entwertet diese Erfahrungen angesichts der Übermacht der globalkapitalistischen Kräfte keineswegs. So ist denn erlebt worden, worüber Sascha Liebermann schreibt<sup>24</sup> – allerdings ohne den hier zugefügten Bezug auf die Allheit der Natur, dass Freiheit des eigenen Willens, ja der Leidenschaft, dass das Aufeinanderbezogensein der Individuen in

21 Liebermann, S. 113.

22 Kein anderer hat diesen Gedanken mit gleichem Nachdruck ausgesprochen wie Goethe. Selbst für die wissenschaftliche Arbeit war ihm der Wille die grundlegende Kraft. Die Anerkennung dieses Umstandes trennte Goethe fundamental von so vorherrschenden Geistesgrößen wie Newton und selbst Kant, der zwar von Spontaneität spricht, sie aber nicht weiter untersucht. Zu Goethe siehe z. B. seine Schrift »Newtons Persönlichkeit«, in: Goethe: Farbenlehre, hrsgg. von Gerhard Ott/Heinrich O. Proskauer, Bd. III, Stuttgart 1988, S. 229-237. Siehe in diesem Zusammenhang auch Friedrich W. Sixel: Die Natur in unserer Kultur, Würzburg 2003, vor allem S. 212-32.

23 Siehe seine »Ökonomisch-philosophischen Manuskripte«, in: Karl-Marx-Ausgabe, hrsgg. von Hans-Joachim Lieber, Bd. I, Darmstadt 1962, S. 603 f. (auch: MEW, Ergänzungsband, I. Teil, S. 465-588)

24 Liebermann, S. 113, 116 f.

25 Ich will auch den Hinweis von Sascha Liebermann (siehe Liebermann, S. 113) keineswegs abweisen, dass diese Zusammenhänge von der heutigen Neurologie und Sozialisationsforschung bestätigt werden, aber diese wissenschaftlichen Erkenntnisse werden erst wahr in ihrem Gelebtwerden. Ähnliches gilt, mutatis mutandis, für die Philosophie eines J. J. Rousseau, der sehr wohl vom Primat der Natur ausgeht und von daher so viel zum Bezug zwischen Individual- und Gesamtwillen zu sagen hat.

ihrer Einzigartigkeit jeden Einzelnen Bindung an das Ganze erleben lässt und dass all dies nur verschiedene Manifestationen von ein und demselben sind: der Natur in ihrer kultivierten Erscheinung. In ihr geht es nicht mehr um Individuum *oder* Gesellschaft, sondern um Individuum *und* Gesellschaft.<sup>25</sup>

Was dies für die Lösung jetzt dringlicher Probleme wie »Umwelt«-Schutz, die »Hilfen« gegen Verarmung und Verhungern von Menschen weltweit, die Verschwendung erarbeiteten Überschusses durch direkte und indirekte Militärausgaben bedeutet, kann hier nicht einmal im Ansatz diskutiert werden. Jedenfalls wird in all diesen Bereichen ohne greifbare Resultate unübersehbar viel – ohne Berechnung sei's garantiert – an erarbeitetem Überschuss verschwendet. Dies erlaubt uns, das Zahlen eines bedingungslosen Grundeinkommens zumindest zu wagen. Obwohl ich hier nicht mehr als Fürsprache für einen solchen Schritt nach vorne leisten kann, möchte ich doch daran erinnern, dass auch für Karl Marx Verlauf und Resultat der Revolution nicht berechenbar waren, sondern voll und ganz eine Sache des Vertrauens und des Mutes. Die Frage ist nur, ob wir diesen Mut und dieses Vertrauen haben oder nicht.

#### *Statt »Wachstum« das Wachsen freiheitlicher Individualität*

Das heißt indes auch nicht, dass wir jedem ca. 1000 Euro, wie als Grundeinkommen in der laufenden Diskussion erwogen, in die Hand drücken sollen und es dabei belassen können. Und zwar deswegen nicht, weil wir es dabei nicht belassen *wollen*. Politik, die fortschrittlich und revolutionär sein will, wenn auch auf eine neue, hier höchstens skizzierte Weise, muss zusätzlich Förderung und Unterstützung solchen Gruppierungen gewähren, in denen die Empfänger des bedingungslosen Grundeinkommens Initiativen entfalten, also ihren »Beitrag leisten« können. Diese Gruppierungen müssen keineswegs unmittelbar auf politische Aktivitäten abzielen, aber es wird ihnen um Rückgewinn erfüllten Lebens und um die Erfahrung des Zusammengehörens von Leidenschaft, Freiheit, Einsatz und Bindung-in-Gemeinschaft gehen. Die Linke muss sichtbar werden nicht nur als Advokat des Grundeinkommens, sondern auch als tätiger Förderer von z. B. Migrationshilfen, von Produktion und Vermarktung menschengerechter Nahrung, von Schüler- und Studenteninitiativen, in denen erlebend gelernt wird, in Zusammenschlüssen alter und/oder kranker Menschen, oder was es da sonst noch an Gruppierungen und Initiativen entsprechender Art geben mag. Frei durch gesellschaftlich gewährtes Grundeinkommen könnten Menschen sich dann auch zusammenschließen, um Forschung und Entwicklung zu betreiben. Sie könnten eigenständig Ideen und Gegenstände entwerfen, die Ergebnisse ihres individuellen Bemühens als Beiträge zum Leben aller vorstellen und dafür Anerkennung erhalten, auch finanzielle. Ob und wie ein derartiger Gewinn mit dem Grundeinkommen verrechnet wird, wäre Sache zukünftiger Überlegungen. Auf jeden Fall wären Menschen nicht mehr gezwungen, auf dem fremdbestimmten Markt des Kapitalismus den andern nur als Konkurrenten zu erleben. *Wettkampf* verschwände im *Wetteifern*. Nicht jeder wird den großen Erfolg haben, aber jeder wäre als »einer von uns allen« gesichert. Eben durch das Grundeinkommen, das bedingungslos ist, aber nicht arbeitslos macht. Das dann sichtbare Auf-

blühen von Menschen, freigesetzt zu einem Tun echter sinnlich-konkreter Befriedigung, wird Attraktivität gewinnen vor allem bei denen, die jetzt schon, ob freiwillig oder gezwungen, am Rande oder gar außerhalb der herrschenden Gesellschaft leben.

Es ist schwer zu glauben, dass die Förderer solcher neuen Lebensansätze nicht von denen akzeptiert – und das heißt auch: politisch gewählt – werden, die entweder schon marginalisiert sind oder empfinden, kurz davor zu stehen. Mit dieser Erwartung befinde ich mich im Gegensatz zu Ulrich Busch,<sup>26</sup> glaube aber, sie hegen zu dürfen im Kontext zweier ineinander greifender Umstände. Einerseits haben in Deutschland bei der letzten Bundestagswahl fast 70 Prozent der Teilnehmer den von CDU und SPD vertretenen Neoliberalismus gewählt. Dieses Ergebnis zeigt m. E. an, wie viele Menschen sich in unserem Land der objektiv falschen Hoffnung auf weiterhin ungebrochenes Wirtschaftswachstum hingeben und dies aus subjektiver Verwirrung über dessen Konsequenz: Belastung der Natur. Andererseits: Sind die erschrecklich Zahlreichen (über 40 Prozent), die bei den jüngsten Kommunal- und Landtagswahlen zu Hause geblieben sind, etwa nicht diejenigen, die am dominierenden System kein Interesse mehr haben? Angesichts dieser Situation gebe ich Jörn Schütrumpf recht, dass es bei der sich abzeichnenden Krise des Globalkapitalismus und seiner zunehmenden Brutalisierung darum geht, die von ihm Verstoßenen davor zu bewahren, zu einem Lumpenproletariat zu werden.<sup>27</sup> Nicht zuletzt deswegen ist es wichtig, dass das bedingungslose Grundeinkommen von lebensvollen Aktivitäten der oben genannten Art flankiert wird. Oder wollen wir diese Menschen einer Abart von »Arbeitsdienst« anheim fallen lassen, wie das bei der mehr als denkbaren Bündnissuche der Globalkapitalisten mit dem entstehenden Lumpenproletariat sehr wohl der Fall sein kann? Dann dumpf werdend in einer Urteilsunfähigkeit, wie sie sich in der Verwirrtheit der Mehrheit der heutigen Wähler bereits ankündigt? Kein Zweifel kann sein, dass ein Weg in eine gangbare Zukunft nur dadurch zu öffnen ist, dass an die Stelle der mit Falschheit implantierten Erwartung wirtschaftlichen Wachstums die Stärkung von nüchternem Sinn und frei gemachtem Verstand im einzelnen Mitmenschen zu treten hat. Statt dieses »Wachstums« das Wachsen freiheitlicher Individualität! Ohne mutige Schritte in diese Richtung landet nicht nur die Demokratie auf dem Abfallhaufen der Geschichte, sondern das gloriose Potenzial unserer ganzen Spezies.

Überlegungen zum bedingungslosen Grundeinkommen kann man nicht durch Vorausdenken zu einem organischen Abschluss bringen. Das liegt in der Natur jeder grundlegend neuen Sache. Erahnen lässt sich da vieles, auch manches für das vorherrschende Denken Erschreckende. So zum Beispiel: Wie wird sich eine Neubestimmung menschlichen Wachstums auf Deutschlands wirtschaftliche und politische Stellung in der Welt auswirken? Wird es sich nicht einem mörderischen Bombardement seitens globaler Medien und/oder Wirtschaftsgrößen aussetzen? Wird es diesen Mächten hilflos ausgesetzt sein, oder gelingt ihm, ein wahrhaft revolutionäres Ziel zu erreichen, nämlich die Immunisierung seiner Menschen gegen Macht?<sup>28</sup> Ich weiß es nicht, aber ich glaube, dass wir den Weg des bedingungslosen Grundeinkommens einschlagen sollten. Vielleicht kann Deutschland damit ein global einladendes Zeichen setzen.

26 Busch, S. 986 f.

27 Siehe Jörn Schütrumpf: Deutschland verändert sich zur Kenntlichkeit. Vier Thesen, in: UTOPIE kreativ, Heft 186 (April 2006), passim und vor allem S. 208.

28 Zu einer ausführlichen Behandlung der Bedeutung einer solchen Immunisierung siehe Sixel, a. a. O., Kapitel 5.

# MEINHARD CREYDT

## Die Befreiung der Arbeit

Meinhard Creydt – Jg. 1957, Dr., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Psychologe; lebt und arbeitet in Berlin; Bücher – u. a. »Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit«, Frankfurt a. M. 2000 – sowie zahlreiche Artikel u. a. in »Das Argument«, »Berliner Debatte Initial«, »Kommune«, »Widerspruch« (Zürich), »Weg und Ziel« (Wien); zuletzt in UTOPIE kreativ: Adornismus. Motive eines Überganges, Heft 156 (Oktober 2003).

*»Ja, alles war elendig normal.  
Wer sagt denn, dass die Welt schon entdeckt ist.«  
(Peter Handke)*

Autofabrikanten stellen für ihre Produkte im gehobenen Preissegment umfangreiche Forschungen darüber an, wie ein satter Klang beim Schließen der Autotüren zu bewerkstelligen ist. Die bemannte Raumfahrt wird optimiert. Auf der Erde aber bleiben viele mögliche Bemühungen aus, die restriktiven und repetitiven, die subalternen und menschlich armen Tätigkeiten zu verringern. Als Skandal erscheint dies nicht in einer sonst an Skandalen reichen Gesellschaft. Normal ist vielmehr die Indifferenz gegenüber den subalternen Arbeiten. Sie drückt einen bestimmten Sinn der Gesellschaft für die Arbeit aus: das Desinteresse, die Gleichgültigkeit und stumpfe Unempfindlichkeit für die Verödung menschlicher Sinne und Fähigkeiten sowie das Jobinteresse, mit dem die Fragen nach Arbeitsinhalten dem Arbeitseinkommen und Arbeitsplatz untergeordnet werden.

Es geht im Folgenden darum, die prinzipielle Möglichkeit einer befreiten Arbeit stichpunktartig zu zeigen. Dabei wiederhole ich hier die andernorts (Creydt 2000) vorgetragene Argumentation nicht, die zeigt, wie die kapitalistischen Sozialstrukturen einer Gestaltung der Arbeit entgegenstehen, die sie zur guten Arbeit und zum Moment guten Lebens entwickelt, und auch normativ die gute Arbeit gar nicht erst als gesellschaftliches Leitbild hervortreten lassen.<sup>1</sup>

Auch die z. B. von Ulrich Beck vertretene Soziologie einer zweiten, reflexiven Moderne hat die Zurückbeugung bzw. selbstreflexive Wendung der technischen und arbeitsorganisatorischen Kompetenzen von der material- und arbeitskostensparenden Produktivitätssteigerung hin zur Erhöhung der menschlich-sozialen Attraktivität des Arbeitens nicht als eigene Aufgabe (an)erkannt. Vom Standpunkt einer Gesellschaftsgestaltung, die die Wirklichkeit der Arbeit, d. h. ihre Wirkungen auf die Lebensweise, die Individuen und die Gestaltung der Gesellschaft, ernst nimmt, wird die Einrichtung solcher Arbeitsplätze mit einer »Luxussteuer« zu belegen und gezielt zu verteuern sein. »Ist die Arbeit notwendig und unumgänglich, dann können die Menschen nur dann frei sein, wenn sie die Produktion so organisieren, dass die Arbeit anziehend wird« (Considerant 1845, 229).

Die negativen Effekte der subalternen Arbeiten und der entsprechenden Arbeitsorganisation zu überwinden, das beinhaltet

1 Vgl. z. B. Habermas, der von vornherein grundbegrifflich alle Chancen der Emanzipation der (der Arbeit gegenübergestellten) Interaktion und der Lebenswelt (im Unterschied zum »System«) zuschreibt und Arbeit in ihrer eigenen konstitutiven Formung des menschlichen In-der-Welt-Sein zum Nichtthema degradiert.



*erstens* die Reduktion der Masse von Arbeiten und des Umfangs des Arbeitens durch die Reduktion von unnötigen Arbeiten, die sich als Verschwendung menschlicher Sinne und Fähigkeiten auf nur im Kapitalismus nötige Produkte und Dienste erweisen (vgl. Creydt 2004), also durch Befreiung *von* diesen Arbeiten;

*zweitens* eine nicht-regressive Überwindung von Spezialisierung sowie eine Erweiterung und Anreicherung von vormals bornierenden Arbeiten mit Tätigkeiten, die ihre menschliche Reichweite erhöhen, also Befreiung *in* den Arbeiten,

*drittens* die Perspektive, in die Arbeiten den Bezug auf die Bedingungen ihrer Möglichkeit, auf die Interessen an ihr, auf ihre Adressaten und die indirekt von ihr Betroffenen in die Arbeit selbst zu internalisieren;

*viertens* das Projekt, unaufhebbar banale Arbeiten entweder zu maschinisieren<sup>2</sup> oder zu einer Angelegenheit zu machen, die rotierend von allen erledigt wird. Die selbst nach aller gesellschaftlich aufzubringenden Anstrengung nicht zu verringernden unattraktiven, repetitiven und bloß ausführenden Arbeiten auf alle Arbeitsfähigen aufzuteilen – dies wirkt der Enthebung der höher Qualifizierten von der Realität der dürrtigen Arbeiten entgegen.

Wer in dieser Perspektive entnervende, ermüdende und anstrengende Arbeiten maschinell erledigen lassen will, hat praktisch Sorge dafür zu tragen, dass die Massenfabrikation nicht von ihrer Eigenschaft als »Tätigkeitsfeld für Maschinen« bestimmt wird und dann »kaum Aufgabenwerte für eine breite Schicht der Erwerbstätigen zulässt« und insofern »kein Aufgabenfeld persönlicher Einwirkung« darstellt (Pernsteiner 1984, 36). Notwendig wird es, eine Engführung der Technik auf die Erhöhung der Mehrwert- und Profitrate aufzuheben. Sie ist für den Kapitalismus und für die unreflektierte Moderne typisch. Die so verursachte praktische und theoretische Entwertung der Arbeitszeit als Lebenszeit ist zu überwinden. Notwendig ist eine Umgestaltung der Technologie, um die bisherige historische Tendenz umzukehren, »menschliches Wissen zu objektivieren und dem Arbeiter als fremde, ihm feindliche Kraft entgegenzustellen« (Cooley 1978, 208). Soll die mit der gegenwärtigen Technik meist verbundene Depotenzierung menschlicher Sinne und Fähigkeiten überwunden werden, so wird eine auf den arbeitenden Menschen zentrierte Technik notwendig, »die menschliche Arbeit nicht allein unter ihren funktionalen Aspekten für die Produktion zu betrachten, sondern als eigenen Bezugspunkt für die Entwicklung von Produktionskonzepten« (Pekruhl 1995, 116). »Qualifikationen dienen (dann – M. C.) nicht allein der Bewältigung je gegebener Arbeitsaufgaben, sondern auch der Gestaltung und Weiterentwicklung der Arbeitstätigkeit selbst« (Ebenda, 118). Anzustreben ist eine Technologie, »die von den Arbeitern dazu verwendet werden könnte, bestimmte Bereiche ihrer Tätigkeit zu automatisieren, ohne jedoch gleichzeitig den lebendigen Arbeiter zum bloßen Anhängsel der ›lebendigen Maschinerie‹ zu degradieren« (Löw-Beer 1981, 93). Es geht um eine Neuversinnlichung von Arbeit und einen Paradigmenwandel in der Technik, demzufolge beide daraufhin beurteilt werden, inwieweit sie sensitive und intellektuelle Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitenden aktivieren. »Telechirische Instrumente«<sup>3</sup>

2 In Verkaufseinrichtungen können monotone und unattraktive Kassierertätigkeiten durch Kassen eingespart werden, die die von den Kunden ausgewählten Waren automatisch registrieren. Supermarktketten sind dabei, diese Innovation zu realisieren. Ebenso lässt sich bspw. der Umfang der wenig attraktiven Arbeit des Briefträgers durch einen vermehrten Anteil an elektronischer Kommunikation senken.

3 ›Telechirics‹ bezeichnen »ferngesteuerte Maschinen, bei denen ein Mensch einen oder mehrere Manipulatoren über eine Distanz hinweg steuert, indem er die natürliche Geschicklichkeit seiner eigenen Arme benützt und ein ›Feed-Back‹ an sensorischen Informationen von den Greifarmen und der Region, in der sie arbeiten, erhält« (Thring 1973, 93). »Eine Vielzahl von Umständen des Arbeitsprozesses kann es erforderlich machen, telechirische Geräte einzusetzen: Radioaktivität, Steinschlag, Explosionsgefahr, Gift, Arbeiten im Weltall oder unter Wasser, Hitze, Kälte, Lärm, Temperaturschwankungen etc.« (Löw-Beer 1981, 94).

sollen »die historische Tendenz umkehren, die menschliche Geschicklichkeit zu vermindern oder zu verobjektivieren« (Cooley 1979). Die beiden Weisen des Produzierens – die Steigerung des Output durch Maschineneinsatz, die Bildung des Menschen durch sinnlich-intellektuelle Vergegenständlichung – stehen gegenwärtig gegeneinander. Es kommt demgegenüber darauf an, dass sie sich ergänzen und fördern – in einer »Rückkehr der menschlichen Hand in den Produktionsprozess, die sie nicht wieder an ihn kettet« (Heinemann 1982, 184).

Eine Reduktion der Massenproduktion und eine Inkaufnahme von Effizienzminderung werden in dem Maße dringend, wie die negativen Effekte der Massenproduktion und Effizienz als nicht marginalisierbar erscheinen. Gegenüber einer »quantitativen Arbeitsteilung« und »Aufgabenertrümmerung« geht es um eine »qualitative Arbeitsteilung« (Pernsteiner 1984, 36). Maßstab dieser qualitativen Arbeitsteilung ist die »Realisierung vollständiger individueller Handlungsbögen, innerhalb derer diskursiv und handelnd Zielsetzung, Mittelfestlegung, Planung, Realisation, Produktion von Ergebnissen, Bezug zum Nutzen, Erfolgskontrolle und soziale Resonanz in Beziehung gesetzt werden können (das heißt nicht, dass jedes dieser Handlungselemente, die zugleich die Grundfunktionen von Arbeit umfassen, von jedem Individuum komplett realisiert werden müsste)« (Girschner 1990, 159).

In der Arbeitsorganisation sind in der Moderne und im Kapitalismus Hierarchien vorherrschend – mit den entsprechenden Subalternitätseffekten unten und den Effekten von ›Verantwortungsübernahme‹ oben, inklusive der Legitimation der Hierarchie aus den wenig interessierten und wenig umsichtigen Handlungen der Untergebenen. Wo die ›unten/oben‹-Dimension im Vordergrund steht, werden unabhängig von den sozialen Inhalten der Arbeit das ›Aufsteigen‹ und das ›Bestimmertum‹ durch die damit verbundenen Weisungsbefugnisse, Freiräume und finanziellen Einkommenssteigerungen relevant. Eine statusbezogene Orientierung legt sich über die gesellschaftliche Arbeit. Demgegenüber zeigen die Kibbuzim in Israel, dass moderne Arbeit sich mit Ämterrotation und der massiven Vergrößerung der Zahl der auch für Leitungsstellen infrage kommenden Mitglieder verträgt (vgl. Creydt 2005).

Für ein befreites Arbeiten geht es darum, Verantwortung *in* der Arbeit zu ermöglichen. Verantwortung ist auszuweiten über die Gewährleistung der immanenten Leistungserfordernisse des Arbeitens hinaus auf ihre menschlich-sozialen Voraussetzungen, direkten und indirekten Wirkungen. »Sich mit einem Beruf zu identifizieren heißt, ihn als eine soziale Kompetenz zu begreifen, die Verantwortung einschließt, heißt Abstand zu gewinnen zur Funktion, die man in der Produktion ausübt, heißt die sozialen, ökonomischen und kulturellen Ziele dieser Produktion zu hinterfragen« (Gorz 1991, 133).

Schon die Abwendung der ökologischen Misere erfordert ein höheres Engagement der arbeitenden Menschen in ihrer Arbeit. »›Das unermessliche Wissen über Verschwendung, Betrug, Fahrlässigkeit und andere Untaten, das Beschäftigte von Unternehmen, Behörden und anderen Bürokratien besitzen‹, ist nach Ralph Nader ein weitgehend ungenutztes und unterschätztes Potential, um den

Folgen der ›institutionellen Unverantwortlichkeit‹ von Organisationen vorzubeugen. Dieses Potential zu erschließen, heiße, ›Verbraucherschutz von der Produktion aus‹ (Offe) zu organisieren und die Schranke zwischen den Funktionsrollen der Erwerbsarbeit einerseits und des Konsumenten, des Haushalts und des Staatsbürgers andererseits spürbar einzuebnen – durch ›on-the-job-citizenship‹, wie es Nader nennt« (Wiesenthal 1989, 43). Und was für die Umweltverschmutzung gilt, gilt auch für die Innenweltverschmutzung durch subalterne Arbeiten.

#### *Vom Sinn unseres Tuns, namentlich unseres Arbeitens*

Wer die Wirklichkeit der Arbeit ernst nimmt und also nicht nur die Arbeitsprodukte als Resultat der Arbeit auffasst, sondern auch die indirekten psychosozialen Effekte der Arbeit, wird sein Verständnis von Sinnhaftigkeit der individuellen Existenz auf Verantwortung und Arbeit beziehen. Die moderne Verlängerung der Handlungsketten und die Spezialisierung, die arbeitsteilige Vermitteltheit der Arbeiten durch zahlreiche andere Arbeiten lassen das einzelne Tun partialisiert und konkretistisch am jeweiligen Teilabschnitt ›kleben‹ und den Überblick über die Verwendung der Produkte und ihre Effekte nicht zustande kommen. »Unser Arbeitsprodukt geht uns nichts mehr an (...) die unendlich breite Kluft zwischen unserer Tätigkeit und dem, was durch diese irgendwann irgendwo bewirkt wird, macht nun unser Leben (...) tatsächlich sinnlos« (Anders 1988, 364). Anders bezieht »die Frage nach dem ›Sinn‹ unseres Tuns, namentlich unseres Arbeitens« auf »die antizipierende Frage: Was ist der Effekt des Effektes des Effektes der Verwendung des Produktteils, den ich mit-herstelle, und dessen Herstellung vorgibt (da sie mich ja beschäftigt), meinem Leben ›Sinn‹ verleihen?« (Ebenda, 389). Es geht darum, »aus dem Jetzt herauszutreten und uns in einen sehr breiten, oft un wahrnehmbaren, nur vorstellbaren, oft noch nicht einmal vorstellbaren, sondern nur denkbaren, Raum der Voraussicht und der Verantwortung hinein zu begeben« (Ebenda, 389).<sup>4</sup>

Die Arbeitsunzufriedenheit und die ›inneren Kündigungen‹<sup>5</sup> geben einen Hinweis auf die negativen Effekte von Arbeit. In diesem Horizont und aus der Negation des Negativen lässt sich aber nicht entwickeln, was Arbeit im emphatischen Sinne ist. Die Kritik an der zu hohen Belastung von Menschen, an ihrer Unter- oder Überforderung trifft zentrale Effekte der gegenwärtigen Arbeit und der Existenz der Menschen in den bestehenden Organisationen und im Erwerbs- und Geschäftsleben. Zugleich wird der Mensch hier nur als ein im quantitativen Maß richtig, also nicht zu über- und zu unterlastender Leistungserbringer gefasst. So gravierend fallen die Verletzungen aus, dass das Verständnis von gedeihlicher Existenz an ihnen Maß nimmt, also in der Negation des Negativen verbleibt und dann hinausläuft auf ... artgerechte Tierhaltung.

Die Kritik an der Einseitigkeit in der Arbeit und im gegenwärtigen Erwerbs- und Geschäftsleben betrifft ein Phänomen, das anzeigt, dass hier etwas im Argen liegt. Die Perspektive aber, der Einseitigkeit eine Vielseitigkeit gegenüberzustellen, fhrt erst einmal nicht notwendig hinaus über die Kompletterstellung der einen Einseitigkeit durch andere Einseitigkeiten. Vielseitigkeit beinhaltet nicht notwen-

4 Gerade therapeutische oder quasireligise Sinnangebote verdrängen diese Sinnleere. Sie machen nicht deren Grund und Ursachen zum Gegenstand, sondern »behandeln statt der effektiven Sinnlosigkeit nur das Gefühl der Sinnlosigkeit« (Anders 1988, 367), »so als wäre dieses Gefühl das eigentliche Unglück, nur dessen Beseitigung erforderlich; so als wäre der Zahnschmerz die Krankheit« (Ebenda 365). Es geht dann nurmehr um die subjektive Funktion des Sinns, ein Sinn-Gefühl auch dort zu schaffen, wo faktisch kein Sinn ist, nur um dies nicht erleiden zu müssen. bergangen und verstellt wird so, dass die »Sinnlosigkeit ein völlig berechtigtes Gefühl, ein Zeichen von unbeschädigter Wahrheitsbereitschaft, um nicht geradezu zu sagen: ein Symptom von Gesundheit« darstellt (Ebenda 369 f.).

5 »Die Gallup-Studie 2005 (1800 repräsentativ Befragten aus deutschen Unternehmen) belegt, dass nur 13 Prozent ihrem Arbeitsplatz gegenüber eine hohe emotionale Bindung verspüren, 69 Prozent lediglich Dienst nach Vorschrift machen und 18 Prozent überhaupt keine emotionale Bindung zu ihrem Job besitzen. Bei letzteren passt der Begriff innere Kündigung. Welche Auswirkungen hat das? Für den einzelnen Betroffenen ist es ein krankmachender Zustand. Für das Unternehmen bedeutet es Minderleistung, Fehlzeiten, steigende Personalkosten, ein sinkendes Leistungsniveau aller Mitarbeiter, Verlust kreativer Potenziale, Imageverlust und vieles mehr. Den gesamtwirtschaftlichen

Schaden durch innere Kündigung beziffert Gallup für Deutschland auf rund 250 Milliarden Euro im Jahr« (Petersen 2005).

6 Im Unterschied zur totalismus-theoretischen Diagnose von Vereinzelung »ähneln die Verkehrsformen am Arbeitsplatz jenen in frühen handwerklichen Produktionsverhältnissen. Man nimmt sich Zeit füreinander (...). Ausgehandelt wird, wie eine Autoreparatur während der Arbeitszeit unterzubringen ist und welcher Kollege heute die privaten Einkäufe für alle erledigt. Bereitwillig werden Tips gegeben, wie man an Wohnungen, Lehrstellen und jedwede Mangelware herankommt, wie man sich bei Scheidungen oder anderen Konflikten verhält. (...) Man ist miteinander vertraut, weil man aufeinander angewiesen ist. Böswillig formuliert: Es ist eine Notgemeinschaft – wie im Luftschutzkeller« (Böhme 1982, 26 f.). Birgit Müller beschreibt ein Ergebnis ihrer teilnehmenden Beobachtung in drei Berliner Industriebetrieben in den ersten Nach-Wende-Jahren: »Die Arbeitsbeziehungen, die sich ungeplant in der Planwirtschaft entwickelt hatten, wurden nun mit Nostalgie erinnert. Arbeiter und Angestellte mussten feststellen, dass ein gewisser Freiraum, der sich in den Nischen der Planwirtschaft entwickeln konnte, verschwunden war. Die Zeit, die sie nun im Betrieb verbrachten, war zwar kürzer, aber sie war mehr auf Leistung ausgerichtet und weniger mit sozialem Leben erfüllt« (Müller 1993, 267).

7 »25 Prozent aller Facharbeiter wurden offiziell nicht gemäß ihrer Qualifika-

dig einen menschlich sinnvollen Bezug der verschiedenen Momente aufeinander, sondern ermöglicht ebenso eine Verzettelung der Existenz bzw. die ironische oder hysterisierende Manier, Wirklichkeiten gegeneinander auszuspielen, die das Individuum imaginärerweise überal und nirgends sich herumtreiben lässt. Man tanzt auf allen Hochzeiten und kommt zur eigenen zu spät.

Ebenso wenig ist der für sich genommen verständliche Wunsch nach gemütlicheren Arbeitsverhältnissen Perspektiven weisend. Zwar trug zur Legitimation der DDR als »Land der Werktätigen« deren im Vergleich zum Kapitalismus geringere betriebliche Subsumtion unter wirtschaftliche Imperative bei. Die vergleichsweise starke Stellung der Arbeitenden im Betrieb (wg. Arbeitskräftemangel durch Massenflicht, fast keinerlei Entlassungsmöglichkeiten für Betriebsleitungen, Mitbestimmungsmöglichkeiten auf unterer Ebene) war im wesentlichen eine Negativ- oder Vetomacht und korrespondierte nicht mit einer positiven Umgestaltung der Arbeit. Zum höheren Stellenwert gemütlicher Arbeit trug der Unterschied in der Sozialintegration zu entwickelten kapitalistischen Ländern (>Individualisierung-<) bei: Vergemeinschaftung fand nicht vorrangig in der Familie und im Freizeitbereich, sondern auch und gerade im Arbeitskollektiv statt.<sup>6</sup> Die unmittelbare Arbeit war gekennzeichnet durch massenhafte Beschäftigung unter Ausbildungsniveau,<sup>7</sup> durch im Vergleich zur BRD durchschnittlich geringer qualifizierte Arbeiten, durch Schlendrian und Langeweile im Betrieb aufgrund von immer wieder auftretenden Engpässen, aber auch durch Stolz auf das Improvisationsvermögen und die Leistungsfähigkeit in stoßförmiger Übermobilisierung von Arbeitskraft. Im Verhältnis zwischen Kunden und Arbeitenden dominierten Letztere. Es ergab sich im »Land der Werktätigen« eine Befreiung der Arbeit nur in dem Sinn, dass die Arbeitenden in der Arbeit zeitweise eine größere Gemütlichkeit und einen ruhigeren und weniger getriebenen Gang pflegen konnten und weniger Rücksicht auf die Kunden zu nehmen hatten als im Kapitalismus.<sup>8</sup>

Es geht nicht allein darum, die Arbeiten subjektiv »anziehend« zu machen. Vielmehr müssen die Arbeit auf ihre menschlich-sozialen Voraussetzungen und Effekte durchsichtig gemacht und die Arbeiten so gestaltet werden, dass sie die gesellschaftliche Selbstgestaltung nicht blockieren oder Aufmerksamkeit und Sinn für sie veröden. »Arbeit mit Reflexion zu verbinden, heißt u. a. Zusammenhänge des Produktes und Gesamtproduktionsprozesses für das einzelne Organisationsmitglied verstehbar und einer Gestaltung zugänglich zu machen« (Girschner 1990, 182). Eingeschlossen ist eine Verflüssigung der Trennung zwischen Leitung und Planung einerseits, Ausführung andererseits. Es geht nicht um die Devise »alle machen alles«. Das Maß der notwendigen Veränderung findet sich im Abbau oder der Vermeidung der die Individuen verarmenden und die Gestaltung der Gesellschaft durch sie hintertreibenden Effekte. Reflexion heißt etwas anderes als pragmatisch-immanente »Richtigkeits-, Verfahrens- oder Erfolgskontrolle« (Girschner 1990, 172). Vielmehr geht es darum, einen Abstand zu gewinnen, aus dem »das distanzierend-kritische Befragen und Überdenken der Strukturen, Prozesse, Arbeiten sowie Ziele, Aufgaben, Problemlösungen und Selbstverständnisse« möglich wird (Ebenda, 172 f.). Inhaltlich geht es »bei der Reflexions-

fähigkeit der Organisation um ein problemsensibles verantwortliches Handeln, indem u. a. nach dem Sinn und Nutzen der Produkte gefragt und die Auswirkung des Organisationshandelns auf das Leben und Zusammenleben der Menschen in Rechnung gestellt werden soll« (Girschner 1990, 175). Wichtig dabei ist, dass »reflexives Handeln für die Subjekte nur dann sinnvoll und bedürfnisbefriedigend (ist), wenn es zugleich intentionales Handeln ist. Dieses wiederum ist auf Handlungswirkungen angelegt. Reflexionen allein genügen den Organisationsmitgliedern nicht. Daran anknüpfende Problemlösungsvorschläge müssen auch in als ausreichend erlebter Häufigkeit realisiert werden« (Girschner 1990, 202).

Für die hier skizzierte radikale Umgestaltung der Arbeit ist keine Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung notwendig, keine Orientierung am alten Handwerker-<sup>9</sup> und Bauernideal. Allerdings müssen wir »nach einem funktionalen Äquivalent für die Ganzheitlichkeit der Arbeit suchen (sie war bei dem [...] Bauern noch durch die Integration aller Arbeitselemente auf der personalen Ebene gegeben)«. Denn der »Sinn einer Arbeit (wird) aus ihrer Funktion in einem weitergreifenden Bedeutungshorizont und aus darauf gerichtetem intentionalem Handeln abgeleitet. (...) In großen komplexen Organisationen ist die sinnhafte Ganzheitlichkeit der Arbeit nur virtuell und kommunikativ in Grundformen herstellbar. (...) Es kommt danach nicht so sehr darauf an, dass das von einem Einzelnen zu erzielende Arbeitsergebnis das ganze Produkt ist, auch wenn die objektverändernde ausführende Arbeit bestimmten arbeitsinhaltlichen Anforderungen genügen muss. Von besonderer Bedeutung ist vielmehr die Möglichkeit der verstehbaren und beeinflussbaren Einordnung der eigenen Arbeit in den arbeitsteiligen Gesamtprozess« (Girschner 1990, 198 f.).

Es geht um eine Transparenz der Informationsflüsse in der Organisation für alle Interessenten und um eine Aufhebung der Gegensätze zwischen den verschiedenen Organisationsabteilungen (vgl. dazu auch Creydt 2000, 186 ff., Schütz 2003). Anzustreben ist die »Beteiligung von Mitarbeitern an argumentativen Prozessen, von deren Ergebnissen sie direkt betroffen sind (...), (die) Schaffung struktureller Freiräume argumentativer Verständigung in überblickbaren, relativ autonomen Handlungseinheiten durch Dezentralisierung, Delegation von Kompetenzen, Abflachung der Hierarchie, Entstandardisierung von Abläufen« (Ulrich 1993, 434).

### *Arbeit und soziales In-der-Welt-Sein*

Die Aufmerksamkeit der Arbeitenden für die menschlich-sozialen Voraussetzungen und Effekte des Arbeitens und der Arbeiten ist eine in Ansätzen bereits vorliegende Tendenz. Einer Untersuchung zufolge »geben über 50 Prozent hochqualifizierter Angestellter in Metall- und knapp 40 Prozent in Chemie-Berufen an, sich während ihrer Tätigkeit mit ethischen Fragen konfrontiert zu sehen. Insgesamt lehnt lediglich ein Sechstel praktische Widerstandshaltungen von vornherein ab« (Lenk, Maring 1992, 708). Eine Studie des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) über berufsmoralische Konflikte von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern kommt zu dem Ergebnis, »dass der öffentliche Diskurs auch bei den betrieblichen Experten »angekom-

tion beschäftigt. Dabei ist die Zahl derjenigen Arbeitskräfte, die ohne entsprechende Aufgabenprofile nur formal als Facharbeiter beschäftigt wurden, noch nicht berücksichtigt« (Hinz 1990, 14). »Bei aller Vorsicht, die aufgrund unterschiedlicher methodischer Herangehensweisen bei der Datenerhebung im Hinblick auf eine Vergleichbarkeit von industriesoziologischen Studien angebracht ist, fällt die Kluft zwischen der DDR und der BRD ins Auge. Anspruchsvolle, Theorie und Erfahrungswissen erfordern Aufgabenzuschnitte, die nach Adler knapp 3 Prozent der Beschäftigten in avancierten Betrieben mit flexiblen Maschinensystemen in der DDR ausüben, prägen vorsichtig geschätzt bei 20 Prozent der Arbeitsplätze in der metallverarbeitenden Industrie in der BRD das Bild« (Ebenda, 16).

8 Am Eingang von DDR-Restaurants stand oft das Schild: »Bitte warten Sie, Sie werden plaziert.« Auch wenn das Restaurant leer war, war es unüblich, sich selbst an einen Tisch setzen zu dürfen. »Der Kellner lässt die Tische unbesetzt, stellt grundlos auf einige das Schild »Reserviert«, bedient langsam und mürrisch. Am nächsten Tag versorgt er die Gäste flott, bedient zuvorkommend und freundlich. Im ersten Fall hat er keine Lust auf Gäste. Es ist ihm wichtiger, mit den Küchenmädchen zu plaudern, mit seinen Kollegen die neuesten Fußballergebnisse durchzugehen oder die Zeitung zu lesen. Im zweiten Fall hat der Kellner Lust auf Gäste. Es macht ihm Spaß vorzuführen, wie gut er sein Handwerk beherrscht. Sein persönliches Wohlbefinden

ist ihm wichtiger als Trinkgeld. Das Kellner-Beispiel ist exemplarisch. Es gilt für das ganze Land. Am Gemüse-Konsum hängt das Schild ›Wegen Warenannahme geschlossen‹ – die Verkäuferinnen sind unterwegs, um Salamanderstiefel zu ergattern. An der Kasse wächst die Schlange – die Verkäuferin bespricht mit einer Freundin ihr Liebesleid. Auf dem Wohnungsamt sind zur offiziellen Besuchszeit alle Bürotüren zugesperrt, hinter einer erschallt Gelächter, man feiert den Geburtstag eines Kollegen. Allerorts gilt die Devise: Privat geht vor Katastrophe. (...) Beschwert sich ein Kunde, hat das meist Folgen für ihn. Er lässt sich besser an diesem Ort nie wieder blicken, denn er hat versucht, seinesgleichen ›in die Pfanne zu hauen‹. Das ist eine hohe Form der Beleidigung und wird mit Verachtung geahndet« (Böhme 1982, 30 f.). »O nicht genug zu preisende Langsamkeit / Der nicht mehr Getriebenen! Schöne Unfreundlichkeit! / Der zum Lächeln nicht mehr Zwingbaren!« (Heiner Müller: Gedicht ›Film‹, in: Geschichten aus der Produktion Bd. 1, Berlin, Rotbuch-Verlag).

9 Eine Einschätzung der von Frithjof Bergmann propagierten ›New-Work‹-Projekte zum ›High-Tech-Self-Providing‹ klammere ich hier aus – vgl. skeptisch dazu Hildebrandt 1999 und neuere Informationen bei Nahrada 2005.

men‹ ist und dass die Folgen des eigenen Tuns kritisch in den Reflexionshorizont der Fortschrittmacher getreten sind und zu einer gewissen Verunsicherung geführt haben. (...) Klar ist, dass die von den betrieblichen Experten zu Protokoll gegebenen ethischen Bedenken mehr sind als modische Selbstbezeichnungen ohne praktische Folgen. Dies zeigen schon die inzwischen zahlreichen Fälle, in denen (auch und gerade) hochqualifizierte Angestellte aus Gewissensgründen die Ausführung bestimmter Arbeiten verweigerten oder die ›Flucht in die Öffentlichkeit‹ antraten« (Baethge, Denkinger 1994, 5 f.). Die Bedeutung von Dissidenten aus dem harten Kern der Trägerschichten des ›technischen Fortschritts‹ ist seit Klaus Traubes spektakulärer Wandlung vom Atomdirektor zum Streiter für alternative Energien in den 70er Jahren ins Bewusstsein gerückt. Beck setzt – wie immer etwas hoffnungsfroh – auf eine »ökologische Sensibilisierung der Wirtschaft« und sieht sie begründet in den Nachwuchsproblemen, die Betriebe der »Gefährdungsindustrien« sowohl bei Facharbeitern als auch bei Hochqualifizierten »haben oder befürchten« (Beck 1993, 98). In umstrittenen Einrichtungen (der Forschung oder der Produktion) sähen sich die ›Macher‹ ›Dauerbefragungen‹ und ›Dauerkritik‹ aus ihrem persönlichen Umfeld ausgesetzt (Ebenda). Dass betriebsintern ein Ethos alles andere als marginal verbreitet zu sein erscheint, der sich nicht unter die betrieblichen Zwecke beugen lässt, wenn diese in den Bereich des Kriminellen übergehen, zeigen die staatlichen Ermittlungsverfahren bei Umweltschutzdelikten an. Etwa die Hälfte der hier einschlägigen Hinweise stammen von Betriebsangehörigen oder ehemaligen Mitarbeitern (Lenk, Maring 1992, 708). Eine Studie des Göttinger Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) ergibt: »Industriefacharbeiter scheinen dem Umweltschutz aufgeschlossener gegenüberzustehen, als vielfach vermutet wird. Das gilt selbst für Beschäftigte aus der Chemieindustrie, obwohl ihre Arbeitsplätze womöglich am ehesten durch strengere Umweltschutzaufgaben gefährdet würden. (...) Diese Aufgeschlossenheit wird vom SOFI darauf zurückgeführt, dass viele Chemiewerker im alltäglichen Umgang mit Chemikalien und durch laufende Sicherheitsbelehrungen erkannt haben, ›wie gefährlich Chemie ist‹« (Frankfurter Rundschau, 23. Februar 1988).

Baethge sieht einen »Kristallisationspunkt auch sozialer Identität und politischer Organisation« in der »moralischen Qualität der Arbeit – das meint die Berücksichtigung von Sinnbezügen, das Interesse am Erhalt der inneren und äußeren Natur und die Herstellung diskursiver Kommunikation in der Arbeit. (...) Keine Belege, wohl aber erste Indizien, dass es dafür subjektive Voraussetzungen gibt, sind die Befunde über die beträchtliche ökologische Sensibilität von Arbeitern und von hochqualifizierten Industrieangestellten (...) oder der Hinweis aus der Untersuchung (...) über die Entstehung eines postkonventionellen Moralbewusstseins bei Facharbeitern. Gewiss ist dies noch eine arg schmale empirische Basis, aber: was das Morgen ankündigt, kann heute ja kaum schon repräsentativ sein« (Baethge 1994, 254).

Die Aufmerksamkeit der Arbeitenden über die Bewältigung der Arbeit hinaus auf den Gehalt des Arbeitens und der Arbeitsergebnisse im sozialen In-der-Welt-Sein lässt sich auch in den französischen ›Sud‹-Gewerkschaften finden. ›Sud‹ ist die Abkürzung für solidaire(s), unitaire(s), démocratique(s) – solidarisch, einheitlich, demokratisch. Es

handelt sich bei diesen Gewerkschaften um »Interessenverbände von Lohnabhängigen, die sich nicht auf ihre Rolle als Lohnabhängige reduzieren (lassen) oder zurückziehen, sondern die sich als gesellschaftliche Produzenten begreifen, als Produzenten, die sich dem gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit, den Bedürfnissen ihrer Konsumenten oder Nutzer verpflichtet fühlen. Nicht im Sinne einer ›Kundenorientierung‹, die nur an zahlungsfähigen Käufern interessiert ist, sondern im Sinne des Nutzens für eine größtmögliche Zahl von Menschen, gerade auch der ärmsten und bedürftigsten, im Interesse ihrer individuellen Entwicklung und sozialen Gleichachtung« (Imhof 2002). Im Unterschied zu traditionellen Gewerkschaften konzentrieren sich die Sud-Gewerkschaften weder allein auf den Preis der Arbeitskraft und die Bedingungen ihrer Nutzung noch überlassen sie das Verhältnis der Arbeiten zu den Kunden den Unternehmen. »Der traditionelle Syndikalismus betrachtet das Kapitalverhältnis als seine Existenzbedingung und die Gesellschaft als etwas ihm Äußerliches, als abstrakt-übergeordneten Zusammenhang, in dem man halt lebt. Er stellt Ansprüche an die Gesellschaft, repräsentiert durch den Staat, aber er denkt nicht daran, im Namen der Gesellschaft Ansprüche an die eigene Arbeit zu stellen. Der Typ Syndikalismus, den die Sud-Gewerkschaften repräsentieren, betrachtet umgekehrt die Gesellschaft als praktischen Zusammenhang der Menschen, in dem die Lohnabhängigen nicht nur Objekte, sondern zugleich tätige Subjekte, gesellschaftliche Produzenten sind und in dieser Eigenschaft das Kapitalverhältnis und die es schützende Politik als Hindernis, als ›Ballast‹ (Gramsci) erleben« (Imhof 2002).

### *Die Realutopie guten Arbeitens*

Nicht nur eine ökologische oder eine die Verschwendung beseitigende, sondern eine für das Individuum nicht nur pflegliche, sondern es erfüllende Gestaltung der Arbeiten wird notwendig. Mit weltlosen Individuen ist keine Gestaltung der gesellschaftlichen Welt durch die Menschen selbst möglich. Die Qualität der Arbeiten sowie ihrer Synthesis entscheidet über Subalternität, Abstumpfung, Apathie, Unzuständigkeit und Verantwortungslosigkeit, Desinteresse, Konkurrenz, Neid, Minderwertigkeitsgefühl – inkl. entsprechende Kompensationen. Werden die Menschen nicht über ihre Arbeiten auf das Allgemeine bezogen, führen sie nicht auch in ihren Arbeiten ein allgemeines Leben, so schlägt sich das Desinteresse am Allgemeinen als Schaden nieder. Ohne intrinsische Motive der Beteiligung an der Arbeit, ohne die Überwindung von Eigentumsorientierung und Desinteresse fürs Allgemeine wird die Konkurrenz zum Zwangsmotiv und es verselbständigt sich ein (dann:) abstrakter Reichtum gegen die Menschen (vgl. dazu Creydt 2000, Teil II).

Die kapitalistische Gesellschaft erweist sich als Form, die die in ihr hervorgebrachte Fülle von Möglichkeiten blockiert, die Arbeit zur guten Arbeit zu gestalten und damit menschliche Sinne und Fähigkeiten sozial sinnvoll bezogen zu entfalten. Erst eine Realutopie guten Arbeitens (verbunden mit einer Realutopie von nachkapitalistischer Wirtschaft und sozialer Synthesis<sup>10</sup>) überwindet die mystifizierende Sachzwangsideologie, der zufolge die Arbeit keine andere Wirklichkeit haben kann als die herrschende Realitätsbeschreibung weismachen

10 Für die hier nicht thematisierbaren Vorschläge zur nachkapitalistischen Synthesis der Arbeiten, der Arbeitenden, der Verbraucher sowie der sonst von Arbeit, Technik und Konsum Tangierten vgl. Creydt 2001, 2003, 2006.

will. Erst eine Perspektive, die den im Kapitalismus angelegten nachkapitalistischen Reichtum herausarbeitet, ermöglicht den Paradigmenwechsel von der einseitigen Fokussierung auf Opfer und Ausgrenzte hin zur selbstbewussten Abwertung der herrschenden Formen zum überkommenen Prokrustesbett des nachkapitalistischen individuellen und sozialen Reichtums und guten Lebens. Wer seinen Zugang zur gesellschaftlichen Wirklichkeit der Selbstbeschreibung der herrschenden Realität entlehnt, wird in ihr auf der linken Seite als Bittsteller für eine sozial glimpflichere und schonungsvollere Behandlung der Untergebenen existieren. Viele Linke sind sich bei allen Gegensätzen zwischen dem Votum für Realpolitik einerseits und pseudo-radikaler Negation von Arbeit andererseits (vgl. zur Kritik Creydt 1999) einig im defensiv-phantasielosen Verzicht auf eine Arbeit an Konzepten dafür, wie eine andere Welt (und nicht nur eine andere Verwaltung des Bestehenden) möglich sein kann.

#### Literatur:

- Anders, Günter (1988): Die Antiquiertheit des Menschen. Bd. 2, München.
- Baethge, Martin (1994): Arbeit und Identität, in: Beck, Ulrich und Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.): Riskante Freiheiten. Frankfurt a. M.
- Baethge, Martin; Denkinger, Jochen (1994): Das Dilemma der ›Fortschrittmacher‹, in: Wechselwirkung, H. 68, S. 4-8.
- Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a. M.
- Böhme, Irene (1982): Die da drüben. Sieben Kapitel DDR, Berlin (West), Rotbuch-Verlag.
- Considerant, Victor (1845): Kurzer Abriß von Fouriers Phalanxsystem, in: Höppner, Joachim; Seidel-Höppner, Waltraud (Hg.): Französischer Sozialismus und Kommunismus vor Marx, Bd. II Texte, Leipzig 1975.
- Cooley, Mike (1978): Design, technology and production for social needs, in: Ken Coates (ed.): The Right to useful Work. Nottingham.
- Cooley, Mike (1979): Entwurf, Technologie und Produktion für gesellschaftliche Bedürfnisse, in: Wechselwirkung, H. 0.
- Creydt, Meinhard (1999): Arbeit als Perspektive. Argumente für einen kritischen und erweiterten Arbeitsbegriff, in: Weg und Ziel, H. 2, 57. Jg., Wien.
- Ders. (2000): Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit, Frankfurt a. M.
- Ders. (2001): Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. Aktuelle Modelle in der angelsächsischen Diskussion, in: Widerspruch (Zürich), Bd. 40. Andere Varianten in: Marxistische Blätter, 3/2001, Volksstimme, Nr. 45/2000, Berliner Debatte Initial, Nr.3/2001.
- Ders. (2003): Die institutionellen Strukturen nachkapitalistischer Gesellschaften, in: Olaf Reissig u. a. (Hg.): Mit Marx ins 21. Jahrhundert, Hamburg.
- Ders. (2004): Sparrang und Verschwendung, in: Sozialistische Zeitung 1, 19. Jg.
- Ders. (2005): Kibbuz und nachkapitalistische Sozialstrukturen, in: Streifzüge Nr. 35, Wien; Sozialistische Hefte, Nr. 9, Köln; Graswurzelrevolution, Nr. 305, 34. Jg., Münster 2006.
- Ders. (2006): Die Überwindung des Weltmarktes, in: Bruchlinien, H. 17, Wien.
- Girschner, Walter (1990): Theorie sozialer Organisationen. Weinheim und München.
- Goetz, André (1991): Und jetzt wohin? Berlin.
- Heinemann, Gottfried (1982): Der Mensch kann in seiner Produktion nur verfahren wie die Natur selbst, in: Grauer, Michael; Schmied-Kowarzik, Wolfdieterich (Hg.): Grundlinien und Perspektiven einer Philosophie der Praxis. Kasseler Philosophische Schriften Bd. 7, Kasse.
- Hildebrandt, Volker 1999: Alte ›Neue Arbeit‹, in: Weg und Ziel, 57. Jg., Nr. 1, Wien.
- Hinz, Andreas 1990: Wirtschaft und Industrie in der DDR, Teil 2, in: Sozialist – Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten, H. 2: 15. Jg.
- Imhof, Werner (2002): »Un syndicalisme différent«, in: express, Zeitschrift für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, <http://www.labournet.de/express/index.html>, 4/02.
- Lenk, Hans; Maring, Matthias (Hg.) (1992): Wirtschaft und Ethik, Stuttgart.
- Löw-Beer, Peter (1981): Industrie und Glück. Der Alternativplan von Lucas Aerospace, Berlin.
- Müller, Birgit (1993): Der Mythos vom faulen Ossi, in: Prokla, Bd. 91, 23. Jg., Münster.
- Nahrada, Franz (2005): Alter Wein in neue Schläuche? (Gespräch mit Andreas Exner), in: Streifzüge, H. 34, Wien.
- Pekruhl, Ulrich (1995): Lean Production und anthropozentrische Produktionskonzepte – Ein Spannungsverhältnis?, in: Cattero, Bruno; Hurrell, Gerd; Lutz, Stefan u. a. (Hg.): Zwischen Schweden und Japan. Lean Production aus europäischer Sicht, Münster.
- Pernsteiner, August Wolfgang (1984): Ausufernde quantitative Arbeitsteilung und Entberuflichung, in: Zeitschrift für Ganzheitsforschung, 28. Jg., H. 1, Wien.
- Petersen, Gerald (2005): Innere Kündigung ist teuer, aber vermeidbar. <http://mmbf.de/362/innere-kueundigung-ist-teuer-aber-vermeidbar.html>
- Schütz, Peter (2003): Grabenkriege in Management. Wie man Bruchstellen kittet und Abteilungsdenken überwindet, Frankfurt a. M.
- Thring, M. (1973): Man, Machines and Tomorrow, London.
- Ulrich, Peter (1993): Transformation der ökonomischen Vernunft, Bern.
- Wiesenthal, Helmut (1989): Ökologischer Konsum – ein Allgemeininteresse ohne Mobilisierungskraft?, in: Stachlige Argumente – Zs. d. Alternativen Liste Berlin (West) H. 54.



# NEUERSCHEINUNGEN

## **1945 – Wege in die Zukunft.**

### **Regionales – Nationales – Internationales**

Hrsg. Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2006.

171 S., ISBN 3-89819-211-3. Kostenbeitrag: 10 €, Mitglieder 7 €

## **Wissen und Bildung in der modernen Gesellschaft.**

### **Texte der V. Rosa-Luxemburg-Konferenz.**

Hrsg. Hans-Gert Gräbe. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2005.

ISBN 3-89819-224-5. 229 S. (= Texte zur politischen Bildung H. 34)

Kostenbeitrag: 11,50 €, Mitglieder 8 €

## **Nietzsche und die Linke.**

Hrsg. von Hans-Martin Gerlach und Volker Caysa.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2006. ISBN 3-89819-228-8. 203 S.

(= Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 19)

Kostenbeitrag: 11,50 €, Mitglieder 80 €

## **Wege aus der Katastrophe.**

Hrsg. von Klaus Kinner. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. 2006.

ISBN 3-89819-229-6. 148 S.

(= Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus. Heft 19)

Kostenbeitrag: 7,50 €, Mitglieder 6 €

*Bestellungen erbeten an: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V., Harkortstraße 10,  
04107 Leipzig / Telefon: 0341- 9608531 / Fax: 0341- 2125877*

*RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*

*Weitere Informationen zu unseren lieferbaren Veröffentlichungen unter*

*www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de*

---

## **Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. für 2007**

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. fördert alternative, humanistischen Idealen verpflichtete philosophische, ökonomische, politische, historische und kulturwissenschaftliche Forschungen.

Sie verleiht im Abstand von zwei Jahren einen Förderpreis an Studierende und jüngere WissenschaftlerInnen bis zum vollendeten 40. Lebensjahr, die mit ihren Forschungen in herausragender Weise dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme zu erkennen und Lösungswege aufzeigen.

Der Preis wird an Studierende und WissenschaftlerInnen verliehen, die sich selbst um den Preis bewerben, von Dritten oder von der Jury vorgeschlagen werden. Unveröffentlichte Preisträgerarbeiten werden nach Maßgabe der Möglichkeiten durch die Stiftung in ihrer Reihe »Hochschulschriften« veröffentlicht.

Die BewerberInnen werden gebeten, ihre Arbeiten in einem Ausdruck und in digitalisierter Form einzureichen.

### **Der Förderpreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. wird in drei Stufen verliehen:**

**1. Preis: 1 500 €**

**2. Preis: 1 000 €**

**3. Preis: 500 €**

Der nächste Förderpreis wird im Jahr 2007 verliehen. Bewerbungen und Vorschläge für den Förderpreis 2007 sind bis zum 30. November 2006 zu richten an Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

Harkortstraße 10, 04107 Leipzig / Telefon: 0341- 9608531 / Fax: 0341- 2125877

RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de / www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

## HEINZ SCHÄFER

# Darmstadt 1950

### Ein Stück Vorgeschichte zum KPD-Verbot 1956

Am 17. August 2006 sind 50 Jahre vergangen, seitdem die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verboten wurde. Den entsprechenden Antrag beim Bundesverfassungsgericht zu stellen – und damit gegen diejenige Partei vorzugehen, die wohl von allen antifaschistischen Parteien in der Nazizeit den höchsten Blutzoll zu entrichten hatte –, hatte die Bundesregierung bereits am 16. November 1951 beschlossen. Und noch früher – im Sommer 1950 – gab es in Hessen bereits Aktionen gegen die KPD, die mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar sind. Davon soll im Folgenden die Rede sein.

Dass die Entwicklung der KPD in dieser Zeit sehr kritisch betrachtet werden muss, steht außer Frage. Dass die Partei sich mit ihrer linkssektiererischen Politik selbst isolierte; dass sie durch die verhängnisvolle These 37 ihren Einfluss in den Gewerkschaften dramatisch verringerte; dass sie ihren Münchner Parteitag nicht in der Bundesrepublik, sondern in Weimar abhielt; dass sie am 11. November 1952, als sich klar abzeichnete, dass 1953 der Einzug in den Bundestag nicht würde geschafft werden können, ein »Programm der nationalen Wiedervereinigung Deutschlands« verabschiedete, in dem vom »revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes« die Rede war – das alles waren verhängnisvolle Fehler, für die sie politisch einen hohen Preis zahlen musste. Aber waren es Verbotgründe?

Diether Posser – ein Mann, der 1951 in die Anwaltskanzlei des späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann eintrat, lange dem Parteivorstand der SPD angehörte und 20 Jahre lang Minister in Nordrhein-Westfalen war – kommt in seinem Buch »Anwalt im Kalten Krieg« (Bertelsmann 1991) zu folgendem Schluss: »Auch hatte die KPD schwere Fehler gemacht und als Partei jede Sympathie außerhalb ihrer Mitglieder verloren: die oft byzantinisch anmutende Verherrlichung sowjetischer Politiker, vor allem Stalins, die völlige Kritiklosigkeit gegenüber Missständen in der DDR, die Verkündung scheinrevolutionärer Phrasen, die oft beleidigende und verunglimpfende Sprache gegenüber der Bundesregierung und anderes mehr. Aber es hat keine politischen Morde, keine Attentate, keine Aufstandsversuche, keine Gewalttaten, keine geheimen Waffenlager und keine Liquidationslisten gegeben« (S. 180).

Trotzdem gingen die Bundesregierung und zahlreiche Landesregierungen bereits im ersten Jahr der Existenz der Bundesrepublik mit der KPD unter Missbrauch des Grundgesetzes und der Landesverfassungen auf eine Weise um, die den Begriff des politischen Extremismus recht-

Heinz Schäfer – Jg. 1927; Dr. oec., Mitglied des Ältestenrates der Linkspartei.PDS, Mitglied des Vorstandes des DGB-Kreises Darmstadt-Dieburg, Mitglied des DGB-Landesseniorenausschusses Hessen; 1948-1950 Verwaltungsanwärter bei der Stadt Darmstadt, 1950 Berufsverbot; nach Studium an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität 1953-1969 Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin, 1969-1975 IMSF Frankfurt a. M., 1975-1989 Redakteur der Zeitschrift »Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik« Frankfurt a. M., 1947-1990 Mitglied der KPD und DKP, seit 1994 Mitglied der PDS, 1995-2004 Mitglied des Parteirats der PDS; zuletzt in UTOPIE kreativ: PDS: Profilschärfung unerlässlich, Beachtung der West-Positionen, Heft 176 (Juni 2005).

fertigt. Noch einmal Diether Posser (auf dem Umschlagtext seines Buches): »Parallel zur Wiederbewaffnung gegen den äußeren Feind ging man im Inneren gegen Kommunisten und deren echte wie vermeintliche Sympathisanten vor. Kriminalisiert und verfolgt wurden jedoch auch Anhänger der Friedensbewegung und Gegner von Adenauers Politik (...) So war die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei nicht erst seit ihrem Verbot am 17. August 1956 strafbar, bestraft werden konnte diese Mitgliedschaft bereits vom 1. September 1951 an, dem Datum des Inkrafttretens des Strafrechtsänderungsgesetzes, als die Partei noch gar nicht verboten war. Das Strafrechtsänderungsgesetz brachte unklare, weit auslegbare Strafvorschriften, machte aus Vergehen Verbrechen, hob die Verjährungsfrist auf zehn Jahre an, ließ die Einstellung wegen Geringfügigkeit nicht mehr zu und beseitigte den Begründungszwang bei Inhaftierung wegen Fluchtgefahr.«

Ich möchte das, was Posser für Westdeutschland insgesamt feststellte, an meinem eigenen politischen Schicksal in Darmstadt sichtbar machen.

### *Magistrat und Oberbürgermeister vs. Verwaltungsanwärter*

1992 habe ich die Akten der städtischen Hauptverwaltung Darmstadt, der Oberstaatsanwaltschaft Darmstadt und der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Darmstadt (hier Bestand H 13 [Staatsanwaltschaft] beim Hessischen Staatsarchiv Darmstadt, Nr. 955) sowie des Personalrates (1950: Arbeitnehmerrat) zum damaligen Verwaltungsanwärter Heinrich (Heinz) Schäfer eingesehen. Diesen Akten zufolge beschloss der Magistrat der Stadt Darmstadt am 23. September 1950, mich, der ich als Verwaltungsanwärter nach dreijähriger Ausbildung kurz vor meiner Abschlussprüfung stand, fristlos zu entlassen. Mit mir selbst hatte indes zuvor kein Magistratsmitglied auch nur ein Wort gewechselt, und meine Stellungnahmen vor dem Arbeitnehmerrat und vor der Polizei, zu denen ich von Stadtrat Schrauth gezwungen worden war, wurden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen.

Am 9. Oktober 1950 löste Oberbürgermeister Ludwig Metzger dann das mit mir bestehende Anwärterverhältnis mit sofortiger Wirkung. Wie wurde dies von ihm begründet?

*Erstens:* Nach einem Beschluss der Bundesregierung, dem sich die Stadtverwaltung für ihren Geschäftsbereich angeschlossen habe, werde die Unterstützung von Organisationen und Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung gerichtet sind, als unvereinbar mit den Dienstpflichten angesehen. (Auf diese Weise erfuhr ich erstmals von dem entsprechenden Erlass).

*Zweitens:* Zu den gemeinten Organisationen gehörte u. a. die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit all ihren Unterorganisationen.

*Drittens:* Ich sei aktives Mitglied der KPD, der Freien Deutschen Jugend sowie mehrerer anderer kommunistischer Unterorganisationen.

*Viertens:* Dies sei durch Feststellungen der Polizei aus jüngster Zeit untermauert worden.

*Fünftens:* Die Entlassung sei auch deshalb notwendig, weil ich mich in der letzten Zeit mehrfach – sowohl mündlich als auch schriftlich – gegenüber Vorgesetzten in einer Art und Weise benommen hätte, die erkennen lasse, dass mir neben dem guten Willen auch die erforderliche Eignung fehle, ein brauchbarer Beamter des öffentlichen Dienstes zu werden.

»Thomas Manns Weigerung, sich einem Antikommunismus zu verpflichten, entsprang der Erkenntnis, dass der Kommunismus ein ›Pro‹ verkörpert, mit einer Haltung der Offenheit gegenüber der notwendigen Weltveränderung nach humanistischen Maßstäben verbunden ist und deshalb eine ganz andere Beziehung zum ›Menschheitsgedanken‹ hat als der Faschismus. Diese Haltung sah er übrigens mit dem Blick auf die DDR gerade am Exempel Waldheim verloren gehen. Und er befürchtete zu Recht, dass eine Politik, bei der der Zweck die Mittel heiligt, demoralisiert, abstumpft und unfähig macht, die humanistische Perspek-

tive als handlungsleitenden Anspruch zu bewahren. Der Antikommunismus wäre demnach die abstrakte Negation einer *Emanzipationsideologie*, die in der humanistischen Kultur Europas Fundamente hat, welche durch eine solche Negation nicht unbeschädigt blieben. Daraus folgt wiederum, dass der Antikommunismus bei weitem nicht nur für den Kommunismus ein Problem ist.«

Michael Schumann:  
Antikommunismus?  
Schlusswort auf dem Historisch-rechtspolitischen Kolloquium »KPD-Verbot oder mit Kommunisten leben? Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts am 17. August 1956 nach 40 Jahren im Spiegel der Kritik«, veranstaltet vom Bundesvorstand der PDS und der Abgeordnetengruppe der PDS im Deutschen Bundestag am 17. 8. 1996 in Bonn, in: Wolfram Adolphi (Hrsg.): Michael Schumann. Hoffnung PDS. Reden, Aufsätze, Entwürfe 1989-2000, Berlin 2004, S. 112.

Metzger, der von Beruf Rechtsanwalt war, machte sich überhaupt keine Mühe, mich selbst zu befragen noch sich mit den Tatsachen bekannt zu machen. Bereits am 11. September hatte der Magistrat den Arbeitnehmersrat gebeten, meiner Entlassung zuzustimmen, weil ich an einer verbotenen Kundgebung teilgenommen hätte.

Was war geschehen?

### *Eine Friedenskundgebung wird verboten*

Anlässlich des 6. Jahrestages der Zerstörung Darmstadts am 11./12. September 1944 hatten die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und das Komitee der Kämpfer für den Frieden zu einer Gedenkveranstaltung auf dem Darmstädter Friedensplatz aufgerufen. Das »Darmstädter Tagblatt« vom 11. September 1950 berichtete: »Große weiße Plakate riefen seit etwa acht Tagen im Stadtgebiet zu einer Friedens- und Gedenkkundgebung zur Ehren der Opfer des Krieges und des Faschismus auf. (...) Im Anschluss an die Kundgebung waren ein Schweigemarsch und eine Kranzniederlegung vorgesehen. Die Ansprache sollte Pfarrer Heinrich Eckert, Mannheim, halten. (...) Auf Anweisung des hessischen Innenministers vom 31. 8. 1950 wurde diese Veranstaltung kurzfristig vom Polizeipräsidenten in Darmstadt verboten.« Die Polizei habe sich »nach Berichten von neutralen Augenzeugen nicht in allen Momenten besonnen verhalten«.

Ich hatte an der Kundgebung teilnehmen wollen. Dafür gab es neben politischen auch ganz persönliche Gründe. Meine Familie war in der Nacht vom 11. zum 12. September 1944 ausgebombt worden. Viele unserer engsten Bekannten und Freunde waren ums Leben gekommen. Mit meiner Schulklasse musste ich mit 15 Jahren als Luftwaffenhelfer zur Flak, mit 16 Jahren zum Arbeitsdienst und kurz vor meinem 17. Geburtstag musste ich Soldat werden. Im März 1945 kam ich in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus der ich Mitte April 1946 entlassen wurde. Vom Krieg und seinen Folgen hatte ich die Nase gestrichen voll.

Und 1950 gab es schon wieder einen Krieg – zwar im fernen Korea, aber mit Folgen auch bei uns. Als meine politischen Freunde Heinrich Benz – Vater des späteren langjährigen Darmstädter Oberbürgermeisters Peter Benz (bis 2005) –, Walter Weber und Karl Fleck am 1. August 1950 von der deutschen Polizei dabei erwischt wurden, wie sie ein Plakat mit dem Inhalt »Korea den Koreanern, Deutschland den Deutschen, Ami go home« klebten, erhielten sie von den Amerikanern mehrmonatige Gefängnisstrafen. Als die KPD-Fraktion am 31. August 1950 im Darmstädter Stadtparlament angesichts der schwierigen Weltlage eine Erklärung für den Weltfrieden und für die Ächtung der Atombombe forderte, erklärte sich das Parlament für nicht zuständig. Am 1. Oktober 1950 wurden zwei Mitglieder der FDJ auf dem Darmstädter Messplatz verhaftet, weil sie Fähnchen mit der Aufschrift »Frieden« verteilten (»Darmstädter Echo«, 2. Oktober 1950).

Von dem Verbot der Kundgebung am 10. September wusste ich nichts, weil wir keine örtlichen Zeitungen hielten und ich damals eher den Deutschlandsender als den Hessischen Rundfunk hörte.

Bereits am 9. September war dem Vorsitzenden der VVN, Hans Fillsack, das Verbot der Kundgebung mitgeteilt worden. Fillsack, der im Fröba-Prozess (Fröba wurde 1944 hingerichtet) zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden war, bestätigte schriftlich den Ein-

gang des Verbots, machte allerdings darauf aufmerksam, dass er nicht mehr in der Lage sei, die Mitglieder der VVN von dem Verbot in Kenntnis zu setzen. Er lehnte auf Grund der kurzfristigen Benachrichtigung jede Verantwortung ab.

Am 13. September 1950 schrieb der Arbeitnehmerrat, nachdem er mich angehört hatte, an den Oberbürgermeister: »Schäfer wurde gehört und gibt zu, beteiligt gewesen zu sein, versichert aber, erst auf dem Platz durch den Polizeilautsprecher von dem Verbot Kenntnis erlangt und der Aufforderung zur Platzräumung auch Folge geleistet zu haben. Seine Festnahme sei erst am Herrngarteneingang erfolgt, weil er laut seiner Empörung über die Misshandlung einer alten Frau durch die Polizei Ausdruck gegeben habe.« Der Arbeitnehmerrat bezweifelte, dass das mir unterstellte nicht sofortige Verlassen des Platzes »die Tatmerkmale des Paragraph 10 Abs. 3 des Beamtengesetzes« aufweise, und er machte geltend, dass den beiden Beschuldigten – mir und Konrad Weigel, der 1944 zu acht Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt worden war – nicht nachgewiesen werden könne, etwas getan zu haben, »das das demokratische Gedankengut und demokratische Einrichtungen herabsetzt«.

Von Stadtrat Schrauth unter Berufung auf mein Dienstverhältnis gezwungen, vor der Kriminalpolizei Aussagen zu machen, gab ich dort am 20. September 1950 zu Protokoll: »Ich wurde am 10. September um 9.45 Uhr auf dem Theaterplatz etwa 50 m vor dem Herrngartenausgang von der Polizei vorläufig festgenommen. Zuvor stand ich auf dem Friedensplatz. Die dreimalige Aufforderung der Polizei, sich von dem Friedensplatz zu entfernen, habe ich gehört. Daraufhin habe ich ohne weiteres den Friedensplatz verlassen. Weshalb ich von der Polizei vorläufig festgenommen wurde, weiß ich nicht. Es stimmt, dass ich in Richtung der Polizei rief: dass es nicht zu den »demokratischen Gepflogenheiten gehört, eine alte Frau, hier Frau Schnauber (68) zusammenzuschlagen«, und weiter habe ich sinngemäß gesagt, dass ich nicht wüsste, wodurch sich diese Methoden von denen der vergangenen 12 Jahre unterscheiden würden.«

Die Aussagen der Polizeibeamten waren widersprüchlich.

Polizeioberkommissar Pazian schrieb am 11. September 1950: »Schäfer hat sich am 10.9.1950 gegen 10 Uhr trotz dreimaliger Aufforderung mittels Lautsprecher durch den zuständigen Polizeibeamten, den Friedensplatz aufgrund einer verbotenen Kundgebung zu verlassen, nicht entfernt und musste zur Verhinderung weiterer strafbarer Handlungen zur Wache des 1. Polizeirevierts sistiert werden.«

Vier Tage später schrieb derselbe Herr Pazian an den Herrn Polizeipräsidenten, Abteilung S: »Nachdem er (Schäfer) sah, dass der von den FDJ-Angehörigen der Polizei entgegengesetzte Widerstand gebrochen wird, hat sich Schäfer in Richtung Herrngarten zurückgezogen. Dort stellte er sich wieder in eine Gruppe von FDJ-Angehörigen, mit denen er dann zur Wache sistiert wurde.«

Das Verfahren gegen mich wurde Jahre später eingestellt, und andere Sistierte erhielten Geldstrafen von 20 bis 30 DM. Lediglich diejenigen, die aktiven Widerstand geleistet hatten, erhielten Bewährungsstrafen von eins bis zwei Monaten. Klar ist: Die ungenauen und widersprüchlichen Feststellungen der Polizei, auf die sich Oberbürgermeister Metzger berief, boten nicht den geringsten Grund, mich zu entlassen. Die ge-

Der Antikommunismus gewinnt seine scheinbare Plausibilität durch den Verweis auf die unzähligen Opfer, die die kommunistische Parteipolitik und das System des Staatssozialismus – namentlich in den Zeiten des Hochstalinismus – im Namen des Kommunismus und unter der Verantwortung von Menschen, die sich Kommunisten nannten, gefordert haben. Diese Logik würde freilich auch die Berechtigung des ›Antichrist‹ plausibel machen. Die Jahrzehnte währende Herrschaft stalinistisch geprägter Theorie und Praxis hat sich allerdings einprägsam mit der Berufung auf Marx und den Kommunismus legitimiert. Es ist daher nicht in erster Linie dem rührigen ideologischen Antikommunismus zu danken, wenn heute im Bewusstsein vieler Menschen die Begriffe des Stalinismus, Sozialismus, Marxismus und Kommunismus fest zu einem einzigen Amalgam verschmolzen sind, das einem gewissen ›naturwüchsigen‹ Antikommunismus gleichkommt – und damit zugleich einen Resonanzboden für den ideologischen Antikommunismus abgibt. Das gehört in erster Linie zu den Fernwirkungen der Geschichte der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts selbst.«  
Ebenda, S. 118.

plante Teilnahme an einer Friedens- und Gedenkkundgebung genügte Metzger, um der Existenz eines jungen Menschen schweren Schaden zuzufügen.

### *Missliebige Ostkontakte, »falsche« Mitgliedschaften*

Aber da ist noch der Vorwurf, dass ich mich mehrfach mündlich oder schriftlich gegenüber Vorgesetzten schlecht benommen hätte. In den Personalakten ist dazu jedoch nichts zu finden.

Was es tatsächlich gab, war eine heftige mündliche Auseinandersetzung mit Stadtrat Schrauth, die er aber nicht protokolliert hat. Ich wollte zu Pfingsten 1950 zum Deutschlandtreffen nach Berlin und hatte Urlaub eingereicht. Von Herrn Schrauth geladen, wurde ich von ihm gefragt, wohin ich denn im Urlaub fahren wolle. Auf meine Gegenfrage, ob es üblich sei, dass Bedienstete der Stadt befragt werden, wo sie ihren Urlaub verbringen wollten, antwortete er mit »Nein«, ergänzte aber, dass er gehört habe, dass ich in den Osten wolle. Ich sagte ihm, dass ich mir die DDR ansehen wolle. In der dann offenen politischen Diskussion hatte er mit einem entschiedenen Verfechter der deutschen Einheit, wie ich es damals war, schlechte Karten. Da ihm überzeugende Argumente fehlten, verwies er mich des Zimmers. In der Personalakte ist, wie gesagt, dazu nichts vermerkt. Schrauth wollte wohl nicht protokollieren, dass der Magistrat der Stadt Darmstadt schon lange vor Ulbricht eine Mauer errichten wollte.

In diesem Zusammenhang muss auch auf die Verweigerung eines Interzonenpasses an Margarethe Schnauber verwiesen werden – jene 68jährige, die auch bei der verbotenen Friedenskundgebung gewesen war. Sie war am 20. Januar 1934 von den Nazis wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nun, 1951, wollte sie ihren Sohn Georg Schnauber, der in Eisenach lebte, besuchen. Der Magistrat der Stadt Darmstadt schrieb am 13. Oktober 1951 an den Oberstaatsanwalt beim Landgericht Darmstadt: »Der Frau Margarete Schnauber, geb. Ball, geb. 18. 1. 1882 in Heubach, Krs. Erbach ist aus politischen Gründen die Ausstellung eines Interzonenpasses versagt worden. Frau Schnauber, die hier Landgraf-Georg-Str. 70 wohnt, war am 10. Sept. 1950 bei der verbotenen Kundgebung des Komitees der Kämpfer für den Frieden und der VVN auf dem Friedensplatz in Darmstadt anwesend und wurde damals wegen Auflaufs festgenommen.«

Ein anderer ihrer Söhne, Hans Schnauber, war 1942 wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Landgericht Kassel zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und für staatenlos erklärt worden. Margarethe Schnauber wurde von Polizeibeamten auf dem Friedensplatz niedergeknüppelt, weil sie sich an ihren Sohn Hans klammerte und rief: »Ich geh net ohne moin Bub.« Das Verfahren gegen sie wurde später niedergeschlagen. Polizeiwachtmeister Boßler schrieb: »Hans Schnauber leistete Widerstand, indem er sich gegen mich stemmte und sich nach wiederholter Aufforderung weigerte den Platz zu verlassen. Ich musste den Widerstand mit einfacher körperlicher Gewalt brechen. In Schnaubers Begleitung befand sich seine Mutter, die versuchte, mich von ihrem Sohn zu trennen.« Polizeioberkommissar Alfons Pazian schrieb: »Bei einer anderen Gruppe sah ich, dass eine alte Frau zu Fall gekommen war. Ich begab mich dorthin. Die Frau wurde von einem Beamten wieder aufge-

hoben. Ich sagte zu ihr, sie solle heimgehen. Sie erklärte aber: Wo ihr Sohn wäre, da bleibe sie auch.«

Wie ist es mit den schriftlichen Äußerungen von mir, die als Grund zur Entlassung aufgeführt worden waren? Bevor der Magistrat am 23. September meine Entlassung beschloss, gab es keine solchen schriftlichen Äußerungen – außer denjenigen, die mir dienstlich abgefordert worden waren. So bewertete das Standesamt am 20. September 1950 meine Arbeit in der Zeit vom 1. Juni bis zum 31. August 1950: »Schäfer hat sich während dieser Zeit als gewissenhafter, williger und vielseitig interessierter Mitarbeiter bewährt, dessen leichte Auffassungsgabe ihn befähigte, sich sehr rasch mit den ihm übertragenen, teilweise recht verantwortungsvollen Aufgaben vertraut zu machen. Seine Leistungen waren gut und seine dienstliche Führung im Allgemeinen nicht zu beanstanden.« Es wurden drei Übungsarbeiten beigelegt, »die sein gründliches Eingehen in die Materie erkennen lassen.«

Am 23. September 1950 – als meine Entlassung bereits beschlossen, mir aber noch nicht mitgeteilt worden war – ließ der Magistrat alle Bediensteten einen Fragebogen ausfüllen. In ihm wurde nach der Mitgliedschaft in 20 Organisationen gefragt – 18 linken und 2 rechten. Ich beantwortete diesen Fragebogen sofort, beließ es aber nicht dabei und stellte am 26. September dem Herrn Oberbürgermeister drei Fragen: Glauben Sie nach diesen billigen Methoden, die sich in nichts von den Inquisitionsmethoden der faschistischen Ära unterscheiden, einen überzeugten Menschen von seiner Sache abbringen zu können? Warum haben Sie nichts aus der Vergangenheit gelernt und durch welchen Verfassungsartikel wollen Sie Ihre Handlungsweise rechtfertigen? Wissen Sie, dass nach der hessischen Verfassung der Krieg geächtet und jeder Kampf gegen die Kriegshetzer Pflicht eines jeden Bürgers ist?

Oberbürgermeister Metzger fiel nichts besseres ein, als handschriftlich zu vermerken: »Das schreibt der junge Mensch seinem Oberbürgermeister.«

Von der Stadtverordnetenversammlung gibt es ein Protokoll vom 11. Dezember 1950, in dem festgehalten ist: »Die Stadtverordnetenversammlung befasste sich in ihrer Sitzung am 11. 12. 1950 mit den Vorgängen, ausgelöst durch einen Dringlichkeitsantrag der KPD-Stadtverordnetenfraktion vom 23.09. 1950. (...) Oberbürgermeister Metzger erklärt, dass die Angelegenheit nicht zur Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gehöre, da die Polizei Auftragsangelegenheit sei, er verschanze sich nicht hinter dem Erlass des Innenministers, sondern habe das Verbot aus Überzeugung erlassen. Die Versammlung sei ein Teil des von dem SED-Parteitag proklamierten Kampfes gegen die Bundesrepublik. Der westliche Staat habe nicht nur das Recht, sondern die Pflicht gehabt, sich zur Wehr zu setzen.«

So wurde das Gedenken an die über 10 000 Menschen, die 1944 in Darmstadt umkamen, vom Oberbürgermeister in einen Teil des Kampfes der DDR gegen die BRD umgedeutet. Metzger blieb auch danach ein energischer Verfechter von Verboten gegen Links. Mit rechten Auffassungen und Täufern ging er anders um. In seinem Buch »In guten und in schlechten Tagen« (Darmstadt 1980) berichtet er darüber, dass die Amerikaner seine zeitweise Amtsenthebung als Oberbürgermeister anordneten, weil er sich weigerte, 150 Beamte, die Nationalsozialisten gewesen waren, zu entlassen. Metzger schreibt: »Ich kannte meine Darm-

»Der Antikommunismus negiert, indem er über die Widersprüchlichkeit der kommunistischen Bewegung hinweggeht, die aus jenem ›Wärmestrom‹ gespeisten Motive und die geschichtliche Tragweite insbesondere des *antifaschistischen Kampfes* deutscher Kommunisten. Er hat es wirklich fertiggebracht, ihr Martyrium einem verstockten Glauben an eine andere Diktatur zuzurechnen und ihre Ermordung auf diesem Umweg nachträglich zu rechtfertigen. Diesem Antikommunismus sich anzuverwandeln heißt, die kommunistischen Opfer des Faschismus zu verraten und ein zweites Mal umzubringen. Es kann und darf für Menschen, die sich als Sozialisten verstehen, auch nicht die Spur einer Akzeptanz für diese alt/neudeutsche Borniertheit geben, sondern nur Widerstand. Und dies nicht nur der Ehrenrettung halber, sondern – ich sage es umstandslos – aus nationaler Verantwortung.«  
Ebenda, S. 119-120.

städter besser als die Amerikaner. In der Liste waren 20 bis 30 Beamte, von denen man sagen konnte, dass sie wirklich Nationalsozialisten waren, die sich in verbohrtter Ideologie schlecht benommen hatten oder korrupt waren. Sie hatte ich bereits von mir aus entlassen. Für die große Mehrzahl aber galt, dass sie formell – vielleicht aus Schwachheit – der NSDAP angehört hatten, dass sie aber nie aus eigener Initiative und Gesinnung im Sinne des Nationalsozialismus handelten« (S. 107).

*Nicht Zufall, sondern Strategie*

Um einordnen zu können, was sich zu Beginn der fünfziger Jahre in Hessen abspielte, ist es notwendig, einen Blick in die hessische Verfassung zu werfen, die 1946 mit den Stimmen von SPD, KPD und CDU angenommen wurde. In Artikel 1 heißt es: »Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, der Herkunft, der religiösen und der politischen Überzeugung.« Artikel 20 (2) besagt: »Jeder gilt als unschuldig, bis er durch rechtskräftiges Urteil eines ordentlichen Gerichts für schuldig befunden ist.« Und Artikel 22 (2): »Niemand darf für Handlungen oder Unterlassungen leiden, oder strafrechtlich verantwortlich gemacht werden, die ihm nicht persönlich zur Last fallen.«

Weil man mit mir ganz anders verfuhr, richtete sich meine Wut gegen Oberbürgermeister Ludwig Metzger und die Magistratsmitglieder.

Erst 1992 – beim Studium meiner Personalakte und der Akten bei der Staatsanwaltschaft – erfuhr ich, dass es damals bereits seit langem eine strategische Orientierung gab, die KPD und andere linke Organisationen zu illegalisieren und durch massive Polizeieinsätze zu provozieren.

Sehen wir uns an, was der damalige hessische Minister des Innern, Heinrich Zinnkann, am 9. September durch seinen Vertreter Dr. Schuster per Fernschreiben an den Darmstädter Oberbürgermeister bzw. den Polizeipräsidenten verkündete: »Hiermit weise ich Sie an, die vom Komitee der Kämpfer für den Frieden am 10. September 1950, vormittags 10 Uhr auf dem Friedensplatz in Darmstadt geplante Kundgebung zu verbieten und bitte dafür Sorge zu tragen, dass keine Ersatzveranstaltungen stattfinden.«

In der Begründung schreibt der Innenminister: »Die in meinem Erlass vom 24. 8. 1950 näher bezeichneten kommunistischen Tarnorganisationen haben von dem Nationalkongress der SED in Berlin Weisung erhalten, mit allen Mitteln die demokratischen Einrichtungen der Bundesrepublik und ihrer Länder anzugreifen und die verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben. Um Verboten zu entgehen, haben diese Organisationen Namen und wählen Themen für ihre Veranstaltungen, die auf den ersten Blick mit den friedlichen Bestrebungen der Bundesrepublik und ihrer Länder durchaus vereinbar erscheinen. Die Erfahrungen der letzten Wochen haben aber gezeigt, dass diese harmlosen Themen nur den Vorwand bilden, um auf Kundgebungen und Versammlungen eine hemmungslose kommunistische Propaganda zu treiben und den verfassungsmäßigen Zustand anzugreifen.«

An den Regierungspräsidenten in Darmstadt sowie an die Oberbürgermeister und Landräte schrieb Zinnkann am 24. August 1950: »Betr.: Propagandatätigkeit kommunistischer Organisationen. (...) Die kommunistische Partei versucht, durch die Propagandatätigkeit getarnter politischer Organisationen die demokratische Ordnung in Westdeutsch-



land zu untergraben. Derartige Organisationen sind: Freie Deutsche Jugend (FDJ); Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN); Sozialdemokratische Aktion; Vereinigung der Sowjetfreunde; Gesamtdeutscher Arbeitskreis für Landwirtschaft und Forsthilfe; Vereinigter Studentenbund; Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion; Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands; Anti-Kriegsbewegung Deutschlands; Verteidigungskomitee des Demontageprozesses; Arbeitskreis für ein einiges Deutschland; Komitee der Kämpfer für den Frieden; Nationale Front (Dachorganisation); Aktionsgemeinschaft der Jugend für ein einiges Deutschland; Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD); Ausschuss für Einheit und gerechten Frieden. (...) Ich ordne deshalb für alle meiner Dienstaufsicht unterstehenden Behörden an, dass den vorstehend genannten Organisationen keine Räume und Gebäude, die Eigentum des Landes Hessen sind, von ihm gemietet sind oder verwaltet werden, zu irgendwelchen Versammlungen, Kundgebungen, Konferenzen, Diskussionsabenden, Ausstellungen oder ähnlichen Veranstaltungen überlassen werden.«

An die Landeshauptleute, Oberbürgermeister bzw. Magistrate ergeht die Aufforderung, in ihrem Geschäftsbereich entsprechend zu verfahren, und die Landräte sollten die ihrer Dienstaufsicht unterstehenden Gemeinden entsprechend anweisen.

Dies waren politischer Extremismus und politische Willkür gegen eine nicht verbotene Partei. Der Rigidität von oben folgte die Willfähigkeit unten. So erklärte der Darmstädter Polizeipräsident Georg Reibold vor Gericht: »Wir hatten den Auftrag, diese Versammlung zu verhindern. Ich selbst habe gesehen, dass etwa 80 bis 100 Leute auf dem Friedensplatz standen. Die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung lag vor, nachdem die dreimalige Aufforderung an die Versammlungsteilnehmer ergangen war, den Platz zu räumen.« Auf die Frage des Verteidigers sagte er vor Gericht: »Ich hatte mich natürlich nach der Anordnung des Herrn Innenministers zu richten, wonach die geplante Versammlung auf dem Friedensplatz und andere geplante Versammlungen auf anderen Plätzen zu verhindern waren.«

Am 10. September 1950 erließ der Polizeipräsident um 8 Uhr »zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« folgende Anordnung: 1. Alarmstufe III für die Schutzpolizei Darmstadt; 2. Alarm für die Kriminalpolizei Darmstadt; 3. Bereitstellung von 2 Einsatzkommandos in Stärke von 150 Schutzpolizeibeamten und 32 Kriminalbeamten; 4. Entsenden von Streifen der Schutz- und Kriminalpolizisten zum Versammlungsplatz, die den Auftrag hatten, etwaige Ansammlungen zu zerstreuen bzw. dem in der Nähe liegenden 1. Polizeirevier zu melden.

So also war das: Man sah die öffentliche Ordnung durch das friedliche Versammeln von 80 bis 100 Leuten gefährdet, und es war der Einsatz von rund 200 Polizisten notwendig. Wer sollte dann kein Verständnis haben, dass Antifaschisten, die oft jahrelang von den Faschisten inhaftiert waren, angesichts solchen obrigkeitsstaatlichen Gebarens wütend wurden und dies auch gegenüber der Polizei zum Ausdruck brachten.

Der Antikommunismus, der 1956 zum Verbot der KPD führte, gehörte zum Gründungskonsens der Bundesrepublik. Mit den Folgen dessen haben wir bis heute zu tun: im Großen der politischen Gesamtentwicklung wie auch im »Kleinen« zehntausender Lebensläufe.

JOSEF MALLMANN

## Und immer noch Opfer des Kalten Krieges!

Es sind inzwischen 52 Jahre vergangen, da dieses Dokument mich in der Einzelzelle der Hamm/Westfalen erreichte. Ich war – und bin – Mitglied der Kommunistischen Partei. Ich war damals, drei Jahre vor dem Verbot der KPD (17. August 1956) wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« seit 2. November 1953 in Untersuchungshaft.

Ich hatte am 6. November 1953 beim zuständigen Untersuchungsrichter des Bundesgerichtshofes (BGH), Dr. Amecke-Mönninhoff, beantragt, u. a. die KPD-Tageszeitung »Freies Volk« und das Werk von Karl Marx »Das Kapital« lesen zu dürfen. Am 27. November 1953 wurden die Anträge mir gegenüber durch den Anstaltsleiter abgelehnt (wegen Gefährdung der Ordnung in der Haftanstalt).

Am 8. Januar 1954 habe ich diese Anträge erneut gestellt. Am 14. Januar 1954 wurden sie auf dem gleichen Weg wie zuvor abgelehnt. Am 4. Februar 1954 trug ich sie dem Untersuchungsrichter bei einem Termin in Vorbereitung des Haftprüfungstermins erneut vor. Am 8. Februar 1954 hat der 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts den hier vorliegenden Beschluß gefasst, den ich am 20. Februar 1954 in der Gefängniszelle – dreieinhalb Monate nach der ersten Antragstellung – erhielt.

Man kann das »kleine Schikane« nennen, die aber auch nur überwunden, weil ich nicht aufgegeben habe. Und der Haftgrund (»Vorbereitung zum Hochverrat«) war: »Die Errichtung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen Deutschlands mit dem Ziel des baldigen Abschlusses eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland und des Abzuges aller Besatzungstruppen in kurzer Zeit.«<sup>1</sup>

Und weiter: »Für die Aufklärung der Jugend, damit sie es ablehnt, im Interesse ausländischer Imperialisten ihr Blut auf den Schlachtfeldern gegen andere Völker zu vergießen.«<sup>2</sup>

Die Anklageschrift erhielt ich vom 6. Strafsenat des BGH am 24. Mai 1956, Unterschrift: Senatspräsident Dr. Geier, Ankläger Generalbundesanwalt Max Güde. Fast ein Drittel der Anklageschrift besteht aus Zitaten aus dem Programm der 1953 nicht verbotenen KPD und aus Vorschlägen der DDR und der Sowjetunion zur Frage der Wiedervereinigung und der Erhaltung des Friedens.

Mir persönlich fehlt die Haftzeit (13,5 Monate Untersuchungshaft) an der Rentenberechtigungszeit. Trotz vieler Anträge und Briefe an Bundespräsidenten, Bundeskanzler, Bundestags-Petitionsausschuß und Justizministerium wurde ich nicht rehabilitiert. Inzwischen ist das vor 50 Jahren verkündete KPD-Verbot nicht aufgehoben und bedroht – einem Damoklesschwert ähnlich – jede und jeden, die sich gegen die Sozial- und Demokratieabbaupolitik in diesem Lande zur Wehr setzen.

1 Aus der 89 Seiten umfassenden Anklageschrift, S. 20.

2 Ebenda, S. 23.

Ich kann empfehlen, sich an unsere »Initiative zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges« in Essen zu wenden. Dort steht viel Info-Material zur Verfügung:

Initiative zur Rehabilitierung  
der Opfer des Kalten Krieges  
Hoffnungstrasse 18  
45127 Essen  
z. Hd. Karl Stiffel  
Teil.: 0201 225147

3 Ws 1/54 OLG.Hamm  
2 b OJs 54/53 GStA.Hamm

B e s c h l u ß .

Strafsache

Gegen den Maurerumschüler Josef Jacob Mallmann in Neuen-  
Kirchen Krs.Mörs, Gartenstr. 3,  
z.Zt. in dieser Sache in der Haftanstalt Hamm in  
Untersuchungshaft,  
wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens

.....

Auf die Beschwerde des Beschuldigten vom 15.Januar 1954  
gegen die Verfügung des Amtsgerichts in Hamm vom 11.Januar  
1954 ( 4 Gs 27/54) hat der 3.Strafsenat des Oberlandesgerichts  
in Hamm / Westf. am 8.Februar 1954  
nach Anhörung des Generalstaatsanwalts  
beschlossen:

Die Verfügung des Amtsgerichts vom 11.  
Januar 1954 wird aufgehoben.Dem Beschuldigten  
Wird das Halten und Lesen der Zeitung " Freies  
Volk " und das Lesen des Buches von Karl Marx  
" Das Kapital " gestattet.

Das Verbot an den Beschuldigten, die Zeitung  
" Freies Volk " zu halten und das Werk von Karl  
Marx " Das Kapital " zu lesen, ist aus § 116  
StOP nicht begründet.Das Halten und Lesen einer  
nicht verbotenen Tageszeitung verstößt im allge-  
meinen, wenn nicht besondere hier nicht ersicht-  
liche Ausnahmefälle gegeben sind, nicht gegen die  
Anstaltsordnung. Ebenfalls kann es nicht als ein  
Verstoß gegen die Anstaltsordnung angesehen  
werden, wenn der Beschuldigte ein zwar umstritte-  
nes,  
aber doch anerkannt wirtschaftswissenschaftliches  
Werk, das im übrigen politische Fragen nur am  
Rande behandelt, liest.

- 2 -

Die Beschwerde der " Freier Verlag GmbH Düsseldorf,  
Ackerstrasse 144 " gegen den den Beschluß des Amtsgerichts  
vom 11.Januar 1954 wird auf Kosten der Beschwerdeführerin  
als unzulässig verworfen, da diese nicht zu demnach § 3o4  
Abs. 2 stop beschwerdeberechtigten Personenkreis gehört.

gez.Reichling                      Dr.Kruschewski,                      Kraft.

.....

Ausgefertigt.

Hamm ( Westf.), den 11.Februar 1954

*Starberg*, Justizobersekretär

Als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



GÜNTER WIRTH

## Der andere Transformationsprozeß

Besichtigung von Autobiographien

Günter Wirth – Jg. 1929, Publizist. 1973-1990 Chefredakteur beziehungsweise Herausgeber der evangelischen Monatszeitschrift *STANDPUNKT*; 1985-1993 Honorarprofessor für Neue und Neuere Kirchengeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin; bis September 1990 Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe des Vorsitzenden der DDR-CDU, Lothar de Maizière. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Ausgeschlagene Chancen der Neuorientierung. Zwei Schriften aus dem Jahre 1948, Heft 183 (Januar 2006)

1 Die Jahrgänge der Zeitschrift »hochschule ost« bieten hierzu umfassendes Material.

*Einleitung*

Es wird in der Analyse des Transformationsprozesses ostdeutscher Intellektueller nach 1989<sup>1</sup> oft zu wenig berücksichtigt, daß die ältere Generation dieser Intellektuellen, die in den achtziger Jahren auf dem Höhepunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit stehen konnten, schon einmal einen Transformationsprozeß erlebt hatten, allerdings in einem Alter, für das – von wem auch immer: Helmut Kohl und Günter Gaus gelten als Konkurrenten im Urheberrecht – der Begriff von der »Gnade der späten Geburt« geprägt worden ist. Immerhin hatten die zwischen 1925 und 1929/30 Geborenen zumeist existentielle Erfahrungen (Kriegsdienst und -gefangenschaft, Luftwaffenhelfer, Volkssturm) sammeln können oder richtiger: müssen, die ihrem Menschen- und Weltbild ein bestimmtes Proprium verleihen konnten.

Wenn dies so richtig ist, dann ist es allerdings auch nicht verwunderlich, daß die in dem damaligen Transformationsprozeß, also zumal zwischen 1945 und 1948, 1948 und 1951, gewonnenen Einsichten – so oder so – eine gewisse Stabilität zu erreichen vermochten, und dies in doppelter Gestalt: Entweder waren diese Einsichten mit durchaus weltanschaulichem Charakter so geprägt, daß sie auf eine konsequente Parteinahme für die bürgerliche Demokratie, Zivilgesellschaft und autonome Wirtschaft zielten und dann in den meisten Fällen zum Exodus aus der SBZ oder dann aus der DDR führten, oder aber sie erhielten den Charakter einer (freilich nicht verordneten) Hinwendung zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der SBZ/DDR, dies von vornherein mit der Tendenz zur Option für einen, für den Sozialismus. Ohne hier auf natürlich auch mögliche Nuancierungen sozusagen »dritter Wege« einzugehen, muß indes berücksichtigt werden, daß je innerhalb solcher konträr gegenüberstehender Pole von geistig-politischen Positionsbestimmungen weltanschauliche Differenzierungen auftreten konnten und tatsächlich auftraten. So sind unter den Anhängern der bürgerlichen Demokratie christliche, liberale, sozialdemokratische, (vom Marxismus-Leninismus abweichende) sozialistische, auch anarchistische, ja nihilistische Auffassungen vertreten, und was diejenigen betrifft, die sich zur antifaschistisch-demokratischen Ordnung bekannten, waren nicht nur parteiliche und parteimäßige Sozialisten festzumachen, sondern auch christliche und liberale Demokraten. Von Elementen des Opportunismus, die ebenfalls zu entdecken waren, soll und kann hier abgesehen werden, weil diese keine weltanschaulichen Qualitäten aufwiesen.

Da inzwischen manche autobiographische Arbeit aus dem jeweiligen Umfeld vorliegt und da auch in historiographischen Arbeiten, mindestens marginal, auf solche Aspekte eingegangen worden ist, können hierzu einige Anmerkungen gemacht werden; es ist sogar möglich, daß von hier aus manches Licht auf den Charakter des Transformationsprozesses nach 1989 fallen kann.

Eine erläuternde Bemerkung sei noch zu der von mir gemachten Periodisierung gemacht: 1945 bis 1948 – das bedeutet, daß (allerdings unter den Bedingungen einer repressiven Besatzungspolitik, die zu kontingenten Schicksalen führen konnte) eine gewisse Pluralität im geistigen und (sich in den Parlamenten auf den jeweiligen Ebenen spiegelnden) politischen Leben gegeben war. 1948 bis 1951 – das wiederum bedeutet, daß in diesem Zeitraum die »führende Rolle der Partei«, der demokratische Zentralismus und der zum weltanschaulichen Monopolismus strebende M-L immer konturierter wurden, dies zumal alsbald nach Gründung der DDR und – aufs wissenschaftliche Leben bezogen – mit der 2. Hochschulreform 1951.

Im folgenden soll es vor allem um die Erhellung der Positionsbestimmung von um 1945 jungen Intellektuellen gehen, die sich zum Christentum bekannten, sich der theologischen Wissenschaft zuwandten und auf je eigene Weise bereit waren, ihren Platz in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und dann in der sozialistischen Gesellschaft einzunehmen. Auf je eigene Weise – das hieß: in passiver Loyalität, in kritischer Identifizierung, in nonkonformistischer Haltung, aber auch in aktiver Mitgestaltung, freilich immer in Wahrnehmung eines eigenständigen wissenschaftlichen Ansatzes, ohne den eine schöpferische Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Um für diese Untersuchung einen gesamtgesellschaftlichen und einen umfassenderen hochschulpolitischen Hintergrund ins Blickfeld zu bekommen, soll wenigstens an zwei autobiographischen Veröffentlichungen gezeigt werden, wie von damals jungen Intellektuellen, die sich einer fortschrittlichen Option öffneten, dann doch gegensätzliche Wege beschritten worden sind. Ich denke an die Autobiographie von Gerhard Kaiser, der sich als parteiloser, sich dem Marxismus öffnender Schauspiel- und Germanistikstudent in Weimar und Ostberlin enttäuscht immer weiter von solcher Position entfernte, 1950 in die Bundesrepublik ging und dort einer der bedeutendsten Germanistikprofessoren wurde,<sup>2</sup> und ich denke zum anderen an die Erinnerungen von Fritz Klein, der sich unter eigenartigen familiären Bedingungen früh im traditionellen und intellektuellen Umfeld marxistisch geprägter Parteilichkeit fand und sich dort, auf eigenständige und allerdings durchaus widersprüchliche Weise, zu einem führenden Exponenten der DDR-Historiographie entwickelte<sup>3</sup>.

Es können hier nur skizzenhaft einige zentral wichtige Züge dieser biographischen Wege nachgezeichnet werden, wobei, um dies vorwegzunehmen, eine gemeinsame Ausgangsposition für beide insofern gegeben ist, als sie in deutschnationales Milieu hineingeboren wurden – Gerhard Kaiser, 1927 in ein »zwar antinazistisches, aber konservatives, deutschnationales Elternhaus auf dem Lande« (sein Vater war Volksschullehrer im Thüringischen und Reserveoffizier), Fritz Klein, 1924 als Sohn des Chefredakteurs der »Deutschen All-

2 Gerhard Kaiser: Rede, daß ich dich sehe. Ein Germanist als Zeitzeuge, Stuttgart/München 2000.

3 Fritz Klein: Drinnen und Draußen. Ein Historiker in der DDR, Frankfurt am Main 2000.

gemeinen Zeitung«, immerhin des »Zentralorgans« des nationalen konservativen Bürgertums, und dann (zusammen mit Paul Fechter) des Herausgebers der »Deutschen Zukunft«. Da Dr. Fritz Klein aber während einer Reserveübung und seine Frau an Tuberkulose früh verstarben, kam Fritz Klein (dies die eigenartigen familiären Bedingungen) in die Familie des in der NS-Zeit disziplinierten sozialdemokratischen Pädagogen Dr. Heinrich Deiters und damit nicht nur in eine Atmosphäre von Geborgenheit, sondern vor allem immenser intellektueller Anregung und politischer Interessiertheit (ganz zu schweigen von den wie selbstverständlichen Bekanntschaften, etwa mit dem früheren Kasseler Polizeipräsidenten Dr. Ferdinand Friedensburg, der ein Freund des ehemaligen Kasseler Studienrats Dr. Heinrich Deiters war, und 1946 sollten sich der Berliner CDU-Bürgermeister und der Pädagogikprofessor der Ostberliner Universität auch im Kulturbund treffen).

*Neuanfang, Zweifel, Bruch: Gerhard Kaiser*

Kaiser kam – als sozial so »Vorbelasteter« – nach dem Abitur an einer alten Weimarer Oberschule nicht zum Universitätsstudium; es gelang ihm aber, Student am neu gegründeten Weimarer Theaterinstitut, also Schüler des aus sowjetischer Emigration zurückgekehrten Maxim Vallentin zu werden, der, wie Kaiser schreibt, auch tolerant gegenüber jungen Leuten aus dem bürgerlichen Milieu war und der »keinen politischen Gesinnungsdruck« ausübte. Kaiser wurde sogar – schon nach einem Jahr – Assistent, er arbeitete an Büchern mit, in denen Maxim Vallentin und Otto Fritz Gaillard die Methode Stanislawskijs wissenschaftlich und aufs praktische bezogen erarbeiteten (u. a. an dem 1949 erschienenen »Vom Stegreif zum Stück«), und er schrieb in einer zeitweilig in Weimar erscheinenden Kulturbund-Zeitschrift »Schöpferische Gegenwart«. In diesem Umfeld löste sich Kaiser von den alten Auffassungen seines Vaters, dessen »Lernfähigkeit« ihn nach 1945 allerdings »zu einem überzeugten Liberalen« gemacht hatte, und er schien für den Marxismus »gewonnen« zu sein. »Er (der Marxismus, G. W.) gab mir ein geistiges Rüstzeug und Maßstäbe für eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, der nazistischen, aber auch der eigenen bürgerlich-konservativen.«

Hatte Kaiser als Oberschüler (aus dem Bücherschrank seines Vaters) die klassische und realistische Literatur in sich aufgesogen, so waren es jetzt marxistische Literatur und Literaturwissenschaft, zumal die Bücher von Georg Lukács, mit denen er sich auseinandersetzte. Sicherlich blieb Kaiser dennoch »eine seltsame Erscheinung«, gewissermaßen der »bildungsbürgerliche Primus« in Vallentins »souverän ausgewähltem buntem Gefolge«, so daß er, »wenn Besuch aus dem Westen kam«, bei Tisch hinzugezogen wurde, um »als Nachwuchsideologe der sozialistischen Dramaturgie (zu) glänzen, dessen progressives Bewußtsein im Begriff war, sein bürgerliches Sein hinter sich zu lassen und die Sensibilität und Emotionalität seiner Herkunft in den Sozialismus zu transformieren« (von mir hervorgehoben, G. W.) (S. 38 f.). Hier haben wir also den Schlüsselbegriff der Transformation für die Jahre nach 1945 aus dem Buch, dessen Untertitel lautet: »Ein Germanist als Zeitzeuge«.

Es war Kaiser alsbald deutlich geworden, daß er als Schauspieler keine Zukunft haben werde, so daß ihm Vallentin die Möglichkeit bot, sich mehr der Germanistik zuzuwenden – und das hieß unter den damaligen Weimarer Konstellationen: Gerhard Scholz, der als Nachfolger Hans Wahls Leiter des Goethe-Schiller-Archivs geworden war und gerade die Ausstellung fürs Goethe-Jahr vorbereitete.<sup>4</sup> Wie auf eigene Weise von Vallentin, so war Kaiser auf andere Weise von Scholz beeindruckt, und was er über diesen seinen damaligen Lehrer schreibt, kann ich, zehn Jahre später Schüler von Scholz, so nur unterschreiben:

»Gerhard Scholz war von innen her, trotz einer gewissen Schüchternheit und fahrigem Undurchsichtigkeit, freundschaftlich und mitteilend, auch wenn ihm die Parteidisziplin in vielem Schweigen gebot. Vallentin zog Fäden. Gerhard Scholz hingegen, ein genialischer Chaot, taumelte im Irrgarten der Parteistrategie und Personalpolitik herum. Er hatte vielerlei studiert und besaß ein großes, weit ausstrahlendes, aber unorganisiertes Wissen. Als Leiter eines weltberühmten Archivs war er völlig ungeeignet, weil unfähig zur Repräsentation. Seine öffentlichen Reden versandeten in mäandrierenden Satzgerinneln. Zu alledem litt er an einer qualvollen Schreibhemmung. Da ihm jegliche Zeitökonomie fehlte, wurde in seinem Dunstkreis fast Tag und Nacht – wenn auch mit relativ geringem Wirkungsgrad – gearbeitet, und es konnte schon einmal vorkommen, daß, weil sonst keine Zeit war, in gefährlichster Nähe zu den wertvollen Handschriften Goethes oder Schillers nebenbei gefrühstückt oder Kaffee getrunken wurde. Der Arbeitsstil eines Dauerpalavers erzeugte Erschöpfungszustände, und manchmal rang Gerhard Scholz, am Schreibtisch halb schlafend, tief in der Nacht mit Hilfe seiner Nachwuchsleute um Formulierungen, wobei aus der allgemeinen Dumpfheit zuweilen noch ein Geistesblitz sprang. Und plötzlich konnte es zu dem kommen, was man heute Brainstorming nennt und bewußt herbeizuführen sucht.

Überhaupt war Gerhard Scholz ein Mann der Einfälle. Er konnte nicht zusammenhängend lehren, weil er inhaltlich zwischen ideologischer Enge und Ausschweifung schwankte, formal keine Klarheit und Rangordnung der Mitteilungen besaß. Aber trotzdem war er durch seine Fähigkeit, Anregungen auszustreuen und Fragestellungen aufzuwerfen, durch seine Spontaneität und seine Eigenschaft, eine Art Brutkasten für Ideen zu bilden, ein sehr interessanter akademischer Lehrer für Fortgeschrittene. Ich bin durch ihn auf vielen Haupt- und Nebenwegen in die Goethezeit eingeführt worden, und manche Frage aus dieser Zeit – etwa nach der Bedeutung von Jakob Michael Reinhold Lenz, dem Sturm-und-Drang-Genossen Goethes – hat mich bis in meine derzeit letzte Buchpublikation begleitet« (S. 55 f.).

Mit Hilfe von Gerhard Scholz gelang es Kaiser, vom Wintersemester 1949/50 an an der Berliner Humboldt-Universität ins Direktstudium zu gelangen, wo er, im »Scholz-Kreis« der zukünftigen Elite der DDR-Germanistik verbleibend, sonst nur von Ernst Niekisch und Walter Hollitscher tiefere Eindrücke gewann. Hinzu kam, daß er über einen ehemaligen Redakteur der »Schöpferischen Gegenwart« in Beziehung zur »BZ am Abend« kam und dort als 22-jähriger zum

4 Zu Gerhard Scholz zuletzt: Gerhard Scholz und sein Kreis. Zum 100. Geburtstag des Mitbegründers der Literaturwissenschaft in der DDR, Berlin 2004 (»Helle Panke«, Pankower Vorträge).

Theaterkritiker avancierte. Hierbei geriet er freilich in einen scheinbar nur vordergründigen Konflikt, in dem sich indes schließlich tiefergehende Elemente der »Abweichung« äußerten. Es ging nämlich um die Rezension des jungen Gerhard Kaiser zu Brechts »Puntila«, die den Zorn der Stanislawskij-Protagonisten hervorrief. In den Augen Vallentins war Kaiser jetzt, 1949, der »Abweichler« von der reinen Lehre der Ästhetik, ein Jahr später, in Auseinandersetzungen um Lukács und in der Debatte über Stalins Arbeit zur Sprachwissenschaft, der »Abweichler« von der reinen Lehre schlechthin.

Hatte sich, wie Kaiser bemerkte, schon in Weimar dieser oder jener zunächst moralisch geprägte Zweifel an der Situation in der SBZ, zwischen Wirklichkeit und Lehre, zwischen Privilegien und normalem Alltag, ergeben, so wurde er jetzt zur Wahrheitsfrage. In diesem Zusammenhang bringt Kaiser die prinzipielle Problematik der »Transformation« klar und präzise zur Sprache: »Nicht nur war linientreu zu sein gut; ein Abweichler zu sein war auch, wo der Marxismus zur Staatsideologie geworden war, gefährlich, im Extremfall sogar lebensgefährlich, wie die Geschichte der Sowjetunion mit ihren Säuberungen zeigte, von denen wir über die offizielle Lesart hinaus nur gerüchteweise hörten... Besonders gefährlich war die Abweichung für den Marxisten bürgerlicher Herkunft. Meist gab es, nach Meinung der unbeirrbar richtig Liegenden, für Abweichungen Gründe in der Interessenlage, und zwar in der falschen, denn das Interesse der Arbeiterklasse war ja sogar wahrheitsstiftend. Für das falsche Interesse die Klassenherkunft als Kriterium einzusetzen, lag also nahe. Der Marxist bürgerlicher Abkunft war demnach ein unsicherer Kantonist und zum Überläufer quasi determiniert. Nichts wurde so tief ins Vergessen versenkt, keine Verdrängung war so habitualisiert wie die Urtatsache des Marxismus: sein Ursprung in bürgerlichen Hirnen ...« (S. 68 f.).

Im dritten Semester, dem Wintersemester 1950/51 – ihm folgte alsbald der Einschnitt der zweiten Hochschulreform –, verließ Kaiser die Humboldt-Universität und Ostberlin, zusammen mit einem im Scholz-Kreis besonders hervorgetretenen, aber auch parteilosen Freund, dessen Vater (in führender wirtschaftlicher Position in Westberlin) von der Jugendbewegung her mit Scholz und dem ehemaligen Gefängnispfarrer Harald Poelchau befreundet war (und so half denn auch Poelchau ihm und Gerhard Kaiser).

#### *Grundentscheidung trotz Bedenken: Fritz Klein*

Im Gegensatz zu Kaiser (bei ihm ist von irgendeiner »Rekrutierung« nichts zu lesen) war der etwas ältere Fritz Klein Soldat, und er war 1945 in der britischen Zone in Gefangenschaft, wo er auf eigene Weise früh die Entlassung erreichte, um dann – kurzzeitig als Student in Göttingen immatrikuliert – wiederum auf eigene Weise nach Berlin zu gelangen, nach Dahlem ins Haus von Dr. Heinrich Deiters. Damit kehrte Klein nicht nur schlechthin nach Hause, sondern vor allem auch an einen Ort, an dem er mitten ins Zentrum gesellschaftlicher und geistiger Auseinandersetzungen wie politischer Entscheidungen geriet: Deiters war leitender Mitarbeiter der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung und führender Exponent des Kulturbundes, und dort arbeitete der wieder in die SPD eingetretene



Pädagoge (in der Zentralverwaltung) mit Kommunisten sowie (im Kulturbund) mit Kommunisten und bürgerlichen Intellektuellen zusammen, darunter (wie schon angedeutet) mit dem der CDU angehörenden Vizepräsidenten Dr. Ferdinand Friedensburg.

Wenn Klein auf die seinerzeitigen geistigen Auseinandersetzungen abhebt, fällt auf, daß neben Friedensburg allerdings nur noch ein »Bürgerlicher« genannt wird, der Schriftsteller Günther Birkenfeld. Ansonsten bewegte er sich wohl allein im linken Milieu, wiewohl noch undogmatischer Profilierung. So ist charakteristisch, daß wie bei Kaiser auch bei Klein der Name Ernst Niekisch fällt, bei ihm immerhin mit dem Hinweis auf dessen klar konturierten Vortrag zum historischen und dialektischen Materialismus, der – zusammen mit dem Marxismus-Zirkel der Zehlendorfer KPD – Anfang 1946 zum Eintritt Kleins in diese Partei führt. Als er (nach einer Tätigkeit als Hilfskraft bei Deiters in der Zentralverwaltung) Anfang 1946 das Studium, zunächst der Germanistik, dann – nach Wiedenzulassung – der Geschichte aufnehmen kann, ist er füglich Parteimitglied und gehört zur Hochschulgruppe der KPD, alsbald der SED, wobei er rückblickend die Vereinigung von KPD und SPD ambivalent bewertet und Züge der Zwangsvereinigung identifiziert.

Im Blick auf sein Studium und auf dessen politisch-geistige Einordnung hält Klein in geradezu klassischer Weise fest, daß er nach Ausweis seines Studienbuchs bei »vierzehn ›Bürgerlichen‹ und elf Marxisten« gehört habe. Zu den nach Klein »Bürgerlichen« gehörten Friedrich Baethgen und Fritz Hartung, Fritz Rörig und Karl Griewank sowie Eduard Winter, von denen Baethgen alsbald nach München ging, Hartung »1948 sein Lehramt an der Universität aufgab, weil er eine Fortsetzung seiner Lehrtätigkeit angesichts der schon damals spürbaren Verstärkung marxistischer Positionen für sinnlos hielt«, Griewank nach seinem Weggang nach Jena 1953 Selbstmord beging und Eduard Winter eigentlich als parteiloses Parteimitglied galt. Als *die* Lehrer, die ihn am meisten geprägt hätten, nennt Klein Jürgen Kuczynski und Alfred Meusel, beide aus England zurückgekehrt (und letzterer wurde 1952 sein Doktorvater).

Im Unterschied zu Kaiser war Klein neben seinen intensiven Studien aktiv an Hochschulpolitik und gesamtdeutscher Studentenpolitik via FDJ beteiligt, leitete zeitweilig die Kulturbund-Hochschulgruppe, traf sogar 1948 mit Jean-Paul Sartre bei dessen Berliner Aufenthalt zusammen. Aber wie Kaiser nahm auch er früh publizistisch das Wort, zuerst im »Nacht-Express«, der ersten Berliner Abendzeitung, die von dem Literaten Rudolf Kurtz begründet worden war, dann im »Forum« und schließlich – nachhaltig – in der »Weltbühne«. Ebenso wie Kaiser ließ sich Klein (wenn auch nicht als Rezensent) von Brecht beeindrucken.

Wir hatten in unserer vorsichtigen Periodisierung 1948 als Zäsur angenommen. Analog urteilt Klein, ja, er setzt sie schon 1947 (»Kominformbüro«) an. Wörtlich heißt es bei ihm: »Die Zweilager-Theorie, in deren Zeichen das Informationsbüro der Kommunistischen und Arbeiterparteien (Kominform) im September 1947 seine Tätigkeit aufnahm, beschönigte die Politik des eigenen Lagers und vergrößerte die der imperialistischen Gegenseite. Ungeachtet dieser Verzerrung, die selbst zur weiteren Vertiefung des Grabens

beitrug, beschrieb sie aber etwas Richtiges. Tatsächlich hatten sich zwei Linien in der Weltpolitik herausgebildet, deren Unvereinbarkeit immer deutlicher hervortrat« (S. 135).

Und er fügt (mit den Stichworten Tito, Blockade, Verschiebung der 1948 fällig gewesen Wahlen, Repressionen und Prozesse in den Volksdemokratien) hinzu: »Wer a sagt, muß nicht b sagen«, heißt es irgendwo bei Brecht, »er kann auch erkennen, daß a falsch war.« Nicht wenige, die in der Euphorie von Befreiung und Aufbruch in der unmittelbaren Nachkriegszeit denselben Weg eingeschlagen hatten wie ich, wandten sich nun, wenige Jahre später enttäuscht ab ... Auch ich war nicht frei von Bedenken und hatte manche Illusion verloren. Allerdings dachte ich damals nicht daran, aufzugeben. Ich sagte b, weil ich die nach dem Krieg getroffene Entscheidung nach wie vor für richtig hielt, mich am Aufbau einer radikal veränderten, ausbeutungsfreien, dem Frieden verpflichteten Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit als der einzig durchgreifenden Alternative zum faschistischen Deutschland zu beteiligen. Dieses Ziel aber wurde, so sah ich es, nur in Ostdeutschland verfolgt« (S. 140 f.).

Im Rahmen dieser Entscheidung »zwischen zwei Grundpositionen, zwei Lagern, die sich in der zweiten Hälfte der vierziger und zu Beginn der fünfziger geradezu atemberaubend schnell formierten«, hatte sich Kaiser für den »Westen« entschieden, Klein (jetzt auch lokal im vom Währungsgefälle diktierten Umzug von Dahlem nach Johannisthal) für den »Osten«. Dabei strebte er in den wissenschaftlichen Klammern, vor denen das Vorzeichen »realer Sozialismus« stand, an: »Kritische Untersuchung der Vergangenheit, besonders der letzten Jahrzehnte der deutschen Geschichte, ... im Sinne eines undogmatisch aufgefaßten Marxismus« (S. 143).

Eine scheinbar marginale, letztlich aber weitreichende Bemerkung gilt sowohl für Kaiser, wie auch für Klein: Es fällt auf, daß in der Exklusivität des Theaterinstituts und des Scholz-Kreises wie erst recht in der hermetischen Atmosphäre des Parteizirkels offenbar kein Bedürfnis des Diskurses mit den *einheimischen* Bürgerlichen bestand. Kaiser in seiner marxistischen Frühzeit nennt überhaupt keine, Klein (wie schon erwähnt) den eher familiären Kontakt zu Friedensburg, der zu Kleins Hochzeit mit einer Deiters-Tochter den Wein besorgt, und die passive Kenntnisnahme von (ungenannt bleibenden) Positionen Birkenfelds, und wenn er 1949 zu Gesprächen zwischen Ost- und West-Studenten nach Göttingen fährt, dann liest man, wie selbstverständlich: »Formell waren wir fünf Ostzonenstudenten – alle Mitglieder der SED – vom studentischen Zonenrat der SBZ delegiert, faktisch von der Zentralverwaltung ausgesucht worden« (S. 148 f.). Lediglich am »Fall Natonek« (S. 148) kann auch er nicht vorbeigehen.

Für Klein ist dies insofern verwunderlich, als er seit den sechziger, vor allem aber seit den siebziger Jahren in einem ziemlich engen Kontakt zu dem Kirchenhistoriker Walter Bredendiek stand, in einem von ihm als freundschaftlich bezeichneten, ohne daß dies in seinen Erinnerungen eine Bemerkung wert gewesen wäre.

#### *Christliche Option für den Sozialismus: Walter Bredendiek*

Mit diesem Hinweis auf Walter Bredendiek können wir füglich den Übergang zu den Erscheinungsformen des Transformationsprozesses

ses im »christlichen Milieu« vollziehen, also im Blick auf 1945 »junge Leute«, die auf je eigene Weise den Weg zur Theologie, im engeren Sinne zur Kirchengeschichte, fanden und diese ihre schöpferische Tätigkeit in der DDR praktizierten. Dieser Übergang kann insofern günstig – eben »füglich« – bei Bredendiek einsetzen, da er (am 21. November 1947 immatrikuliert) fast parallel mit Klein an der Berliner Universität Germanistik und Geschichte, im Hauptfach allerdings Pädagogik studiert und laut Ausweis seines Studienbuchs viele der Vorlesungen gehört hatte, in denen auch Klein saß, vor allem die von Ernst Niekisch, Fritz Rörig und Alfred Meusel. Eine andere Parallele besteht in der intensiven politischen Tätigkeit des Studenten Walter Bredendiek, der 1926 in Swinemünde geboren worden war, als früh Waise Gewordener die Realgymnasien seiner Geburtsstadt, Cammins und Angermündes besucht und nach dem Abitur 1943 schon ein Semester an der Friedrich-Wilhelms-Universität studiert hatte, um dann über Arbeitsdienst, Kriegsdienst (Februar 1944 bis Mai 1945) und amerikanische Kriegsgefangenschaft 1945/46 zunächst für ein Semester an der Hamburger Universität (Theologie) immatrikuliert zu werden. Aus familiären Gründen war er im Sommer 1946 ins uckermärkische Gramzow gegangen und dort als Lehrer (auch als Leiter einer Arbeitsgemeinschaft Mathematik für Neulehrer) tätig gewesen. Dort hatte er auch die erste Lehrprüfung abgelegt.

Wenn ich bemerkt hatte, wie Klein sei auch Bredendiek als Student politisch aktiv geworden, so ist das freilich eine eher statistische Feststellung. Tatsächlich gibt es entscheidende qualitative Unterschiede: Bredendiek war nämlich (ursprünglich LDP-Mitglied) im August 1946 der CDU beigetreten, im Sommer bzw. Herbst 1948 wurde er Hochschulreferent und Jugendvertreter im Ostberliner Landesvorstand (der sich als Arbeitskreis aus dem Gesamtberliner Landesverband ausgegliedert hatte) sowie CDU-Vertreter im Demokratischen Block der Berliner Universität. Bereits Mitte Juli 1948 war er Vorsitzender des Unterausschusses für Hochschulfragen im Kulturpolitischen Ausschuß des Hauptvorstandes der CDU geworden. Es sind dies die Wochen und Monate, in denen die gesamtgesellschaftliche Zäsur des Jahres 1948 sich in der Spaltung der Stadt wie auch in der der Universität spiegelt (ein Vorgang, der merkwürdigerweise bei Klein ausgeblendet bleibt). Bredendiek ergriff in dieser Zeit Partei für das, was man damals die Weiterentwicklung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der SBZ nannte, allerdings von einem streng profilierten weltanschaulichen Standort aus, nämlich dem einer militanten christlichen Demokratie, die 1946/47 entwickelte Lösung des Sozialismus aus christlicher Verantwortung auf- und ernstnehmend.

Wie Kaiser und Klein entwickelte Bredendiek überdies eine umfassende publizistische Tätigkeit für die »Neue Zeit«, das zentrale Organ der CDU in der SBZ, und über die Pressestelle beim Hauptvorstand der CDU für die Landeszeitungen der Partei in der SBZ. Es waren vornehmlich Fragen der Jugend-, Hochschul- und Schulpolitik, die Bredendiek aufgriff. Andererseits widmete er sich – und diese Arbeiten wiesen vor allem in die Zukunft – Analysen kirchengeschichtlicher und geschichtlicher Vorgänge und Persönlichkeiten,

die gleichsam als Traditionslinien für ein Engagement beim Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung von christlich-demokratischen Positionen aus anzusehen waren, von Wichern zu Friedrich Naumann. In den folgenden Jahren setzte er, um dies hier vorwegzunehmen, diese Studien forciert fort und legte 1953 im Verlag Koehler & Amelang, dem der CDU seit 1951 gehörenden Leipziger Verlag, sein Buch »Christliche Sozialreformer des 19. Jahrhunderts« (u. a. Victor Aimé Huber, Franz von Baader, Rudolf Todt, Wilhelm Emmanuel von Ketteler) vor, das für die 1949/50 in die seit ihrem Bestehen in die tiefste Krise gestürzte Ost-CDU eine entscheidende Hilfe für ihre geistig-politische Neuorientierung war und übrigens auch international viel Anerkennung fand. In der Zwischenzeit hatte Bredendiek seine Studien erfolgreich abgeschlossen, war 1951 wissenschaftlicher Mitarbeiter (zuletzt Oberreferent) im Deutschen Pädagogischen Zentralinstitut (im Bereich Geschichte) geworden. 1952 trat er als Hauptreferent, zunächst für Kirchenpolitik, in den Dienst der CDU.

Im Falle Bredendiek sind wir in der Lage, den objektiven Transformationsprozeß, dem er sich zu stellen hatte, als subjektiven, als intellektuellen Transformations- oder besser: Wandlungsprozeß genauer verfolgen zu können, da wir seine Lektürelisten von 1942 bis 1947 vorliegen haben, die (auch bei nur cursorischer Behandlung) ein gewisses Urteil erlauben.<sup>5</sup>

5 Die Einsicht in diese Lektürelisten und in andere persönliche Materialien verdanke ich Herrn Hans-Otto Bredendiek, Berlin.

1942 finden wir dort außer (u. a.) Kleist, Stifter, Keller, C. F. Meyer, Freytag sowie Rilke »zeitgemäße« Autoren wie Beumelburg, Blunck, Brehm, Grimm, Griese und Zerkaulen, vor allem aber Schriftsteller/innen der inneren Emigration wie Reinhold Schneider (Philipp II., Hohenzollern), Ina Seidel (Lennacker, Das Wunschkind), Ernst Penzoldt (Der arme Chatterton) und Herbert Eulenberg (Schattenbilder) sowie Bruno H. Bürgel (Die kleinen Freuden). Überdies fällt die Bevorzugung von Memoirenliteratur (Bismarck, Wilhelm II.), von historischen Romanen (von Ernst Wichert und Zofia Kossak, einer bedeutenden polnischen katholischen Dichterin) und historiographischen Werken (Treitschke) auf. Zur Memoirenliteratur gehörten auch die Jugenderinnerungen Wilhelm von Kügelgens, die Bredendiek später neu herausgab.

Die Liste von 1943 ist – offenbar dem Abitur geschuldet – wesentlich kürzer, hat sich aber in einem Punkt grundlegend verändert: Die »zeitgemäße« Literatur fehlt (mit Ausnahme von Eckart von Naso). Dafür finden wir Hölderlin (Hyperion), Büchner (Woyzeck), Fontane (Effi Briest), neuerlich Rilke (Marinenleben) sowie Strindberg. War 1942 St. Exupéry schon mit »Wind, Sand und Sterne« registriert, so 1943 mit »Nachtflug«. Neben der damals viel diskutierten Luther-Biographie von Rudolf Thiel las Bredendiek auch Ludendorffs Kriegserinnerungen. Fincks »Ahnenbüchlein« deutet auf sein späteres Interesse an Genealogie hin.

Von 1944 haben wir nur Fragmente aus den Wintermonaten (Einberufung!). Von Kurt Kluge, einem früh verstorbenen sächsischen Schriftsteller, nahm er den seinerzeit populären und auch verfilmten Roman »Die Zaubergeige« zur Kenntnis, und er setzte die Eulenberg- und Wichert-Lektüre fort.

In den letzten Kriegsmonaten 1945 finden wir Fontanes »Jenny Treibel« und »Stine« sowie interessanterweise Upton Sinclair (Bo-

ston) neben Kolbenheyer und Luserke. Im Mai 1945 las er Tolstoj (Herr und Knecht, Die Kreuzersonate) und neuerlich historische Romane Wicherts, im Juni Schopenhauer (Aphorismen) und Gerhart Hauptmann (Buch der Leidenschaft), im Juli Ernst Wiecherts »Wälder und Menschen«, im August historische Romane von Beumelburg und die heute neu geschätzte Österreich-Triologie Bruno Brehms. Dann folgen Fallada (Bonzen und Bomben), Bruno H. Bürgel, Ina Seidel sowie K. A. Findeisen. Besonders charakteristisch und Signalement des Transformationsprozesses sind diese Positionen der Lektüreliste in der zweiten Hälfte 1945: Lessings »Nathan der Weise« und – offenbar neu und anders als 1942 gelesen – Grimms »Volk ohne Raum«.

1946 rückt die Lektüre der klassischen Literatur in das Zentrum des offenbar auch von der Lehrtätigkeit gebotenen Interesses: Goethe (Tasso, Hermann und Dorothea, Reineke Fuchs), Schiller (Don Carlos, Braut von Messina), neuerlich Büchner. Dann folgen Raabe und Storm, vor allem aber Hermann Hesse (Demian, Knulp). Von Ina Seidel liest Bredendiek »Das Labyrinth«, also den bemerkenswerten Forster-Roman der evangelischen Schriftstellerin, und von Ernst Wiechert (durch seinen Buchenwald-Bericht damals im Mittelpunkt des Interesses) stehen sechs Titel auf der Liste, von Rudolf G. Binding und Hans Carossa je vier (darunter des letzteren Hauptwerk: »Der Arzt Gion«). Auf diese der Innerlichkeit verpflichtete Literatur setzt Scholochows »Neuland unter dem Pflug« den Akzent der neuen gesellschaftlichen Bedingungen. Bredendiek hat damals auch Platons »Gastmahl«, Sigmund Freuds Einführung in die Psychoanalyse und Ricarda Huchs Buch über den Sinn der Heiligen Schrift sowie Erinnerungsbücher von Paul Ernst und Adolf Stahr gelesen, schließlich Selma Lagerlöf (Gösta Berling) und Turgeniew (Väter und Söhne).

Von 1947 haben wir eine knappe Liste, die bis zum Beginn des Studiums reicht. Hier stehen Hesse (Siddharta, Peter Camenzind) und Thomas Mann (Die Buddenbrooks) im Mittelpunkt, zusammen mit Dostojewski (Raskolnikow), Hofmannsthal (Jedermann) und Jacobsen (Niels Lyhne). Rudolf Thiel wird noch einmal gelesen, und neben Kurt Kluge taucht merkwürdigerweise Hanns Johst (was war das eigentlich Problematische?, könnte der Anlaß hierzu gewesen sein) auf. (Ich las deshalb 1945 Ernst Jünger.)

Ohne eine solche Lektüreliste, die natürlich während des jetzt beginnenden Studiums eine noch ganz andere Dimension annehmen mußte und annahm, überinterpretieren zu wollen, lassen sich aus ihr einige Schlüsse ableiten. So ist eindeutig klar, daß die zunächst noch stark repräsentierte NS-konformistische Literatur mehr und mehr abgelöst wird durch große Werke der deutschen Klassik, des Realismus, der Romantik, aber auch durch wichtige Erscheinungen der Weltliteratur und der inneren Emigration in ihren unterschiedlichen Facettierungen. Durchgängig von 1942 bis 1947 ist das Interesse am Historischen, in Monographien, Memoiren und Romanen, noch nicht am Theologischen: Die Bücher von Thiel und Ricarda Huch, ihrerseits polar gegenüberstehend, stehen (von einem Buch Ernst zur Niedens, eines Exponenten der evangelischen Männerarbeit, abgesehen) ziemlich isoliert da, analog Philosophisches. Germanistik

und Geschichte bieten sich also tatsächlich für das aufzunehmende Studium als bevorzugt an – zusammen mit Pädagogik, wird doch Bredendiek in einer Beurteilung des Leiters der Zentralschule Gramzow vom 17. August 1947 als »der tüchtigste Lehrer meines Bezirks« (der Rektor ist auch eine Art Unterschulrat) bezeichnet. Die Hinwendung zum Christlichen, Weltanschaulichen erfolgt bzw. vertieft sich in seiner gesellschaftlichen Arbeit, die er von vornherein nicht als schlechthin vordergründig politisch (bei all seiner Konsequenz) ansieht, sondern als geistig-politisch, »ideologisch«, wie man damals sagte.

Da wir keinen autobiographischen Text von Bredendiek vorzuliegen haben, sollen wenigstens einige Zitate aus Artikeln von 1948 und 1949 seine Position verdeutlichen.

Am 11. Dezember 1948 schrieb Bredendiek in der Wochenzeitung des Landesvorstandes (des Arbeitskreises) der Ostberliner CDU, »Der Fortschritt«, unter dem Titel »Christlicher Sozialismus«: »Wer sich zur Union bekennt, bekennt sich damit zum christlichen Sozialismus. Was heißt das nun aber? ... Eine solche Verpflichtung kann nur aus der Anerkennung über persönliche Werte erwachsen, die wir als Christen im gesamten Raum gerade auch des politischen Lebens beachtet wissen wollen, und an die auch jede Staatsgewalt gebunden sein sollte. Eine sittliche Idee ist allen sozialen Strömungen in Vergangenheit und Gegenwart gemeinsam, sie ist die eigentlich treibende Kraft in ihnen und nicht die Vorstellung von einer Wirtschaftstheorie, wie immer sie auch geartet sein mag. Darum steht das Gerechtigkeitsgefühl für den Sozialismus an erster Stelle, alle Einzelforderungen sind aus ihm abgeleitet. Im 19. Jahrhundert führten die Auswüchse des Kapitalismus mit der ökonomischen Umgestaltung auch eine seelische Strukturänderung größten Ausmaßes in der Menschheit herbei, nicht nur innerhalb der arbeitenden Massen, sondern gerade auch bei den wenigen, die über alle materiellen Güter verfügten und im Überfluß lebten ...«

Dann fügte er hinzu: »Welches sind nun die spezifischen Momente des christlichen Sozialismus? Wir junge Christen lehnen den Klassenkampf als Mittel zur Beseitigung der sozialen Spannungen ab. Wir wollen einen Neubau unseres gesellschaftlichen Lebens durch die Respektierung der sittlichen Gesetze herbeiführen, die wir als für jeden Menschen verbindlich und für ewig gültig ansehen: Nächstenliebe – Güte – Wahrheit – Recht. Wir glauben, daß politische und wirtschaftliche Reformen nur dann dauerhaften Bestand haben können, wenn mit ihnen eine sittliche Erneuerung der Menschen Hand in Hand geht. ... Denn das wissen wir Christen sehr genau: mit der geistigen Befreiung allein ist es nicht getan, die wirtschaftliche muß mit ihr Schritt halten, eines bedingt das andere. Wir sind uns auch darüber völlig im klaren, daß unsere Ideen nur dann verwirklicht werden können, wenn wir vorher eine radikale Aenderung der überkommenen sozialen Zustände überhaupt herbeiführen. *Wir brauchen heute eine Gesellschaftsordnung, die den sozialen Anspruch der Gemeinschaft höher bewertet, als die Interessen des Einzelnen* – aber wir sehen in dieser neuen Ordnung keinen Selbstzweck, sondern wir wollen durch sie und in ihr Platz schaffen für den religiös und ethisch neu verwurzelten Menschen, ohne die Anwendung von Ge-

walttätigkeit, ohne den Appell an Mißgunst und Neid. Denn unsere politische Konzeption, die unserem Weltbild adäquat ist, wird von drei Faktoren bestimmt: vom Christentum, vom Sozialismus und von der Humanität.«

Über »Fortschritt und Reaktion« führte Bredendiek am 27. Juni 1947 im Leitartikel der »Neuen Zeit« u. a. aus: »Der Christ teilt nicht den optimistischen Fortschrittsglauben etwa des Marxisten oder der Anhänger anderer geschichtsphilosophischer Lehren, die im Ablauf des historischen Prozesses eine gleichbleibende Richtung erkennen und die dieses Fortschreiten gekrönt sehen wollen durch ein rein irdisch gedachtes Stadium der Vollkommenheit, gleichsam durch ein ›Himmelreich auf Erden‹. Alle Bestrebungen, die dieser Entwicklung entgegenstehen, werden von den Bekennern dieser Systeme als reaktionär, alle Tendenzen, die sie vorwärts zu treiben scheinen, als fortschrittlich bezeichnet. Das scheint uns ein wenig glückliches Verfahren zu sein, denn die ›klassenlose Gesellschaft‹ hat noch niemand gesehen, und ob es sie jemals geben wird, ist zumindest zweifelhaft. Die Kalamität unserer Zeit besteht ja nicht zum geringsten Teil darin, daß man oftmals den Versuch macht, an die Probleme von heute mit den Lösungsvorschlägen von vorgestern heranzugehen, von denen man noch nicht einmal weiß, ob sie überhaupt reale Möglichkeiten darstellen; denn nicht alles, was sich als fortschrittlich bezeichnet, ist zukunftsweisend und eine Kraft der Erneuerung. Mehr als einmal hat die Reaktion sich in den Begriff des Fortschritts verummumt und das Abgestorbenste als wunder wie große Neuheit angepriesen. So ist es klar, daß das, was vor drei oder vier Jahrzehnten noch durchaus fortschrittlich war, heute von den Ereignissen längst überholt ist.

Besonders schwierig ist die Verständigung über Fortschritt und Reaktion auch deshalb, weil der Marxismus die beiden Begriffe gleichsam personifiziert und sie verschiedenen sozialen Schichten – Klassen als Attribute beigelegt hat: das ›Proletariat‹ ist die fortschrittliche, die ›Bourgeoisie‹ die reaktionäre Klasse an sich, und wenn man heute auch im marxistischen Lager vom ›fortschrittlichen Bürgertum‹ spricht, so beweist das doch nur, daß man einen Teil dieser Gesellschaftsschicht als nicht mehr eigentlich bürgerlich ansieht. Wir müssen es uns hier versagen, den Begriff des Bürgerlichen näher zu bestimmen, obwohl dies eine reizvolle Aufgabe wäre. Eines aber, glauben wir, steht einwandfrei fest: die von Marx so stark attackierte Bourgeoisie besteht heute ebensowenig wie das von ihm beschriebene Proletariat. An beiden Klassen sind ja die letzten hundert Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Die Klassengegensätze haben sich immer mehr abgeschwächt, die Unterschiede wurden eingeebnet und darum sehen wir in der Propagierung eines ›verschärften Klassenkampfes‹ heute durchaus keinen Fortschritt zur Erreichung des endgültigen Ausgleichs!«

Diese zuletzt vorgenommene Positionsbestimmung reflektiert zweifellos die Reaktion auf die Verschärfung der politisch-geistigen Situation nach 1948, im Hinblick auf die Herausbildung der »Partei neuen Typus« und die Orientierung auf den »demokratischen Zentralismus«. Bredendiek geht es um die eigenständige, ethisch konturierte Haltung und politisch-geistige Entscheidung für den Sozialis-

mus von einem festen weltanschaulichen Standort aus. Von hier aus sind dann auch die schon charakterisierten, wiederum eigenständigen wissenschaftlichen Interessen des jungen, das authentisch Bürgerliche nicht verschmähenden christlichen Demokraten bestimmt, und man kann letztlich davon ausgehen, daß hier schon die Weichen für die spätere berufliche Hinwendung zur Kirchengeschichte gestellt worden sind.

Wir können also im Blick auf den zukünftigen Kirchenhistoriker an den Universitäten Greifswald (nur kurz), Halle und (wiederum nur kurz angesichts des frühen Todes im Sommer 1984) Berlin festhalten, daß sein Weg in diese theologische Disziplin auf Umwegen erfolgt ist – und noch dazu in der Vertauschung der Fakultäten. Allerdings ist es nicht ungewöhnlich, daß ein Profanhistoriker in der theologischen Fakultät oder kirchlichen Hochschule lehrt: Für den bekannten Karl Kupisch an der Kirchlichen Hochschule Zehlendorf, mit dem Bredendiek in Kontakt stand, galt dies auch so. Dabei muß bei Bredendiek berücksichtigt bleiben, daß er ja in Hamburg Theologie zu studieren begonnen hatte, und er ist später oft hierauf zurückgekommen, wie ihn dieses Studium beeindruckt habe (u. a. bei dem späteren Hamburger Bischof Volkmar Hertrich). Jedenfalls zeugen seine wissenschaftlichen Arbeiten von einem weiten historischen Horizont und vom Bestreben, vergessene oder sogar bewußt verdrängte kirchengeschichtliche Vorgänge bzw. christliche Persönlichkeiten (im Sinne Lessings und Herders) zu »retten«. Ich nenne (neben unzähligen Aufsätzen) nur die 1966 in Hamburg mit einem Vorwort von Helmut Gollwitzer erschienene Schrift »Irrwege und Warnlichter. Anmerkungen zur Kirchengeschichte der neueren Zeit«, dann die Studien »Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913«, 1963; »Reflektierte Geschichte. Die Entwicklung der Gesellschaft und die Stellung von Kirche und Theologie seit 1900 im Spiegel der Lebenserinnerungen deutscher Theologen«, 1965, und »Zwischen Revolution und Restauration. Zur Entwicklung im deutschen Protestantismus während der Novemberrevolution und in der Weimarer Republik«, 1969. Ebenfalls dürfen Arbeiten über Bertha von Suttner, Carl von Ossietzky und Emil Fuchs nicht vergessen werden, zumal Bredendiek zum 90. Geburtstag von Fuchs eine groß angelegte Festschrift (Leipzig 1964) verantwortet hatte.<sup>6</sup>

6 Auswahlbibliographie (I) Prof. Dr. Walter Bredendiek (7. 4. 1926–26. 7. 1984), in: STANDPUNKT, Berlin, 4/1986, S. 104 f. Der Nachlaß Walter Bredendieks befindet sich in der Zentral- und Landesbibliothek Berlin – Abteilung Historische Sondersammlungen, Breite Str. 30-36, 10178 Berlin.

7 Walter Bredendiek: Auf neuen Wegen voran (Zum 75. Geburtstag von E. Hertzsch), in: Neue Zeit, Berlin, 31. März 1977.

*Gegen Restauration und Dogmatismus  
für eine gerechte Gesellschaft: Klaus-Peter Hertzsch*

Im folgenden kann gezeigt werden, wie andere Kirchenhistoriker, oft ebenfalls auf Umwegen, zu ihrem Beruf, zu ihrer Berufung (im Doppelsinn des Wortes) gekommen sind. Zuvor soll freilich, ausgehend von einer viel beachteten Autobiographie, auf einen praktischen Theologen hingewiesen werden, dessen Weg in die Universität so verlief, wie er in der bürgerlichen Zivilgesellschaft sozusagen als normal angesehen wird. Es handelt sich um Klaus-Peter Hertzsch (1930), und es fügt sich dies zum Bisherigen insofern zusammen, als Bredendiek mit »Vater Hertzsch« befreundet war (und dieser wurde auch sein »Doktorvater«): Klaus-Peter Hertzsch war nämlich Sohn eines evangelischen Pfarrers, der als Thüringer religiöser Sozialist mit dem NS-Regime in ständigem Konflikt war, 1945 – noch unter



amerikanischer Besetzung in Eisenach – zusammen mit dem späteren Landesbischof Moritz Mitzenheim die provisorische Leitung der Thüringer Kirche übernahm, als Oberkirchenrat und dann als Professor für praktische Theologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena wirkte und, aus der SPD in die SED übernommen, für letztere im Thüringer Landtag saß (Anfang der fünfziger Jahre allerdings bewußt aus der Partei austrat).

Klaus-Peter Hertzsch wuchs also in politisch-geistigen Spannungen bis 1945 und ebenso (trotz der prominenten Rolle seines Vaters) nach 1945 auf, dies in einer Atmosphäre der ebenso selbstverständlichen wie bewußten kirchlichen Bindungen, des Bildungsbürgerlichen und des Antifaschismus, ganz zu schweigen vom Sozialen. Die frühe Lektüre des freilich gesundheitlich stark Benachteiligten (extreme Sehschwäche, die zum Erlernen der Blindenschrift führen mußte, TbK, um nur diese zu nennen) umfaßte die klassische und realistische Literatur ebenso wie die der inneren Emigration, zumal von Bergengruen und Wiechert, Reinhold Schneider und Klepper, Rudolf Alexander Schröder und Manfred Hausmann. Unverkennbar ist weiter der starke Einfluß von Musik in Gestalt von Haus- und Kirchenmusik. Hierzu traten die Begegnungen mit charismatischen Persönlichkeiten die zum Freundeskreis von »Vater Erich« gehörten, etwa mit Prof. Dr. Wilhelm Hartke, dem bekannten preußischen Pädagogen und Theologen, den es nach Eisenach verschlagen hatte, und dem kirchlich und sozialdemokratisch engagierten Oberstudienleiter Dr. Hermann Hoßfeld, der Lehrer von Klaus-Peter Hertzsch wurde. Wie in anderen Fällen, auf die wir noch kommen, sind es nach 1945 solche charismatischen Lehrer, die für den weiteren Lebensweg prägend blieben, und zwar – wie für Klaus-Peter Hertzsch – auch dann, wenn diese Lehrer, ihrerseits sich treu bleibend, andere Wege beschreiten mußten: Hoßfeld konnte nicht umhin, 1948, im Jahr der Zäsuren, die SBZ zu verlassen.

Nach dem Abitur 1949 wird Klaus-Peter Hertzsch an der Universität Jena immatrikuliert, wo er vor allem von so bedeutenden Lehrern wie Karl Heussi und dem Systematiker Gerhard Gloege tiefe Eindrücke empfing, auch von Hanna Jursch, der ersten Ordinaria an einer theologischen Fakultät, und es war insbesondere das Alte Testament, das ihn schon als Studenten wegen seiner »Lebenswirklichkeit« immer von neuem beschäftigte. Er hörte nebenbei überdies germanistische Vorlesungen und nahm auch die wichtigsten Werke der DDR-Literatur zur Kenntnis, zumal von Anna Seghers und Bertolt Brecht, den er dann auch (ihn mit Bonhoeffer konfrontierend) in seiner Dissertation aufgriff. Die Studentengemeinde, deren Existenz bis etwa 1950 im wesentlichen noch unproblematisch war, war gewissermaßen seine Heimat.

In seinen Lebenserinnerungen<sup>8</sup> hält Klaus-Peter Hertzsch in der Rückschau auf die Jahre 1945 bis 1948 (trotz der von ihm nicht ignorierten Repressionen der sowjetischen Besetzung) fest, es sei dies eine »spannungsreiche Zeit« gewesen, vor allem die Kultur sei neu aufgebaut worden, »und da gab es in diesen ersten Jahren nach dem Krieg noch viele Freiheiten und Erfahrungen«. Ja, er fügt hinzu: »Die Zeit war spannungsreich, aber es waren interessante Spannungen, die ideologischen, philosophischen, politischen Auseinander-

8 Klaus-Peter Hertzsch: Sag meinen Kindern, dass sie weiterziehn. Erinnerungen, Stuttgart 2002; Ders.: Laß uns vorwärts in die Weite sehn. Texte zu meiner Biographie, Stuttgart 2004. Ferner sei auf Zeugnisse von K.-P. Hertzsch verwiesen, in: Reinhard Höppner (Hg.): Bleiben, wohin uns Gott gestellt hat. Zeitzeugen berichten über die Kirche in der DDR, Leipzig 2004.

setzungen der Zeit. In unserer Schule waren sie noch lange möglich. Unterschiedliche Richtungen kamen in Vorträgen und Diskussionen zu Wort: Marxisten, Liberale, konservative Traditionslinien, natürlich auch Christen. Ich entsinne mich, daß der spätere Landesjugendpfarrer, der zugleich promovierter Biologe war, in der Aula über christlichen Glauben und moderne Naturwissenschaft referierte, dies am Ende mit der Einladung zur Fortsetzung des Problemgesprächs in der Jungen Gemeinde verband ...« (S. 57 f.).

Nach 1948/49, schon im Abiturjahr, nach dem Weggang von Dr. Hoßfeld, mußte Klaus-Peter Hertzsch andere Tendenzen entdecken, ohne daß er bereit war, das bisher Erfahrene preiszugeben. Daher bringt er, der spätere Sekretär der evangelischen Studentengemeinden in der DDR und ökumenisch erfahrene Ordinarius für praktische Theologie (und Schriftsteller!), seine Position zu Beginn des Studiums, gleichsam zwischen Kaiser und Klein, aber auch differenziert gegenüber Bredendiek auf diesen Punkt: »So fand ich mich einerseits im Widerspruch zu den Überresten des Faschismus, die latent noch da waren und von denen ich sehr wohl wußte, und zur bürgerlich konservativen Restauration in Staat und Kirche – und andererseits im Widerspruch zu engstirnigen, restriktiven, autoritären Strukturen von Besatzungsmacht und Funktionsapparat. Dazwischen, dachte ich, mußte man als Christ einen Weg finden zu einer gerechteren und gemeinsam getragenen menschlichen Gesellschaft ...« (S. 64). Wichtig und wegweisend war ihm hierbei das »Darmstädter Wort« des Reichsbruderrats der Bekennenden Kirche von 1947, ein Dokument der Buße und der Neuorientierung.

### *Befreiung und Bildungsaufbruch: Kurt Meier*

Analoge Motive finden sich – bei einer ganz anders gelagerten sozialen Ausgangsposition und mit ganz anderen Folgerungen – bei Kurt Meier (Jahrgang 1927). Er verband mit der Rückschau auf sein Leben die Zäsur von 1945 mit der (jedenfalls bis zur Ansprache Richard von Weizsäckers von 1985 relevanten) Kontroverse zwischen den und in den deutschen Nachkriegsgesellschaften: Kapitulation und/oder Befreiung. Meier hat einen langen autobiographischen Text<sup>9</sup> deshalb mit dieser Erwägung einsetzen lassen: »Als Datum der ›bedingungslosen Kapitulation‹ war der 8. Mai 1945 *beides*: Besiegelung der militärischen Niederlage und des politischen Zusammenbruchs Hitlerdeutschlands und zugleich die Befreiung vom NS-Regime. ›Niederlage‹ und ›Befreiung‹ Deutschlands von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft vollzogen sich in unauflöslicher geschichtlicher Dialektik. Zudem wirkte sich die historische Zäsur des Jahres 1945 im gespaltenen Nachkriegsdeutschland soziopolitisch wie auch für die Lebensgeschichte des einzelnen ganz unterschiedlich aus...« (S. 143).

Was Meier im folgenden aus seinem Leben berichtet, deckt lebensgeschichtlich tatsächlich die soziopolitische Botschaft. Es hat dies nicht zuletzt damit zu tun, daß sein (im Sommer 1945 bewußt avisiertes) Weg zum Theologiestudium ein ziemlicher Umweg war und ohne das, was als Befreiung empfunden worden war, so kaum zu bewältigen gewesen wäre.

Meier stammt aus der Familie eines selbständigen Malermeisters in der ländlichen erzgebirgischen Region zwischen Chemnitz und

9 Kurt Meier: Kirche und Drittes Reich. Zeiterfahrung und Forschungsschwerpunkt, in: Dietrich Meyer (Hg.): Kirchengeschichte als Autobiographie. Ein Blick in die Werkstatt zeitgenössischer Kirchenhistoriker, Köln 1999, S. 143-228.

Annaberg und war als Junge, vor allem von der Großmutter väterlicherseits her, ausgesprochen pietistisch geprägt, während ihn sein Vater kritisch gegen die politischen Verhältnisse nach 1933 beeinflusste. Nach der Entlassung aus der Volksschule 1941 wurde er Malerlehrling, zuerst bei seinem Vater, dann – nach dessen Einberufung – bei der »Konkurrenz« am Ort. Durch gute Leistungen gelangte er 1943/44 über die Gewerbeschule zu Kursen der Nachwuchsförderung in Breslau und am Bodensee, die ihm – inzwischen hatte er die Gesellenprüfung bestanden – das Berufsziel eines Gewerbelehrers eröffneten. Im Frühjahr 1944 mußte er sich einer komplizierten Mittelloperation unterziehen, deren Folgen eine Einberufung unmöglich machten, jedenfalls bis April 1945, als er sich in Teplitz-Schönau einzufinden hatte, um doch noch in einem »Ersatzbataillon« Verwendung zu finden. Doch Meier hatte Glück, er wurde als av (als nur »arbeitsverwendungsfähig«) sofort wieder nach Hause geschickt. Weniger Glück hatte sein Vater. Er gilt seit 1945 als in Jugoslawien verschollen.

Seine enge kirchliche Bindung führte den zum Kriegsende Achtzehnjährigen zur völligen Neuorientierung: Er entschloß sich (wie schon angedeutet), Theologe zu werden. Voraussetzung hierfür war natürlich, das Abitur nachzuholen. Hier kommt nun ein zeit- wie lebensgeschichtlich relevanter Aspekt zum Tragen, den wir auch schon bei Klaus-Peter Hertzsch beobachtet hatten:

»Auf meine Anfrage, ob ich an der Oberschule in Thum Privatunterricht in den alten Sprachen erhalten könne, gab mir der 1933 als ehemaliger Sozialdemokrat und religiöser Sozialist dienstentlassene und nun als »Opfer des Faschismus« reaktivierte Oberstudiendirektor Dr. phil. Johannes Grosse (1890–1977), seines Zeichens selbst studierter Theologe, positiven Bescheid. Er bot mir die Möglichkeit eines Gastunterrichts an und nahm mich Mitte November 1945 ohne bürokratische Umschweife in die Greifenstein-Oberschule auf ...« (S. 164).

Meier konnte am normalen Unterricht der zehnten Klasse teilnehmen und erhielt durch Grosses Vermittlung Privatunterricht (in Latein, Englisch, Mathematik und Physik), und schon 1946 gelang ihm dank guter Leistungen in Mathematik das Überspringen einer Klasse. So konnte er bereits 1947 das Abitur mit »sehr gut« machen. »Gerade in diesen unmittelbaren Nachkriegsjahren erlebten wir in der Ostzone einen einmaligen Bildungsaufbruch; die unmittelbare Nachkriegszeit hat in der Tat inmitten von Existenznot und Hunger erhebliche zukunftsorientierte Bildungsaktivitäten freigesetzt« (S. 166).

Freilich war es wegen fehlender Plätze an der Leipziger Theologischen Fakultät für Meier erst 1949 möglich, das Studium aufzunehmen. Bis dahin wirkte er (auch dies ein Bildungszeichen der Zeit!) gleichsam als Neulehrer, wofür er ohnehin schon 1945 eine Prüfung absolviert hatte, nämlich als außerplanmäßige Lehrkraft für Latein an der Oberschule, die er zwei Jahre zuvor erstmalig betreten hatte. Gleichzeitig setzte er seine Griechisch-Studien fort und machte 1948 als Externer an der Oberschule Nossen das Graecum – in Nossen, wohin Grosse 1947 wegen Problemen mit dem Kreisschulrat versetzt worden war, und 1951 schied er überhaupt aus dem Schuldienst aus und wurde Pfarrer in der Thüringer Landeskirche. Auch hier

stoßen wir wieder auf die Zäsur von (etwa) 1948. Schließlich bereitete sich Meier noch auf das Hebraicum vor, so daß er glänzend vorbereitet 1949 an die Leipziger Fakultät kam. Hier fühlte sich Meier, der 1948 in die FDJ eingetreten war, von seinen Interessen her dem Kirchenhistoriker Franz Lau, der sein Doktorvater wurde, besonders verbunden, dann aber auch unter übergreifenden gesellschaftlichen und theologischen Gesichtspunkten dem religiösen Sozialisten Emil Fuchs und dem Exponenten des Evangelisch-sozialen Kongresses Johannes Herz.

Nach seinem (wiederum mit »sehr gut« abgelegten) Fakultätsexamen konnte Meier jene in den fünfziger Jahren geschaffenen günstigen Qualifizierungsmöglichkeiten für Promotion und Habilitation, die wissenschaftliche Aspirantur, wahrnehmen, so daß das auf Umwegen begonnene Theologiestudium jetzt in mehr als geordnete Bahnen führte, sogar einschließlich eines einsemestrigen Studiums an der Theologischen Fakultät in Zürich, wo er u. a. Gerhard Ebeling, Emil Brunner und Arthur Rich hörte bzw. kennenlernte, aber auch nach Basel und dort mit Karl Barth ins Gespräch kam. Die Stationen: 1961 Dozent, 1967 Professor mit Lehrauftrag, 1969 ordentlicher Professor, überdies 1967 Gründung einer »Abteilung für Kirchliche Zeitgeschichte«.

Es ist genau die kirchliche Zeitgeschichte, in der sich Meier engagierte und dieser eigenes Profil verleihen konnte – mit der ersten Gesamtdarstellung der »Deutschen Christen« (1964), mit der Arbeit über »Kirche und Judentum« (1968) und vor allem mit seinem Haupt-, dem dreibändigen Standardwerk »Der evangelische Kirchenkampf« (1976, 1976, 1984). Alle diese Arbeiten, die überdies von Einzelstudien aus dem Umfeld »Evangelische Kirche in Gesellschaft, Staat und Politik 1918–1945« (Berlin 1987) ergänzt wurden, sind zugleich in der DDR und in der Bundesrepublik erschienen (Halle und Göttingen), die Studie »Volkskirche 1918-1945« (München 1982) nur in der Bundesrepublik. Es war dies zweifellos Ausweis einer eigenständigen wissenschaftlichen Leistung, die nach der Wende u. a. mit einer Arbeit über »Die Theologischen Fakultäten im Dritten Reich« (1996 bei de Gruyter) fortgesetzt wurde.

*Die »richtige« Vergangenheit aufarbeiten: Hans Georg Thümmel*

Wie Meier aus »einfachen Verhältnissen« (in Görlitz) stammend, gelangte Hans-Georg Thümmel (1932) vom Abitur direkt in die Universität – und in eine Nische in der Greifswalder Alma mater. Thümmel hatte sich neben seinen theologischen und philosophischen Studien vor allem bei Rudolf Hermann, dem bedeutenden Systematiker und Ethiker, und dem »bürgerlichen« Philosophen Günther Jacoby ausgiebig mit Kunstgeschichte befaßt, in der Philosophischen Fakultät bei Karl-Heinz Clasen und in der Theologischen Fakultät bei Klaus Wessel, der bis zu seinem Weggang aus der DDR noch eine leitende Stellung in den Berliner Staatlichen Museen innehatte. So kam es, daß Thümmel alsbald nach dem formellen Abschluß des Studiums »nach einem ganz kurzen klassischen Interludium Assistent am Victor-Schultze-Institut für Christliche Archäologie und Geschichte der kirchlichen Kunst in der Theologischen Fakultät der Greifswalder Universität« wurde. Diese Stelle war dann für 35 Jahre

seine Wirkungsstätte, nach Promotion 1958/59 und Habilitation 1960 seit 1961 als Oberassistent, seit 1988 als außerordentlicher Dozent – und dies, bedingt durch den frühen Weggang Wessels, gleichsam im Alleingang.

Es gelang Thümmel, von dieser Nische aus eine so weiträumige Forschungstätigkeit in der Theologie (Dogmengeschichte), Kunstgeschichte und Byzantinistik entfalten zu können, daß Berufungen an altbundesdeutsche Universitäten erfolgten, ohne daß er ihnen hätte folgen können. An einer Stelle hatte sich allerdings seine Nische zur sozusagen offiziellen Wissenschaft der DDR geöffnet: »In den fünfziger Jahren gab es in der DDR noch eine Professoren-Generation, bei der die traditionelle Kirchenzugehörigkeit durch die ungewünschten politischen Verhältnisse aktiviert wurde, was sich mindestens in freundlicher Aufgeschlossenheit gegenüber Kirche und Theologie kundtat. Aber auch später war das Ansehen eines Theologen in der DDR nicht schlecht. Gerade weil ich mich mit vielen Gebieten an der Grenze der Theologie beschäftigte, ergaben sich ein Fülle mehr oder weniger intensiver Kontakte zu Wissenschaftlern, denen die Arbeit im Geiste des Marxismus vorgeschrieben war ... Das muß auch über den Greifswalder marxistischen Philosophen gesagt werden. Er hätte von seiner Schlüsselposition aus über den hinwegsehen können, der Theologe und überdies nur Assistent war – was zählte schon eines solchen Meinung –, aber er suchte immer den Streit und die Auseinandersetzung. Und er konnte, wenn wir uns entgegenkamen, mitten auf der Straßenkreuzung stehen bleiben und die Diskussion beginnen: ›Wir brauchen die Hypothese ›Gott‹ nicht!‹« (S. 339 f.)<sup>10</sup>

Auf solche Weise kam Thümmel auch zu einem intensiven und produktiven Arbeitskontakt zu Johannes Irmischer, von dem er sagt, daß er (mögen andere mit ihm »andere Erfahrungen gemacht haben«) ihn immer gefördert und unterstützt habe: »Er hat mich auch überredet, in die durch und durch rote Historikergesellschaft der DDR einzutreten und Mitglied der Leitung der Fachkommission Byzantinistik zu werden« (S. 341).

Was in 35 Jahren nicht gelungen war: »Mitte Oktober 1990 erhielt ich die Ernennungsurkunde zum Professor für Kirchengeschichte, Christliche Archäologie und Geschichte der kirchlichen Kunst, ausgestellt von einer DDR-Regierung, die es seit zwei Wochen nicht mehr gab« (S. 352).

Im Rückblick hat Thümmel bemerkenswerte Überlegungen zum Transformationsprozeß von 1989/90 in dessen Brechung von dem von 1945 vorgetragen: »Mit der Wende ist vieles neu geworden. Wir haben auch eine neue Vergangenheit bekommen. Die Ordnung der DDR begriff sich als ›antifaschistisch‹, und die Verurteilung des Nationalsozialismus reichte von der Agitation in der Kindergartenliteratur bis zum Todesurteil gegen NS-Verbrecher. Wir haben 45 Jahre lang in diesem Sinne Vergangenheit aufgearbeitet. Was dann dringend nötig gewesen wäre, war die Aufarbeitung dieser viereinhalb Jahrzehnte. Was folgte, war etwas anderes. Wir fahren in der Aufarbeitung des Nationalsozialismus fort – die offenbar im Westen nicht in gleicher Weise stattgefunden hatte – und tun so, als sei inzwischen bei uns nichts passiert« (S. 355 f.).

10 Hans-Georg Thümmel: Glauben und Denken als Abenteuer, in: Dietrich Meyer: Kirchengeschichte als Autobiographie ... Zweiter Band, Köln 2002, S. 327-365 (dort auch Liste der wissenschaftlichen Veröffentlichungen).

*Von »Kreisau« zu »Demokratie jetzt«: Wolfgang Ullmann*

Welche Nachhaltigkeit diesem Sachverhalt zukommt, welche Fernwirkung der Transformationsprozeß von 1945 auf den von 1989/90 hatte, kann (abschließend) an der Haltung eines kürzlich verstorbenen Kirchenhistorikers ermessen werden, der in der DDR ein klar profilierter, zu keinen Kompromissen bereiter Nonkonformist war, daher früh zu den engagierten Bürgerrechtlern gehörte und der nach der Wende 1989/90 gegenüber jenen, die sofort das Kind mit dem Bad auszuschütten bereit waren, die ursprünglichen und authentischen Ergebnisse des Transformationsprozesses von 1945 verteidigte: Wolfgang Ullmann (1929).

Als 1989/90 marxistischen Intellektuellen und Agitatoren ihr jahrzehntelang betriebener Müntzer-Kult peinlich geworden war und Müntzer zur historischen Unperson zu werden drohte, war der Mitherausgeber der theologischen Schriften Müntzers einer derjenigen, die die echten sozialen Impulse Müntzers unter den neuen Bedingungen einforderten. Als im Gefolge der letztlich tödlichen Krise der DDR im Spätherbst 1989 und nach dem Mauerfall die Anarchie drohte, war der Initiator von »Demokratie jetzt« auch einer der maßgeblichen Initiatoren des Runden Tisches, und dieser war allein in der Lage, im Innern der DDR den friedlichen Übergang zu einer demokratischen Entwicklung zu gewährleisten, in Gestalt der Überwindung der autoritativen Blockpolitik durch den demokratischen Konsens. Wie Ullmanns Kollege, der frühere sächsische Pfarrer und Müntzer-Forscher Siegfried Bräuer, als junger Lehrling nach 1945 die Deformation des Volkseigentums schon unmittelbar nach dessen Schöpfung beklagt hatte, so forderte Ullmann 1990 als Minister der Modrow-Regierung eine Treuhandanstalt, die endlich mit dem Volkseigentum (Anteilscheine für den einzelnen) wirklich Ernst zu machen in der Lage sein sollte. Als in der nationalen Euphorie nach dem Mauerfall und im Blick auf die Währungsunion der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik als einzige Möglichkeit der Vereinigung beider deutscher Staaten erschien, trat der Abgeordnete der Volkskammer für einen gemeinsamen, die jeweiligen gesellschaftlichen Voraussetzungen bilanzierenden Neuanfang ein – in der Form einer gemeinsamen deutschen Verfassung, die auch die Volksabstimmung einschloß. Und als ein im November 1990 in Gang gesetztes publizistisches Unternehmen eigener Art, nämlich die Zusammenführung einer Zeitschrift der DDR, des Kulturbund-»Sonntag«, mit einer aus der Bundesrepublik, der Düsseldorf-»Deutschen Volkszeitung«, zum »Freitag« zu scheitern drohte, wurde Ullmann, der (wie ich weiß) in der DDR-Zeit Leser des »Sonntag« war, zusammen mit Christoph Hein, Günter Gaus und einer Westberliner Wissenschaftlerin Herausgeber dieser Zeitschrift, und in ihr hat er sich, im ersten Halbjahr 2004 immer häufiger und vehement, für das eingesetzt, was ihn schon als Europaabgeordneten der Bündnis-Grünen bewegt hatte, eine wirklich die Völker zum Subjekt machende Europa-Verfassung und eine antiimperialistische Friedensordnung in der Welt.<sup>11</sup>

Ullmann war eine solche kämpferische politische, politisch-geistige Entwicklung nicht an der Wiege gesungen worden. Im Sächsischen geboren und vom Luftangriff auf Dresden im Februar 1945 tief beeindruckt, ging er nach dem Abitur an die Kirchliche Hoch-

11 Vgl. u. a. die Nachrufe auf Wolfgang Ullmann, in: Freitag, Berlin, 33/2004 und in: Berliner Zeitung, 2. August 2004, ferner Christoph Singelstein: Sie haben sich nur einen Namen gemacht. Von der Wählervereinigung zur Partei: Zehn Jahre Gründungsversammlung von Bündnis 90, in: Berliner Zeitung, 21. September 2001. Von Artikeln von Wolfgang Ullmann aus dem »Freitag« seien genannt: Kein Mann fürs »philosophische Quartett«. Zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Jürgen Habermas, 41/2001; Der Nihilismus und seine Gebete. Zu einer theologischen Religionskritik, 43/2002; Auf den Kopf stellen. Kritische Theorie heute (Wolfgang und Frigga Haug), 49/2002; Als die Zeit ins Rasen kam – Demokratiedefizite aus dem deutschen Einigungsprozeß (Aus dem Nachlaß), 40/2004.

schule in Berlin-Zehlendorf und dann an die Universität Göttingen, wo er auch (über Augustin) promoviert wurde, und im Gefolge von Lehrern wie Ernst Wolf und Hans-Joachim Iwand, die die Tradition der Bekennenden Kirche wissenschaftlich wie politisch und kirchenpolitisch bewahrten und bewährten, beteiligte er sich am Wirken der Gesamtdeutschen Volkspartei Gustav Heinemanns. In die DDR zurückgekehrt, wurde er erst Pfarrer im Freibergischen, dann Dozent am Katechetischen Oberseminar in Naumburg und schließlich am Ostberliner Sprachenkonvikt, also an zwei der drei Kirchlichen Hochschulen. Zu seiner stark an systematischer Theologie orientierten kirchengeschichtlichen Schau, die indes die detaillierte Erforschung der geschichtlichen Tatsachen (etwa in seinem fulminanten Artikel über Magdeburg in der Theologischen Realenzyklopädie) einschloß, definierte er Kirchengeschichte als Missionsgeschichte. »Ihr Inhalt ist die Art und Weise, wie die Wahrheit der Gotteserkenntnis des Glaubens in allen Zeiten und Räumen der Geschichte bezeugt wird.« Insofern stehe die Kirchengeschichte als Missionsgeschichte »in einem allgemein einsichtigen Zusammenhang mit der Religions- und Sozialgeschichte« und daher auch im Dialog mit säkularer Wissenschaft.<sup>12</sup>

Wir sehen, wie von hier aus sein wissenschaftliches Ethos in sein politisches mündet, sozusagen »kanalisiert« durch das Erbe des Widerstands gegen das NS-Regime, das für Ullmann vor allem in den weiträumigen Auseinandersetzungen des Kreisauer Kreises lebendig war. Es waren die Dokumente des Kreisauer Kreises, die für ihn die Brücke vom Transformationsprozeß von 1945 zu dem von 1989 schlugen und an denen er festhielt, als die Entwicklung in Deutschland und Europa eine Richtung nahm, von der er meinte, sie führe nicht in die von sozialer Gerechtigkeit.<sup>13</sup>

*Die Besichtigung von Autobiographien und analoger Texte hat wohl deutlich machen können, welche Relevanz der »andere Transformationsprozeß« vor 60 Jahren objektiv und subjektiv gehabt hat – und dies nicht ohne Auswirkungen auf den Transformationsprozeß um und nach 1989/90.*

12 Wolfgang Ullmann: Kirchengeschichte oder Christentumsgeschichte? Ein Diskussionsbeitrag, in: Joachim Rogge und Gottfried Schille (Hg.): Theologische Versuche XII, Berlin 1981, S. 115-133.

13 Im Frühjahr 1989 lud Ullmann einen kleinen Kreis seiner Freunde aus der Bürgerbewegung sowie – aus dem »offiziellen« Bereich – den Verfasser ein, um eine »Kreisau-Initiative« zu begründen, dies in doppelter Weise: Aufnahme des politisch-geistigen Erbes der Kreisauer und (schon damals in Abstimmung mit den nonkonformistischen Katholischen Klubs in Polen, zumal in Wrocław) zum Wiederaufbau in Kreisau. Was zu diesem Zeitpunkt utopisch zu sein schien (zumal der Wiederaufbau), war es ein reichliches halbes Jahr später schon nicht mehr.

## HEIDRUN HEGEWALD

# Frauenbilder

Meine Damen und Herren – ich begrüße Sie. Und freue mich, daß wir uns zu diesem sehr schönen Anlaß, die Ausstellung der Angolanerin Maria Manuela Sambo zu eröffnen, hier versammeln, und uns in den Bann ihrer WÄCHTERINNEN stellen.

1964 wurde Manuela Sambo in Luanda, der Hauptstadt Angolas, geboren – die Mutter Portugiesin, der Vater Angolaner.

ANGOLA – das Land in Afrika, wie andere, das seit 1520 von den Portugiesen kolonialisiert wurde und dessen Menschen man als SKLAVEN handelte.

1884/85 beschloß die BERLINER KONGO-KONFERENZ die totale Unterwerfung – als Afrika unter den imperialistischen GROßMÄCHTEN aufgeteilt wurde.

Die Malerin Heidrun Hegewald bei der Rede zur Ausstellungseröffnung für Manuela Sambos FRAUENBILDER in der Galerie der Hellen Panke am 17. Februar 2006.

Der heiße Krieg für eine NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT von 1961 war 1975 beendet.

1977 proklamierte man die VOLKSREPUBLIK ANGOLA: 20 Jahre schwelte als Bürgerkrieg der Kampf weiter: Um für den Sieg die Sieger auszumachen.

Ostdeutsche wissen mehr über Hintergründe und Ziele, die unterstützt wurden.

Inzwischen werden auch diese marktwirtschaftlich BEFRIEDET sein.

Manuela Sambo erhielt ein Stipendium und studierte von 1985 bis 1993 in der DDR. (Naja, ein bißchen war's dann schon BRD.) GERMANISTIK und LITERATURGESCHICHTE an der Leipziger Karl-Marx-Universität.

Wenig habe ich die Künstlerin gefragt.

Lieber lese ich in ihren Bildern.

Dabei können natürlich UNTERSTELLUNGEN entstehen. In Texten finde ich: »Seit 1986 intensive Beschäftigung mit westlicher Kunst ...« – das hat Manuela Sambo warmfarbig, mit großer magischer Form, mit starkem Eigenwillen, in der Technik konzentriert, überaus weiblich unbeschadet bestanden – ÜBERSTANDEN!

Der introvertierte Weg zu sich!

Sollten sich da Änderungen einschleichen, dann bitte ich um einen wirklich guten Grund!

Manuela Sambo wurde 1964 in Luanda (Angola) geboren. Seit 1984 lebt sie in Deutschland. An der Universität in Leipzig studierte sie Germanistik und Literaturwissenschaften. Durch Kontakte zu Dresdner Künstlern beschäftigte sie sich mit den eigenen westafrikanischen Ursprüngen und mit der westlichen Kunst. Künstlerisch ist sie seit 1987 tätig.



Eine eventuelle Unsicherheit des autodidaktischen Beginns bleibt mir verborgen.

Künstlerinnen und Künstler stehen HEUTE im Blitzgewitter der Markt-LÜCKEN-Forschung. Außengeleitet – extravertiert – ist die schnelle Folge: die Variablen der Oberfläche – immer devot im Sprung einer Anpassung. Landung dann meistens daneben!

Kunstarbeiter versäumen sich dabei selbst. Sie erliegen einer Immunschwäche.

- Aber wahres KÜNSTLERTUM hat IMMUNITÄT.

Sambos Bilder sind eine meditative Referenz an die Kultur ihrer Herkunft: AFRIKA.

- Weiter lese ich: »...Suche nach den eigenen kulturellen Ursprüngen...«

Also blätterte ich, suchend nach Angolas Kultur und verunsicherte mich mehr und mehr.

Manuela bestätigt mir:

Ein kolonialisiertes Land wie Angola – und andere – werden eine ethnologische und kunstwissenschaftliche VERNACHLÄSSIGUNG erfahren haben!

Verluste:

kommunikativ-memorale Funktionen bildnerischer Symbole als Statuen oder Masken sind feste und notwendige Elemente der Überlieferungen. Ob als Gegenstand oder dessen Verzierung findet man in ihnen magische und soziale Bedeutung.

Es entstanden hervorragende Bronzen im Gebiet von Ife im 11. und 12. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Die Kunst des Bronze-Guß ging über auf Benin. Gegossen im Wachs-Ausschmelz-Verfahren (nicht anders als noch gegenwärtig!), Blütezeit 14. bis 16. Jahrhundert unserer Zeitrechnung.

Bis 1897 eine englische Strafexpedition alles zerstörte und 2000 Kunstwerke verstreutes Beutegut wurden.

Aber wir wissen, daß die *Holzplastik* – ob als Statue oder Maske – verbunden mit anderem unbeständigen MATERIAL die häufigste Darstellung ist.

Das feuchte tropische Klima und auch die Termiten begrenzten die Lebensdauer, so daß das Alter der Kunstgegenstände meistens nur wenig Jahrzehnte bemißt.

Die Holzplastik gibt es in Afrika länger als die Beweisstücke bezeugen.

Und:

Die MISSIONARE missionierten die Symbole der Lebensweisheit und Lebensregeln zu BRANDFACKELN.

So sehe ich in Manuela Sambos Arbeit SUCHE und AUFERSTEHUNG.

N'GINGANGI – der magische GEIST in dir – in etwas – oder ritualisierend als Maske geführt – getragen.

Nichts, was beschworen wurde, wäre nicht HEUTE zu beschwören!

Die Masken der Künstlerin verlassen die verbindliche Größe, die gesammelt europäische Wände dekorieren.

SAMBO-MASKEN sind Monumente – sind Skulpturen – fremd – geheimnisvoll und bannend. Aufgehobene SPUREN!

Gehen Sie der Kraft dieser Masken nicht aus dem Wege – wenn Sie noch für etwas Suggestion aus der HEKTIK heraustreten und Ihre persönliche Symbol-Bereitschaft erwecken können.

Manuela Sambo macht aus ihren Frauenbildern und Tierbildern gleichermaßen reichverzierte Schmuckstücke, Wesen eines Kosmos – in naturweiser Angewiesenheit.

Die Ölkreiden auf Papier lassen interessante Überlagerungen und Gravuren zu, mit denen die Künstlerin die Farben aufleben läßt und geritzt vertieft. Eine Wahl der Mittel, die das Metier nicht festlegt.

Als ich Manuelas Wurzeln suchte, fand ich die schlingenden Wasserwurzler: den Lotos und die Papyrusblüte.

Der ägyptische Lotos: blau oder weiß.

Der indische, seit der Perserzeit in Ägypten vorkommend: rosa oder weiß.

Der LOTOS, die wichtigste Symbolpflanze in der Alt-ÄGYPTISCHEN Kunst – mit dem Sonnenlauf verbunden – nachts seine Blüten im Wasser schließend – am Morgen aus dem Sumpf sich erhebend – über das Wasser hinaus den Samen treibend. SYMBOL der SCHÖPFUNG und WIEDERGEURT.

Der Lotos, ein wichtiges bildhaftes Element beim Götter- und Totenkult des Alten Ägypten. Ich verfolge eine Spur, die der Künstlerin nicht bewußt ist:

- Haartracht im ganz Eigenen noch erkennbar
- aus den Augenmandeln der entsprungene Stein
- die feinen schwungkraftbegliederten Hände
- die Gürtung unter dem Leib

Es kann Dir recht sein, liebe Manuela Sambo, die Ägypterinnen hatten Würde und Rechte! Und das paßt zu Deinen Frauenbildern. Manuela schafft Frauenbildnisse, die keinen Rufnamen haben, Körper umschlungen von Schlingen. Vermeintlich gefangen in biologischer Bestimmung. Fruchtbar blühend setzt ihnen die Blüte den Schmuck einer Erwählten auf. Einer Überlegenen?

Schönheiten sind es mit afrikanisch typisierten Brüsten.

Automatisch denkt man an den Wahn im Herzeige-Metier, an die silikonierten teuren Dekolleté-Füller, so daß diese Damen sogar im Winter Dekolleté-Hemdchen tragen mit manchmal unten Kleid dran. Eine sieht wie die andere aus und weckt keine Neugier und vergißt, daß die Brust einer Frau einen eigenen Charakter hat und Lebensspuren zeigt.

Filigrane Hautzeichnung haben wir auf Manuelas Bildern zu entdecken. Das ist der Gestaltungswille der Künstlerin

- verschönte Nacktheit

- oder ein Äquivalent zu dem, was die Epidermis verbirgt und der Puls uns verrät oder die Wunde, die blutet.

Bei der dunklen Haut der afrikanischen Menschen machen Narben die Zeichen der Tradition sichtbar.

In Angola, so erzählt mir Manuela Sambo, werden die jungen Menschen zur Selbstbewußtheit erzogen. Hervorzuheben, weil

außergewöhnlich: Auch die Mädchen – körperbewußt, fähig zu erotischer Sensibilität – ganz ihrer NATUR zugeführt!

Die Reihung der »WÄCHTERINNEN« ist eine Kunsterfindung, auf die ich schon lange gewartet habe.

Diese Frauen tragen in ihrer Haltung und in ihrem Ausdruck die edle Fracht der Weisheit.

Sie sind eine »MUTTERSCHAFT«. Die »Mutterschaft« war in der FRÜHZEIT der Menschengeschichte das einzig erkennbare Verwandtschaftsband.

Das ist die Wurzel der Zivilisation. Sie, die »Mutterschaft«, hielt Gruppen zusammen. Generationen in matrilinearere Folge. In allen Kulturen sind die ersten religiösen Kunstwerke Figuren der GROSSEN GÖTTIN.

Eugene O'Neill sagte: »Der Irrtum fing damit an, daß man sich Gott als Mann vorstellte.«

– Deine »WÄCHTERINNEN« wissen das!

Die MATRIARCHIE erteilt uns erinnertes Wissen – in den Genen gespeichert – ein nicht auszurottender *Archetyp*!

– Je patriarchaler die Menschengeschichte, die Weibgeschichte gezeugt wird, desto künstlicher sind ihre hervorgebrachten gesellschaftlichen Strukturen.

– Und desto brutaler werden in patriarchalen Religionen die rituellen Einschüchterungen – die religiösen Gesetze – die männliche Vorherrschaft: mit der Tatsache grausamer islamisch beeinflusster Riten der Initiation an kleinen wehrlosen Mädchen, die nie mehr eine richtige Frau sein können – wenn sie den Eingriff überleben.

– Ein Rachefeldzug dafür, daß die »VATERSCHAFT« Jahrtausende keine Rolle gespielt hat?

Da stehen sie, Deine »Wächterinnen«. Manuela Sambo, Du solltest noch ein Dutzend aufstellen.

Und wie schön du sie geschaffen hast, um in Würde ihren geheimen Mythos vorzutragen.

– Die stilisierten Gesichter sind konzentriert auf den Ernst der Seherinnen.

– Die schwarzen oder grauen Mandelaugen, die keinen Augenblick haben, denn sie blicken aus der Tiefe.

– Die schönen Brüste, die ihre erotische, sexuelle und nährenden Funktion offen tragen.

– Sie lachen – auch, wenn man es nicht sieht – darüber:

daß der Geburtsvorgang mit einer männlichen Rippe simuliert wurde,

– und über Freud lachen sie:

weil er mit seinem »Phallogentrismus« sich über seine leibliche tiefenpsychologische Leiter selbst zum Idioten gemacht hat.

– Und sie sind wütend, weil Manuela Sambo nach Brotgeld geht und schon zwei Jahre den Kopf nicht frei bekommt, um zu malen.

– Und dann rechnen sie und wissen am Ende nur, daß Mathematik MUTTERWEISHEIT heißt.

Liebe Manuela Sambo,  
die Erdfarbigkeit, mit der Du gestaltest, sättigt die Augen.  
Deine weiblichen Menschen erinnern daran, daß wir viel verloren  
haben.  
Aber ich will der Kraft vertrauen,  
die Du strahlen läßt!

### **Bild nur in der Print-Ausgabe**

Maske: N'Gingangi  
(Wesen/Geist) 1996  
Höhe: 1,30 m

**Bilder nur in der Print-Ausgabe**

»Wächterinnen«  
I - VIII (1998-2000)  
Orig. 45 x 20 cm

DORIS KATHEDER

## Vom Girlie zum Görl?

Mädchenbilder nichtkommerzieller Jugendmagazine  
zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Das Gesamtspektrum der deutschen kommerziellen Mädchenmagazine wird zur Zeit von *Bravo Girl!* (Heinrich Bauer), *Mädchen* (Axel Springer Young Mediahouse) und *Sugar* (Attic Futura; alle München) einerseits, von *Brigitte Young Miss* (Gruner + Jahr, Hamburg) andererseits begrenzt. Also von solchen Mädchenzeitschriften, in denen »weiterhin die heterosexuelle Attraktivität des Mädchens und romantische Liebesphantasien« dominieren, und solchen, in denen »das ›Jungenthema‹ nur noch eine periphere Rolle spielt und stattdessen der Entwurf eines autonomen, ichbezogenen(,) aufstiegsorientierten Mädchens gehandelt wird, der keiner männlichen Bestätigung mehr bedarf«. <sup>1</sup> Magazine wie *Bravo Girl!* propagieren demnach die stärker sexualisierte und romantisierte Variante des modernen Mädchenbildes; *Brigitte Young Miss* wirbt für die individualistische.

Beide Varianten bieten aber überwiegend imaginäre Lösungen für die Problemlagen weiblicher Lebensrealitäten, nämlich »symbolische Handlungen und Ausdrucksweisen (...), welche die jeweilige strukturelle Problematik, die zum Beispiel hinter Rollenkonflikten steht, nicht wirklich lösen können, aber auf symbolischer Ebene eine problemtranszendierende Wirkung entfalten«. <sup>2</sup> Besonders problemgeladen ist die Wirkung der massenmedialen Mädchenbilder im Kontext des neoliberalen *Individualisierungsdiskurses*, der ständig und auf unterschiedlichen Ebenen immer weitere Aufgaben aus dem gesellschaftlichen Verantwortungsbereich hinausdefiniert, der Gelingen und Scheitern von Lebensstrategien zunehmend in den persönlichen Verantwortungsbereich verweist, so dass der Umkehrschluss gilt: Wer es nicht schafft, ist selber schuld. Dieser allgegenwärtige Diskurs verschärft für Mädchen die Ambivalenz zwischen Eigenverantwortung und Normorientierung. Denn die vermeintliche Entwicklung führt zur unübersehbaren Vielfältigung und Verstärkung der Besonderheiten, eben zur Privatisierung sozialer Risiken. Die lebensstrategischen Selbstcollagen Jugendlicher beinhalten heute daher eine massenhaft typisierte Selbstdisziplinierung, über die das symbolträchtige, von den Magazinen propagierte »Spaß-Haben« moderner Mädchen-Typen nicht hinwegtäuschen kann. <sup>3</sup>

## »Fanzines« – Davids gegen Goliaths

In dieser von kulturindustriellen Medien beherrschten Kommunikationssituation gebührt einer wichtigen Erscheinungsform sozio-kulturell, zugleich multi-kulturell orientierter Praxis Aufmerksamkeit, den so genannten »Fanzines« im Printmedien- und Internetbereich.

Doris Katheder – Jg. 1958, Sprachwissenschaftlerin und Referentin für historisch-politische Bildung in Nürnberg. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Sexy Konkurrenz. Die Versprechen der Warenwerbung in Mädchenzeitschriften, H. 170 (Dezember 2004). doriskatheder@t-online.de

1 Lotte Rose: Mädchenkörperwelten im Aufbruch. [www.sozialextetra.de](http://www.sozialextetra.de), S.3 (7. 3. 2002).

2 Barbara Stauber: »Starke Mädchen – kein Problem?«, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis (Köln), Nr. 51 (1999), S. 55.

3 Siehe dazu Doris Katheder: Heute kämpfst du nur für Dich. Lebenshilfe – Kommerzielle Mädchenzeitschriften und der neo-

In ihrer Genrebezeichnung die englischen Begriffe »fan« und »(maga-)zine« miteinander verbindend, werden sie zumeist in kleinen Auflagen und ohne feste Redaktionen in unregelmäßigen Abständen für begrenzte Publikumskreise produziert.<sup>4</sup> Format, Druckqualität, Umfang und inhaltliche Schwerpunkte dieser Medienerzeugnisse sind uneinheitlich; meist sind sie nicht über den normalen Pressevertrieb zu bekommen, und nur vereinzelt werden sie auch von nichtkommerziellen Körperschaften herausgegeben. Trotz ihres geringen Wirkungsgrades können diese Medien aber zur Demokratisierung des gesellschaftlichen Kommunikationsprozesses beitragen. Denn sie streben *erstens* nach der eigenständigen Herstellung von sozialer Authentizität durch Artikulation von Themenbereichen, die für die Leserinnen lebensprägend sind, sie betreiben *zweitens* durch den Austausch von Informationen und Meinungen, durch die Kommunikationsstiftung zumindest partiell die Aufhebung der strikten Trennung zwischen Kommunikator und Rezipientin, sie suchen *drittens* aufklärerische Kommunikation und aufklärerische Aktion miteinander zu verbinden.<sup>5</sup>

#### »Queer« – ein Ego-Zine

Eine Sonderform der »Fanzines« im Printmedienbereich bilden die so genannten »Ego-Zines«. Sie sind Podium vor allem der Selbstreflexion der Herausgeberin oder des Herausgebers. Teilweise lehnen sie sich stark an nordamerikanische »Fanzines« an, in denen unter anderen die »Riot Grrrls« Themen wie Sexismus, Pornographie und sexualisierte Gewalt diskutierten.<sup>6</sup> Die Musik- und Modepresse passte die »Riot Grrrls« als »Girlies« im »Schlampen-« oder »Lolita«-Stil aber bald dem so genannten »mainstream« an und klammerte feministisch-politische Intentionen immer mehr aus.

Daraus erklärt sich, dass das aktivistische Ausleben der eigenen Kreativität nach dem – oft individualistisch verstandenen – Prinzip der »Selbstbestimmung« in diesen Medien gleichzeitig als kritische Gegenbewegung zu kulturindustriellen Verwertungsstrategien gedacht ist und teilweise auch funktioniert. Ein ihnen besonders wichtiges Anliegen ist der Kampf gegen gängige Geschlechterrollenkonstruktionen, die Auflösung von Zweigeschlechtigkeit und so genannter »Zwangsheterosexualität« im Sinne der »schwul-lesbischen Studien« der »Queer«-Bewegung.<sup>7</sup> Im Jahre 2001 erschien im Berlin-Kreuzberger »Flatline-Imperium« ein solches »Ego-Zine«, 2002 ein *update* dazu: *Things Are Queer*.

#### »Görls« – zwischen Fanzine und Profiblatt

Die Kriterien so genannter »alternativer« Kommunikation wollen auch eher halbprofessionelle, mit der Kategorie »Fanzine« nur teilweise charakterisierte Medienprodukte erfüllen. Zum Beispiel *Görls*, die erstmals 1994 im hessischen Jugendbildungswerk Darmstadt-Dieburg konzipierte Mädchenzeitschrift. Seit 1996 erscheint sie jährlich ein- bis zweimal in einer Auflage von etwa 2 500 Exemplaren; vertrieben unter anderem über regionale Buchhandlungen und Einrichtungen der Jugendarbeit. Die redaktionellen Prozesse werden von einer pädagogischen Mitarbeiterin und einer Bildungsreferentin im Rahmen der außerschulischen Arbeit des Jugendbildungswerkes koordiniert, von der deutschen Agentur »Jugend für Europa« der

liberale Individualisierungsdiskurs, in: Freitag, Die Ost-West-Wochenzeitung (Berlin), Nr. 47, S. 17.

4 Siehe die Übersichten zu deutschen Fanzines bei Stefan Kleiber: Fanzines. Eine der letzten Alternativen, in: S. Jens Neumann (Hrsg.): Fanzines. Wissenschaftliche Betrachtungen zum Thema. Mainz 1997, S. 45-88; Elke Zobl: »To do a magazine is one of our ways – to get what we want!« Feministische Comic- und Artcore-(Maga) Zines (sic!), in: J. Neumann (Hrsg.): Fanzines 2. Nicht wissenschaftliche Betrachtungen zum Medium der Subkulturen, Ebenda 1999, S. 29-64. Siehe auch: Fanzines. Do it yourself. Berlin 2004 (Freie Universität. Universitätsbibliothek. Ausstellungsführer Nr. 40).

5 Vgl. S. Kleiber, a. a. O. (Anm. 4), S. 60 f.

6 Siehe dazu Birgit Richard: Schwarze Netze statt Netzstrümpfe? Weibliche Kommunikationsräume in Jugendkulturen und im Internet, in: Winfried Marotzki u. a. (Hrsg.): Zum Bildungswert des Internet, Opladen 2000, S. 351-354.

7 Vgl. Andrea Trumann: Feministische Theorie. Frauenbewegungen und weibliche Subjektbildung im Spätkapitalismus, Stuttgart 2002, S. 196.

Europäischen Union finanziell und von Computer-Experten fachlich unterstützt.

Die Initiatorinnen von *Görls* waren, wie sie in ihren seit 1995 herausgegebenen Informationsblättern und Pressespiegeln immer wieder betonten, »mit dem gängigen Mädchenbild in den kommerziellen Girlie- oder Mädchenzeitschriften«, mit der »typischen Geschlechterstigmatisierung (Hund, Herd, Kinder, Konsum)« nicht einverstanden. Sie wollten eine Zeitschrift entwickeln, »in der es auch um gesellschaftspolitische, sozialkritische oder umweltpolitische Anliegen und Problematiken geht sowie die Möglichkeit besteht, sich selbst auszudrücken und auszuprobieren«. So wollten sie »mit dem Klischee aufräumen, dass sich Mädchen nur für so genannte ›Mädchenthemen‹ interessieren«, also zum Beispiel »Mode, Schminken, Partnerschaften«. <sup>8</sup>

8 Görls. Die neue Mädchenzeitung. Pressespiegel, o. O. (Darmstadt), o. J. (2002).

Die konzeptionelle Nähe zu den feministischen Zeitschriften *Emma* (Köln) und *Wir Frauen* (Düsseldorf), zu deren publizistischen Feldzügen gegen die Verschleierung weiblicher Lebensrealitäten, ist spürbar. Denn zum Themenspektrum von *Görls* gehören wie selbstverständlich Berufsfindung und Arbeitslosigkeit, Pflegefamilie und Großelterngeneration, Gentechnik, BSE und die »Agrarwende«, Geschlechterrollen und sexualisierte Gewalt, Frauenfußball und Essstörungen.

Gelegentlich werden historische Frauengestalten wie Simone de Beauvoir porträtiert, auch Hautpflegetipps gegeben und Küchenrezepte empfohlen. Zum Formenspektrum von *Görls* zählen Interviews mit – zumeist in SPD und Bündnis 90/Die Grünen beheimateten – Lokal- und Regionalpolitikerinnen ebenso wie Erlebnisberichte und parodistische Horoskope. So wurde 2004 über Bildungsseminare und Praktika im Bundestag berichtet, wurden die Aufgaben einer Klassensprecherin dargestellt und Begriffe wie »Quote« erläutert. Die Teilnehmerin eines Festivals betont ganz im Sinne der Zeitschrift »Wir können hier ohne Jungs einfach so sein, wie wir sind. Mit Jungs sind wir immer irgendwie unter Zwang, so sein zu müssen, wie die Jungs sein wollen. Hier sind wir einfach so, wie wir selbst (sein) wollen.« (*Interview Mädiäle Dresden. Orielle und Chantal*, H. 1/2004, S. 21)

#### »Queer« contra »Bravo«

Der Verfasser (»Sylvian«) von *Things are Queer* resümiert wie die *Görls*-Schöpferinnen die Klischee-Geschichte des Magazins *Bravo*. Das Misstrauen gegenüber verlogener Romantik, die Entrüstung über kommerzialisierte Körperarrangements, Schönheitsideale und heterosexuelle Interaktionsmuster – all das ist darum auch hier zu finden. Aber der *Queer*-Autor verklagt die *Bravo* vor allem vor dem Tribunal der »Queer«-Ideologie. So sei das von den Beratungsrubriken verbreitete Wissen »heteronormativ eingengt und ermutigt Mädchen wie Jungen (,) sich mit vermeintlich ›natürlichen‹ oder ›wesenhaften‹ geschlechtsgebundenen Eigenschaften und ›Neigungen‹ zu identifizieren« (S. 7). Diese »Konstruktion von Geschlechtscharakteren« sei auch in den Fotogeschichten mit ihrer romantisierender »Liebessemantik« und dem »Aschenputtel-Motiv« – das anfangs »hässliche« Mädchen wird durch neue Kleidung und Kosmetik zur



lebendigen Schönheit – (S. 19) – zu finden. Mit der Fixierung auf traditionelle Schönheitsideale einher gehe aber aufgrund der heterosexuellen »normativen Wirklichkeit« (S. 52) die Unterschlagung nichtheterosexueller Orientierungen und Lebensweisen.

Aber: Der diskursive Verhandlungsraum, in dem hier der *Bravo* wiederholt der Prozess gemacht wird – die Kritik der »Heteronormativität« – ist nicht exakt ausgemessen, er wird auch kaum verlassen, und die Fragen werden nicht so gestellt, dass sie über die Grenzen des Verhandlungsraumes hinausreichen. Wesentliches unterschlägt der Verfasser: Gewiss ist vieles, was in der *Bravo* an gängigen »warenförmigen Idealen« (S. 54) geboten wird, bloßer Schein, Über- und Verblendung. Doch die Leserinnen hinterlassen auch gleichsam ihren Abdruck, nämlich ihren Wissensdrang, ihre Schönheitsvorstellungen, ihre ästhetischen Bedürfnisse, auch von ihnen aufgenommene feministische Topoi wie »Chancengleichheit« und »Demokratie der Geschlechter« – die zum Beispiel die redaktionellen »Reports« und die Warenwerbung der kommerziellen Magazine teilweise aufgreifen.<sup>9</sup> Gewiss haben die Bilder vom »Leben« die *Bravo* erzeugt, letztlich konfliktverdeckenden Charakter. Jedoch: »Verdecktes läßt sich (...) nicht einfach aufdecken durch die Zerschlagung des schönen Scheins. Der schöne Schein ist voller Bedeutungen, die wahrgenommen und anerkannt werden müssen.«<sup>10</sup>

#### »Görls« contra »Girlies«

Mutig begab sich *Görls* in die Münchener *Bravo*-Redaktion, um über deren Arbeitsweise und Leserinnenkontakte zu berichten. Alle von *Bravo*-Leserinnen gestellten »Fragen«, die *Görls*-Redaktion gab sie aus Diskussionsrunden wieder, bewegten sich allerdings nur auf der Oberfläche. Zum Beispiel die, warum in den Foto-Liebesgeschichten »nicht ganz ›normale‹ Leute mitmachen«, warum »(...) alle so geschminkt sein und superordentliche Klamotten tragen (müssen)«, warum »immer nur die Schönen gezeigt werden?« (Elisabeth Wolff: *Das Dr.-Sommer-Team; Die Leserinnenbriefabteilung*; H. 5, 1998, S. 14). Es heißt zusammenfassend: »Da ist es doch kein Wunder, daß so viele Leserinnen ihre Pickel oder ihre Figur als Makel ansehen und verzweifelnde Briefe ans Dr.-Sommer-Team richten.« (»Steffi«: *Die Leserinnen-Talkrunde*, ebenda, S. 15). Aber *Bravo* richte sich eben nach dem, was durch Umfragen und Gesprächsrunden ermittelt wird, »was den Lesern gefällt« – oder nicht gefällt. Zum Beispiel, dass die Seite mit der Beratungsrubrik »(...) so einen festen Stil (hat), der auf die Dauer nicht interessant ist«, dass die Modeseiten »nur für einen bestimmten Mädchentyp gedacht sind« (E. Wolf, a. a. O.). *Bravo* sollte »ganz andere Trends setzen«, Jugendliche »mit verschiedenem Aussehen und unterschiedlichen Interessen« zeigen, meint *Görls* raten zu müssen. Aber: »Natürlich wurden wir in unserem Idealismus sofort eines Besseren belehrt: Hier zählt nur der Markt (,) und die einzige Funktion der Leserinnenrunde ist es, die neuesten Wünsche konsumsüchtiger Kids herauszukitzeln, um noch mehr Leserinnen zu bekommen.« (»Steffi«, a. a. O.).

Mittels dieser »Markt«-Perspektive allein lässt sich jedoch gerade der affirmative Charakter von Produkten wie *Bravo* und *Bravo Girl!* nicht hinreichend erfassen. Sie tragen mit ihren Diskursoffensiven,

9 Eine britische Kommunikationswissenschaftlerin sprach in diesem Sinne sogar von der »Feminisierung der Medien«. Angela McRobbie im »nylon«-Interview, geführt von Sonja Eismann u. a., [www.t0.or.at](http://www.t0.or.at) (7. 3. 2002).

10 B. Stauber, a. a. O. (Anm. 2), S. 54.

11 Marcel Malachowski: »Infantilität als Zivilisationsrisiko?«, in: Journal der Jugendkulturen (Berlin), 8 (2003), S. 32, 35.

12 Rüdiger Lautmann: Soziologie der Sexualität. Erotischer Körper, intimes Handeln und Sexualkultur, Weinheim/München 2002, S. 183.

13 Vgl. Joachim von Gottberg: Jugendliche Medienwelt. »Bravo« im Umfeld anderer Medien«, in: Joachim H. Knoll, Elke Monssen-Engberding (Hrsg.): Bravo, Sex und Zärtlichkeit. Medienwissenschaftler und Medienmacher über ein Stück Jugendkultur, München-Gladbach 2000, S. 56-73.

14 Siehe dazu Irene Dölling, Beate Kraus (Hrsg.): Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis, Frankfurt a. M. 1997; darin, S. 7-14: Vorwort der Herausgeberinnen.

mit ihren Propagandafeldzügen für Schönheitsideale, Erfolgsreligionen und Scheinlösungen vorhandener Konflikte dazu bei, dass relevante Alltagsmechanismen permanent in das Unbewusste verschoben werden und jeder Gedanke an Kritik und Widerstand ausgelöscht wird bzw. erst gar nicht aufkommt. Es sind daher primär die massenhaft-alltäglichen Lebenslagen und Verhältnisse zu kritisieren, die zu dieser »Scheinpartizipation« am Kulturellen, dieser »modischen Infantilität«<sup>11</sup> des narzisstischen »Girlie« führen – nicht die »Macher«, nicht der »Markt«. Und schon gar nicht die *Bravo*-Leserinnen: »Wir konnten uns nicht vorstellen, dass es tatsächlich so unaufgeklärte Leute gibt, die solche blöden Fragen stellen können« heißt es in dem bissigen *Görls-Report* (Nadja Radomski: Besuch bei der Bravo, a. a. O., S. 13). Hier, anlässlich einer Diskussion um die *Bravo*-Beratungsrubriken, werden leichtfertig gerade Verunsicherungen, Irritationen und Ängste in Sachen Jugendsexualität nicht ernst genommen.

### *Mädchenbilder – Weltbilder*

Die Beispiele zeigen es: *Mädchenbilder* verweisen auf biologisch konstituierte Geschlechterzugehörigkeit, gesellschaftliche Vorgaben und die subjektive Seite beim Erleben des weiblichen Hineinwachsendens in eine sozial konstituierte Geschlechterrolle. Sie stehen in enger Wechselwirkung mit Prozessen und Denkfiguren in Kultur, sozialer Organisation und Wirtschaft, wirken als bewusste oder unbewusste Handlungs- und Reflexionssteuerungen, als »Skripte« und »Rahmungen« zum Beispiel des »soziokulturellen Körpers«.<sup>12</sup> Darin eingeschlossen sind die jeweiligen bildhaften, häufig prototypischen Scheinformen einer »virtuellen Sozialisation«<sup>13</sup> in den kommerziellen Magazinen mit ihren symbolischen Handlungen und Ausdrucksweisen, die sich im Austausch mit natürlichen und inneren menschlichen Bildern, Erinnerungen und Zukunftsphantasien, medialen und diskursiven Prozessen befinden und auf fiktiver Ebene wirken.

*Mädchenbilder* sind daher *symbolische Interpretationen von Geschlechterverhältnissen und Geschlechterarrangements*.<sup>14</sup> Und die Weisen ihrer Rezeption sind Reflexe von *Symbolgemeinschaften*. Die »alternative« Kritik gilt jenen Produzenten und Rezipienten, die das Bedürfnis nach Symbolen eint, in denen die Alltagsrealität oft bis zur Unkenntlichkeit selektiert und verdichtet wird.

Sieht man von seiner Kritik des *Bravo*-Mädchenbildes ab, hat der *Queer*-Autor aber gar kein eigenes Mädchenbild. Denn er plädiert: »Es geht um die Zerstörung der Kleinfamilie und der Liebespaar-Kultur. Es gilt eine Kultur zu attackieren, die heterosexuell zugeordnet ist und mich nötigt, mich als Mann oder Frau zu begreifen. Ich will die Zerfaserung einer heterosexuellen Identität, weil sie meine Gefühle und Lüste zurichtet. Meine Handlungsmöglichkeiten eingrenzt. Meine Beziehungen zu anderen Menschen kategorisch vordefiniert und eingrenzt. Ich will einen offenen Raum identitärer Unverbindlichkeit, frei von Definitionszwang und voller Uneindeutigkeiten.« (S. 21)

Der Autor sieht in biologischen und sozialen Tatsachen nur das konservative Element des Wiederholungszwangs. Darum verbindet er hier zum Teil feministisches, zum Teil »schwul-lesbisches« Ge-

dankengut mit einer kleinmütigen Privat- und Scheinrevolte – nicht etwa gegen soziale Verhältnisse und Geschlechterverhältnisse, sondern gegen die Vielfalt der biologischen, psychischen und sozial-kulturellen Faktoren, nicht gegen überkommene Geschlechterrollen, sondern gegen Heterosexualität ›an und für sich‹. Die Aufforderung, »mehr neue Kultur zu gestalten und Lebensweisen zu erfinden«, die »mit Heteronormativität und ihren gängigen Identitätskonzepten bricht *eigtl.: brechen* – D. K.«, entstammt einem Geist, der keine andere Lösung weiß als: ›Erfinde dich selbst‹. Mit diesen Vorstellungen von fluktuierenden »Identitäten« (S. 30/31) beweist der Verfasser, dass ihm die Einsicht fehlt, dass »Identität« durch das eigene sozial-kommunikative Handeln erst hergestellt wird. Ohne diesen wird nur ein Schein der Autonomie erzeugt – keine wirkliche Unabhängigkeit, sondern die hoch individualisierte, die variantenreiche Unterwerfung unter das massiv herrschende Allgemeine.

Ist nun *Görls* unabhängig? Die *Frankfurter Rundschau* titelte laut *Görls*-Pressepiegel-Faksimile: »Künast verdrängt Britney Spears«. Auffällig an *Görls* ist tatsächlich, dass konventionelle »Mädchenthemem« eher am Rande erscheinen. Hierzu trägt ein hoher Anteil von aus anderen Quellen – Büchern, Zeitschriften und Zeitungen – übernommenen Texten bei; vor allem aus Florence Hervés *Weiber-Lexikon* (1985 u. ö.) sowie Anette Kuhns und Katrinette Bodarwés *Chronik der Frauen* (1992); aus der Tageszeitung *Frankfurter Rundschau*, dem Berliner Wochenblatt *Freitag* und der Kölner Zeitschrift *Emma*. Ein für das Mädchenbild von *Görls* besonders relevantes Stichwort mag genügen, nämlich *Jugend*: Diese sei ein Lebensabschnitt, geprägt von »familiären Konflikten, Schulproblemen, drohender Arbeitslosigkeit und ersten sexuellen Erfahrungen«; ferner von Suche nach Identität und Unabhängigkeit, sie weise auch einen »Trend zur Radikalisierung in politischen und religiösen Gruppen«, aufgrund sozialer Perspektivlosigkeit auf (*ABC-Lexikon*, H. 3, 1997, S. 38; nach F. Hervé, *Weiber-Lexikon*, 1994).

*Görls* folgt insgesamt in Gestaltung, Text und Bild aber der weniger »radikalen«, weniger provozierenden, der gemäßigten Version des modernen Mädchenbildes. Diese findet sich inzwischen in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen: In der typisierten Werbung, in Produkten der Mode- und Kosmetikindustrie, in Parteipropaganda und Kampagnen für die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen im Geist der neoliberalen Befriedung und Ausbeutungsverfeinerung unter dem Motto der »Geschlechterdemokratie«. Die meisten *Görls*-Angebote sind politisch-pädagogische im Sinne sowohl der klassischen Aufklärung – der Ideen von der sozialen Verpflichtung, von Vernunft und Recht, Gerechtigkeit und Toleranz –, als auch der modernen Verbindung von – feministisch beeinflusster – Mädchenkultur mit Berufsproblemen und Umweltschutz. Sie wollen zur Stärkung des Selbstbewusstseins, der Entwicklung der Artikulationsfähigkeiten und zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit beitragen. Sie sind nicht selten kritisch; zum Beispiel, wenn es um die Massenarbeitslosigkeit geht, deren Folgen »(...) Frauen wie Männer gleichermaßen (betreffen)«, (»Christine und Katharina«: *Unser Kommentar*, H. 5, 1998, S. 4). Aber sie sind nur selten »radikal«, wenn es um die wirtschaftliche und politische Basis des gegenwärtigen

tigen Gesellschaftsgefüges und der in ihm sich entwickelnden – bzw. nicht entwickelnden – weiblichen Lebensperspektiven geht. Also wenn es darum geht, aus jugendkultureller Perspektive konsequent zu bedenken, »dass Großindustrie und Großfinanzen unseren Politikern die Hausaufgaben diktieren« (*Ausblick*, H. 6, 2000, S. 2). Und wenn es gilt, die reformistische Ausgestaltung bestehender Verhältnisse, die Schein-Emanzipation unter der Flagge von »gender mainstreaming« deutlich zu machen.<sup>15</sup>

15 »An der sozialen Lage von Arbeiterinnen, Frauen im Trikot, Migrantinnen verbessert gender mainstreaming nichts, im Gegenteil«, betont Jutta Ditfurth. »Die umfassende Emanzipation von Frauen ist (...) weder mit gender mainstreaming noch mit einem radikalen Gleichstellungsprogramm zu erreichen«. – »Es gibt vermehrt Hofnarrinnen«. Ein Gespräch mit Jutta Ditfurth, in: *Feminism & Gender*. Beilage zur Tageszeitung »junge Welt«, Nr. 163, 16. 7. 2003.

*Surf-Exkurs: »maedchenandermaus«*

Inzwischen gibt es mit dem Internet die globale Perspektive, die Kombination von Text, Bild, Ton und Interaktivität, die Schnelligkeit und redaktionelle Unabgeschlossenheit, die inter-, multi- und transmedialen Potenziale. Sie werden natürlich auch für jugendkulturelle Ziele erschlossen – darunter von Internet-Magazinen im Rahmen der »Frauen-Mädchen-Girlie-Web-Kultur« wie *maedchenandermaus.de*.

Bei diesem Magazin handelt es sich um ein Produkt des »Mädchenarbeitskreises« des Kreisjugendrings Ostalb in Baden-Württemberg. Das Internet wird hier, angesichts »unserer Zeit, in der alles im Fluß ist«, vor allem angesehen als Medium der »Selbstwertsteigerung, Selbstaffirmation« und der »Vernetzung« sowie der »Entzauberung« der so genannten Neuen Medien; als Medium nicht zuletzt der »Dokumentation« von eigenen Aktivitäten und des Erwerbs von mediengestalterischen »Schlüsselqualifikationen« (Rubrik *Zielgruppen*, S. 1; 7. 3./5. 11. 2002). Somit nutzt das Projekt neben dem gestalterisch-spielerischen Reiz der modernen Website-, zum Teil Comic-Ästhetik die Möglichkeit zur Interaktion (Browsing, Chats, Message Boards, Polls, Advice Columns, Paths, Newgroups, usw.) für mädchenkulturelle Ziele.<sup>16</sup> Jedes Lebensalter halte »besondere Problemmuster« bereit, heißt es weiter unter *Zielgruppen*. Und: »Die Website zielt auf den Lebensalltag und die besondere Lebenslage von Mädchen (...)«, wolle »Informationen zu allen Problemen und Fragestellungen (...), die das Jugendalter betreffen«, bieten. Großen Raum nehmen daher – vor allem in der Rubrik *Mädchen & Gesellschaft*, aber auch in der zu *Fit & Fun* – medizinische und juristische Beratungsangebote ein, zum Beispiel zu Frauengesundheitszentren und ihrem Eintreten gegen »Normierung, Pathologisierung und Medikalisierung« (S.1). Dem landläufig propagierten Individualismus wird unter *Probleme und Hilfe* entgegengesetzt: »Denn wir Menschen sind Gemeinschaftswesen, die auf gegenseitige Hilfe angewiesen sind«. (S.1) Politische Dimensionen werden – ebenfalls unter *Mädchen & Gesellschaft* – deutlich an dem Anspruch, »die Demokratie der Geschlechter in der Bundesrepublik Deutschland auf den Prüfstand zu stellen«, und an einer Stellungnahme zur so genannten »Mehrfachbelastung« von Politikerinnen. Sie gelte nicht nur für diese Berufsgruppe, sei überdies »auch als Chance zu verstehen«. Denn die Orientierung auf mehrere Lebensbereiche – auf Politik, Beruf und Privatleben – berge »vielfältige Innovationspotenziale: Für die Mehrfachorientierten selbst, für die Politik und für die gesamte Gesellschaft. Mehrfachorientierungen bzw. ein Gleichgewicht an politischer Beteiligung, sozialen Bindungen, pri-

16 Siehe dazu Waldemar Vogelgesang: Das Internet als jugendkultureller Erlebnisraum, in: W. Marotzki (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 6), S. 363-385.

vaten wie ehrenamtlichen Tätigkeiten und beruflichem Engagement könnte(n) als Lebenskonzept zukunftsweisend sein« (Ebenda, S. 2).

Aussagen wie diese berechtigen zur Hoffnung. Denn unter dem Druck des neoliberalen Individualisierungsdiskurses, der immer subtileren gesellschaftlichen Verdeckung weiblicher Lebensrealitäten werden die Probleme für jugendkulturelle Unternehmungen wie »alternative« Print- und Netz-Mädchenmagazine, für deren Bemühen unter anderem um ein sozialetisch wertvolles Verständnis von Geschlechterrollen und Geschlechterverhältnissen, von Liebe, Sexualität und Körperlichkeit nicht geringer. Im Gegenteil: »Um Mädchen in ihren Motivationen und Orientierungen richtig zu verstehen, ist es von zentraler Bedeutung, die Kontextbezogenheit ihres Handelns und ihrer Entscheidungen wahrzunehmen und die Aufmerksamkeit genauso den strukturellen Zwängen, Gegebenheiten und Normalitätsmustern wie den Aspirationen zukommen zu lassen.«<sup>17</sup> Weder mit dem bloßen Ersetzen durch politische, soziale und ökologische Themen noch mit dem aussichtslosen Kampf gegen kommerzielle Zeitschriften wie *Bravo* und deren Leserinnen – die ja überdies wenigstens teilweise für die Diskursvernetzung zu gewinnen wären – ist das jedoch zu bewältigen. Wohl aber mit einer geschickten Verbindung von so genannten »Mädchenthematen« – die im weiteren Sinne die Bedeutung von harmonischen, herrschaftsfreien Beziehungen zwischen Natur, Gesellschaft und Individuum behandeln sowie dem Bedürfnis nach ästhetischer Differenz entgegen kommen. Und zwar mit eigenem, kritischem Inhalt, mit eigenen Bedeutungen.

Gerade der visuell-rhetorisch attraktive, massenorientierte und vielfältige Magazin-Charakter, wie er von den kommerziellen Zeitschriften und ihren Internet-Versionen entwickelt wurde, gehört nicht zufällig zu den »erfolgreichen medienkulturellen Mustern«.<sup>18</sup> In ihm liegt, wenn er experimentierfreudig mit kritischer, die kommerziellen Angebote unterlaufender Artikulation massenhafter weiblicher Lebensrealitäten aus unmittelbaren Erfahrungsbereichen sowie mit kommunikativer Offenheit, mit »konstruktiven Interaktionen« und »inklusive Solidarität«<sup>19</sup> verbunden wird, eine aufklärerisch-emanzipatorische Chance. Eine solche Synthese würde zudem vor kleinmütiger *Bravo*-Kritik, der »Ghettoisierung in reinen Mädchenkulturen«, schließlich davor bewahren, »zu neuen Markenzeichen« verarbeitet, in »maßgeschneiderten Marktsegmenten« neutralisiert zu werden.<sup>20</sup>

17 B. Stauber, a. a. O. (Anm. 2), S. 58.

18 Dieter Prokop: Freiheitsmomente der Warenform. Negativ-dialektische Theorie der Kulturindustrie, in: Zeitschrift für kritische Theorie (Lüneburg). Nr. 16; 2003), S. 136. Verf. betont ferner, dass »(...) Kulturindustrie auch Elemente aufklärerischer Aufklärung (enthält), wie unterdrückt oder in Massenbetrug umschlagend jene auch ist«. (S. 142).

19 Myra Marx Ferreo, Selke Roth: Klasse, Geschlecht und die Interaktion von sozialen Bewegungen, in: Berliner Debatte Initial, 12 (2001) 2, S. 90.

20 Birgit Richard, a. a. O. (Anm. 6), S. 354 f.

CHRISTOPH SCHAUB

## Die Banlieue und das Feuer

Urbaner Raum und ästhetische Selbstbehauptung  
in den Rap-Lyrics von La Rumeur

Anfang November 2005, auf dem Höhepunkt der sozialen Revolten in den französischen Vorstädten, erscheint in der linksliberalen Tageszeitung *Le Monde* eine bemerkenswerte Reportage. Hier berichten einige jugendliche »Aufständische« aus dem Pariser Vorort Aubervilliers zwei Journalisten über ihre Motive – bezeichnenderweise bestehen sie auf dem Ausdruck »émeutiers« (Aufständische) und weisen den Begriff »casseurs«<sup>1</sup> ausdrücklich zurück. Sie betonen die sozialen und politischen Ursachen ihrer Revolte: die Arbeitslosigkeit, die Nichtberücksichtigung bei Bewerbungen, die Polizeiübergriffe, die Diskriminierungen des als Rassisten erlebten Innenministers Nicolas Sarkozy, dessen Worte mehr schmerzten als Schläge, und das Unverständnis gegenüber dem Handeln der Behörden: Sie verstehen nicht, weshalb die Regierung »Millionen Euro (bewilligt) um die Polizei auszurüsten, aber es zugleich ablehnt, einen »sou« zu geben, um ein Jugendlokal zu eröffnen.«<sup>2</sup> Und sie erleben ihre Situation als aussichtslos: »Wir haben keine Wahl. Wir sind bereit, alles zu opfern, weil wir nichts haben.«<sup>3</sup> Die Gegenwart der Banlieue wird als eine Situation erfahren, die aufgrund schierer Hilflosigkeit ein gewalttätiges, aggressives Handeln provoziert: »Das ist wie bei einem Hund, der gegen eine Wand läuft, er wird aggressiv. Wir sind keine Hunde, aber wir handeln wie Tiere.«<sup>4</sup> Was im Bild des gegen die Wand laufenden Hundes artikuliert wird, ist die Ohnmacht gegenüber einer Gesellschaft, die den eigenen Wünschen und Bedürfnissen mit der Errichtung von schwer überwindbaren Hindernissen begegnet. Und es sind eben diese Themen und dieses Erleben der eigenen Lebenswirklichkeit, die einen nicht unbeträchtlichen Teil der Motive ausmachen, die die Lyrics der Pariser Rap-Gruppe La Rumeur dominieren und die Gegenstand dieses Essays sein sollen.

Aber es besteht doch ein wesentlicher Unterschied zwischen den vier akademisch ausgebildeten Mitgliedern von La Rumeur (Hamé, Ekoué, Mourad, Philippe), einer der lyrisch versiertesten und meist respektierten Formationen der französischen hip-hop-Szene, und den Jugendlichen aus der Reportage. Dieser Unterschied betrifft die Frage der Artikulation, die Frage, über welche Mittel zum Ausdruck der eigenen Vorstellungen, Erfahrungen und Gefühle jemand verfügt. Einer der Jugendlichen beschreibt die Revolten als eine symbolische Praxis der Selbstbehauptung, die zugleich den eigenen Gefühlen angemessen Ausdruck gibt und (auch von der französischen Mehrheitsgesellschaft) schwerlich ignoriert werden kann: »Weißt

Christoph Schaub – Jg 1981; Seit 2002 Student der Allgemeinen und Vergleichenden Literaturwissenschaft, Philosophie und Neueren Deutschen Literatur an der FU Berlin, Wintersemester 2004/05 Student an der Université Paris VIII Vincennes Saint-Denis, seit 2005 Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

1 Wörtlich übersetzt bedeutet »casseurs« Schreihäse, Krakeeler, das Verb »casser« zerschlagen, kaputtmachen; im obigen Kontext meint »casseur« etwa Vandalen, Chaoten.

2 Une nuit avec des »émeutiers« qui ont »la rage«, *Le Monde*, 8. 11. 2005, S. 12. Alle Übersetzungen aus dem Französischen sind von mir. Was die Übersetzungen der Lyrics von La Rumeur be-

du, wenn man mit einem Molotowcocktail droht, ruft man ›Hilfe!‹. Wir haben nicht die Worte, um auszudrücken, was wir empfinden; wir können nur richtig (>juste‹) reden, indem wir etwas in Brand setzen.«<sup>5</sup> Die Schreibwerkstätten, die die Mitglieder von La Rumeur für Jugendliche aus den nördlichen Pariser Banlieues, in denen sie selber leben, initiieren und leiten, sind im Kontext dieser Frage nach den Formen von Artikulation zu verstehen. Hamé, einer der Rapper von La Rumeur, berichtet über die Arbeit in den Schreibwerkstätten: »Wir konzentrieren uns zuerst auf die reine Schreibe, in der Stille. Es geht noch nicht um die Frage nach der Musik oder den rhythmischen Aspekten, nach dem durch die Musik bestimmten Metrum. Wir machen das ohne die lehrerhafte oder schulische Art. Es ist eine zugleich individuelle und kollektive Arbeit (...) Wir regen sie dazu an, Bücher zu öffnen... Wir können nur diesen kleinen Virus verbreiten, danach liegt es an ihnen das weiter zu tragen, ihre Feder zu nähren, ihre Reflexion zu nähren, den Blick auf die Welt zu nähren, auf ihre direkte Umgebung, auf ihre Geschichte, auf sich selbst. Das ist eine Arbeit an sich, wir versuchen dazu anzuregen (...).«<sup>6</sup> Was hier vorgeschlagen wird, ist die Idee von Rap als ein (Selbst)Bildungsprozess, als eine Praxis, in der Vorstellungen über die Gesellschaft und die eigene Position zu ihr produziert und artikuliert werden. Wird Rap hier also einerseits als eine Praxis in Stellung gebracht, die das Wissen und die Kritikfähigkeit unter den Jugendlichen der Banlieues mehren soll, gibt das Zitat auch Hinweise darauf, wie die Lyrics von La Rumeur selbst entstehen und in welchem Sinne sie funktionieren sollen, nämlich als Auseinandersetzung und Positionierung zur Gesellschaft und ihrer Geschichte. Mehr noch: Rap wird als antihegemoniale Praxis verstanden, als »Träger einer Gegen-Information, einer Alternative, einer Gegen-Geschichte«<sup>7</sup>: »Die angemessenste Identität und Definition, die man unserem Rap geben kann, ist das Schaffen einer Basis von Rap, die wirklich volksnah (>populaire‹) wäre, das heißt, verankert in den Sorgen, den Leiden, den Schmerzen, den Kämpfen, den Erinnerungen des Volkes (>du monde populaire‹). Also zwangsläufig kämpferisch, zwangsläufig subversiv und zwangsläufig alternativ.«<sup>8</sup>

Es ist dieses Zusammenspiel einer Verankerung in der Lebensrealität der Banlieues und einer sozial wie politisch engagierten Auffassung künstlerischer Praxis, das die Lyrics von La Rumeur charakterisiert. Überraschend dabei ist jedoch, dass in ihren Texten, die nach Aussage von Ekoué, einem anderen Mitglied von La Rumeur, in erster Linie »zum Denken anregen«<sup>9</sup> sollen, eher selten explizite politische Analysen entfaltet werden. Auch finden sich in ihnen wenige Statements oder Parolen, was durchaus ungewöhnlich für politisch engagierten Rap ist.<sup>10</sup> Hingegen zeigt sich die gesellschaftskritische Dimension dieser Lyrics, so die zentrale These meines Essays, vorrangig in den Bildern und Vorstellungen, die La Rumeur über die Banlieue und das Leben in ihr produzieren. Das dies so ist, mag weniger Zufall als eine sozial und städteplanerisch bedingte Konstante von Rap sein, denn zumindest in amerikanischen und französischen Metropolen findet soziale Deklassierung und rassistische Diskriminierung nicht zuletzt durch eine urbane Marginalisierung ganzer Bevölkerungsschichten in sog. Ghettos, Problemvierteln oder eben den

trifft, habe ich versucht im Zweifelsfall eher sinngemäß als wörtlich zu übersetzen.

3 Ebenda.

4 Ebenda.

5 Ebenda.

6 [http://www.acontresens.com/musique/interviews/17\\_1.html](http://www.acontresens.com/musique/interviews/17_1.html) (Zugriff: 19. 3. 06).

7 Ebenda.

8 Ebenda.

9 <http://www.abcdrduson.com/interviews/interview1.php?id=47> (Zugriff: 19. 3. 06).

10 Vgl. bspw die Texte der von Eva Kimminich herausgegebenen Anthologie »*Légal ou illégal*« Anthologie du rap français, Stuttgart 2002.

11 Dabei sind die Unterschiede zwischen den innerstädtisch gelegenen amerikanischen Ghettos und französischen Banlieues beträchtlich. So ist die Kriminalitätsrate in den Banlieues beträchtlich geringer, sie sind von Einwohnerzahl und Ausdehnung her kleiner und sozial wie ethnisch weniger homogen. Vgl. Dietmar Hüser: *RAPublikanische Synthese. Eine französische Zeitgeschichte populärer Musik und politischer Kultur*. Köln, Weimar, Wien 2004, S. 293 f. Freilich ändert dies nichts daran, dass die Banlieues ebenfalls im oben beschriebenen Sinne erlebt werden.

12 Murray Forman: *The 'Hood Comes First. Race, Space, and Place in Rap and Hip-Hop*, in: Middletown, CT 2002.

13 Hüser, a. a. O., S. 167.

14 La Rumeur: *L'ombre sur la mesure*. Capitol réédition spéciale 2003, zuerst Capitol 2002; La Rumeur: *Regain de tension*. La Rumeur Records 2004. Ich zitiere die Lyrics nach den Booklets dieser beiden CDs. Die Zitate werden im Text der Einfachheit halber nicht einzeln ausgewiesen, entstammen aber folgenden Songs und sind dort leicht zu finden: *Les Coulisseries de l'Angoisse*; *L'ombre sur la Mesure*; *Le Prédateur*; *Le coffre-fort ne suivra pas le corbillard*; *A 20000 lieues de la mer*; *La Silence de ma Rue* – alle vom Album: *L'ombre sur la Mesure*. *Ils nous aiment comme le feu*; *Inscrivez greffier*; *Nom, prénom, identité*; *Paris nous nourrit*, *Paris nous affame*; *Nous sommes les premiers*

»zones urbaines précaires«, den »problematischen Vorstädten« Frankreichs, statt.<sup>11</sup> Diese räumliche Erfahrung wird im Rap zu einem zentralen Bezugspunkt vieler Texte, zu einem »Bilder- und Themenreservoir« und ist seit dem ersten explizit politisch engagierten Rap-Song, *The Message* von Grandmaster Flash & The Furious Five aus dem Jahre 1982, eng mit Sozialkritik verbunden. Zu beobachten ist, wie Murray Forman für die USA gezeigt hat, »the rise and evolution of a unique spatial discourse within rap and hip-hop culture that defines resonant social and cultural issues with increasing specificity and emphasis on physical terrains or imagined spaces and places.«<sup>12</sup> (Das Entstehen und die Entwicklung eines einzigartigen Diskurses innerhalb der rap- und hip-hop-Kultur, der schwerwiegende soziale und kulturelle Probleme mit zunehmender Differenzierung und der Bestimmung tatsächlicher Regionen oder virtueller Räume und Orte definiert.)

Bereits der Name La Rumeur führt tief in diese Problematik ein. Der Historiker Dietmar Hüser interpretiert ihn als symbolisch für »Geradlinigkeit und Gegeninformation«<sup>13</sup> und trifft damit lediglich eine Seite. Denn in der Tat bedeutet »rumeur« wörtlich übersetzt »Gerücht« und »Unruhe«, »Lärm« und »Aufruhr« – Substantive, die man durchaus mit einem antihegemonialen Projekt assoziieren kann. Zugleich ist der Name aber ein im Prinzip simples, nichtsdestotrotz höchst signifikantes Wortspiel. Das Substantiv »la rumeur« ist nämlich in seiner Aussprache nicht von dem Satz »La rue meurt.« (Die Straße stirbt.) zu unterscheiden und so transportiert schon der Name der Gruppe das zentrale Thema ihrer Lyrics. In fast allen ihren Texten sind die Straße und andere urbane Elemente des Großraums Paris präsent und bilden das Szenario ihrer Narration, einige Songs ihren Alben *L'ombre sur la Mesure* (2002) und *Regain de Tension* (2004)<sup>14</sup> beschäftigen sich fast ausschließlich mit der Stadt als Verdichtung von gesellschaftlichen Konflikten, Hoffnungen und Erfahrungen, manche – *La silence de ma rue* oder *Paris nous nourrit*, *Paris nous affame* – tragen das Thema im Titel. Der Satz darüber, dass die Straße sterbe, enthält jedoch eine nicht zu übersehende Wertung des Lebens in der Banlieue: er ruft Assoziationen von Tod, Leiden, vielleicht Gewalt auf. Nun ist es allerdings möglich, und dies verkompliziert gleich zu Beginn den Blick auf die La Rumeur'sche Stadtimagination, das Wortspiel noch ein wenig weiterzutreiben. Wenn der Name mehrfach semantisiert ist, also mit Unruhe/Aufruhr, Gerücht und Sterben der Straße, wie verhalten sich dann die drei Bedeutungen zueinander? Entsteht ein Aufruhr, weil die Straße stirbt und also beispielsweise die Lebensbedingungen untragbar werden? Oder ist es vielmehr überhaupt ein Gerücht, dass die Straße sterbe? Wie wir sehen werden, lässt sich eine solche Spannung in den Lyrics von La Rumeur wiederfinden: Sie entwickelt sich aus den atmosphärisch düsteren Imaginationen der Banlieue, die diese Lyrics prägen und sie auch quantitativ dominieren, und produziert sich vor allem in Metaphern der Selbstbehauptung.

La Rumeur tragen diese Erzählungen aus der Banlieue in der ersten Person vor.<sup>15</sup> Erzählungen sind es allerdings nur im weitesten Sinne des Wortes. Sie verfügen nicht über einen Plot oder ein großes Ensemble an handlungstragenden Figuren, vielmehr ähneln sie



Reportagen, denn in ihnen mischen sich Beschreibungen von Szenarien und Geschehnissen mit Kommentaren. Meist inszeniert sich das erzählende Ich dabei, als schreite es gerade durch die Straßen und berichte während des Gehens, ohne Frage ein Erzählverfahren, das den Authentizitätseffekt der Erzählung steigert. Sei es durch Signalfelder wie »regarde« (Sieh da hin!), sei es durch die Personalpronomen »tu« (du) oder »vous« (ihr), die HörerInnen werden oftmals direkt angesprochen und so zu BegleiterInnen des erzählenden Ichs, welches sie durch die Banlieue führt. Die HörerInnen werden allerdings noch auf eine zweite, ungleich sinnlichere Weise in den urbanen Raum einbezogen, nämlich durch Samples. So sind beispielsweise in die Erzählung von *La Silence de ma Rue* die Geräusche eines anfahrens Autos montiert und zwar genau in dem Moment, in dem im Text von einem Motor die Rede ist; ein anderes Mal ist ein abbremsendes Auto zu hören. Das erzählende Ich berichtet im selben Augenblick von einer plötzlichen Polizeikontrolle; Sirenen und eine schimpfende Stimme sind im Anschluss an die Frage des erzählenden Ichs zu hören, ob »du« die Stille der Straße hören kannst (»Peux-tu entendre la silence de ma rue?«). Erfolgen diese imaginären Gänge durch die Banlieue also unter direktem Einbezug der HörerInnen, so ist ihre Atmosphäre noch vor allen thematischen Elementen durch dominante (Farb)Adjektive wie »noir« (schwarz), »gris« (grau, düster, trüb) oder »sombre« (dunkel, düster, finster) geprägt. Sie finden in der Nacht, in der Dämmerung oder im Winter statt. Atmosphärische Elemente also, mit denen sich klassischerweise Stimmungen wie Traurigkeit, Trübseligkeit u. ä. assoziieren. Eine Vermutung, die durch eine Interviewaussage von Ekoué darüber, was ihm zum Schreiben seiner Texte treibe, untermauert wird: »Bei mir ist es so, dass ich gerne schreibe, wenn ich niedergeschlagen bin. Wenn alles gut läuft, dann widme ich meine Zeit meiner Familie. Aber wenn es nicht gut läuft, wenn ich erfahre, dass jemand Probleme hat, wenn ich mich kontrollieren muss, wenn ich ein Panorama meiner Umgebung machen will, dann schreibe ich. Die gute Laune und die schöne Seite des Lebens, die behalte ich denen vor, die zu mir in einer freundschaftlichen Beziehung (de manière assez familière) stehen.«<sup>16</sup> Es wird in dieser Aussage deutlich, dass die durchgängig düstere Atmosphäre der Lyrics (und der Musik<sup>17</sup>) von La Rumeur in einer bewussten Konzentration auf die negativen, problembelasteten und konflikträchtigen Seiten des Lebens begründet liegt.

Die städtischen Szenarien, die beschrieben werden, fallen in diese thematische Sparte. Es sind Szenarien, die um Themen wie (Drogen-)Kriminalität, Polizeigewalt, unsolidarisches, gewalttätiges Verhalten der Banlieue-BewohnerInnen untereinander, Langeweile und Arbeitslosigkeit kreisen. Themen also, die schon in den Aussagen der Jugendlichen aus der eingangs erwähnten Reportage präsent waren. Interessanter aber als eine erschöpfende Auflistung dieser Themen scheint mir an dieser Stelle die Frage danach zu sein, wie der Raum der Banlieue, in dem sich diese Themen finden, sprachlich imaginiert wird. Ich möchte also nach der Semantik der Figuren und Bilder fragen, die La Rumeur für ihre Beschreibung der erlebten Wirklichkeit der Banlieue finden.

*sur le rap* – alle vom Album *Regain de Tension*.

15 Erzählungen in der 3. Person wie im Song *Moha* vom Album *L'ombre sur la Mesure* bleiben die Ausnahme. Dies ist typisch für Rap, dessen dominante Erzählperspektive die erste Person (meist Singular, seltener Plural) ist.

16 <http://www.abcdrduson.com/interviews/interview1.php?id=47> (Zugriff: 19. 3. 06).

17 Klanglich sind die Songs von La Rumeur z. B. durch die weitestgehende Abwesenheit von Melodien und hellen Tönen geprägt.

18 Diese Ausarbeitung ist nicht auf den Ort Straße an sich beschränkt, vielmehr soll die Straße, die im Namen der Gruppe enthalten ist, als eine Synekdoche für das Ganze der Stadt gesehen werden.

19 dt.: »Der kalte Boden aus peripheren (die Banlieues werden auch als Peripherie bezeichnet – C. S.) Ziegelsteinen, Gittern und Krallen.«

20 dt.: »Das Elend, das Eisen und der Stein, die sie einschließen.«

21 dt.: »(Unsere Epoche ist die) der toten Bäume, die kaum einige Schritte von den schönsten Springbrunnen entfernt sind.«

22 dt.: »Die kranken Arkaden, wo die aus Hunger und Mangel gekreuzten Stimmen kreischen.«

23 dt.: »Paris kocht mir unter dem Schädel, Paris hungert uns aus, Paris zerpfückt uns von den Taschen bis zu den Knochen, von den Eiern bis zur Seele.«

Nehmen wir nun vor dem Hintergrund dieser Fragestellung die Spur wieder auf, auf die wir durch die Auseinandersetzung mit dem Namen La Rumeur gestoßen waren, so stellen wir eine variantenreiche Ausarbeitung der Rede vom Sterben der Straße<sup>18</sup> fest. Die Bilder, die La Rumeur von der Banlieue imaginieren, evozieren einen in mehrerlei Hinsicht unlebenswerten Ort. In Versen, die vom »sol froid des briques, des grilles et griffes périphériques«<sup>19</sup> sprechen, wird Kälte unmittelbar mit städtebaulichen Insignien der Banlieue in Verbindung gebracht und in Aufzählungen wie der folgenden, werden diese Insignien mit der Misere, dem Elend zu einem Ganzen verdichtet, das die Jugend der Banlieue einschließt, ihnen Schranken auferlegt: »la misère, la fer et la pierre qui les enserrent«<sup>20</sup>. In diesem Lebensraum entwickelt sich eine autodestruktive Tendenz, in der die Straße sich massakriert (»la rue se massacre, sous le ciel des damnés«) und sich eine ganze Generation auf dem Beton der Banlieue kaputtmacht (»toute ma génération s'équipe sur le béton«). Eine Tendenz, die in den Texten immer wieder mit Drogen, Kriminalität und Gewalt parallelisiert wird. Das Thema des Sterbens der Banlieue und ihrer BewohnerInnen artikuliert sich aber noch in zwei weiteren motivischen Bereichen, die jeweils die Vorstellung der Stadt als Organismus implizieren, also als eines von Leben erfülltem Ganzen mit voneinander abhängigen Teilen. Zum einen wäre da der Bereich *Natur*. So wird vom »fôret de beton« (Betonwald) erzählt und von den »arbres morts, / à quelques pas à peine des plus belles fontaines«<sup>21</sup>. Der Kontrast im letztzitierten Bild deutet auf die Gründe für das Sterben der Banlieue hin. La Rumeur suchen sie im Glanz und Reichtum einiger innerstädtischer Viertel von Paris. Und so ist in einem anderen Text von den blühenden Blumen am Boulevard Haussmann, einer der Pariser Prachtstraßen, die Rede; Rudimente einer Gesellschaftskritik schreiben sich in diese Stadtbilder ein. Die Vorstellung der Stadt als Organismus wird noch deutlicher, berührt man den motivischen Bereich *Körper*. Da ist von den »Schlagadern meiner Stadt« (»artères de ma ville«) die Rede, die die einzelnen Teile des Organismus verbinden. Es gibt Bilder, die Elemente der städtischen Infrastruktur in Eigenschaften beschreiben, die eigentlich nur Körpern zugesprochen werden. So erzählen die Lyrics von engen Gassen, die Lepra haben (»ces ruelles qui ont la lèpre«), von tausendfach verletzten Mauern (»ces murs aux milles blessures«) und den »arcades malades où crissent les voix croissées de la faim et du vice«<sup>22</sup>. Der urbane Raum wird zum Ort, an dem sich Krankheit und Verletzung, Hunger und Mangel, Reichtum und Schönheit überschneiden. Aus der Perspektive der nördlichen, sozial deklassierten Pariser Banlieues fassen La Rumeur die Verfasstheit der Stadt Paris als Erzeugerin einer lebensgefährdenden Drucksituation: »Paris me bout sous le crâne, Paris nous affame, nous épluche des poches à l'os, des couilles à l'âme«<sup>23</sup>. Die Ursachen für das Sterben der Stadt, den Druck, den sie auf ihre BewohnerInnen ausübt, liegen in der Verfasstheit der Stadt selbst, das impliziert die Stilisierung der Stadt zum gewalttätigen Subjekt in diesen Versen und das erfährt seine sozialgeschichtliche Begründung in einem anderen Song, dem wohl autobiographisch inspirierten *A 20 000 Lieues de la Mer*.

Der Text dieses Songs schlägt einen Bogen von etwa 25 Jahren, von den 1970er Jahren bis ins Jahr 2002. Bevor das erzählende Ich

sich an die Jahre des Aufwachsens zurückerinnert, beschreibt es die Situation der Gegenwart, spricht in einem Katastrophen-Bild davon, dass seine Stadt ein wenig wie Tschernobyl sei und sich in ihr nichts verändere außer der Langeweile, die steige wie der Preis der Carte Orange, der Monatskarte der öffentlichen Verkehrsmittel in Paris. In der Traurigkeit über diese Situation erinnert sich das erzählende Ich an seine Jugend, berichtet, dass es nicht inmitten von Bauschutt aufwuchs, sondern im Gegenteil in einem »charmante petite banlieue«, das vor allem für seine großen grünen Flächen gepriesen worden sei. Das war gestern, betont es unmittelbar danach. Einige Verse später, geht das erzählende Ich auf Ursachenforschung für die Situation der Gegenwart und findet diese in einer verfehlten Stadtentwicklung: »Le ciel commence à se couvrir, à l'instar d'une marée furieuse, dès que les subventions se retirent la rue devient marécageuse et, la répression aussi cruelle que la récession.«<sup>24</sup> Was von den in den 1950er Jahren mit großer Euphorie als Prestigeprojekt sozialen Wohnungsbaus begonnenen Hochhaussiedlungen in den Banlieues geblieben ist, sind 20 000 Meilen vom Meer entfernte Kiesstrände (»ces plages de gravier ... à 20 000 lieues de la mer«), Orte – so will es die poetische Imagination erlebter Wirklichkeit in den Texten von La Rumeur – an denen Leben und Illusionen kaputtgehen.

Aber es sind auch Orte, und das mag die zweite in den Namen La Rumeur zu lesende Konnotation sein, an denen Formen von Selbstbehauptung entstehen. Zuvorderst die, mit der wir uns die ganze Zeit schon beschäftigen, und die sich in der ästhetischen Praxis produziert. Die Inspiration für die Texte von La Rumeur stammt aus der Situation der Marginalisierten: »Cherche pas à trouver d'où vient la saleté du texte, inspirée du contexte qui pue l'hostilité, la criminalité./ Bienvenue dans ce monde ivre, Paris nous gave et nous prive sur chacune de ses rives...«<sup>25</sup> Und wenn wir uns an eine weiter oben bereits zitierte Aussage von Ekoué erinnern, sind es genau solche Situationen und Lebensumstände, die ihn zum Schreiben, zum Nachdenken über seine Umgebung anstacheln. Die Konzeption von Rap als erfolgreicher (Selbst)Bildungsarbeit vergegenständlicht sich in diesen Texten, wird auf der ästhetischen Ebene eingeholt: Die Leiden und Schwierigkeiten des Lebens kriegen den Einzelnen nicht klein, da er sie in ein eigenes Produkt, eine von der Ausgangssituation relativ autonome Äußerung umwandeln kann. Der Rap-Song steht dann gewissermaßen für die gelungene Realisierung einer von staatlichen Institutionen unabhängigen (Selbst)Bildungsarbeit. Und ganz im Sinne der eingangs entfalteten Idee von Rap als Gegenkultur werden die Lyrics zu jener Gegeninformation, die doch die soziale und polizeiliche Repression verhindern soll; der Rapper selbst wird dann, in unverkennbarer Anspielung auf Frantz Fanon zu »un des ces damnés de la Terres aux paroles incendiaires«<sup>26</sup>.

Die doppelte Bedeutung von »incendiaire« als »entflammbar« und »aufreuerisch« führt in die zentrale Selbstbehauptungsmetapher von La Rumeur ein. Gemeint ist die Metapher des Feuers, durch die sich das erzählende Ich in vielen Texten als widerständig inszeniert. Diese Metapher mag in der Realität der Banlieue ihren Herkunftsort haben, wo, wie spätestens seit November 2005 bekannt ist, brennende Autos nichts Außergewöhnliches sind (in *La Silence de ma Rue* nehmen

24 dt.: »Der Himmel beginnt sich zu bedecken, seitdem die Subventionen sich nach Art einer wilden Flut zurückziehen, die Straße wird sumpfig und die Repression genauso grau-sam wie die Rezession.«

25 dt.: »Bemühe dich nicht herauszufinden, woher die Dreckigkeit dieser Texte kommt, die von einem Kontext inspiriert sind, der Feindlichkeit und Kriminalität ausstößt. / Willkommen in dieser trunkenen Welt, Paris mästet uns und entzieht uns (alles) auf jedem seiner Ufer...«

26 dt.: »...einer dieser Verdammten der Erde mit aufrührerischen Parolen.« – bezieht sich auf Fanons letztes Buch »Die Verdammten dieser Erde«, Frankfurt/M. 1981. Frantz Fanon, (\* 20. Juli 1925 in Fort-de-France, Martinique, † 6. Dezember 1961 in New York), Psychiater, Schriftsteller und Vordenker der Entkolonialisierung.

27 dt.: »Sie lieben uns wie das Feuer, sagt euch das, wir machen uns keine Illusionen mehr. / Sie lieben uns wie das Feuer, und ja sagt euch das, ich bin dieses Feuer, das auf einem Baumwollfeld entflammt. // Sie lieben uns wie das Feuer, man verteidigt sich wie man kann, wie man es für richtig hält, wie's kommt, wie man eine Hundekette zurückweist.«

28 Angespielt wird in diesen Versen auf die rechts-extremistische Partei von Le Pen und auf den 17. 10. 1961, an dem eine FLN-Kundgebung in Paris durch die Polizei brutal aufgelöst wurde. Da das Thema in Frankreich lange vollkommen tabuisiert war, ist noch unklar, wie viele Algerier dabei ermordet wurden (Schätzungen schwanken zwischen 32 und rund 200 Toten); dt.: »Was unsere Chancen einer sozialen Einfügung betrifft, bevorzuge ich immer noch die Ehrlichkeit der Front National (...) / Wie zurückhaltend bleiben? Ich bin düster wie ein Abend am 17. Oktober, ein blutiges, trauriges Ereignis, das schon seinen Vierzigsten feiert (...) Und ja, wir verbrennen das Leben und wer drängt uns dazu?«

29 Vgl. *Der Rap ist Schuld. Frankreich debattiert über die Musik aus den Banlieues*, in: Süddeutsche Zeitung, 26./27. 11. 2005, S. 15.

La Rumeur auf ein solches Ereignis Bezug). Es sind »feux de détresse« (Feuer der Verzweiflung), aber auch Feuer der Selbstverteidigung. Dabei wird die Inszenierung des erzählenden Ichs als Feuer in einem ersten Schritt als eine Reaktion auf das Verhalten der französischen Mehrheitsgesellschaft (»ils«) gegenüber den sozial deklassierten und rassistisch diskriminierten Teilen der Bevölkerung der Banlieues beschrieben, in einem zweiten Schritt wird die zugeschriebene Identität dann gewissermaßen angenommen und in einen »Gegenschlag« umgeformt: »Ils nous aiment comme le feu, dites-vous-le, on ne se fait plus d'illusions. / Ils nous aiment comme le feu, et ouais dites-vous-le, je suis ce feu qui se déclare dans un champ de coton. // Ils nous aiment comme le feu, on se défend comme on peut, comme on croit, comme ça vient, comme on refuse un collier pour chien.«<sup>27</sup> Diese Illusionen betreffen im Wesentlichen die Selbsttäuschung, dass sich an der Situation derjenigen, denen die französische Mehrheitsgesellschaft aufgrund ihres afrikanischen, karibischen, maghrebinischen Familienhintergrunds eine wirkliche Akzeptanz verweigert, etwas Wesentliches ändern könne. Die brennenden Autos in den Banlieues, so können folgende Zeilen verstanden werden, sind in diesem Sinne aufgezwungen, haben ihre Gründe in der kolonialen Vergangenheit und einer rassistischen Gegenwart Frankreichs: »Quant à nos chances d'insertion sociale, je préfère encore la franchise du Front National (...) / Comment rester sobre? Je suis sombre comme un soir du 17 octobre, triste événement sanglant déjà quarantenaire (...) Eh qui, on brûle la vie et qui nous pousse à le faire?«<sup>28</sup>

La Rumeurs poetische Imaginationen erlebter Wirklichkeit überschneiden sich hier durchaus mit den Erfahrungen und Handlungen der im November letzten Jahres revoltierenden Jugendlichen, wie sie in der eingangs erwähnten Reportage zum Ausdruck kamen. So machen sie in ihren Texten aus den schon vor November 2005 alltäglich brennenden Autos in manchen Pariser Vororten eine Metapher der Selbstbehauptung und erforschen deren Notwendigkeit in ihren Bildern des urbanen Raums. In diesem Sinne sind ihre Lyrics eine Auseinandersetzung mit der Verfaßtheit der französischen Gesellschaft, eine Positionierung zu ihr – und als solche sollten diese und andere Rap-Lyrics ernst genommen werden und nicht als Texte darüber, wie die Banlieue wirklich ist, mißverstanden werden. Vielmehr können sie uns als poetische Umformung erlebter Wirklichkeit et-was darüber erzählen, auf welche Weise gesellschaftliche Wirklichkeit erfahren wird. Das Letzte, für das solche Texte allerdings die Ursache sind, sind die realen Revolten in den Banlieues – auch wenn das den gut 200 Abgeordneten der französischen Regierungspartei UMP, die ihren Justizminister Ende November 2005 aufforderten, gegen einige französische Rap-Künstler wegen »Volksverhetzung« zu ermitteln, wahrscheinlich in den Kram gepasst hätte.<sup>29</sup>

**Anzeige "Junge Welt"**

**nur in der Print-Ausgabe**

## MICHAEL BRIE

# Was hätte Rosa gesagt?

Mehr als anderthalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der DDR und des staatssozialistischen Systems in Europa, nach einer ganzen Serie imperialer Kriege, beginnend mit dem Golfkrieg von 1991, vor dem Hintergrund des Übergangs von einem wohlfahrtsstaatlichen fordistischen Kapitalismus zum Finanzmarkt-Kapitalismus sieht sich die Linke international, in Europa und Deutschland mit drei fundamentalen Konflikten konfrontiert: Innerhalb der herrschenden Klassen und Eliten streiten ein imperialer, wirtschaftsliberaler und autoritärer Neoliberalismus und eine Politik der multilateralen, sozialliberalen oder sozialdemokratischen, an demokratischen Grundnormen orientierten Gestaltung des Finanzmarkt-Kapitalismus um die Vorherrschaft. Aus der Radikalisierung des Neoliberalismus oder dem Scheitern des modernen sozialdemokratischen Ansatzes entstehen Tendenzen hin zur Barbarisierung und offener, alle Grundrechte verletzender, den Krieg als Normalfall organisierender Herrschaft.

Zugleich ist die Linke selbst wieder zu einer Herausforderung geworden. Der Weltsozialforumsprozess, massive soziale Bewegungen der von Arbeitslosigkeit, Niedriglohn und Prekarisierung Bedrohten oder Betroffenen, der Land-, Obdach- und Passlosen, jener, denen der Zugang zu Wasser, Gesundheitsversorgung und Bildung versagt ist oder genommen wird, die von Krieg und Terror bedroht sind, stellen die Legitimität von Neoliberalismus, Finanzmarkt-Kapitalismus und Imperialismus in Frage. Aus einer Situation der Ohnmacht und Defensive zeichnen sich Möglichkeiten eigener Gestaltungsmacht und realer Veränderung ab.

Genau an diesem Punkt aber brechen die inneren Widersprüche der Linken auf, eröffnen sich Alternativen, die eine strategische Diskussion herausfordern, muss die Linke zeigen, was sie ist, welche andere Welt sie in ihrem Kampf vorwegnimmt. Die Zeit der Beliebigkeit und abstrakter Erklärungen ist vorbei. Die Diskussionen zur Frage der eigenen Organisation, der Beziehung von Parteien, Bewegungen, Gewerkschaften, zur Frage von Regierungsbeteiligungen, des Verhältnisses zum Staat, zu Gewalt, zu den Menschenrechten hat mit aller Macht begonnen.

Es wird entscheidend von der Kultur, vom Selbstverständnis der Linken abhängen, zu welchem Ergebnis diese Diskussionen führen werden. Die Gefahr ist außerordentlich groß, dass sich die alten Schismen der Linken unter neuen Bedingungen wiederholen und eine Abwehr von Barbarei, die Überwindung der Hegemonie des Neoliberalismus, die Einleitung einer Strategie der Transformation,

Michael Brie – Jg. 1954, Prof. Dr., Philosoph, stellvertretender Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung; zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Funken der Hoffnung im Vergangenen. In Erinnerung an den Herbst 1989, Heft 172 (Februar 2005)

Beitrag für die Rosa-Luxemburg-Konferenz der RLS, 4. März 2006

die über den Finanzmarkt-Kapitalismus hinaus führt und die Vorherrschaft der Kapitalverwertung über Wirtschaft und Gesellschaft überwindet, unmöglich macht. Was hat Rosa Luxemburg uns hinterlassen, was wir nie vergessen sollten? Was hätte Rosa uns gesagt?

*Nicht verlernen, zu lernen!*

Wieder steht die Aufgabe, die Rosa Luxemburg schon 1915, in der Stunde der bis dahin tiefsten Niederlage der sozialistischen Kräfte, bewegt hat: »... wir sind nicht verloren und wir werden siegen, wenn wir zu lernen nicht verlernt haben«<sup>1</sup>. Dieser Lernprozess aber ist nicht bequem. Wie schreibt Rosa in der Junius-Broschüre: »Selbstkritik, rücksichtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung.«<sup>2</sup>

Eine solche Selbstkritik ordnet sich nicht den Opportunitäten leichter Mehrheiten und fauler Kompromisse unter. Sie befriedigt nicht Harmoniesüchte und bequemen Ausgleich der Gegensätze, denn dies ist der Boden, auf dem die sozialistische Bewegung zu faulen begann und wieder in Fäulnis übergehen könnte.

Eine solche Selbstkritik hat zwei Bedingungen: erstens die Achtung der Würde, der persönlichen Integrität des Anderen, der Anderen, und zweitens der Schutz der »Andersdenkenden und -fühlenden in den eigenen Reihen«<sup>3</sup>. Werden die Andersdenkenden ausgeschlossen durch Diffamierung und Denunziation – die wichtigsten Formen sind einerseits die Unterstellung schlechter Motive oder die Zuordnung zum »Feind« als dem absolut Bösen, werden ihre Rechte auf die eigenständige, autonome Vertretung ihrer Meinung und die dazu notwendigen Rechte auf Organisation zum Zwecke der Meinungsbildung (Fraktionsverbot) nicht geachtet, ist Anders-Denken nicht möglich.

Da Denken aber überhaupt nicht möglich ist ohne das Denken von Differenz und in der Differenz, ist die Unterdrückung von Andersdenkenden die Unterdrückung von Denken überhaupt als öffentlicher Angelegenheit, ist Zerstörung des öffentlichen Raums, Vernichtung von Demokratie. Deshalb auch Rosas verzweifelte Bemerkung gegenüber ihren russischen Genossen drei Jahre später: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«<sup>4</sup>. Und sie fügt begründend hinzu: »Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.«<sup>5</sup>

Die dauerhafte Unterdrückung der Freiheit der Andersdenkenden ist das Ende des Sozialismus als Aufklärungs-, als Emanzipations-, als Befreiungsbewegung. Diese Beseitigung der Grundbedingungen politischer Demokratie, so Rosa, »verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst, aus dem heraus alle angeborene Unzulänglichkeit der sozialen Institutionen allein korrigiert werden können: das aktive, ungehemmte, energisch politische Leben der breitesten Volksmassen«<sup>6</sup>. Staaten, die diese politische Demokratie beseitigen, indem sie öffentliche Dissidenz dauerhaft unterdrücken, haben sich wie schon Lenin und Trotzki »für die Diktatur einer Handvoll Personen« entschieden. Für Rosa Luxemburg ist dies trotz ihrer Sym-

1 Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 63.

2 Ebenda, S. 53.

3 Rosa Luxemburg: Gegen den Franktireurkrieg, in: Ebenda, Bd. 4, S. 7.

4 Rosa Luxemburg: Zur Russischen Revolution, in: Ebenda, S. 359.

5 Ebenda.

6 Ebenda, S. 355 f.

7 Ebenda, S. 362.

pathie mit den sozialen Zielen der Bolschewiki eine »bürgerliche Diktatur«. Sie schrieb in ihrer Gefängniszelle: Bürgerliche Demokratie und diese Art von Diktatur seien »zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik«<sup>7</sup>.

Weder mit Rosa noch mit dem geltenden Parteiprogramm lässt sich der kubanische Staat ohne die größten und das Wesen betreffenden Einschränkungen als »sozialistisch« bezeichnen. Dies mag weh tun, mag der eigenen Biographie, der Solidarität mit einer Volksrevolution, dem Kampf gegen den US-Imperialismus und seiner Embargopolitik scheinbar entgegenstehen, aber billiger ist Sozialismus nicht zu haben, als sich offen diesen Widersprüchen zu stellen. Was wir wieder lernen müssen, ist, den befreienden Ansatz eines demokratischen Sozialismus, der die »süße Schale der formalen Gleichheit und Freiheit« mit dem »sozialen Inhalt« der Gerechtigkeit füllt, auch unter Schmerzen zu verteidigen und dadurch erst glaubwürdig und machtvoll zu sein.

Soziale Zielsetzungen allein, wie sie auch für viele staatssozialistische Gesellschaften in Europa primär waren, machen noch keinen Sozialismus, sondern nur eine sozial orientierte Diktatur im Namen des Volkes. Sozialistische Überzeugungen, die sich fangen lassen in dem Gefängnis der Hörigkeit einer Einparteienherrschaft, die nicht einmal Fraktionen in den eigenen Reihen zulässt, so ermutigend, bewunderungswürdig, ehrlich diese Überzeugungen auch sein mögen, machen noch keine sozialistische Gesellschaft. Und umgekehrt sind formale Freiheit und Gleichheit zwar eine Voraussetzung, nicht aber die Substanz von Sozialismus. Praktisch bedeutet dies auch: Engste, beste, solidarischste Kooperation mit kubanischen Sozialistinnen und Sozialisten dort, wo unsere praktischen Ziele übereinstimmen, aber bei klarer Betonung der Differenzen darüber, was Sozialismus ist und wie mit politischen Widersprüchen umzugehen ist. Dies schließt auch die Forderung nach Einleitung von realen, konkreten Schritten ein, die die Wahrung der politischen Freiheiten Andersdenkender sichert und mit der Freilassung der Gefangenen aus »Gewissensgründen« (Amnesty International) einhergeht.

Jenseits von allen taktischen Opportunitäten, von Stimmungen und Meinungen ist – und uns ist kaum noch vorstellbar, welchem Druck die deutsche Sozialdemokratie angesichts der Kriegsbegeisterung der übergroßen Mehrheit der Deutschen ausgesetzt war –, auch daran lässt Rosa Luxemburg keinen Zweifel, das wesentliche Kriterium politischer Entscheidungen das Programm der jeweiligen Organisation. Sie schreibt: »Und keine Gruppe von hundert Genossen, möge sie eine Ortsversammlung, ein Konsumverein oder eine parlamentarische Fraktion sein, hat in einer demokratischen Partei wie der Sozialdemokratie die Befugnis, den einzelnen zum Verrat an der Partei zu zwingen. Die Disziplin der Gesamtpartei, d. h. ihrem Programm gegenüber, geht vor alle Korporationsdisziplin und kann allein dieser letzteren Berechtigung verschaffen, wie sie auch ihre natürliche Schranke bildet.«<sup>8</sup> Wenn nun aber eine Position eines Organs einer Partei selbst vom Parteiprogramm abweicht, kann von einer solchen Position ausgehend auch nicht begründet werden, dass andere, abweichende Auffassungen nicht die Position der Partei widerspiegeln würde.

8 Rosa Luxemburg: Parteidisziplin, in: Ebenda, S. 16.



Nur am Parteiprogramm kann gemessen werden, ob eine einzelne Entscheidung der Position der Organisation entspricht oder nicht. Und es ist klar, dass auf der Basis ein und desselben Programms in sehr vielen konkreten Fragen unterschiedliche Entscheidungen getroffen werden können, denn das Programm formuliert nur die Maßstäbe, nimmt aber die konkreten Entscheidungen nicht vorweg und kann dies auch nicht. Und mit Mehrheit getroffene Entscheidungen grenzen deshalb die Minderheit solange nicht aus, wie deren Position vom Standpunkt des Programms her begründet werden kann. Alles andere wäre ein Ende der Pluralität einer Partei.

Von Hermann Klenner, Mitglied des Marxistischen Forums der PDS, kam der Vorschlag folgenden Absatz in das Parteiprogramm aufzunehmen: »Eine sozialistische Gesellschaft, wie wir sie anstreben, garantiert in der Einheit von politischen, sozialen und kulturellen Rechten das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen und Völker. Sie ist eine Gesellschaft, in der die Profitdominanz beseitigt ist. Sie verwirklicht eine sich auf die politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Verhältnisse erstreckende Demokratie. Sie erfordert die Unterordnung der Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsweise unter das Prinzip, allen Bürgerinnen und Bürgern die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu ermöglichen. Dazu gehören die entsprechende Veränderung der Richtung des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Bewahrung der natürlichen Umwelt, die Einheit von Rechtsstaat und Sozialstaat, Solidarität nach innen und außen sowie eine weltumspannende Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt.« Diesem Vorschlag wurde gefolgt.<sup>9</sup>

Die Resolution des Parteivorstandes der Linkspartei.PDS steht, indem sie Kuba uneingeschränkt als sozialistisch bezeichnet, in dieser Hinsicht im direkten Gegensatz zu Geist und Buchstaben des gültigen Parteiprogramms, und es ist deshalb kein Zufall, dass die Kommunistische Plattform der PDS, die diesem Parteiprogramm ihre Zustimmung versagte, diese Resolution fast uneingeschränkt begrüßt. Ihre Kritik an dem Beschluss hält sich in engsten Grenzen: »Es wäre eine kluge Entscheidung gewesen, hätte der Parteivorstand nach der Brückierung der kubanischen Genossen durch André Brie, Helmuth Markov und Gabi Zimmer darauf verzichtet, sich sogleich unter Verweis auf die Menschenrechtsfragen wieder von Kuba abzugrenzen. Auch hätte der Parteivorstand gut daran getan, großzügiger mit überzeichneter Kritik umzugehen. Sei's drum. Das Entscheidende am Beschluss vom 27. 2. 2006 ist die Tatsache, dass er der Stimmung an der Basis der Partei gerecht wird.«<sup>10</sup>

### *Radikal, nicht extrem*

Die Politik der Linken und sozialistischer Parteien muss sich angesichts der wachsenden Bedrohungen der Grundlagen menschlicher Zivilisation radikalisieren. Daran gibt es für mich keinen Zweifel. Was aber bedeutet Radikalität? Mit Marx, Rosa Luxemburgs ständigem Bezugspunkt gemeinsam mit Lassalle, den sie für seine politische Kühnheit und Entschlossenheit bewunderte, heißt Radikalität, »die Sache an der Wurzel fassen«. Und Marx fügt hinzu: »Die Wur-

9 Im Parteiprogramm heißt es auch: »Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung und bleibt den Mächtigen vorbehalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit, Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit verlangt, dass die grundlegenden Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller anderen werden können. Freiheit ist nicht als egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen. So definieren wir die sozialistischen Werte, auf die wir uns in unseren Programmen von 1990 und 1993 geeinigt hatten. Wir legen sie unserer Politik zu Grunde.«

10 [http://sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view\\_html?pp=1&n=0&bs=1&zid=3197](http://sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view_html?pp=1&n=0&bs=1&zid=3197).

11 Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW, Bd. 1, S. 385.

12 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 450.

13 Ebenda, S. 445.

zel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.« Und deshalb führe der »Radikalismus der deutschen Theorie« hin zu »der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«<sup>11</sup>.

Rosa Luxemburg hat in der Schrift »Was will der Spartakusbund?« sich nicht nur dazu bekannt, dass der Spartakusbund die Regierungsgewalt nur »durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse« und »kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes« zu übernehmen bereit ist<sup>12</sup>, sie hat sich ganz im Geist ihrer Schrift »Zur russischen Revolution« in aller Klarheit von den bolschewistischen Methoden, wie sie sich nach dem Januar 1918 in Russland durchsetzten, abgegrenzt, wenn auch, ohne die Bolschewiki zu nennen: »In den bürgerlichen Revolutionen waren Blutvergießen, Terror, politischer Mord die unentbehrliche Waffe in der Hand der aufsteigenden Klassen. Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Meuchelmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäuschung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen.«<sup>13</sup> Eine radikal demokratische Rätemacht, nicht die Diktatur eine Partei und ihrer Führung, sollte sich dem Widerstand der Konterrevolution entgegensetzen. Sie schrieb: »Der Einfall von Radek z. B., »die Bourgeoisie abzuschlachten« oder auch nur eine Drohung in diesem Sinn, das ist doch Idiotie summo grado; nur Kompromittierung des Sozialismus, nichts weiter.«

Linke Radikalität misst sich weder an der Gewalttätigkeit der Sprache, auch nicht an der Zahl der Toten, der Schnelligkeit der Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse, sondern daran, ob durch sozialistische Politik ein tatsächlicher Beitrag geleistet wird zur Beseitigung von Verhältnissen der Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung. Jeder praktische Schritt dahin ist human und radikal zugleich. Dabei steht linke Politik im Wettbewerb, dies unter den gegebenen Möglichkeiten und mit den vorhandenen Kräften umfassender und vollständiger, in der Einheit der Durchsetzung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu tun.

Radikalität unterscheidet sich dadurch von Extremismus, dass Radikalität die Mittel dem menschlichen Zweck unterordnet, während der Extremismus in seiner Verachtung für Demokratie und für »Verweise auf Menschenrechtsfragen«, die nur von den eigentlich wichtigen Dingen ablenken würden, die Mittel, den Kampf gegen den Feind, die Durchsetzung einer anderen politischen und Eigentumsordnung, über das Recht von Menschen auf Leben und demokratische Selbstbestimmung stellt. Extremisten sind jene, die anderen wegen ihrer Auffassungen, gewaltfreien Meinungsäußerungen, ihrer Herkunft oder Abstammung, ein geringeres Recht auf Leben zuge-

stehen als sich selbst und ihren politischen Freunden. Extremismus bildet den tiefsten und direktesten Gegensatz zu einem sozialistischen Radikalismus. Das System des Extremismus ist die Diktatur, ob rechts oder links, das System eines sozialistischen Radikalismus ist eine soziale Demokratie.

Für eine solche linke Radikalität hat die Geschichte eine Reihe von Maßstäben entwickelt. Der erste Maßstab ist der der Präferenz von demokratischen und friedlichen Methoden. Der Bruch der Bolschewiki mit sozialistischer Politik war nicht der bewaffnete Putsch im Oktober 1917, der nur wenige Opfer verlangte, die Agonie der Provisorischen Regierung beendete und sich auf eine linke Mehrheit in den frei gewählten Räten stützte, sondern die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung Russlands mit polizeilichen Mitteln im Januar 1918. Der Sprecher der Bolschewiki, Nikolai Bucharin, erklärte von der Bühne dieser Versammlung aus »der bürgerlich-parlamentarischen Republik einen Kampf auf Leben und Tod«. Dies beendete auch die Ära der demokratischen Räte, denn auch diese wurden von da an nicht mehr frei gewählt. Das Verbot von politischen Parteien, selbst jenen, die den Oktoberaufstand mitgetragen hatte, folgte fast unmittelbar. Damit wurden die Möglichkeiten einer friedlichen, legalen Austragung der inneren Konflikte beseitigt, so dass nur der offene Bürgerkrieg oder aber die Unterordnung unter die Diktatur der Bolschewiki als Alternative blieben. Dieser Konflikt kostete 10 Millionen Menschenleben.

Die Abwägung zwischen den Erwartungen und Hoffnungen auf die Durchsetzung einer neuen sozialistischen Wirtschafts- und Staatsordnung und den Gefahren, die sich durch die Errichtung einer Diktatur ergaben, wurde von den Bolschewiki schnell getroffen. Hintergrund sind einerseits die Erfahrungen von Zarismus, imperialistischem Krieg und der Formierung gegenrevolutionärer Kräfte sowie andererseits ein Verständnis von Revolution, das in der Phase der »Schreckensherrschaft« der Jakobiner den Höhepunkt der Französischen Revolution, als der Revolution schlechthin, sah.<sup>14</sup> Anders aber als die Jakobiner unterwarfen sich die Bolschewiki nicht einem Votum der vom Volke gewählten Versammlung, sondern lösten diese auf.

Tyrannis und Diktatur<sup>15</sup> haben in ihren frühen historischen Formen oft starke progressive Züge getragen und brachten zum Beispiel unter Peisistratos (607 bis 528 v. u. Z.) Interessen vor allem der kleinen Landeigentümer Athens zur Geltung und stärkten damit sozial-egalitäre Tendenzen. Unabhängig von diesem Gehalt ist ihnen die personale Herrschaft eines einzelnen außerhalb der historisch üblichen oder aus dem Willen anderer abgeleiteter Verfahren (Wahl, Ernennung usw.) eigen. In diesem Sinne war Lenin kein Tyrann. Seine Macht beruhte auf der Diktatur einer Partei, durch die er bis zu seinem Tode regelmäßig gewählt wurde. Mit dem X. Parteitag wurde durch das Fraktionsverbot die freie Meinungsbildung in der bolschewistischen Partei unmöglich gemacht und spätestens Anfang der 30er Jahre hatte J. Stalin seine persönliche Tyrannei durchgesetzt.

Die Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 beginnt mit den klaren

14 Aus den stenographischen Aufzeichnungen über die Tagung der Konstituierenden Versammlung. 5. bis 6. Januar 1918, in: Die russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Herausgegeben, eingeleitet, kommentiert und übersetzt von Wladislaw Hedeler, Horst Schützler, Sonja Striegnitz. Berlin: Karl Dietz Verlag 1997, S. 414.

15 Hermann Klenner: Marxismus und Menschenrechte. Studien zur Rechtsphilosophie. Berlin: Akademie-Verlag 1982, S. 410.

Worten: »Da die Anerkennung der allen Mitglieder der menschlichen Familie innewohnende Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet, da Verkennung und Missachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist, da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts zu schätzen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird ...«<sup>15</sup>

16 Im historisch ursprünglichen Sinne der Römer war die Diktatur der zeitlich befristete Ausnahmezustand, in dem wesentliche Verfassungsorgane ihre ganze Macht an eine einzelne Person abtraten: »Der Begriff Diktator (von lat. der Sprechende, Befehlende) bezeichnet ursprünglich ein politisches Amt des Alten Roms. In besonderen Krisenzeiten ernannten die höchsten politischen Beamten der Republik, die Konsuln, mit der Zustimmung des Senats einen Diktator. Dieser hatte unumschränkte Befehlsgewalt in Staat und Heer (summus imperium). Ihm waren alle anderen Magistrate untergeordnet. Seine Herrschaft war auf 6 Monate begrenzt. Nach Niederlegung seines Amtes konnte er keiner Vergehen angeklagt werden (im Gegensatz zu allen anderen republikanischen Beamten).« <http://de.wikipedia.org/wiki/Diktator>.

Das Attentat auf Lenin durch linke Sozialrevolutionäre war die zwangsläufige Folge der Unterdrückung demokratischer Ausdrucksformen – war versuchter Tyrannenmord. Und Tyrannenmord ist der einzige Mord, der vom Standpunkt der Demokratie legitim ist, da es der Tyrann ist, der sich zum Herrn über Leben und Tod erklärt und über das Leben anderer außerhalb von rechtsstaatlichen Bedingungen verfügt. Gleichzeitig entzieht er jedem anderen die Möglichkeit, dem Menschen, der der Tyrann auch ist, gewaltlos die Macht, andere zu töten, zu nehmen. Da es um Leben und Tod geht, beendet auch oft erst der Tod die Herrschaft von Tyrannen. Demokratie dagegen schützt auch das Leben der Inhaber demokratischer Positionen, da sie diese Positionen nur auf Zeit einnehmen und ihre Stellung davon abhängig ist, ob sie direkt durch die Bürgerinnen und Bürger bzw. durch von diesen gewählten Vertretern ein- bzw. abgesetzt werden. Außerdem sind ihre Machtbefugnisse eingeschränkt, sind Leben und Freiheit der einzelnen nicht von der Willkür der Herrschenden abhängig. Genau deshalb aber muss Demokratie, will sie ihrem Anspruch gerecht werden, soziale Demokratie werden.

Der zweite Maßstab eines radikalen sozialistischen Ansatzes ist die Gerichtetheit der gesellschaftlichen Transformation und die Unteilbarkeit der Menschenrechte. Es ist klar, dass jede Veränderung einer Gesellschaft immer von den gegebenen Bedingungen ausgeht und die Verhältnisse, die der universellen Erfüllung der politischen, sozialen und kulturellen Menschenrechte entgegenstehen, nur schrittweise überwunden werden können. Gleichzeitig ist es mit einer Politik des demokratischen Sozialismus unvereinbar, wenn deshalb dauerhaft die elementarsten Grundrechte auf welchem Gebiet auch immer nicht durchgesetzt werden, weil damit Menschen die allerwichtigsten Bedingungen auf ein Leben in Würde verlieren. Der Ausschluss von Wohnung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Bildung wird durch freie Wahlen nicht akzeptabler, und der Zugang zu ersteren legitimiert nicht die dauerhafte Unterdrückung des Rechts auf freie Rede.

Es kann für erforderlich angesehen werden, nach revolutionären Umwälzungen, die einen Zustand der Tyrannei beendeten, zwei oder sogar vier Jahre vergehen zu lassen, bis die Bedingungen für freie Wahlen geschaffen sind. Wichtig sind der gerichtete Prozess und ein überschaubares Ende des politischen Ausnahmezustandes. Wird dieser Zustand aber auf Dauer gestellt oder sogar zur Verfassungsnorm, nimmt eine Partei oder Parteiführung für sich außerdemokratisch die

Führung in Anspruch, wird sie vom Standpunkt eines Rosa-Luxemburgschen Sozialismus illegitim.

Illegitim ist von diesem Standpunkt aber auch eine Demokratie, die nicht sozial ist. Dazu aber muss sie mit »energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverordneten Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft«<sup>17</sup> verbunden werden und bringt damit Interessen der Arbeiterklasse und der großen Bevölkerungsmehrheit gegenüber Klassenprivilegien der Kapitaleigentümer zur Geltung. Während im Kapitalismus, so Rosa Luxemburg, unabhängig von der politischen Form, das Interesse der Kapitaleigentümer letztlich über alle anderen dominiert und so eine faktische Diktatur ausübt, so sollen im Sozialismus soziale Gleichheit und Freiheit die Eigentumsordnung dominieren, aber eben als Werk der Mehrheit, hervorgehend »aus der aktiven Teilnahme der Massen«, stehend »unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung« und der »Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit«<sup>18</sup>.

Es gab in der Linken immer eine Strömung, die um der Erreichung sozialer Ziele (Herstellung einer bestimmten Eigentumsordnung, Durchsetzung sozialer Gleichheit, Umverteilung nach unten) bereit war, die politische Freiheit einzuschränken oder ganz zu unterdrücken. Dies ist die Tendenz zu einem sozial orientierten Autoritarismus, die in eine sich sozial legitimierende Diktatur übergehen kann und historisch auch übergegangen ist. Und diese Diktatur ist dann wiederum unter bestimmten Bedingungen in eine totalitäre Herrschaft umgeschlagen, die die Menschenvernichtung im Namen des Sozialismus einschloss. Demokratischer Sozialismus, und in dieser Frage ist er tatsächlich gleich weit von einer liberalen Demokratie wie einem sozial orientierten Autoritarismus entfernt, strebt an, zugleich die Möglichkeiten, an demokratischen Entscheidungen teilzuhaben, zu erhöhen, wie solche Eigentumsverhältnisse zu schaffen, die die Produktion und gleiche Verteilung derjenigen Güter, die die Menschenrechtserfüllung erst ermöglichen, der Freiheitsgüter, an die erste Stelle zu setzen. Also nicht Luxus, sondern Wasser, Brot, Bildung und Gesundheit, nicht Villen, sondern Wohnungen, nicht exorbitante Gewinnmargen der Shareholder und gigantische Managergehälter, sondern ein auskömmliches Einkommen für alle. Dem System einer demokratischen Machtlosigkeit des Neoliberalismus, in dem weder Eigentums-, noch Verteilungsfragen mehr zur demokratischen Disposition stehen, in der die Sicherung von grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen abhängig gemacht wird von der Bezahlung von Schulden und der Beachtung des freien Wettbewerbs mit den internationalen Oligopolen, stellt der demokratische Sozialismus die Demokratisierung der Entscheidung über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und die Stärkung eines sozialen Gemeinwesens gegenüber. Dies und nichts anderes ist Kampf für eine soziale Demokratie.<sup>19</sup>

Im Parteiprogramm der PDS heißt es dazu: »Alle Eigentumsformen – genossenschaftliche, kommunale, private, staatliche und andere –, die die natürlichen, sozialen und kulturellen Lebensgrundlagen entwickeln und den Zugang zu den Grundbedingungen menschlichen Lebens erleichtern, sollten gefördert, andere, die Lebensgrundlagen untergraben, vernichten und diesen Zugang er-

17 Rosa Luxemburg:  
Zur russischen Revolution,  
a. a. O., S. 363.

18 Ebenda, S. 363 f.

19 Es gehört zur traurigen Ironie der Geschichte, wenn viele »sozialdemokratische« Parteien ihren Namen behalten haben, in der Sache aber zu Parteien eines sozial eingehetzten Kapitalismus geworden sind.

schweren oder verhindern, sollten zurückgedrängt und überwunden werden. Wir halten an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit von Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest und sind dafür, diese Möglichkeit umzusetzen, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und wirksamer Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt. Wir wollen das weltweite Diktat von Welthandelsorganisation (WTO) und Internationalem Währungsfonds (IWF) über die Rahmenbedingungen von Wirtschaft überwinden und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Wissen stoppen.«

Anders als viele Linke meinen, gibt es ein demokratisch wie sozialistisch begründetes Primat der politischen Menschenrechte. Solange die Bereitstellung jener Güter und Bedingungen, die die sozialen und kulturellen Menschenrechte sichern, durch ein undemokratisches System erfolgt, sind es keine Rechte, sondern vom Willen und den Interessen der Machthaber abhängige Gratifikationen und Zugeständnisse. Sie können auch wieder entzogen werden und werden in Willkür selektiv gegeben. Dieses Primat der politischen Rechte relativiert die sozialen und kulturellen Menschenrechte nicht, sondern macht sie erst zu unveräußerlichen Rechten, weil es die politischen Menschenrechte sind, deren Wahrung den demokratischen Kampf um eine menschenrechtskonforme Eigentumsordnung erst ermöglichen, erst sichern, dass man ohne Angst um Leib und Leben dafür eintreten kann, dass Eigentum wirklich sozial verpflichtet.

### *Beachtet die Machtungleichheit*

Eine sozialistische Radikalität betrachtet den Menschen nicht als ein Abstraktum, sondern als konkrete, unwiederholbare Individualität, verwundbar, sterblich, empfindlich und vernünftig. Es ist die leidenschaftliche Revolutionärin Rosa Luxemburg, die mitten in den sich zuspitzenden Ereignissen des November 1918, gerade selbst schwer gezeichnet mehrjährigem Gefängnis entronnen, schrieb: »Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen ... geflossen. Jetzt muss jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtsloseste revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit – dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muss umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.«<sup>20</sup> Sie nannten die Abschaffung der Todesstrafe eine »Ehrenpflicht« der Revolution. Worte wie diese sind selten in der kommunistischen Bewegung gewesen.

Diese Worte verkörpern einen Anspruch an sozialistische Politik, Zweck und Mittel, Ziel und Weg nicht in einen antagonistischen Gegensatz geraten zu lassen und vom Standpunkt der Schwachen zu urteilen. Geschrieben sind sie wenige Wochen, bevor die rechte Sozialdemokratie Bluthunde auf das rote Berlin los ließ, die – »Schlagt ihre Führer tot!« – auch Rosa Luxemburg ermordeten. Wie einer der Täter später gestand: »Die Ereignisse dieses Abends spielten sich

20 Rosa Luxemburg: Eine Ehrenpflicht, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, S. 406.

wie im Rausch ab. Wir hatten vier Jahre einander getötet, es kam auf einen mehr nicht an.«<sup>21</sup> Verzweifelt begann Paul Levi seine Totenrede auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit den Worten: »Es ist, als ob die Erde nicht satt würde des Blutes. Sie hat vier Jahre lang Blut getrunken, Blut um Blut.«<sup>22</sup>

Die Linke ist nur links, wenn sie vom Standpunkt derer auf die Gesellschaft blickt, die durch die herrschenden Verhältnisse unterdrückt, ausgebeutet, ausgegrenzt und entwürdigt werden. Von einem solchen Standpunkt stellt sie ihre Forderungen vor allem an jene, die politisch, ökonomisch, geistig und militärisch in der Übermacht sind, kämpft für die Veränderung vor allem des Verhaltens dieser Kräfte bzw. für ihre Zurückdrängung und letztlich für die Überwindung dieser Übermacht. Dies betrifft auch das Verhältnis einer demokratisch-sozialistischen Linken zu Kuba.

Die USA-Blockade, die auf die Verfügung der revolutionären Regierung Kubas über Eigentum auf Kuba (Verstaatlichung einer Reihe großer US-amerikanischer Wirtschaftsunternehmen und kubanischer Großgrundbesitzer) folgte, griff in das legitime Recht jedes Staates ein, die Eigentumsordnung entsprechend den eigenen Interessen zu gestalten. Über die Jahrzehnte ist daraus ein erklärter Krieg der USA mit militärischen, geheimdienstlichen, ökonomischen, politischen und kulturellen Mitteln geworden. Die Hauptkritik an den damit verbundenen Verletzungen staatlicher Rechte Kubas und der Menschenrechte der Kubaner muss deshalb die USA treffen.

Aber, und darauf hat Christoph Spehr in einer Diskussion verwiesen, gibt es ein anderes Machtungleichgewicht, das die Linke nicht nur deshalb ignorieren darf, weil es vom Standpunkt der weltpolitischen Zusammenhänge geringer zu sein scheint – das zwischen der Führung Kubas und der Bevölkerung und vor allem jenen, die abweichende Vorstellungen über die politische und Eigentumsordnung Kubas haben.

In den letzten Jahren wurden in Kuba eine Reihe von Gesetzen erlassen, die es u. a. verbieten,

- US- oder anderen ausländischen Medien Interviews zu geben, die Kritik an der wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Ordnung üben,
- mit internationalen Menschenrechtsorganisationen zu kommunizieren,
- sich in Gruppen zu betätigen, die durch die kubanischen Autoritäten nicht anerkannt sind oder der konterrevolutionären Aktivität verdächtigt werden.<sup>23</sup>

Dies alles sind Gesetze, wie wir sie aus der DDR, der Sowjetunion und anderen staatssozialistischen Ländern kennen. Da gibt es keinerlei grundlegenden Unterschied. Nun ist es zweifelsohne das Recht jedes Staates, sich ausländische Einmischung zu verbitten. Solange aber das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinsfreiheit nicht gewährleistet ist, solange die Bürgerinnen und Bürger nicht selbst Ressourcen frei bereitstellen und nutzen können für die Wahrnehmung dieser Rechte, solange im eigenen Land kein Rechtsstaat wacht über die Unverletzbarkeit dieser Rechte, führt die Unterdrückung jeder Außenkontakte nur dazu, dass das interne Machtungleichgewicht zugunsten der Regierung weiter erhöht wird,

21 Elisabeth Hannover-Drück; Heinrich Hannover (Hrsg.): Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Dokumentation eines politischen Verbrechens. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1979, S. 139.

22 Paul Levi: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Gedächtnis. Rede bei der Trauerfeier am 2. Februar 1919 im Lehrervereinshaus zu Berlin, S. 3.

23 Amnesty International.

ihr Spielraum sich steigert für massive politische Verfolgung. Vom Standpunkt des Parteiprogramms der PDS kann einer solchen Politik nicht der Name »sozialistisch« gegeben werden.

Eine Partei, die sich nach 1989 für die Rehabilitierung der Dissidenten der DDR eingesetzt hat, deren Fraktionsvorsitzender schon Ende der siebziger Jahre im Falle Bahro mit enormem Mut den Freispruch forderte, kann und darf nicht schweigen, wenn andere Staaten mit den gleichen Mitteln eine gleiche Verfolgung politisch Andersdenkender vornimmt. Es handelt sich auch nicht um einzelne Menschenrechtsverletzungen, sondern um die dauerhafte strukturelle Außerkraftsetzung aller wesentlichen politischen Freiheitsrechte. In diesen Fällen, anders als bei sozialen Grundrechten, bedeutet die Einschränkung der Freiheitsrechte der Andersdenkenden das direkte Verbot zu freiem Denken jedes anderen Bürgers, jeder anderen Bürgerin überhaupt.

\*

Was hätte Rosa gesagt? Drei mögliche Antworten habe ich genannt. Sie fordern uns auf, uns in den komplexen Widersprüchen unserer Zeit keine einfachen Antworten zu geben, uns nicht zu flüchten in die Bequemlichkeit der Anpassung an Stimmungen, verlangen von uns, den Urgrund des Sozialismus, Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen, die Solidarität mit allen, die davon ausgeschlossen werden, nie zu vergessen. Für Rosa Luxemburg war der Kampf für den Sozialismus vor allem ein Kampf gegen die Barbarei. Sozialismus war für sie die notwendige Bedingung, um dem Untergang in die Barbarei zu entgehen. Niemals wäre es für sie hinnehmbar gewesen, selbst zu den Mitteln der Barbarei zu greifen.

Rosa Luxemburg war Sozialistin, weil sie radikale Humanistin war. Dieser Bezug ist es, der sie über so viele andere ihrer sozialistischen Zeitgenossen stellt. Es bleibt auch für die heutigen Sozialistinnen und Sozialisten dabei, was Walter Jens sagte: »Die Humanität in unserer Gesellschaft wird sich auch danach bemessen, inwieweit wir das Erbe Rosa Luxemburgs in Ehren halten.«



## GEORG FÜLBERTH

# Fragen zum Kapitalismus

### *Was ist eigentlich Kapitalismus?*

Marx hat diese Frage am kürzesten beantwortet:

Kapitalismus =  $G - W - W' - G'$

Kaufen Sie für Geld (= G) eine Ware (= W), veräußern Sie letztere wieder und erhalten Sie dafür mehr Geld als vorher (= G'), dann hat sich das ursprünglich eingesetzte Geld als Kapital erwiesen. Allerdings gehört auch noch eine Veränderung der Ware selbst hinzu: sei es, daß sie zu einer anderen Ware umgeformt, sei es, daß sie von einem Ort zum anderen transportiert wird. Sie ist hinterher nicht mehr dieselbe: aus W ist W' geworden, unsere Formel lautet jetzt:  $G - W - W' - G'$ .<sup>1</sup>

Über die Triebkräfte, die den Kapitalismus hervorbrachten und aufrechterhalten, sagt diese Formel wenig aus. Einen Vorschlag macht hier Robert L. Heilbroner (1919 – 2005). Für ihn war Kapitalismus marktvermittelte Herrschaft. Ein Streben nach »Macht«, »Prestige« und »Herrschaft« sei in vorkapitalistischen Zeiten mit außerökonomischer Gewalt durchgesetzt worden, jetzt geschehe es mit Hilfe des Marktes.<sup>2</sup>

Für den Historiker Fernand Braudel (1902–1985) haben die modernen Gesellschaften drei Ebenen. Die erste bezeichnet er »das materielle Leben«. Hierzu gehören offenbar die Produktion von Gütern und die reproduktiven Tätigkeiten. Die zweite Ebene ist die Marktwirtschaft, die dritte der – von ihr eben zu unterscheidende – Kapitalismus. Er ist für Braudel ein System des ungleichen Tauschs und der Ausbeutung, das bereits in der Periode des Handelskapitalismus (1500–1800) voll ausgebildet gewesen sei und sich im Grunde bis heute nicht geändert habe. Braudel ist ein Anhänger der Marktwirtschaft, die er durch die kapitalistischen Machtverhältnisse verzerrt sieht. Im Unterschied zu Marx spricht er dem Kapitalismus sogar eine ökonomische Kohärenz ab. Dagegen hält er eine Marktwirtschaft ohne Kapitalismus für möglich und erstrebenswert, womit dieser von seinem Habitus her eher konservative Historiker implizit eine auch schon in seiner eigenen Epoche unzeitgemäße linke Position einnahm.

### *Wann hat der Kapitalismus eigentlich angefangen – und wo?*

Es kommt darauf an, ob man darunter nur eine Wirtschaftsweise oder ein Gesellschaftssystem versteht. Kapitalismus als den Vorgang  $G - W - W' - G'$  hat es bereits in der Antike, im Feudalismus und sogar im DDR-Sozialismus des »Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« gegeben – also in nichtkapitalistischen Systemen. Dort wurde Gewinn durch den Einsatz von Mitteln ge-

Georg Fülberth – Jg. 1939, Prof. Dr., Politikwissenschaftler, Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg. Publikationen (Auswahl): G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus (2005); Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration (2001); Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten (1994), Sieben Anstrengungen, den vorläufigen Endsieg des Kapitalismus zu begreifen (1991).

Beitrag für die Rosa-Luxemburg-Konferenz der RLS, 4. März 2006

1 Georg Fülberth: Gewinn und Gesellschaft, in: junge Welt, 25./26 März 2006, S. 10/11.

2 Robert L. Heilbroner:  
The Nature and the Logic  
of Capitalism, New York/  
London 1986, pp. 38-45.

3 Karl Marx: Das Kapital.  
Band 1, in: Karl Marx,  
Friedrich Engels, Werke  
(MEW), Band 23, Berlin  
1975, S. 49.

macht, die sich auf diese Weise vermehrten. Während des Mittelalters und in der frühen Neuzeit wurde auch in Japan, Indien, China und in der islamischen Welt so gewirtschaftet. Diese Kapitalismen waren aber immer nur Subsysteme in nichtkapitalistischen Gesellschaften.

Wenn Marx ausnahmsweise einmal das Wort »Kapitalismus« benutzt, meint er immer nur diese Wirtschaftstechnik (»Produktionsweise«), nicht ein Gesellschaftssystem. Erst Werner Sombart hat 1902 ganze Gesellschaften als »Kapitalismus« bezeichnet.

Der Unterschied läßt sich am allerersten Satz des Marxschen »Kapital« darstellen. Dort heißt es: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ›ungeheure Warensammlung‹, die einzelne Ware als seine Elementarform.«<sup>3</sup>

Was sehen wir hier? Antwort: eine Gesellschaft mit einem Inhalt. Dieser ist eine »kapitalistische Produktionsweise«, die zur Gesellschaft gehört, aber nicht notwendig mit dieser identisch ist. Als schiefer Inhalt dieser Gesellschaft wäre die Produktionsweise nur ein Subsystem. Im eben gebrachten Zitat aber »herrscht« sie. In diesem Fall erst haben wir es allerdings mit »Kapitalismus« als Gesellschaftssystem zu tun. Der Ausdruck selber (Kapitalismus) aber wurde von Marx in diesem Zitat eben vermieden. »Kapitalismus« kann also entweder eine Produktionsweise innerhalb einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, also ein Subsystem, sein oder selbst zum Gesellschaftssystem werden.

Als Subsystem ist der Kapitalismus sehr alt, als ganze Gesellschaft kennen wir ihn seit ca. 1500. Das kann zu der Frage führen, ob eine künftige nichtkapitalistische Gesellschaft denkbar und vielleicht sogar wünschenswert ist, in der er wieder nur ein Subsystem darstellt.

#### *Der Profit und seine Vermehrung: woher und – wieviel?*

Eine zentrale kapitalistische Tatsache ist der Gewinn. Er ist leicht zu definieren: als Überschuß des Ertrags über die Kosten. Schwerer ist die Frage zu beantworten, wo der Gewinn denn herkommt.

Als kleine Kinder haben wir alle wohl gemeint, der Kaufmann, bei dem man Drops oder Hanuta bekommt, schlage auf seinen Einkaufspreis eben noch etwas drauf und behalte es für sich, sei also eine Art Betrüger. Marx hat diese naive Auffassung immerhin so ernst genommen, daß er es für nötig hielt, sie im ersten Band seines »Kapital« zu widerlegen: In einer vollständigen Marktwirtschaft ist jeder Verkäufer auch wieder ein Käufer. Den Aufpreis, den er sich genehmigte, muß er irgendwann selbst wieder draufzahlen, wenn er bei seinen ehemaligen Käufern selbst etwas ersteht: sie berechnen ihm ihre eigenen Kosten. In diese geht der Gewinn des Erstverkäufers ein und ist damit für den Schlaumeier, der sich einen Zuschlag genehmigte, doch wieder verloren.

Mit dieser Widerlegung wollte Marx zeigen, daß er eine viel leistungsfähigere Erklärung hatte: den Mehrwert. Er wird von den Lohnabhängigen in unbezahlter Arbeitszeit erwirtschaftet, nachdem sie zunächst den Lohn für ihre eigene Reproduktion erarbeitet haben. Im ersten Band des »Kapitals« ist das stimmig dargestellt. Allerdings ist der Wert der Waren hier nur nach deren Input: Arbeitszeit, ausgedrückt in Geld, dargestellt. Im dritten Band wird es schwierig: hier muß die-

ser Input (Wert) in ein Verhältnis zu dem gesetzt werden, was außen auf den Waren tatsächlich draufsteht: dem Preis. Es ist Marx nicht gelungen, die Identität von beiden mathematisch einwandfrei nachzuweisen. Wird der Arbeits-Wert wackelig, ist es auch der Mehr-Wert.

Die Grenznutzenlehre bietet allerdings noch weit weniger Antworten auf die Frage nach der Entstehung des Gewinns. Dort fällt dieser nur an, wenn die Nachfrage höher ist als das Angebot. In einer Wirtschaft, die sich im Gleichgewicht befindet, kann es keinen Gewinn geben.

Hier weiß Joseph A. Schumpeter (1883–1950) Rat. Wenn ein Unternehmer durch eine Innovation – ein neues Produkt, ein neues Verfahren, anderes Marketing o. ä. – das bestehende Gleichgewicht zerstört, fällt ihm der sogenannte Unternehmergewinn zu. Im Gleichgewicht dagegen gibt es nur den Zins. Wo der herkommt, kann Schumpeter nicht erklären. Einige werden noch auf die Monopole hinweisen. Diese erzielen aber nur einen Extra-Gewinn durch Marktzugangsbeschränkung. Das kann aber nicht erklären, woher der »normale«, also der nichtmonopolistische Gewinn kommt.

Robert L. Heilbroner riet in seinem oben schon erwähnten Buch »The Nature and the Logic of Capitalism« zu einem vernünftigen Eklektizismus, soll heißen: Sämtliche eben aufgeführten Gewinnquellen gibt es wirklich, der Fehler entsteht nur dann, wenn man eine von ihnen zur alleinigen erklärt.

Beginnen wir – erstens – mit dem »betrügerischen« Aufpreis. Marx hatte darauf hingewiesen, daß er bei universellem Tausch auf transparenten Märkten nicht möglich ist. Aber wo gibt es schon völlig transparente Märkte? Inzwischen sind Theorien über den unvollkommenen Wettbewerb entwickelt worden, die nachweisen, daß dieser die Regel ist. Auf vermachteten oder intransparenten Märkten ist der Aufpreis also möglich.

Zweitens: Wenn gegen die Marxsche Theorie vom Mehrwert eingewandt wird, der Gewinn beruhe nicht nur auf Arbeit, sondern auch auf dem Einsatz von Kapital, dann ist zu antworten, daß ohne Einsatz von Arbeit aus diesem Gewinn kein Profit herausgeschlagen werden kann und daß der Ertrag nur dann höher als der Einsatz ist, wenn die Reproduktionskosten für die Arbeitskraft geringer sind als der Preis des Produkts. Drittens: Die Lehre vom Grenznutzen trägt immerhin dann zur Erklärung des Profits bei, wenn der Markt eben nicht im Gleichgewicht ist. Das ist statistisch der Regelfall.

Viertens: Daß neue Produkte und Verfahren zu Sondergewinnen führen (Schumpeter), ist ebenso eine Erfahrungstatsache wie fünftens: der Monopolgewinn.

Es empfiehlt sich also eine multifaktorielle Gewinnerklärung statt einer monokausalen.

Und doch gibt es einen letzten Grund, auf dem diese fünf Gewinnarten allesamt beruhen: das Privateigentum an den Produktions- und Zirkulationsmitteln und an den Waren.

Der Begriff der Ausbeutung ist mit dem Ensemble der fünf Gewinnentstehungen vereinbar: immer verfügen die Eigentümer über Nicht-eigentümer.<sup>4</sup>

4 Georg Fülberth: Gewinn und Gesellschaft, a. a. O.

*Rosa Luxemburg: Was war ihre große Idee vom Kapitalismus?*

Wer sich mit dem Kapitalismus befasst, wird sich irgendwann einmal die Frage stellen, was charakteristischer für ihn sei – der Gewinn oder die Akkumulation. Rosa Luxemburg hat sie eindeutig und zutreffend beantwortet: die Akkumulation. Wenn Gewinne von den Kapitalisten vollständig konsumiert werden, hat diese Gesellschaft keine Dynamik. Wird aber ein Teil des Profits einbehalten und neu angelegt, dann dehnt sie sich ständig aus und ergreift immer neue Lebensbereiche.

Und was bleibt?

Mit der Hervorhebung der Akkumulation hat Rosa Luxemburg zunächst lediglich eine bereits von Marx erarbeitete Position wieder ins Gedächtnis gerufen und zugespitzt. Ihre eigene Leistung geht insofern darüber hinaus, als sie die Frage nach den Grenzen der Akkumulation aktualisiert, allerdings falsch beantwortet hat.

Bekanntlich kommt ihrer Meinung nach der Kapitalismus spätestens dann an sein Ende, wenn die ganze Erde kapitalistisch geworden ist. Dies verstand sie als geographische Expansion. Auf dem inneren Markt sah sie hierfür keine Chance, und das war ihre eigene Grenze. Dabei hat sie das Problem der Binnenkaufkraft durchaus aufgeworfen und hat es dann doch wieder verworfen: »Sollten wir uns die Sache etwa so denken: Trotz der steigenden Produktivität der Arbeit und der dadurch bedingten fortschreitenden Verbilligung der Lebensmittel bleiben die Geldlöhne (das variable Kapital als Wertgröße) unverändert, weil die Lebenshaltung der Arbeiter mit dem Fortschritt entsprechend steigt. Hier wäre also der soziale Aufstieg der Arbeiterklasse berücksichtigt. Wenn jedoch diese Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter eine so starke und nachhaltige ist, daß das variable Kapital (Summe der Geldlöhne) jahraus, jahrein genau in dem Verhältnis wachsen muß wie die Arbeiterbevölkerung, dann bedeutet dies nicht mehr und nicht weniger, als daß der ganze technische Fortschritt, der ganze Vorteil der Produktivität der Arbeit ausschließlich den Arbeitern zugute kommt, d.h., daß, abgesehen etwa von der Steigerung auch ihrer privaten Lebenshaltung, die Kapitalisten ihre Mehrwertrate gar nicht steigern würden.«<sup>5</sup>

In ihrem Denkspiel kommt Rosa Luxemburg dicht an die Möglichkeit einer Ausdehnung des inneren Marktes durch Steigerung der Reallöhne (auch wenn Profitrate und Lohnquote unverändert bleiben) heran. So erklärt sich, daß Joan Robinson und Michał Kalecki, die einen Keynesianismus vor dessen Zählung durch die sogenannte »neoklassische Synthese« vertraten, sich für ihre Position interessierten.

*Geopolitik und Geoökonomie: ist »Raum« das neue Schlüsselwort für den neuen Kapitalismus?*

Leider ja, und zwar in einem doppelten Sinn:

Erstens: Der Raum ist von Marxistinnen und Marxisten lange Zeit zugunsten einer nur historischen Betrachtungsweise vernachlässigt worden. Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur aber vollzieht sich immer auch im Raum. Demgegenüber könnte es – Rolf Czeskleba-Dupont folgend<sup>6</sup> – sinnvoll sein, den Historischen Materialismus zum Geographisch-Historischen Materialismus zu erweitern.

Zweitens ist Raum insofern ein neues Schlüsselwort, als offenbar gegenwärtig ein weltweiter Kampf um Einflußgebiete und Ressourcen

5 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik, in: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Band 5: Ökonomische Schriften, Berlin 1985, S. 413-523, hier: S. 478 f.

6 Er hat diesen Ansatz an einem relevanten Beispiel dargestellt: Rolf Czeskleba-Dupont: Historisch-geographische Bedingungen und Voraussetzungen der US-Hegemonie, in: Urte Sperling, Margarete Tjaden-Steinhauer (Hrsg.): Gesellschaft von Tikal bis irgendwo. Europäische Gewaltherrschaft, gesellschaftliche Umbrüche, Ungleichheitsgesellschaften neben der Spur. Beiträge von Rolf Czeskleba-Dupont, Karl-Rainer Fabig, Lars Lambrecht, Thomas Mies, Bernd Reef, Urte Sperling, Karl-Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer, Kassel 2004, S. 216-236.

stattfindet. Dies ist Resultat einer blockierten Entwicklung: Vernachlässigung der Binnenmärkte und einer möglichen Energiewende.

*Was heißt »globaler« Kapitalismus und gibt es einen »neuen« Imperialismus?*

Man sollte die beiden Fragen voneinander trennen. Ob man den Begriff »neuer Imperialismus« im Zusammenhang mit dem neuen Kampf um Einflußgebiete verwenden sollte, ist Geschmacksache. Er ist unklar, weil er entweder meint, daß der alte Imperialismus eine neue Form angenommen hat oder daß der Imperialismus selbst zwi- schendurch verschwunden und jetzt wieder aufgetaucht sei.

Unter »globalem Kapitalismus« sollten wir meiner Meinung nach zweierlei verstehen: Erstens die ständige räumliche Ausdehnung des Kapitalismus, wie sie bereits von Marx und Engels 1847/48 im »Manifest der Kommunistischen Partei« beschrieben wurde. Zweitens: Seine ständige »Innere Landnahme«. Diesen Begriff benutzte Burkhart Lutz in Anlehnung an Rosa Luxemburg.<sup>7</sup> Gemeint ist damit die Tatsache, daß auch im Inneren bereits kapitalistischer Gesellschaften immer neue Bereiche der Mehrwertproduktion ausgesetzt (»in Wert gesetzt«, E. Altvater) werden.

Interessant ist der Hinweis von Michael Krätke darauf, daß beide Prozesse bislang immer wieder an Grenzen gestoßen und deshalb noch lange nicht abgeschlossen sind. Der Frage, warum das so ist, sollte nachgegangen werden. Karl Polanyi war der Ansicht, daß die »Gesellschaft« sich immer wieder erfolgreich gegen ihre Durchkapitalisierung gewehrt habe.<sup>8</sup> Dies kann auch in reaktionärer, Freiheit und Gleichheit negierender Weise erfolgen. Polanyi allerdings war da optimistischer: er sprach von einer »Great Transformation«, die in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts eingesetzt habe und Geld, Arbeitskraft und Natur der zerstörerischen Expansion des Kapitalismus zu entziehen beginne.

*Was ist der neoliberale Kapitalismus?*

Vielleicht sitzen wir mit der Annahme, es gebe einen neoliberalen Kapitalismus, einem Irrtum auf. Neoliberalismus ist nämlich zunächst kein Gesellschaftszustand, sondern eine politische Bewegung, die sich seit Mitte der dreißiger Jahre zum Ziel gesetzt hatte, die »Great Transformation«, also die zunehmende Regulierung des Kapitalismus, zu revidieren. Er ist zugleich ein Kampfbegriff, der nicht von den Mitgliedern dieser Bewegung auf sich selbst angewandt wird (eine Ausnahme ist der FDP-Politiker Rainer Brüderle, der provozierend von sich behauptet: »Ich bin ein Neoliberaler«), sondern den ihre Gegner zu deren Markierung benutzen. In der Sache führt das nicht weiter, denn man benutzt dann eine Binnensprache, die nur noch von denjenigen, die sich irgendwie zur Linken rechnen, benutzt wird.

Will man »Neoliberalismus« zur Kennzeichnung eines Gesellschaftszustandes benutzen, sollte man im nächsten Versuch schon versuchen, diesen Begriff durch die konkrete Nennung von Tatbeständen zu ersetzen, zum Beispiel:

1. Senkung der Einkommens-, Unternehmens-, Kapitalertrags- und Vermögenssteuern sowie der Staatsausgaben,
2. Privatisierungen öffentlichen Eigentums,

7 Burkart Lutz: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/Main und New York 1984.

8 Karl Polanyi: The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, 2. Aufl., Frankfurt/Main 1978.

3. Deregulierung der Arbeitsbeziehungen,
4. Kürzung von Sozialausgaben, zumindest teilweiser Übergang der Funktionen sozialer Sicherung von staatlich garantierten und paritätisch organisierten Trägern an private Finanzdienstleister,
5. Rücknahme staatlicher Investitions- und Steuerungstätigkeit und deren Ersetzung durch das *laissez faire* der (internationalen Finanz-) Märkte,
6. Priorität der Geldwertstabilität.
7. Technische Beschleunigung und Beseitigung vieler rechtlicher Restriktionen im Kapitalverkehr an den Börsen seit dem »Big Bang« an der Londoner Börse 1986.<sup>9</sup>

9 Georg Fülberth: G Strich. Kleine Geschichte des Kapitalismus, 3. Aufl., Köln 2005, S. 267.

Dabei stellt sich dann heraus, daß es sich ebenfalls wieder nicht nur um eine Realität, sondern auch um ein Programm handelt.

*Wer wird Milliardär?* Scherzhaft: Fragen Sie Ihren Anlagenberater. Etwas ernsthafter: Man könnte die Frage umkehren und in mehrere andere Fragen auflösen, etwa so: Wie schafft man es, den Milliardären ihre Milliarden wieder wegzunehmen oder sie zu veranlassen, diese Milliarden nützlich oder wenigstens unschädlich zu verwenden? Und: Wer ist »man«?

*Und wer Maulwurf?* Scherzhaft: Fragen Sie Ihren Zoologen. Etwas ernsthafter: Die von Hegel verwandte und von Marx und Rosa Luxemburg aufgegriffene Metapher vom Maulwurf ist tiefstes neunzehntes Jahrhundert: die Vorstellung von einem Subjekt, das sich voranwühlt. Versteht man darunter »die Revolution«, sagt man ungefähr dasselbe wie Hegel mit seinem »Geist«. Soll es eine bestimmte Klasse sein, belehrt uns die bisherige Geschichte: die Sklaven haben die Sklavenhaltergesellschaft ebenso wenig gestürzt wie die Bauern den Feudalismus. Die Arbeiterklasse – falls sie mir erlaubt, sie hier so anzureden – hat für sich selbst und nicht für geschichtsphilosophische Projektionen zu sorgen. Falls überhaupt, dann könnte eines Tages der Kapitalismus selbst sich als Maulwurf erweisen, der sich untergräbt und dabei ein uns heute noch unbekanntes Subjekt hervorbringt.

*Und das Ende dieser Geschichte: Wann endlich kommt der große Kladderadatsch und ist der Kapitalismus zu Ende?* Das Reden vom Großen Kladderadatsch beruht auf Männerfantasien. Rosa Luxemburg allerdings war nicht frei davon, im Gegenteil. Sie war eine Zusammenbruchstheoretikerin: Wenn der Kapitalismus sich in der ganzen Welt durchgesetzt habe, sei notwendig auch sein Ende da. Allerdings sei dies nur der spätestmögliche Zeitpunkt, in der eine bereits vorher stattfindende Revolution, in der das Proletariat seinen Leidensweg abkürze, legitimiere. Damit bekannte sich Luxemburg zu einer von zwei Theorien über das Ende des Kapitalismus. Diese sind: die Zusammenbruchstheorie und die Transformationstheorie.

Erstere kann sich kaum auf Marx berufen. Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation (erster Band des »Kapital«) und der tendenzielle Fall der Profitrate (dritter Band): für beide nennt er mögliche Gegenwirkungen und läßt die Frage nach ihrer Stärke offen.

Viel schlüssiger hat er dagegen seinen Transformationsansatz dargestellt: »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesell-

schaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.«<sup>10</sup>

Marx erinnert hier implizit an eine frühere Revolution: die englische von 1688. In Großbritannien gab es damals schon einen voll ausgebildeten Agrar-, Handels- und Kolonialkapitalismus, allerdings unter einer feudalen und halbabsolutistischen Hülle, die nur noch abgeworfen werden mußte. Die neue Gesellschaft war in der alten schon da. In seiner eigenen Gegenwart des 19. Jahrhunderts meinte er ähnliche Tendenzen wahrzunehmen: in der Zehnstundenbill von 1847 regulierte der Staat die Arbeitszeit. Obwohl im Unterhaus kein einziger Arbeiter saß, sah Marx hier den Sieg der Politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die Politische Ökonomie der Bourgeoisie. Eine noch größere Bedeutung maß er der Genossenschaftsbewegung zu. So bildete sich die neue Gesellschaft schon in der alten heraus.

Viereinhalb Jahrzehnte später griff Rudolf Hilferding diesen Gedanken wieder auf: die Oligopolisierung in Banken und Industrie, das durch die wechselseitige Durchdringung beider entstehende Finanzkapital: sie seien eine Form innerkapitalistischer Vergesellschaftung und als solche eine Voraussetzung des Sozialismus. Lenin hat sich in seiner Imperialismusschrift auf diese Überlegungen gestützt.

Wiederum war, wie schon bei Marx, die Perspektive zu kurz gewählt. Auch stellte sich heraus, daß Prozesse innerkapitalistischer Vergesellschaftung reversibel sein können. Damit wird der Marxsche Transformationsansatz zur Falls-dann-Bestimmung. Statt über den Heuschreckenkapitalismus zu klagen, sollten wir uns besser Gedanken über den Blattlaussozialismus machen. Was ist damit gemeint?

1989 hat Jan Prieue folgende Überlegung angestellt: Im Feudalismus waren die Grundeigentümer die herrschende Klasse. Auch heute haben wir noch Grundeigentum. Im Kapitalismus stellt es aber nicht mehr die Basis von Herrschaft dar. Diese Funktion hat jetzt das Kapital: Die Kapitalisten sind die herrschende Klasse.

Denkbar ist vielleicht eine künftige Gesellschaft, in der es zwar noch Kapitalisten gibt, diese aber nicht mehr die herrschende Klasse darstellen. Sie dürfen noch Mehrwert erzielen und sollen dies sogar. Aber über die Art und Weise, wie sie dies tun, und über seine Verwendung haben sie nicht mehr die letzte Entscheidung.<sup>11</sup>

Das ist eine etwas konkretere Vorstellung als die vom Kladderaatsch, bei dem man nicht weiß, ob etwas Besseres als der Kapitalismus nachkommt.

In zoologischer Metapher: Bekanntlich entnehmen die Blattläuse dem Grün Stoffe, die sie in ihrem Körper verwandeln und dann ausscheiden. Die Ameisen lecken dieses süße Sekret ab. Die Kapitalisten sind die Blattläuse. Die Ameisen sind die Gesellschaft.

Zwei Fragen bleiben offen:

Erstens: Irgendwie ist hier eine weitere Klasse (neben den Kapitalisten) vergessen. Welche?

Zweitens: Wer sind die Blätter?

10 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 13, Berlin 1969, S. 3-160, hier: 9.

11 Jan Prieue: Thesen für ein neues Sozialismusverständnis, in: Streitschrift zur Erneuerung der Politik, Redaktion: Michael Rittmeier, Hamburg 1989, S. 5-9.

MICHAEL R. KRÄTKE

## Neun vorläufige Antworten auf neun schwierige Fragen

### *1. Was ist eigentlich Kapitalismus?*

Der Begriff des Kapitalismus ist alles andere als einfach, er wird nicht leichter verständlich, wenn man ihn auf eine Kurzformel bringt. Kapitalismus ist nicht Marktwirtschaft schlechthin, auch nicht schlicht mit Geld- oder Kreditwirtschaft gleichzusetzen. Kapitalismus ist kein anderes Wort für Gewinnstreben, Profitthunger oder Profitlogik schlechthin. Mit Kapitalismus ist mehr gemeint als die Herrschaft der »Reichen« oder des »großen Geldes«. Alles das gehört natürlich auch zum Kapitalismus, aber um den einigermaßen komplexen Sachverhalt zu erfassen, der mit dem Begriff des Kapitalismus gemeint ist, braucht es schon mehr. Mit Kapitalismus ist eine bestimmte, historische Wirtschaftsform gemeint, die es nicht zu allen Zeiten und überall gibt – der Kapitalismus hat einen Anfang und ein Ende in der Zeit, er hat eine räumliche Ausdehnung, viele Orte, und er macht eine Entwicklung durch, hat eine Geschichte. Bürgerliche Gesellschaft und Kapitalismus hängen notwendig zusammen, sind aber unterscheidbar. Ohne Elemente einer bürgerlichen Gesellschaft kommt es nicht zur Entwicklung des Kapitalismus als Wirtschaftsform; eine Gesellschaft wird erst ganz und gar bürgerlich, wenn ihre Wirtschaftsweise ganz und gar kapitalistisch ist, wenn Verkehrsformen, Handlungsweisen, Denkmuster des Kapitalismus sie durchdringen und ihr Leben beherrschen.

Um den Kapitalismus zu verstehen, benötigen wir ein paar Begriffe und Theorien. Zum Beispiel den recht schwierigen Begriff des Werts, den Begriff der Wertform(en) und der Wertverhältnisse, von denen die offizielle herrschende Lehre der Ökonomie nichts wissen will. Ohne eine stimmige Werttheorie, ohne eine Theorie des Wertschöpfungsprozesses können wir keinen Begriff des Kapitals bilden – ein Begriff, der wohl zum »Kapitalismus« gehört.<sup>1</sup> Den gibt es aber in der heutigen Ökonomie nicht (außer als pure Tautologie), ebenso wenig wie einen Begriff des Werts (obwohl die offiziell aufgegebenen Grenznutzentheorie noch immer fröhlich in den Lehrbüchern herumgeistert). Daher gibt es in der orthodoxen Lehrbuchökonomie der Neoklassik auch keinen Kapitalismus, sondern nur die »Wirtschaft« schlechthin und die angeblich universellen Gesetze »rationalen« wirtschaftlichen Handelns.<sup>2</sup> Die heutige Ökonomie lehnt den Begriff des Kapitalismus denn auch in der Regel ab – als polemischen oder politisch geladenen Kampfbegriff, mit dem die »beste aller möglichen Welten« auf unzulässige Weise kritisiert werden soll. Wer also das Wort »Kapitalismus« heute in den Mund nimmt, gibt sich schon

Michael R. Krätke –  
Jg. 1950, Prof. Dr.,  
Politologe, Universität  
Amsterdam, Mitherausgeber  
von spw – Zeitschrift für  
sozialistische Politik und  
Wirtschaft. Publikationen  
(Auswahl): Die Wiederent-  
deckung der Klassen (ge-  
meinsam mit Veit-Michael  
Bader, Albert Benschop);  
Europa des Kapitals oder  
Europa der Arbeit? (gemein-  
sam mit Thomas Blanke,  
Pierre Bourdieu); Kleine  
Geschichte der Weltwirt-  
schaft; Mut zur konkreten  
Utopie (gemeinsam mit  
Joachim Beerhorst, Kerstin  
Jürgens); Ökonomie ohne  
Arbeit – Arbeit ohne Ökono-  
mie? (gemeinsam mit Alfred  
Krovoza, Hinrich Oetjen).

Beitrag für die Rosa-Luxem-  
burg-Konferenz der RLS,  
4. März 2006



als jemand zu erkennen, der den bestehenden Verhältnissen skeptisch bis kritisch gegenübersteht. Davor braucht man sich nicht zu fürchten.

Kapitalismus ist die erste historische Wirtschaftsform, in der so gut wie alle Elemente des gesellschaftlichen Reichtums, einschließlich der nicht (re)produzierbaren Naturreichtümer die Warenform erhalten, als Waren behandelt werden. Im Kapitalismus wird zum ersten Mal der Marktverkehr zur allumfassenden Form des ökonomischen Verkehrs, zum ersten Mal werden nahezu sämtliche ökonomischen Beziehungen in Austauschverhältnisse zwischen privaten Eigentümern (Waren- und Geldbesitzern) und Marktakteuren verwandelt, zum ersten Mal nehmen alle ökonomischen oder ökonomisch relevanten Verhältnisse die Form von Geldverhältnissen an. Ware und Geld, Austausch und Privateigentum werden zu allgemeinen, universell gültigen Formen des ökonomischen Alltagslebens erhoben, daher wird eine bestimmte historische Form der ökonomischen Gleichheit (zwischen Privateigentümern und Marktteilnehmern) und der persönlichen Freiheit (Marktfreiheit) etabliert – für all diejenigen, die etwas zu vermarkten haben.

Erst im Kapitalismus werden eine ganze Reihe von merkwürdigen und stets umkämpften Quasi-Waren oder fiktiven Waren alltäglich und so gewöhnlich, dass ihre »extreme Künstlichkeit« darüber fast vergessen wird. Unter den fiktiven Waren, die den Kapitalismus auszeichnen, sind so wichtige wie die »Ware Geld«, die »Ware Kapital«, nicht zu vergessen die »Ware Arbeitskraft« und, last not least, die »Ware Boden« (oder die »Ware Natur« – zerlegt in vielerlei besondere Boden- bzw. Naturschätze, die sich privat aneignen und vermarkten lassen). Die werden jeweils auf speziellen Märkten gehandelt, mit jeweils eigentümlichen »Preisen« (der »Zins« ist bzw. gilt als der »Preis des Geldes«, der Lohn gilt als der »Preis der Arbeit« usw.), Märkten, die jeweils sehr unterschiedlich organisiert sind und die untereinander eine regelrechte Hierarchie bilden. Mit den künstlichsten Gebilden, den Kapital- und Geldmärkten an der Spitze, dem Arbeitsmarkt und dem Markt für Naturschätze/Boden in der Mitte und den Märkten für den gewöhnlichen Warenpöbel als Basis. Die Finanzmärkte dominieren die Gesamtbewegung der Märkte, von ihnen gehen die großen Krisen aus.

Kapitalismus ist die historische Form, in der zum ersten Mal die Bewegungen des Kapitals das gesamte wirtschaftliche Leben der Gesellschaft – und mehr als das – beherrschen; die historische Wirtschaftsform, die ganz und gar der eigentümlichen Logik und Rationalität des Kapitals gehorcht. Das Kapital – kein Ding, sondern ein Ensemble gesellschaftlicher Produktions- und Austauschverhältnisse – erscheint den daran beteiligten und in diesen Verhältnissen handelnden Menschen als ein Ding, eine blinde Macht, der sie unterworfen sind und gehorchen müssen. Kapitalismus ist also ein System der »Kapitalherrschaft« der Herrschaft der Bewegungsformen, »Bewegungsgesetze«, der eigentümlichen Logik oder »Rationalität« des Kapitals, der dessen Eigentümer und »Herren«, die Kapitalisten, ebenso unterworfen sind wie diejenigen, die das Pech haben, kein Kapital zu besitzen.

Die Bewegung des Kapitals ist vor allem eines: maßlos, ziellos, ohne Ende. In der Formel  $G - W - G'$  hat Marx diese endlose und

1 Marx' Hauptwerk, man wird sich erinnern, trägt den Titel »Das Kapital«, nicht »Der Kapitalismus«. Dabei muss sich der Autor etwas gedacht haben.

2 Vgl. dazu Michael R. Krätke: Neoklassik als Weltreligion, in: Locomer Initiative: Die Illusion der neuen Freiheit, Hannover 1999.

3 Tatsächlich hat Marx im *Kapital* eine Vielzahl von besonderen Kreislaufformeln der Kapitalbewegung aufgestellt und analysiert.  $G - W - G'$  ist nur eine der abstraktesten und oberflächlichsten, bei denen die Analyse anfängt, aber beileibe nicht aufhört.

maßlose Bewegung der Geldvermehrung, der Vergrößerung des abstrakten Reichtums um seiner selbst willen, auf einen sinnfälligen Ausdruck gebracht.<sup>3</sup> Aber es handelt sich nicht nur einfach darum, aus Geld mehr Geld zu machen – oder schlicht »Geld zu machen«. Es handelt sich darum, Geld in Kapital zu verwandeln und aus Kapital mehr, immer mehr Kapital zu machen – also um den Prozess, den Marx als »Akkumulation des Kapitals« (zugleich erweiterte Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Produktion) bestimmt hat. Schrankenloses Wachstum, unaufhörliche Akkumulation, Anhäufung von Privatvermögen und Verwandlung von Gewinnen in Kapital, ständige Vergrößerung des Kapitals, ständige Neuverteilung, Umstrukturierung des Kapitals, unaufhörliche Neubildung von Kapital, pausenlose Konzentration des Kapitals zu immer größeren Einheiten – das ist die Logik, der die Bewegung des Kapitals folgt. Kapitalismus ist daher eine unerhört dynamische Wirtschaftsform, in der alle bestehenden ökonomischen Verhältnisse – die zwischen Kapitalisten und Nicht-Kapitalisten ebenso wie die der Kapitalisten untereinander – ständig zur Disposition gestellt und umgewälzt werden können – das revolutionärste Produktions- und Austauschsystem, das die Geschichte bisher kennt. Der Akkumulationsprozess des Kapitals, einmal in Gang gesetzt, verläuft als ob es keine Grenzen gäbe. Wann und wo immer das Kapital auf Grenzen stößt, ganz gleich, ob dies natürliche, geographische, historisch oder politisch gesetzte Grenzen sind, versucht es sie mit allen Mitteln zu überwinden.

Kapitalismus ist ein ökonomisches System, das seinen Protagonisten in der Tat Freiheiten gibt, sie aber auch ständig dem »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« und dem lautstarken Druck des allgegenwärtigen Konkurrenzkampfs unterwirft. Kapitalismus ist auch ein Herrschaftssystem – und zwar eines, das persönliche Freiheit vieler kombiniert mit einer unpersönlichen Abhängigkeit von anonymen, gesellschaftlichen Mächten (wie der »Konkurrenz«, dem »Markt« bzw. dem »Arbeitsmarkt«) für die große Mehrzahl. Die persönliche Freiheit des Lohnarbeiters reicht nicht weit: Sie endet dort, wo die Autorität des Lohn- und Brotherrn und die Herrschaftsordnung des Betriebes/Unternehmens beginnen und sobald sich die Zwänge des Arbeitsmarkts bemerkbar machen. Auch mit der Freiheit des Konsumbürgers ist es nicht so weit her – sie reicht so weit wie die individuelle Kaufkraft des Lohnempfängers. Kapitalismus ist – mit einem altmodischen Terminus – auch ein System der Klassenherrschaft, das Spielraum für Konkurrenzkämpfe und individuelle soziale Aufstiege bietet – innerhalb der Grenzen der bestehenden Struktur der sozialen und ökonomischen Ungleichheiten.

Nur im modernen Kapitalismus werden Ökonomie und Politik systematisch und formell geschieden. Diese doppelte Fiktion – einer »unpolitischen Ökonomie« und einer »Politik ohne Ökonomie« – gehört zu den Basisinstitutionen des Kapitalismus. Sie bestimmt die Logik des politischen Handelns und Denkens ebenos wie die Logik, nach der die ökonomischen Akteure handeln und denken. Um diese Doppellogik – wie sie sich etwa in der liberalen Grundvorstellung der »Macht ohne Eigentum« und der »Machtlosigkeit des Eigentums« seit jeher wieder findet<sup>4</sup> – zu durchbrechen, bedarf es einer po-

4 Bekannt und allseits beliebt ist die begriffslose Dichotomie »Markt« versus »Staat«, von und mit der die Sozialwissenschaften seit jeher leben.

litischen Ökonomie – und ihrer ständigen, systematischen Kritik. Einer Kritik, die seit Marx' Tagen zeigt, dass und warum die Trennung von Politik und Ökonomie, ihre Verselbständigung in besondere »Sphären« des gesellschaftlichen Lebens, eine notwendige Fiktion ist.<sup>5</sup> Eine Fiktion, die alle Beteiligten bindet und die bürgerliche Gesellschaft trotz der zentrifugalen, alle sozialen Bindungen auflösenden Tendenzen des Kapitalismus, zusammen hält.

Schließlich – im Blick auf die Gegenwart: Kapitalismus ist zur Alltagsreligion geworden. Sie hat ihre Hohepriester, ihre Gläubigen, ihre Mönchsorden, ihre Rituale – und auch ein paar Ketzer.<sup>6</sup> Kapitalismus war und ist bis heute auch eine Denkweise, ein System von gängigen Denkformen – eine Ideologie; heute die herrschende Ideologie in vielen Ländern der Erde. Eine Ideologie, die eine Moral, sogar eine Ethik (Arbeitsethos, Tauschetos, Kreditethos etc.) tragen bzw. anleiten kann. Kapitalismus ist für viele Menschen heute ein Ideal, eine, sogar die einzig erstrebenswerte Lebensweise – den »american dream« von Reichtum und Erfolg durch harte Arbeit und Geschick im Konkurrenzkampf träumen viele, die meinen, ihres Glückes Schmied zu sein.

## 2. Wann hat der Kapitalismus eigentlich angefangen?

Kapitalismus als historisches Wirtschaftssystem ist älter als der industrielle Kapitalismus, seine Geschichte beginnt im 16. Jahrhundert, mit der Entwicklung eines neuen Systems des Welthandels, das von den rivalisierenden europäischen Seemächten Spanien, Portugal, Holland und England in Afrika, Asien bzw. in den Amerikas errichtet wurde. Davor bilden nur einzelne Handelsstädte, Marktplätze und zugleich Manufakturzentren, kapitalistische Inseln im Meer einer agrarischen, noch weitgehend feudalen Ökonomie. Schon in dieser Frühzeit des von Städten und Städtebünden (wie der Hanse) getragenen Handelskapitalismus gingen Handel, Seeraub, Seekrieg und koloniale Eroberung Hand in Hand.<sup>7</sup> Am Anfang der Entwicklung des modernen, europäischen Kapitalismus stehen die großen und rivalisierenden Handels- und Kolonialimperien, die jeweils von einem der rivalisierenden, europäischen Territorialstaaten getragen werden. Dieser frühe Handels- und Kolonialimperialismus hat bereits Folgen für die Produktionsweise – der Übergang zu Monokulturen, zur (Massen)Produktion in großem Stil und ausschließlich für den Markt, d. h. den Export, findet in diesem historischen Kontext statt.

Mit dem Kapitalismus beginnt eine neue Ära der Weltökonomie und der Weltpolitik. Zum ersten Mal werden die großen Wirtschaftsregionen der Welt und die großen politischen Mächte (außerhalb Europas alles Imperien wie das chinesische, das persische, das ottomanische, das Inkareich etc.) direkt miteinander in Verbindung gebracht. Nur wenige können sich dem entziehen bzw. sich gegenüber den aufstrebenden, europäischen Welthandelsmächten erfolgreich abschließen (berühmtes Beispiel ist Japan, das erst 1853/54 mit Gewalt gezwungen wurde, seine Grenzen für die den Weltmarkt beherrschenden Amerikaner und Europäer zu öffnen). Um 1860 waren die weitaus meisten Länder und Regionen der Erde zum ersten Mal in einen Weltmarktzusammenhang eingebunden, die ersten transna-

5 Vgl. Michael R. Krätke: Wie politisch ist Marx' Politische Ökonomie?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 33, März 1998 und Nr. 34, Juni 1998.

6 In einem kurzen Fragment aus dem Jahre 1921 hat Walter Benjamin den »Kapitalismus als Religion« betrachtet, ihn sogar als eine »reine Kultreligion« charakterisiert. Das geht weit über die Marx-Weber'sche These vom strukturellen Zusammenhang zwischen Protestantismus und Kapitalismus hinaus. Man darf Walter Benjamin widersprechen: Inzwischen hat der Kapitalismus seine eigene religiöse Dogmatik hervorgebracht. Vgl. Walter Benjamin: Kapitalismus als Religion, in: Ders., Gesammelte Schriften, Bd. VI, Frankfurt a. M. 1990.

7 »Krieg, Handel, Piraterie – dreieinig sind sie, nicht zu trennen«, heißt es bei Goethe im Faust II.

8 Historisch gibt es einen klaren Zusammenhang zwischen Krieg und Kapitalismus und (urbanem und höfischem) Luxus und Kapitalismus. Vgl. dazu Werner Sombart: *Krieg und Kapitalismus*, München 1913; Ders.: *Luxus und Kapitalismus*, München 1913.

tionalen und -kontinentalen Kommunikations- und Verkehrsnetze entstanden.

Der Aufstieg des Kapitalismus hängt direkt mit der Entstehung und Entwicklung der modernen Staaten zusammen.<sup>8</sup> Die Territorialstaaten überflügeln als organisierte Machtapparate, als Organisationen, die stehende Heere und Flotten samt den dazu gehörenden Beamtenheeren schaffen und dauerhaft unterhalten können, die Handelsimperien der Seestädte (wie Venedig oder Genua oder später die Hansestädte in Nordwesteuropa). Die europäischen Großmächte sind allesamt Kolonial- und Handelsmächte, die in Europa und in Übersee gegeneinander Krieg führen. Weil die rivalisierenden politischen Mächte ständig Geld und immer mehr Geld brauchen, sind sie an Kapitalisten, an Kaufleuten, Unternehmern und Bankiers, an Steuer- und Finanzquellen interessiert, nicht nur an »Land und Leuten«. Also treiben sie die Entwicklung des Kapitalismus voran; sie wissen es nicht, aber sie tun es.

Der moderne Kapitalismus kommt durch eine ganze Serie von »Revolutionen« zustande. Nicht nur »industrielle« Revolutionen sind wichtig, die »agrarisches« Revolution, die Transportrevolution, die »finanzielle« Revolution des 18. Jahrhunderts, ebenso wie die »kommerzielle« Revolution kurz darauf, spielen eine nicht weniger wichtige Rolle in der Entwicklung des Kapitalismus. Solche Revolutionen ereignen sich in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder – in jüngster Zeit haben wir wieder eine finanzielle Revolution erlebt, die zum Verschwinden der Banken, wie wir sie kannten, zur Erfindung und Verbreitung der Finanzderivate und zum virtuellen Geld geführt hat.

Von Anfang an verläuft die Entwicklung der Basisinstitutionen des modernen Kapitalismus höchst ungleichzeitig. Es dauert Jahrhunderte, bis sich die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus durchgesetzt und eingebürgert haben, so dass sie als selbstverständlich akzeptiert werden, so als seien sie »naturegegeben« und immer schon da gewesen. Tatsächlich haben sie allesamt eine Geschichte – eine ziemlich blutige und gewalttätige zumal. Bis zum heutigen Tag braucht der »stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse« des modernen Kapitalismus Nachhilfe, bedarf einer im Hintergrund sehr nachdrücklich anwesenden Autorität, die Regeln setzen, zu Normen erheben und sogar durchsetzen kann. Also kann man die historische Entwicklung des modernen Kapitalismus in Europa und anderswo anhand der Geschichte seiner »Basisinstitutionen« (Markt, Lohnarbeitsverhältnis, Privatunternehmen usw.) schreiben. Die werden immer wieder verändert, mit ihnen ändert sich der Kapitalismus. Jede dieser historischen Form- und Strukturveränderungen des Kapitalismus war politisch umkämpft, die kapitalistische Entwicklung hat eine Logik, folgt Tendenzen, aber keinen »ehernen Gesetzen«.

Elemente des Kapitalismus – Waren, Geld, Märkte, Handelskapital, sogar Lohnarbeit, Kredit, Banken, Bodenpacht, Immobilienpreise, Spekulation – gab es schon lange, bevor der Kapitalismus im modernen Sinn sich durchsetzte und das gesamte Alltagsleben durchdrang. Märkte in vielen Formen, entwickelten Geldverkehr, organisierten (Fern)handel, ja sogar »Welt«handel lassen sich in der europäischen Antike ebenso wie im »alten« Indien, China oder Japan mühelos

nachweisen. Das hat viele Historiker und Soziologen – vor allem in Deutschland – dazu verleitet, das Kapital und den Kapitalismus zu einem Universalphänomen der Geschichte zu erklären: Kapitalismus habe es immer gegeben und werde es immer geben.<sup>9</sup> Mitnichten. Märkte, Geld, sogar Kapital und Lohnarbeit für sich genommen machen noch keinen Kapitalismus. Erst wenn sie sich als Teile zu einem alles umfassenden System, einem Gesamtzusammenhang (oder, wie Marx in Hegelscher Sprache sagte, zu einer »Totalität«) fügen, kann von Kapitalismus die Rede sein.

### 3. *Der Profit und seine Vermehrung: woher und wie viel?*

Profit kommt aus diversen Quellen – marxistisch gesprochen: Die gesamte Profitmasse kann erheblich größer sein als die Gesamtmasse des Mehrwerts. Die Methoden des Profitmachens sind verschieden, aber es geht in jedem Fall um Ausbeutung, also Verhältnisse, in denen einige gezwungen sind, ob sie wollen oder nicht, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht, für andere Reichtum zu produzieren, also für sie zu arbeiten und (produktive) Mehrarbeit zu leisten, oder ihnen ihre Reichtümer zu überlassen, ja zu übereignen – ohne entsprechende Gegenleistung, versteht sich. Ausbeutung hat also immer etwas mit ungleicher Macht zu tun; mehr noch mit »struktureller Gewalt«, mit Zwangslagen, denen sich die Unterlegenen nicht entziehen können. Die Ausbeuter tun, was sie können, um den Ausgebeuteten ein Entkommen aus diesen Zwangslagen so schwer wie möglich, besser noch unmöglich zu machen und sie auf Dauer in Abhängigkeit zu halten – sei dies Marktabhängigkeit, Lohnabhängigkeit, Mietabhängigkeit, Kreditabhängigkeit oder alles zugleich. Solche Abhängigkeiten sind wechselseitig, die Ausbeuter (Profitmacher) brauchen die Ausgebeuteten (bzw. Auszubeutenden) zum Profitmachen. Daher können die Ausgebeuteten sich wehren und geht die Profitmacherei im Kapitalismus nicht ohne ständige Konflikte und (Klassen)kämpfe ab.

Eine Vielzahl von Profiten scheint auf reiner Übervorteilung zu beruhen – Handelsgewinne, Monopolgewinne, Bankgewinne, Spekulationsgewinne bei Finanzgeschäften. Man kann Marktkonstellationen und -konjunkturen ausnutzen, man kann namentlich auf den Finanzmärkten Gewinne machen, die auf reiner Umverteilung von fiktivem Kapital beruhen und mit irgendeiner Wertschöpfung nichts zu tun haben. Das im Prinzip richtige Marxsche Argument, dass auf den Märkten (allen Märkten) der eine nur gewinnen könne, was der andere verliert und umgekehrt, stimmt nicht mehr, sobald die Chancen, zu den Gewinnern und zu den Verlierern zu gehören, strukturell ungleich verteilt sind. Das ist auf allen Finanzmärkten in der Regel der Fall. Die Sache wird dadurch kompliziert, dass die fiktiven Größen, mit denen Gewinne gemacht werden, die Boden- und Immobilienpreise, die Wertpapierkurse zeitweilig für alle Beteiligten steigen können, so dass alle zu den Gewinnern zu gehören scheinen (die einen mehr, die anderen weniger) – bis zum nächsten Börsenkrach, in dem sich ein Großteil dieser fiktiven Preise und fiktiven Kapitalien wieder in Luft auflösen.

Für die Dynamik des Kapitalismus ist eine bestimmte Kategorie von Profiten entscheidend: die Innovationsgewinne. Das sind Ge-

9 Vgl. dazu Fritz Gerlich: *Geschichte und Theorie des Kapitalismus*, München-Leipzig 1913 und Lujo Brentano: *Die Anfänge des modernen Kapitalismus*, München 1916. Demnach gab es Kapitalismus schon seit den frühesten Anfängen der menschlichen Zivilisation.

winne, die einzelne Unternehmer machen können, weil sie sich durch technologische und/oder organisatorische Neuerungen in ihrem Betrieb vom Durchschnitt ihrer Konkurrenten absetzen. Der Kapitalismus ist die erste Produktionsweise, die Entdeckungen und Erfindungen, sogar die Wissenschaften – erst die Naturwissenschaften, später die Sozialwissenschaften – systematisch nutzt und integriert. Der »Wert« einer Ware stellt eine Art von Produktionsnorm dar, die im anonymen Prozess der Marktkonkurrenz zustande kommt. Jeder Unternehmer, der billiger und/oder besser als die anderen Unternehmer seiner Branche zu produzieren versteht – weil er technologische Fortschritte als erster oder besser nutzt, weil er die Arbeitsabläufe in seinem Betrieb besser organisiert, weil er generell Kosten spart oder weil er es versteht, seine Lohnarbeiter geschickter und effektiver auszubeuten als andere, kann einen Extraprofit über den jeweiligen Durchschnittsprofit hinaus realisieren.<sup>10</sup> Wenn es Unternehmern gelingt, solche Vorteile/Vorsprünge festzuhalten, abzusichern und auszubauen, können die Extraprofiten zu regelrechten »Differentialrenten« werden.<sup>11</sup> Im Prinzip sind alle Kapitalisten ständig auf der Jagd nach »Differentialrenten« und nach »Monopolrenten« – nur müssen sie diese schon selbst schaffen und können nicht schon vorhandene, »natürliche« Unterschiede (etwa der Bodenfruchtbarkeit, der Ergiebigkeit von Bergwerken oder Ölquellen) einfach ausnutzen wie die Grundeigentümer. In der internationalen Konkurrenz, auf dem Weltmarkt, können solche Extraprofiten gewaltige Dimensionen annehmen. Auf den internationalen Finanzmärkten werden solche Profite vorweg genommen – die Hoffnung oder Erwartung solcher Profite reicht, um die fiktiven »Werte« der Aktien innovationsfreudiger Unternehmen in phantastische Höhen zu treiben.<sup>12</sup>

Profite lassen sich auch durch einfache Enteignung machen, man kann sich bereichern, indem man sich Reichtümer aneignet, die anderen gehören, sie also enteignet. Am besten klappt das, wenn die begehrten Reichtümer »herrenlos« oder so genannte »freie Güter« sind bzw. dazu erklärt werden. Die europäische Geschichte, angefangen mit der wiederholten Enteignung der Gemeingüter, der »commons«, wie die Geschichte der Kolonien bietet dafür Beispiele in Hülle und Fülle: Die Kolonialgebiete und ihre Reichtümer wurden mit Gewalt angeeignet, Raub, Plünderung, Enteignung in großem Stil (häufig in der zivilen Form des Landkaufs von den Eingeborenen) waren an der Tagesordnung. Sie sind es noch, auch wenn heute die Aneignung der Reichtümer der Dritten Welt durch multinationale Konzerne ohne allzu viel offene Gewaltanwendung, aber mit reichlich Betrug, Bestechung, Erpressung vor sich geht.

Wer sich ein Bild von der Masse und vom Wachstum der Profite (also der Kapitaleinkommen oder der »arbeitslosen« Einkommen insgesamt machen will, muss sich auf die Vielfalt der Ausbeutungsformen einlassen. Neben der primären Ausbeutung, der eigentlichen Mehrwertproduktion in der Marxschen Terminologie, gibt es eine Vielzahl von Formen der sekundären Ausbeutung.<sup>13</sup> Die primäre Ausbeutung bedingt die unmittelbare »Anwendung« produktiver Lohnarbeiter, die unter dem direkten Kommando und unter der Kontrolle desjenigen arbeiten, der die zeitweilige Verfügung über ihre Arbeitskraft auf dem »Arbeitsmarkt« gekauft hat, daher von ihren

10 Der kann einen »Extramehrwert« einschließen, muss aber nicht.

11 Joseph Schumpeters viel gerühmte »Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung« aus dem Jahre 1911 beruht auf dieser ursprünglich Marxschen Einsicht, geht aber in die Irre: Nicht alle Profite sind Extraprofiten, nicht alle Extraprofiten sind Innovationsgewinne und beruhen auf »neuen Kombinationen«.

12 Dass man von solchen Phantasiewerten sehr schnell wieder abstürzen kann, hat die jüngste Krise der so genannten »neuen Ökonomie« aufs Neue demonstriert.

13 Das ist keine neue Einsicht. Bereits dem alten Marx war das wohl bekannt, wenn er sich auch in seiner Analyse der Grundform oder reinen Form des Kapitalismus auf die Mehrwertproduktion und -aneignung beschränkt hat.

Lohn- und Brotherrn, den heute so genannten »Arbeitgebern«, mit allen Mitteln zur unbezahlten Mehrarbeit angehalten, ja systematisch gezwungen werden können. Eine Vielzahl von Methoden wurde und wird da entwickelt; die auf die systematische Steigerung der Arbeitsproduktivität und -intensität hinauslaufen.

Auch die Wohnungsvermieter, die Banken, die Versicherungen, die Händler haben viele Möglichkeiten, um ihre besitzlosen und von ihnen abhängigen »Kunden« auszubeuten, auch wenn sie sie nicht direkt für sich arbeiten lassen; die in diesen Formen Ausgebeuteten können produktive (oder auch unproduktive) Lohnarbeiter sein, diese Formen der Ausbeutung können aber auch andere treffen, die nicht zu den aktiven Lohnarbeitern zählen.<sup>14</sup> Die Komplexität und die wachsende Bedeutung »sekundärer« Ausbeutungsformen werden in der marxistischen Orthodoxie in der Regel nicht ernst genommen. Hinzu kommt die internationale Ausbeutung, die vielerlei Methoden umfasst, mit denen ein Land sich auf Kosten eines anderen »kapitalistisch bereichern« kann, auch wenn sich das in der Regel vornehmlich in der Bereicherung einiger Kapitalisten des profitierenden Landes niederschlägt. Ein nicht unwesentlicher Teil der Profite, die in den reichen Ländern des Nordens eingestrichen werden, stammen aus den ärmeren Ländern des Südens (bzw. Ostens). Ohne die »Weltmarktausbeutung« kann man die Struktur von Reichtum und Armut der (kapitalistischen) Nationen nicht verstehen.

Neuerdings werden in vielen kapitalistischen Ländern die progressiven Steuern als »ausbeuterisch« bekämpft. In der Tat gibt es so etwas wie »Steuerausbeutung«, nur trifft sie in der Regel nicht die Reichen.<sup>15</sup> Ein Teil der Profite stammt eben in allen entwickelten kapitalistischen Ländern auch aus nicht gezahlten, vermiedenen, hinterzogenen Steuern und/oder aus Steuergeschenken der jeweiligen Regierung.

Wieviel? Man kann das nur schätzen. Selbst auf der Ebene des einzelnen Unternehmens ist die Gewinn- und Verlustrechnung ein Kapitel für sich und von zahlreichen Konventionen bzw. Rechtsregeln abhängig. Warum verkünden heute Großunternehmen, trotzdem sie jahrelang Milliardengewinne gemacht haben, Sanierungsprogramme, die auf die Entlassung von Hunderten oder Tausenden hinauslaufen? Weil nicht die absolute Höhe der Profite, sondern die Profitrate als Indiz für den Erfolg oder Misserfolg, als Kriterium der Effizienz genommen wird. Man kann sich darüber streiten, ob es im gegenwärtigen Kapitalismus noch eine »allgemeine« oder »Durchschnittsprofitrate« als regulierende Größe gibt – eine Größe, die die Höhe des »normalen« Profits angibt. Vieles spricht dafür, dass für große Teile des Kapitals, insbesondere für das Finanzkapital, das sich auf den Finanzmärkten umtreibt, eine solche Größe nicht besteht, jedenfalls keine Rolle mehr spielt, wenn sie das denn je getan hat.

Weltweit hat jedenfalls die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen in den und zwischen den kapitalistischen Nationen in den letzten zwei Jahrzehnten enorm zugenommen. Es gibt heute mehr Reiche und Superreiche als je zuvor und diese Reichen und Superreichen sind heute erheblich reicher im Vergleich zu Durchschnittsverdienern als je zuvor. Bei den Vermögensbesitzern ist diese Ungleichheit noch schärfer ausgeprägt. Es gibt also wenig Anlass, sich um die Höhe der Profite Sorgen zu machen.

14 Eine schlechte Angelegenheit und ein schlimmer Fehler. Viele, die keine Mehrwertproduzenten sind, werden dennoch vom Kapital in vielerlei Formen ausgebeutet. Vor dieser Komplexität braucht man sich nicht zu fürchten. Denn so weit, dass jeder jeden ausbeuten kann, in beliebigem Wechsel und in beliebigen Kombinationen, kommt es nicht im Kapitalismus.

15 Vgl. zur Steuerausbeutung Michael R. Krätke: Kritik der Staatsfinanzen, Hamburg 1984.

16 Wie Rudolf Hilferding mit seiner Untersuchung über *Das Finanzkapital* (1910 zuerst veröffentlicht) die »jüngste Entwicklung des Kapitalismus« erklären wollte, so wollte Rosa Luxemburg mit ihrem Buch vor allem einen »Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus« leisten, wie es im Untertitel hieß. Vgl. Rosa Luxemburg: *Die Akkumulation des Kapitals*, in: Dies., *Gesammelte Werke*, Bd. 5: *Ökonomische Schriften*, Berlin 1990.

17 Rosa Luxemburg hat sich noch selbst an der Debatte beteiligt, die sie ausgelöst hatte – mit der Streitschrift »Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marx'schen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik«. Sie schrieb die erweiterte Fassung dieses Textes (Erstausgabe 1913) 1915 im Gefängnis, sie wurde erst nach ihrem Tode, 1921, veröffentlicht (vgl. Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 5, *Ökonomische Schriften*, Berlin 1990).

18 Vgl. dazu: Michael R. Krätke: *A very political economist: Rosa Luxemburg's Theory of Wages*, in: Riccardo Bellofiore (ed): *Rosa Luxemburg and the Critique of Political Economy*, Basingstoke-London 2006.

19 Vgl. dazu Michael R. Krätke: *The Luxemburg Debate. The Beginnings of Marxian Macroeconomics*. Paper presented at the International conference on Rosa Luxemburg, Wuhan University, China, 20.–23. March 2006.

#### 4. Rosa Luxemburg – Ihre große Idee und was davon bleibt?

Rosa Luxemburgs Beiträge zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus haben ein seltsames Schicksal gehabt. Sie wurden von der großen Mehrheit der marxistischen Ökonomen ihrer Zeit scharf kritisiert und abgelehnt; dem Buch, das ihr am wichtigsten war – ihre »Akkumulation des Kapitals«, die 1913 erschien – blieb der Erfolg versagt, aber nicht die Wirkung.<sup>16</sup> Denn Rosa Luxemburg hat durch ihre Marx-Kritik den Anstoß zum Überdenken und Neuformulieren der Theorie der Kapitalakkumulation gegeben. Ein unvollendet gebliebener Teil der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie – seine Analyse und Darstellung des Akkumulationsprozesses in Gestalt eines »Schemas« der erweiterten Reproduktion – wurde zum Gegenstand einer langen und bisweilen hitzigen Debatte.<sup>17</sup> Am Ende der Debatte – gut 25 Jahre später – hatten die marxistischen Ökonomen in der Tat einige neue Einsichten in die kapitalistische Makroökonomie und über die Funktionsweise des Weltmarkts gewonnen.

Fünf Elemente sind für Rosa Luxemburgs Idee vom Kapitalismus – oder besser ihre aktualisierte Kapitalismuskritik, die Kritik des Imperialismus, die zugleich eine Marx-Kritik enthielt – zentral:

*Erstens* sieht sie den Kapitalismus von Anfang an als Weltsystem, stellt daher die Entwicklung des Kapitalismus in einzelnen Ländern, zumal in Europa, bewusst und systematisch in den Weltmarkt-Zusammenhang. Kapitalismus in einem Land ist eine ebenso falsche Vorstellung wie »Sozialismus in einem Land«.

*Zweitens* sieht sie die kapitalistische Entwicklung, angefangen beim elementaren Prozess der Kapitalakkumulation als einen sowohl politischen wie ökonomischen Vorgang – also einen Prozess, der politische Kämpfe, Konflikte, Gewalt einschließt. Rosa Luxemburg nimmt die Ökonomie des Kapitalismus so politisch wie sie ist (und folgt darin Marx). Etliche »Gesetze« des Kapitalismus generell bzw. der Kapitalakkumulation setzen sich nur auf politischem Wege, dank politischer Interventionen durch, so z. B. das ganz und gar nicht eherne, sondern höchst elastische »Lohngesetz«.<sup>18</sup>

*Drittens* betont sie die historischen Grenzen der kapitalistischen Entwicklung: Wenn der Kapitalismus sich überall durchgesetzt hat, zur einzigen Produktionsform für alle Menschen auf der ganzen Welt geworden ist, dann kann er sich nicht mehr weiter ausdehnen und nicht mehr entwickeln. Dann wird seine Unmöglichkeit schlagend deutlich. Kerngedanke der Rosa Luxemburg: Der Kapitalismus ist nur in ständiger Bewegung, sich ausdehnend und erweiternd möglich und strebt danach, zum Weltsystem zu werden. Aber als Weltsystem ist er unmöglich. Er wird unweigerlich zum Opfer seines welthistorischen Erfolges. Darin hat sie nach wie vor Recht, wenn auch zum Teil aus anderen Gründen, als sie für richtig und evident hielt.<sup>19</sup>

*Viertens* sah sie völlig klar, dass die so genannte »ursprüngliche Akkumulation«, also die Bildung von privatem Reichtum, von Grundeigentum und Kapitaleigentum durch gewaltsame (wenn auch oft genug legalisierte) Enteignung vieler Gemeineigentümer bzw. die Vernichtung kollektiver »Eigentumsrechte« und/oder durch private Aneignung scheinbar »freier«, herrenloser (Natur)reichtümer, nicht nur in der Vor- oder Entstehungsgeschichte des modernen Ka-



pitalismus eine zentrale Rolle gespielt hat, sondern auch in der gegenwärtigen (und zukünftigen) Geschichte des Kapitalismus, im Weltmaßstab betrachtet, eine entscheidende Rolle spielt und weiter spielen wird.

*Fünftens* zögert sie nicht, das Absurde, das Aberwitzige, die Irrationalität der kapitalistischen Entwicklung anzugreifen. Der Kapitalismus bringt eine »verrückte« Welt hervor, voller »irrationaler« Formen und Erscheinungen, die seiner vermeintlichen »Rationalität« tagtäglich ins Gesicht schlagen. Seine Widersprüche sind eben keine Widersprüche im Sinne der formalen Logik, es sind – die Dialektiker Marx und Engels lassen grüßen – schreiende Widersprüche, explodierende Gegensätze des Alltagslebens, die ständig Konflikte, Krisen, Katastrophen, manchmal auch Revolten hervor treiben.

##### 5. Was heißt globaler Kapitalismus? Geopolitik und Geoökonomie: Ist »Raum« das neue Schlüsselwort für den neuen Kapitalismus?

Zum Weltmarkt strebt der Kapitalismus von Anfang an. Schließlich, im Lauf mehrerer Jahrhunderte, kommt eine kapitalistisch geprägte Weltökonomie zustande. Die erste wirkliche Weltmarktkrise in der Geschichte des modernen Kapitalismus ereignete sich 1857/58.<sup>20</sup>

Aber damit war die Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab noch lange nicht zu Ende. Sie ist es bis heute nicht. In vielen Teilen der Welt hat der Kapitalismus noch eine Zukunft vor sich, seine historischen »Sturm- und Drangperioden« wiederholen sich. Die Zentren und Schwerpunkte der kapitalistischen Weltökonomie, des Weltmarkts haben sich in der Geschichte mehrfach verschoben, sie können sich wieder verschieben; aber kampfflos, ohne Verluste ging und geht das nicht.

Dass der »Raum« heute, für die gegenwärtige Epoche zur Schlüsselkategorie werde, ist eine ebenso überzogene, unbegründete Behauptung wie die entgegengesetzte Versicherung, der Raum, räumliche Distanzen spielten heute keine Rolle, das »Ende der Geographie« sei gekommen. Raum und Zeit, räumliche Distanzen, Unterschiede der »Lage« (der Standorte), die ungleiche Verteilung der natürlichen Reichtümer, angefangen mit der Qualität der Jagd- und Weidegründe bzw. des Ackerlandes spielen in der klassischen politischen Ökonomie eine große Rolle. Aber was die Ökonomen für naturgegebene, unveränderliche Umstände halten, das wird vom Kapital ständig umgemodelt und neu geschaffen. So wie es ist, bleibt es nicht, das Kapital strebt beständig, räumliche Distanzen durch Beschleunigung der Bewegung zu überwinden. Zeit und Raum zu komprimieren. Im ständigen Konkurrenzkampf der Kapitale werden die jeweils gegebenen geographischen Unterschiede – der Verkehrslage, der Bodenfruchtbarkeit, der Verteilung von Bodenschätzen, der Ergiebigkeit von Rohstoffquellen – zugleich ausgenutzt und verändert. Mit dem Kapitalismus beginnt nicht nur ein neues Zeitregime, die »Produktion des Raumes«, um Henri Lefébvres Begriff zu gebrauchen, und zwar des Raumes als Ware, wird zum ersten Mal systematisch und in großem Stil betrieben.<sup>21</sup> Der kapitalistisch produzierte Raum, zu dem heute die Städte, die Verkehrsnetze ebenso gehören wie der zur (mittlerweile industrialisierten) Primärproduktion genutzte Boden, wird unaufhörlich neu verteilt und neu strukturiert. Der Boden

20 Marx hat dieses bemerkenswerte Ereignis gründlich studiert und kommentiert. Vgl. dazu Michael R. Krätke: Kapitalismus und Krisen. Geschichte und Theorie der zyklischen Krisen in Marx' ökonomischen Studien 1857/58, in: Beiträge zur Marx-Engels-Forschung, NF 1998.

21 Henri Lefébvre hatte schon 1939 (in *Le matérialisme dialectique*) kritisiert, Marx habe im wesentlichen die Zeitstrukturen kapitalistischer Ökonomien analysiert, aber die räumliche Dimension vernachlässigt. Was die Analyse des Grundeigentums und der Kapitalverwertung in der Landwirtschaft oder im Bergbau betrifft, war diese Kritik nicht ganz unberechtigt. Marx ist damit, trotz intensiver Studien bis an sein Lebensende, nicht fertig geworden. Henri Lefébvre hat seine eigene Analyse schließlich 1974 publiziert – in dem Buch *La production de l'espace*, das es leider bis heute nicht in deutscher Sprache gibt.

22 Der Handel und die Spekulation mit Boden, mit Gebäuden und Grundstücken in Stadt und Land ist heute – dank der Verwandlung aller Schulden und Kredite in fiktive Waren – ein Geschäft, das auf vielen internationalen Finanzmärkten zugleich betrieben wird. Immobilienspekulationen, Immobilienblasen sind keine lokalen Ereignisse mehr, sondern international, sogar transnational betriebene Geschäfte mit internationalen Folgen.

23 Geopolitik heißt die Lehre, wonach die gesamte internationale Politik aller Staaten völlig von geographischen Bedingungen bestimmt, ja geradezu diktiert wird. Das klingt gut materialistisch, ist aber eine folgenreiche Verdrehung. Den Geopolitikern fehlt, wie allen naturwissenschaftlich geprägten Materialisten, Geschichte und Dialektik.

24 Im üblichen, ideologisch geladenen Jargon der Sozialwissenschaften »Entwicklungsländer« genannt, wobei vergessen wird, was den politischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts, wie dem alten Marx, noch sehr bewusst war – dass ein Land wie Indien z. B. erst durch die britische Kolonialherrschaft in ein armes und »unterentwickeltes« Land verwandelt wurde, was es zum Zeitpunkt der Ankunft der Europäer nicht war.

25 Einigen der älteren marxistischen Ökonomen war dieser Zusammenhang noch bewusst. So Nikolai Bucharin, der in seinem Buch über *Imperialismus und Weltwirtschaft* (1917) die »Internationalisierung« des Kapitals ebenso diskutierte wie den komple-

ebenso wie die Bodenschätze werden in Waren verwandelt und auf den Weltmarkt gebracht.<sup>22</sup> Der Raum des Weltmarkts wird durch die internationale Transport- und Kommunikationsindustrie geschaffen, und zwar in Warenform. Dazu kommen die großen Handels- und Finanzplätze der Welt, die Metropolen, die zugleich Industrie- und Dienstleistungszentren sind.

In Zeiten ständiger Warenüberfülle auf den Weltmärkten, ständiger Überkapazitäten in den kapitalistischen Hauptländern und wachsender, absehbarer Verknappung der wichtigsten industriellen Ressourcen (Erze, Minerale, fossile Brennstoffe) scheint die Geopolitik wieder zu kehren – in Gestalt von Ressourcenkriegen, die weltweit geführt werden.<sup>23</sup> Seit den ersten Anfängen der kapitalistischen Entwicklung spielen Staaten – Territorial- oder Flächenstaaten (die sich erst recht spät in »Nationalstaaten« verwandeln) – bei der Herstellung des Weltmarkts, bei der räumlichen Expansion des Kapitalismus eine Schlüsselrolle. Da mit dem internationalen Handel und dem Weltmarkt eine »internationale Arbeitsteilung«, ein System wechselseitiger, aber höchst asymmetrischer Abhängigkeiten entsteht, gehen Weltmarktkonkurrenz und politische Rivalität zwischen den kapitalistischen Nationen Hand in Hand. Die Struktur der kapitalistischen Weltökonomie, wie wir sie kennen, beruht gerade darauf, dass es den führenden kapitalistischen Nationen – im Kampf um Märkte, um Verkehrswege, um Rohstoffe (und gelegentlich auch um Arbeitskräfte) – gelingt, andere Länder und Völker in den Weltmarkt hinein zu zwingen, sich ihre Ressourcen anzueignen, ihnen die kapitalistische Produktionsweise aufzudrängen, also sie der Herrschaft fremden (europäischen, nordamerikanischen) Kapitals zu unterwerfen.<sup>24</sup> Weder die Nationalstaaten noch die Nationalökonomien sind heute verschwunden, nach wie vor gehen »Internationalisierung« und »Nationalisierung« des Kapitals zusammen.<sup>25</sup> Trotz sinkender Transport- und Transaktionskosten ist das Kapital weder »ortlos« noch »staatenlos« und schon gar nicht »grenzenlos« mobil. So gut wie alles in der heutigen kapitalistischen Weltökonomie – vom Handel, über die Finanzmarkttransaktionen bis hin zur Standortkonkurrenz – spielt sich innerhalb und zwischen den drei ökonomischen Großregionen der »Triade« (Nordamerika, Europa und Ostasien) ab.

Um die stürmische Entwicklung, die Umbrüche und die Krisen in der gegenwärtigen kapitalistischen Weltökonomie zu verstehen, kann man auf das leere Modewort »Globalisierung« leicht verzichten.<sup>26</sup> Das tun die meisten ernsthaften Sozialwissenschaftler, die auf das Globale – englisch globaloney oder französisch globale – der so genannten Eliten nur noch allergisch reagieren. Aber ohne ideologische Beschwörungsformeln: was hat oder kann man sich unter einem »globalen Kapitalismus« vorzustellen?

Man kann unter globalem Kapitalismus einfach das System der Weltmärkte, die kapitalistische Weltökonomie verstehen. Das ist sinnvoll, da längst nicht alle Märkte heute schon vollständig in den einen alles umfassenden bzw. in einen besonderen Weltmarkt integriert sind. Einige Rohstoffmärkte, einige Produktmärkte sind es, die meisten Finanzmärkte, aber nicht viel mehr als das.<sup>27</sup> Das System der internationalen Finanzmärkte kommt dem Ideal eines »globalen«, grenzen- und staatenlosen Kapitalismus am nächsten – so scheint es

denen, die nicht so genau hinschauen. Tatsächlich haben auch die Finanzmärkte eine räumliche, durch die Triade geprägte Struktur und funktionieren auf höchst unterschiedliche Weise; außerdem sind sie in eine Vielzahl von hoch spezialisierten Teilmärkten gegliedert – heute mehr denn je zuvor. Man sollte sich von der schieren Größe nicht täuschen lassen: Trotz hoher (räumlicher und ökonomischer) Konzentration der Finanzmärkte sind wir von einem vollständig integrierten System der internationalen Finanzmärkte weit entfernt (nicht nur in Europa).

Man kann unter globalem Kapitalismus eine (denkbare) Situation verstehen, in der die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich unangefochten über alle Länder und Völker der Erde herrscht. Einem solchen Zustand sind wir heute näher gekommen als je zuvor, ohne ihn jedoch schon vollständig erreicht zu haben. Immerhin haben wir seit 1857/58 so etwas wie Weltwirtschaftskrisen – d. h. so gut wie alle Länder und Regionen der Erde werden von den Großen Krisen des Kapitalismus in Mitleidenschaft gezogen, ohne dass sie darum auch in vollem Umfang, sozusagen flächendeckend kapitalistisch produzieren müssten. Viele Länder und Völker der Erde erleiden die Revolutionen des Weltmarkts (so wie die jüngste, mit dem völlig unpassenden Namen »Globalisierung« belegte) als passive Revolutionen, die sie über sich ergehen lassen müssen. Nach wie vor beherrscht die kapitalistische Produktionsweise nicht die ganze Welt, wenn auch heute die Mehrheit der Weltbevölkerung.

Globaler Kapitalismus kann drittens heißen, dass die Weltökonomie die National- und/oder Regionalökonomien vollständig und in jeder Hinsicht dominiert. Das ist allerdings nicht so. Nicht einmal die stärksten Exportnationen wie Deutschland, Japan sind vollständig oder auch nur überwiegend vom Weltmarkt und seinen Konjunkturen abhängig. Für Deutschland zumal ist der europäische Binnenmarkt, die kleine, aber weltweit am stärksten integrierte Region der EU-Kernländer, weit wichtiger als die »weite Welt« der US-amerikanischen oder asiatischen Märkte.

Die Rede vom globalen Kapitalismus (oder auch transnationalen Kapitalismus) kann viertens so verstanden werden, dass die wachsende Zahl der multi- und transnationalen Konzerne inzwischen die kapitalistische Weltökonomie beherrschen. Immerhin entfällt ein gutes Drittel des Welthandelsvolumens auf die multi- und transnationalen Konzerne (als so genannter Intra-Firm Handel). Allerdings ist es den multi- und transnationalen Konzernen weder gelungen, sich »ortlos« oder »wurzellos« zu machen, noch konnten sie bisher eine aparte Parallelwelt des multinationalen/globalen Kapitalismus mit eigenen Spielregeln und Verkehrsformen etablieren.

Schließlich kann man die Rede vom globalen Kapitalismus im Sinne der beliebten Konvergenz-These interpretieren: Im globalen Konkurrenzkampf würden die nationalen Kapitalismen einander immer ähnlicher, der angelsächsische Typ des Kapitalismus werde sich als das in jeder Hinsicht überlegene »Modell« erweisen und alle anderen Länder, insbesondere die europäischen, über kurz oder lang dazu zwingen, ihre eigenartigen Modelle aufzugeben und sich den »best practices« des US-amerikanischen Kapitalismus anzupassen.<sup>28</sup>

mentären Prozess seiner »Nationalisierung« (vgl. Nikolai Bucharin: Imperialismus und Weltwirtschaft, Nachdruck Frankfurt a. M. 1969).

26 Wer Wert auf klares Denken legt, sollte das auch. Denn die Redensart »Globalisierung«, der man anmerkt, dass sie in US-amerikanischen Business Schools erfunden wurde, leidet unter einem logischen Defekt, der ihren ideologischen Gebrauchswert erhöht, nicht aber ihren Erklärungswert. Kurz und schulgängig: Diejenigen, die diese Redensart im Munde führen, verwechseln in aller Regel Explanans und Explanandum. Denn das Phänomen, das erklärt werden soll (Globalisierung,) wird mit demselben Term bezeichnet wie der Prozess, der dies Phänomen angeblich hervorbringt (Globalisierung). Also bewegen sich die üblichen – auch akademischen – Reden über Globalisierung nicht einmal im Kreis, sie trappeln aufgeregt auf der Stelle.

27 Für Rohstoffmärkte wie den internationalen Ölmarkt, den internationalen Goldmarkt, den internationalen Kaffeemarkt usw. gilt: Sie werden erst durch die internationalen Warenbörsen zustande gebracht und zusammen gehalten – also durch den börsenmäßig organisierten Handel mit »standardisierten« Warentiteln »Papieröl« oder »Papierkaffee«, sogar »Papiergold« treten an die Stelle der wirklichen Waren und mit diesen papierernen Titeln wird gehandelt und spekuliert. In jüngster Zeit ist dieser Handel durch Handel mit Derivaten – Optionen und Futures – d. h. Titel auf

Transaktionen (Käufe oder Verkäufe) mit solchen Wertpapieren – überlagert werden, so dass nun z. B. der Handel mit Goldderivaten weit wichtiger ist als der Handel mit Goldtiteln. Die Weltmarktpreise für Öl, für Gold usw. werden durch den Handel mit Öl- und Goldderivaten entscheidend beeinflusst. Die große Masse – gut 47 % – des internationalen Handels mit Warenderivaten entfällt übrigens auf den Handel mit Goldderivaten – dies hinter die Ohren derjenigen geschrieben, die da meinen, Gold spiele in der heutigen Weltökonomie keine Rolle mehr.

28 Vgl. zu dieser heute die akademische Debatte dominierenden These: Susan Strange: *The Future of Global Capitalism; or We will Divergence Persist Forever?*, in: Colin Crouch, Wolfgang Streeck (eds): *The Political Economy of Modern Capitalism*, London 1997.

29 Zur internationalen Politischen Ökonomie gehört also auch die vergleichende/komparative politische Ökonomie – das Studium der realen Welt der »vielen Kapitalismen«, wie es schon die klassischen Ökonomen und nicht zuletzt Marx betrieben haben.

Eine umstrittene und bestreitbare, empirisch belegt falsche Behauptung: Weder sind die Nationalstaaten verschwunden, noch gibt es eine nachweisbare Tendenz der Konvergenz der verschiedenen nationalen und regionalen Kapitalismen, im Gegenteil. Die Unterschiede sind heute stärker akzentuiert als je zuvor. Nach wie vor können wir weltweit eine ganze Reihe von »Kapitalismen« unterscheiden, nach wie vor agieren nationale Regierungen höchst unterschiedlich – je nach den besonderen Formen, die die Arbeitsmärkte, die Geld- und Kapitalmärkte, die Unternehmen, also die zentralen Elemente der jeweiligen »nationalen Ökonomie« angenommen haben.<sup>29</sup> Das »globale Kapital«, das es de facto nur in wenigen Sektoren ansatzweise gibt (nur in der Gestalt des »Finanzkapitals«, also der auf allen Finanzmärkten der Welt zugleich operierenden Finanzkonglomerate), beherrscht den Gang der kapitalistischen Weltökonomie ganz und gar nicht.

### 6. Gibt es einen »neuen« Imperialismus?

Ja und nein. Die kapitalistische Entwicklung beginnt mit Handels- und Kolonialimperien; in der Geschichte des Kapitalismus können wir verschiedene Phasen der kolonialen Expansion, der Gründung und des Ausbaus von Imperien – getragen und getrieben von rivalisierenden Großmächten ebenso unterscheiden wie verschiedene Phasen der Dekolonisierung, in denen die Imperien schrumpfen oder auseinander fallen. So gut wie alle kapitalistischen Nationen waren imperialistische Mächte, haben Kolonialkriege geführt – untereinander oder gegen diejenigen, die sich der Kolonialherrschaft widersetzen. Heute – nach dem vorläufigen Ende der dritten großen Dekolonisierungswelle in der Geschichte des modernen Kapitalismus (die erste begann mit den Aufständen der Kolonisten in den nord- und südamerikanischen Kolonien gegen die jeweiligen Mutterländer) – werden offiziell keine Territorien außerhalb der eigenen Staatsgrenzen mehr annektiert und einem Kolonialreich einverleibt, keine Vasallen- oder Klientenstaaten mehr gegründet oder erhalten. Herren- und staatenlose Territorien gibt es nicht mehr, offiziell wird die staatliche Souveränität der ehemaligen oder potenziellen Kolonien respektiert. Das allerdings ändert sich gerade.

Noch immer folgt die »Flagge dem Handel«, der jeweilige Nationalstaat bzw. die Heimatregion verweigert den expandierenden, wandernden Multinationalen Konzernen ihre Unterstützung nicht, Drohungen mit Anwendung militärischer Gewalt eingeschlossen. Die USA verfolgen offiziell die Politik, amerikanische Staatsbürger und amerikanisches Eigentum überall auf der Welt zu schützen – notfalls mit Gewalt. Auch wenn die Kolonialreiche der europäischen Großmächte auf wenige Reste geschrumpft sind, noch immer unterhalten sie »besondere Beziehungen« zu ihren ehemaligen Kolonien, wie eh und je definieren sie ihre Einflusszonen in verschiedenen Teilen der Welt. Die Methoden haben sich nicht prinzipiell geändert – noch immer betreiben die führenden kapitalistischen Nationen Handel zu ihren, höchst ungleichen Bedingungen mit den Ländern der so genannten »Dritten Welt«, noch immer eignen sie sich deren natürliche Reichtümer an und beuten sie aus (die Aneignung durch formell legale Kauf- oder Nutzungsverträge ist nichts Neues), noch immer

treiben sie sie in Schuldhängigkeit, noch immer gebrauchen sie deren billige Arbeitskräfte und beuten sie nach allen Regeln der Kunst aus. Noch immer tun sie das um die Wette, in ständiger Konkurrenz miteinander, von der manchmal auch die Regierungen und Eliten der Dritte-Welt-Länder profitieren können.

Es sieht fast so aus, als habe Karl Kautsky und nicht Lenin auf lange Sicht Recht behalten: Der klassische Imperialismus scheint sich zum »Ultraimperialismus« gewandelt zu haben, in dem die großen kapitalistischen Weltmächte ihre internen Streitigkeiten friedlich regeln und sich über die Aufteilung der »Dritten Welt« bzw. deren gemeinschaftliche Ausbeutung verständigen.<sup>30</sup> Seit der Etablierung der G-7 (Gruppe der Sieben) im Sommer 1975 (bzw. ihrer Erweiterung zur G-8 durch die Aufnahme Russlands als Vollmitglied im Januar 2003) wird die Welt von einem kleinen, exklusiven Club der kapitalistischen Großmächte dominiert. Dieses Konzert der Großmächte hat keinerlei formellen Status, beruht auf keinem internationalen Abkommen. Aber es gelingt diesem Club immer wieder, in wechselnden Allianzen, mitunter durch Erweiterung des inneren, illustren Kreises zur G-11 oder G-12, so etwas wie Richtlinien einer gemeinsamen Weltwirtschaftspolitik (vor allem Handels, Geld- und Finanzpolitik) zu bestimmen. Nach wie vor gibt es zahlreiche Rivalitäten und Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten, die allesamt an der Aufteilung der Welt in eine wachsende Zahl von regionalen Wirtschaftsblöcken beteiligt sind – EU, NAFTA, MERCOSUR, ASEAN, APEC sind nur einige Beispiele. Viele Kämpfe zwischen den imperialistischen Großmächten werden heute innerhalb oder zwischen diesen Blöcken ausgetragen – wie z. B. der Kampf um die internationalen Agrarmärkte, der Kampf um die Stahlmärkte, der Kampf um die Textilmärkte, aber längst nicht alle. Für den Kampf um Erdöl und Erdgas, für den Kampf ums Wasser oder den Kampf um die Metallerze der Welt z. B. gibt es kein internationales politisches Forum, nur den täglichen Konkurrenzkampf an den bzw. hinter den Kulissen der Weltbörsen.

Wie stabil dieses »ultraimperialistische« Regime ist bzw. bleiben wird, hängt von der Rolle ab, die die USA im kapitalistischen Welt-system spielen können. Die Debatte um den »neuen« Imperialismus dreht sich vor allem um die USA, die einzige Weltmacht, die militärisch über eine »globale Reichweite« verfügt und imperiale Ansprüche und Ambitionen kennt (wenigstens in Teilen ihrer Eliten).<sup>31</sup> Der US-Staat war und ist die zentrale treibende Kraft im so genannten »Globalisierungsprozess«, keineswegs sein Opfer. Wir haben es den USA zu verdanken, dass der Krieg, sogar der Interventions- und Präventivkrieg, die Einrichtung von Protektoraten mit militärischer Gewalt, befestigte Grenzzäune, vorgeschobene Militärlager, Vasallen- und Klientenstaaten als Bundesgenossen, allesamt wieder zu normalen Mitteln der internationalen Politik gemacht worden sind. Dank der USA sieht der »neue« Imperialismus dem alten zum Verwechseln ähnlich, auch wenn es bisher nicht zur offenen Kolonisierung strategisch wichtiger Gebiete gekommen ist. Allerdings weiß heute eine Vielzahl von Objekten der Begierde für die imperialistischen Mächte sich zu wehren. China und Indien sind nicht von ungefähr Atommächte, Invasionen finden nur dort statt, wo mit ernsthaftem

30 Kautsky hat die These vom »Ultraimperialismus« 1914/15 in einer Reihe von Artikeln in der *Neuen Zeit* und schließlich, als Antwort auf seine Kritiker in der Debatte, in der Broschüre *Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund* entwickelt. Sein Argument beruhte auf der Unterscheidung zwischen den Strukturveränderungen in der jüngsten Phase der kapitalistischen Entwicklung, die die hoch entwickelten kapitalistischen Länder zur Expansion und zur Aneignung von Rohstoffquellen überall auf der Welt trieben, und der politischen Form, in der diese ökonomischen Notwendigkeiten von den verschiedenen Nationalstaaten umgesetzt würden. Imperialismus war nur eine mögliche politische Antwort auf die ökonomische Notwendigkeit der Expansion nach außen, nicht die einzige. Möglich, vorstellbar sei auch eine andere Politik, die des »Ultraimperialismus«, d. h. der gemeinschaftlichen Aufteilung und Kontrolle der Rohstoffvorräte der Welt durch die kleine Gruppe der kapitalistischen Industrienationen, verstärkt durch die USA. Dies wäre eine mögliche Reaktion auf die Katastrophe des Ersten Weltkriegs, zu der die imperialistische Politik geführt habe – eine imperialistische Expansion und Ausbeutung des Rests der Welt durch

einige wenige kapitalistische Großmächte, die kooperieren könnten statt sich zu bekriegen, nicht mehr und nicht weniger. Vgl. Karl Kautsky: *Der Imperialismus*, in: *Die Neue Zeit*, Jg. XXXII, 1913-1914, Bd. II; Ders.: *Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund*, Nürnberg 1915.

31 Vgl. dazu Peter Gowan: *Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance*, London 1999. Auf die skurrilsten Behauptungen in dieser Debatte – die ganze Welt habe sich in ein Empire ohne Zentrum und Struktur verwandelt (Hardt/Negri), oder alle kapitalistischen Nationen hätten sich stillschweigend dem einen US-Imperium eingemeinden lassen (Panitch/Gindin), gehe ich nicht ein. Bei vielen Marxisten ist die internationale politische Ökonomie zur Schauer-märchenstunde verkommen, in der mit wachsender Begeisterung Räuber-pistolen über große Welt-verschwörungen erzählt werden.

32 Vgl. Emmanuel Todd: *Après l'Empire*, Paris 2002; Michael Mann: *Incoherent Empire*, London 2003.

33 Vgl. zur Geschichte dieser Thinktanks Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg 2004.

Widerstand nicht zu rechnen ist. Selbst die militärische Überlegenheit der USA reicht nicht zur militärischen Eroberung und dauerhaften Kolonisierung ganzer Länder und Regionen.

Nicht weil die US-Eliten das nicht wollten, sondern weil sie nicht können. Denn die USA sind keineswegs in jeder Hinsicht eine Super(welt)macht, vielmehr ein militärischer und finanzieller Koloss auf sehr brüchigen Füßen, die größte Defizitökonomie der Welt, die gegenüber ihren wichtigsten Konkurrenten ganz erhebliche strukturelle Schwächen aufweist. Die Rede vom Niedergang der US-Industrie ist kein Märchen und es ist kein Zufall, dass die USA, weltweit der Champion des Freihandels, zugleich zu den am stärksten protektionistischen Ländern der Erde gehören, jederzeit bereit, einen Handelskrieg zum Schutz der heimischen Industrie und (vor allem) Landwirtschaft vom Zaun zu brechen. Ohne täglichen Zustrom ausländischen Kapitals in Milliardenhöhe könnte die US-Wirtschaft keinen Tag überleben, der Kurs des US-Dollar hängt davon ab, wie lange ausländische Kapitalisten bereit sind, die US-amerikanische Staatsschuld zu finanzieren.<sup>32</sup>

### 7. Was ist der neoliberale Kapitalismus?

Eine unglückliche Wortverbindung. Gemeint ist die Hegemonie, mittlerweile weltweit, wenn auch auf die so genannten »Eliten« beschränkt, einer bestimmten Ideologie und der dazu gehörigen politischen Praxis, die sich seit Anfang der 80er Jahre in den meisten kapitalistischen Ländern durchgesetzt hat. Auch wenn die Rezeptur und die offizielle Rhetorik der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik überall die gleiche ist, unterscheiden sich die tatsächlichen Politiken doch beträchtlich. Denn nirgendwo haben die Anhänger des neuen Köhlerglaubens eine tabula-rasa-Situation vorgefunden oder herbeiführen können. Daher befinden sich die Verfechter des Neoliberalismus in einem ähnlichen Dilemma wie die Liberalen im England des 19. Jahrhunderts: Sie haben überall gesiegt, aber überall agieren die Regierungen wie »Verräter« an der reinen Lehre (mit Ausnahme der Ikone Margret Thatcher).

Der Neoliberalismus ist keineswegs eine logische Folge oder ideologisches Produkt struktureller Veränderungen im Kapitalismus, wie einige Hyperorthodoxe meinen. Es gab ihn als Doktrin schon viel eher, er wurde als politisches Projekt seit Ende der 1940 aktiv betrieben und weltweit propagiert. Ohne die mit Millionebeträgen jahrzehntelang subventionierte, hoch organisierte Propagandatätigkeit eines Netzwerks von so genannten »think tanks« (wie der Mont Pèlerin Society) wäre die zeitweilige Hegemonie des neoliberalen Einheitsdenkens nie zustande gekommen.<sup>33</sup> Die hat natürlich eine reale Basis. Nur liegt sie nicht in den veränderten Produktionsverhältnissen, sondern im Aufstand der Herren des Finanzkapitals und der Vermögensbesitzer (der Rentiers), die die Gelegenheit nutzen wollten, die ihnen die große Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft in den 1970er Jahren bot.

Aber: einen »neoliberalen« Kapitalismus gibt es ebenso wenig wie es einen »liberalen« Kapitalismus (den Kapitalismus der angeblich »freien Konkurrenz« im 19. Jahrhundert) je gegeben hat. Kein hoch entwickeltes kapitalistisches Land entspricht heute dem neoliberalen

Idealbild einer »deregulierten«, »liberalisierten«, »flexibilisierten« Ökonomie mit minimalem, schlanken Staat, voll »privatisierten« öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, offenen Grenzen für das mobile Kapital etc. Man könnte sich streiten, ob z. B. das blutige, extrem gewalttätige »Experiment« in Chile seit 1973 so etwas wie eine Annäherung an das neoliberale Idealbild darstellte. Selbst der Kapitalismus der USA funktioniert nicht lupenrein und hundertprozentig nach neoliberalen Rezepten. Die USA kennen einen großen öffentlichen Sektor (wenn auch teilweise »verborgen«), sie kennen einen (oder sogar mehrere, mehrfach gespaltene) Wohlfahrtsstaat, sie kennen durchaus regulierte und kontrollierte Märkte. Auch Hongkong, das oft genannt wurde, entsprach diesem Idealbild nicht – die britische Kronkolonie – einer der vier asiatischen »Tiger«staaten – funktionierte nur, weil der Staat den gesamten Grund und Boden besaß und insbesondere den Wohnungsmarkt strikt regulierte, also das »freie Spiel der Marktkräfte« dort nachhaltig unterband. Man könnte die berüchtigten »freien Wirtschaftszonen« anführen, die in einigen Ländern der so genannten Dritten Welt benutzt wurden und werden, um ausländisches Kapital anzulocken, z. B. massiv in der Volksrepublik China. Aber bei näherem Hinsehen zeigt sich rasch, dass auch in den »freien Produktionszonen« das ausländische Kapital keineswegs tun und lassen kann, was es will, sich vielmehr harten Kontrollen und strengen Regeln beugen muss.

Wir kennen kein einziges Beispiel für einen »Kapitalismus pur«, der der neoliberalen Idealvorstellung eines völlig entfesselten, reinen Marktes entspräche. Dafür gibt es gute Gründe, die in der Tradition der (kritischen) Politischen Ökonomie wohl bekannt sind.

Märkte haben notwendige Grenzen, eine ganze Reihe von blinden Flecken und inhärenten Fehlerquellen – Märkte versagen, und zwar nicht zufällig, sondern aufgrund systemischer Eigenschaften, die sich zwar politisch, durch »Eingriffe« von Akteuren, die der Marktkonkurrenz nicht unterliegen, korrigieren, aber nicht beseitigen lassen. Daher kennt die (kritische) Politische Ökonomie neben den Waren auch die Kategorien der Gemeingüter, der öffentlichen Güter, aber auch die der »umkämpften Waren« und – last not least – die Kategorie der »fiktiven Waren«. Keine dieser Kategorien hat etwas mit Natur zu tun, ebenso wenig wie die Grenzen des »Marktraumes«, der durch die »umkämpften Zonen« zwischen diesen besonderen Domänen des gesellschaftlichen Reichtums beschrieben werden.

Unbestreitbar gab und gibt es zahlreiche Alternativen zum reinen Marktverkehr; niemals in der menschlichen Geschichte hat sich die Gesamtheit aller ökonomischen Aktivitäten der einen, simplen Logik des Marktes unterworfen. Die Losung der globalisierungskritischen Bewegung: »Die Welt ist keine Ware« spricht also eine wissenschaftliche Wahrheit aus. Es ist unmöglich, alles und jedes zur Ware zu machen – so wie es auch unmöglich ist, einen Markt zu machen ohne Staat. Die Grenzen des Marktes, angefangen mit den so genannten Externalitäten, sind überall und sie machen sich ständig bemerkbar. Die regionalen und nationalen/transnationalen Ökonomien sind heute allesamt »gemischte Wirtschaften«, auch wenn der kapitalistische Marktsektor dominiert. Selbst die höchst entwickelten kapitalistischen Industrieländer, auch die USA, haben heute noch

große »öffentliche« Sektoren; viele haben einen Sektor der »sozialen« (oder »solidarischen« oder »genossenschaftlichen«) Unternehmen.

Also: Neoliberalismus ist eine Ideologie – von Managern und Kapitaleignern für Manager und Kapitaleigner bzw. solche, die es werden wollen. Verführerisch wirkt diese Ideologie durch die in allen Tönen unablässig wiederholte Behauptung, hier werde die Vernunft, die »wirtschaftliche Rationalität« schlechthin verkündet, und nur diese Rationalität (bzw. die ihr entsprechende Rezeptur) führe zu immer höherem Wohlstand und Glück für alle. Wer immer daran etwas auszusetzen hat, ist ein Feind der Vernunft und des Menschheitsglücks. Neoliberale verkünden eine Art säkularer Ersatzreligion, den Heilsglauben und die wundertätige Kraft des »Marktes«. Für jedes ökonomische Problem, ja für jedes soziale und politische Problem, wo auch immer auf der Welt, gibt es eine Universallösung – das freie Spiel der Marktkräfte. Für alle Übel dieser Welt gibt es eine Erklärung, die stets auf dieselbe Ursache zielt: Unbefugte und Unwissende haben sich erdreistet, dem heiligen Markt, der freien Konkurrenz ins Handwerk zu pfuschen. Damit ist in der Tat der Kapitalismus selbst, ein idealer, utopischer Kapitalismus der freien Konkurrenz, zur Weltreligion erhoben worden.<sup>34</sup> Marx hat in seiner Analyse des »Fetischcharakters« von Ware, Geld (und Kapital, nicht zu vergessen) gezeigt, wie die von Menschen gemachte kapitalistische (Welt)wirtschaft eben diesen Menschen als eine Art »Naturgewalt«, als alles überwältigender Sachzwang erscheint. Diesen Glauben an die unüberwindlichen Sachzwänge des Weltmarkts, der internationalen Konkurrenz teilen die Neoliberalen nicht nur, sie predigen ihn geradezu. Nur sehen sie den »Markt« als eine Art von wohlthätiger Naturgewalt, der man sich bedenkenlos anvertrauen dürfe. Diese Ideologie passt ausgezeichnet zu den »fetischistischen« Denkformen, die den Kapitalismus und seine Akteure seit jeher auszeichnen.

Aber die Neoliberalen heiligen nicht nur den »Sachzwang Weltmarkt«, sie verkünden eine schwarze Utopie, die Utopie des totalen Marktes – das haben sie mit den Verfechtern anderer totalitärer Ideologien gemein.<sup>35</sup> Man kann, man darf, man soll dem Versuch, ganze Gesellschaften, die Zukunft des menschlichen Lebens auf diesem Planeten einer Ansammlung von höchst bestreitbaren, alles andere als logischen Wahnideen zu opfern, Widerstand entgegen setzen. Dazu braucht man nicht einmal Marxist zu werden.<sup>36</sup> Vorläufig ist der Neoliberalismus eine Denkweise und ein politisches Projekt – bestreitbar und aufhaltsam. Umso mehr, wenn man bedenkt, dass die neoliberalen Politikrezepte bisher stets und überall gescheitert sind. Es gibt kein einziges Beispiel für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Finanzpolitik nach neoliberalen Rezept – auch nicht in der jüngeren Geschichte der USA, wo eher ein Militär-Keynesianismus (samt hemmungsloser Dollarinflation, grenzenloser Expansion der inneren und äußeren Verschuldung dank Niedrigstzinsen und höchst selektivem, hartem Protektionismus) zum Erfolg geführt hat – eine Todsünde wider das neoliberale Patentrezept.

### 8. Wer wird Milliardär/Maulwurf

Die Chancen dafür sind ungleich verteilt. Man kann noch recht genau angeben, wie man relativ schnell zum Milliardär werden kann bzw. wie man es garantiert nicht wird. Wer das Pech hat, über kein

34 Da die Neoliberalen einen Glauben verteidigen, sind sie auch jederzeit und überall bereit, diesem Glauben mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln zum Sieg zu verhelfen. Wo Neoliberale an der Macht sind, ist die Demokratie stets in Gefahr. Wo Neoliberale Jahrzehnte an der Macht waren, ist die Verwandlung alter, liberaler Demokratien in autoritäre Polizeistaaten die unvermeidliche Folge.

35 Vgl. Michael R. Krätke: Die neue Weltunordnung. Was ist neo und was ist liberal am Neoliberalismus?, in: Regina Stötzel (Hg): Ungleichheit als Projekt, Marburg 1998.

36 Man soll sich also nicht zu früh freuen. Wenn der Zeitgeist sich von den Verwirrungen des Neoliberalismus erholt haben wird, sind wir den Kapitalismus und die dazu gehörenden Denkformen noch lange nicht los.



Vermögen zu verfügen, keinen Kredit zu haben, wer sein Leben lang als abhängig Beschäftigter gegen Lohn arbeitet, wird selten so reich, dass er sich ein Dasein ohne Arbeit leisten kann. Einige wenige Ausnahmen – Popstars, Filmschauspieler, Bestsellerautoren, Models, Sportler – bestätigen die Regel, da diese Zeitgenossen nur reich werden können, weil andere – in der Regel Kapitaleigentümer – mit ihnen und ihren Talenten noch erheblich reicher werden können.

Die Chancen, zum Milliardär zu werden, sind nach Branchen und Regionen ungleich verteilt. Finanzmarktgeschäfte werfen oft Millionengewinne in kürzester Zeit ab, vorausgesetzt, man kann über die entsprechenden Kapitalbeträge (ebenfalls Millionen) verfügen bzw. diese kurzfristig per Kredit mobilisieren. Das ist wiederum auch nicht jedermanns Sache. Wie die ständig wiederkehrenden Skandale um Insidergeschäfte zeigen, stehen die Chancen auf wirkliche Millionengewinne für diejenigen am besten, die Märkte manipulieren können, also über entsprechende Marktmacht oder eben überlegene Marktkenntnis oder -vorkenntnis verfügen.

Neben der internationalen kriminellen Ökonomie – dem am stärksten »globalisierten« Bereich der kapitalistischen Weltwirtschaft – kann man Milliardären und solchen, die es noch werden wollen, einige Branchen bzw. Geschäfte empfehlen. Z. B. Waffengeschäfte mit den allzeit rüstungswilligen Staaten, Immobiliengeschäfte, Handel mit Devisen, Handel mit Derivaten, und – last not least – Übernahme- und Fusionsgeschäfte, also das Kaufen und Verkaufen ganzer Unternehmen. Dazu empfiehlt es sich jeweils, das nötige Kleingeld schon mit zu bringen, und bitte nicht zu knapp.

Die Metapher vom Maulwurf stand einmal für »die Revolution«, die sich als eine Art von gesellschaftlicher Elementarkraft unterirdisch voran wühle und gelegentlich, unregelmäßig, unvorhersehbar, aber immer wieder an die Oberfläche und zum »Ausbruch« komme. Auch Rosa Luxemburg hat dies altehrwürdige Bild vom braven Maulwurf Revolution gebraucht. Aber mit solchen Bildern schafft man einen Mythos, keinen klaren Kopf. Reden wir lieber von den Maulwürfen im Plural, also von den subversiven, antikapitalistischen Bewegungen in der bürgerlichen Gesellschaft, die wieder und wieder zu Revolten und Rebellionen führen. Wo kommen heute noch Maulwürfe, also Rebellen gegen die herrschende Ordnung her? Sie sind überall, und im Unterschied zu den possierlichen Tierchen, die Hobbygärtner und Agro-Unternehmer ärgern, ist es in der langen Geschichte des Kapitalismus noch nie gelungen, den Anti-Kapitalismus auszurotteten. Er bricht immer wieder, in unterschiedlichsten Formen auf, solange die kapitalistische Produktionsweise besteht.

Es gibt Konjunkturen der Revolten und Rebellionen, aber sie kommen unweigerlich zurück, da ihre Ursachen im Kapitalismus ständig aufs Neue reproduziert werden. Im Weltmaßstab betrachtet ist es auch dem mobilsten Kapital bisher noch nicht gelungen, den Revolten und den organisierten Rebellionen, die es selbst hervorruft, auf Dauer zu entkommen. Immer wenn das Kapital abwanderte, die Produktion in Länder oder Regionen verlagerte, wo die Löhne niedrig, die Arbeiter so gut wie rechtlos und unorganisiert waren, geschah nach einiger Zeit das gleiche: Die Arbeiter begannen, individuell und kollektiv, sich gegen ihre Unterwerfung und Ausbeutung zu

37 Vgl. dazu Beverly Silver: *Forces of Labour. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin u. a. 2005.

38 Vgl. Elmar Altvater: *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2006.

39 Vgl. Michael R. Krätke: *Jenseits des Kapitalismus – oder Wo die kapitalistische Entwicklung über sich hinausweist*, in: Marcus Hawel, Gregor Kritisidis: *Aufschrei der Utopie. Möglichkeiten einer anderen Welt*, Hannover 2006.

40 Sie hat über diese noch immer weit verbreitete Ansicht gespottet: Da für große Kapitale der Fall der Profitrate durch den Anstieg der Profitmasse kompensiert werden könne, hat es »mit dem Untergang des Kapitalismus am Fall der Profitrate noch gute Wege, so etwa bis zum Erlöschen der Sonne« (Rosa Luxemburg: *Antikritik*, in: *Dies.: Gesammelte Werke*, Bd. 5, S. 446).

41 Vgl. dazu: Henryk Grossmann: *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Leipzig 1929 (Nachdruck Frankfurt a. M. 1967).

wehren – am Ende stets auch in organisierter Form. Mit der Abwanderung des Kapitals, mit der räumlichen Verlagerung der kapitalistischen Produktion werden die der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Konflikte und Kämpfe nur verlagert und verschoben, nicht aufgehoben.<sup>37</sup> Immer schon, auch im 19. und 20. Jahrhundert, gab es Gegenbewegungen gegen die Entfesselung der »Märkte«, gegen die zerstörerischen Folgen des Kapitalismus. Es gibt sie auch heute.

### *9. Und das Ende der Geschichte: wann endlich kommt es zum großen Kladderadatsch?*

Der eine große Kladderadatsch, die finale Weltkrise ist und bleibt ein Mythos. Ebenso wie die Vorstellung einer jahrzehntelang andauernden »allgemeinen Krise« des Kapitalismus. Völlig ausweglose Situationen gibt es für dieses Wirtschaftssystem nicht. Absolute Grenzen des Kapitalismus werden immer wieder entdeckt – in jüngster Zeit sind es die natürlichen Grenzen der Umwelt bzw. der verfügbaren fossilen Brennstoffe.<sup>38</sup> Allein schon der Sachzwang ständig steigender Öl- und Erdgaspreise bringt die kapitalistischen Mächte dazu, nach Alternativen zu suchen, die alle schon vorhanden und wohlbekannt sind. In Zeiten großer Krisen haben die Protagonisten des Kapitalismus es mitunter verstanden, erfinderisch und klug zu sein, neue Formen und neue Kombinationen innerhalb der kapitalistischen Logik hervor zu bringen, zu experimentieren; in manchen dieser Formen weist und treibt die kapitalistische Produktionsweise bereits »über sich hinaus«, wie der Anti-Utopist Marx stets behauptet hat.<sup>39</sup>

Der Kapitalismus, das hat Rosa Luxemburg sehr scharf und klar gesehen, geht sicher nicht an seinen langfristigen Tendenzen, etwa am berühmten Fall der Profitrate zugrunde.<sup>40</sup> Auch Marx sprach nie vom Kollaps oder Zusammenbruch des Kapitalismus; ein »Zusammenbruchsgesetz« gibt es in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie nicht, obwohl manche Marxfreunde sich darauf versteift haben.<sup>41</sup> Auch die größten Krisen lassen sich überwinden, wenn auch mit enormen Kosten und Verlusten. Das Kapital kann sich mit dauerhaft niedrigeren Profiten ebenso arrangieren wie mit dauerhaft geringerem Energieverbrauch, es kann mit dauerhaft niedrigeren Wachstumsraten leben. Es kann ausgezeichnet leben mit dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut. Es kann sich auf die Begegnung der natürlichen Ressourcen der Erde durchaus einstellen, wenn auch nicht ohne heftige Verteilungskämpfe. Es gibt kurzum keine eherne ökonomische Notwendigkeit für einen »Zusammenbruch« des Kapitalismus. Allerdings wird uns der gegenwärtige Kapitalismus in naher Zukunft weitere soziale und ökologische Katastrophen bescheren – ebenso wie weitere Finanzkrisen und lang andauernde wirtschaftliche Depressions- und Stagnationsperioden.

Die Gefahr besteht darin, dass der Kapitalismus nicht nur sich selbst schädigt, nicht nur gesellschaftlichen Reichtum, Kapital und Privatvermögen, Arbeitsplätze, ganze Produktionsanlagen, ganze landwirtschaftliche und industrielle Regionen zerstört und vernichtet, sondern auch die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens, die »Springquellen allen Reichtums« angreift: »die Erde und den Arbei-

ter«, wie Marx klar gesehen hat. Gegen die Bedrohung der Lebensgrundlagen aller durch die verdrehte »Rationalität« des Kapitalismus kann, soll und muss sich die Gesellschaft zur Wehr setzen; sie hat es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder getan.<sup>42</sup> Leider kommt der »gesellschaftliche Verstand« in kapitalistischen Gesellschaften in der Regel erst »post festum« zum Zuge, nachdem die Krisen und Katastrophen eingetreten sind. Solange sich Arbeitslosigkeit, Verelendung und Naturzerstörung noch exportieren, außerhalb der kapitalistischen Kernländer abladen lassen, sind höchst faule »historische Kompromisse« (auf Kosten der Peripherie) immer (noch) möglich.

Das Ende des Kapitalismus kommt erst, wenn die Legitimität und die scheinbare Alternativlosigkeit dieses Wirtschaftssystems auf breiter Front durchbrochen worden sind.<sup>43</sup>

Wenn also die »Rationalität« und die daraus folgenden Imperative dieser Wirtschaftsform nicht mehr fraglos akzeptiert werden, sondern ihre Absurdität, ihre Unsinnigkeit, ja ihre Ungehörigkeit begriffen werden. Das Ende des Kapitalismus kommt mit dem »enormen Bewusstsein«, dass dies nicht die beste aller möglichen Welten ist, sondern im Gegenteil – eine Welt, die weit hinter ihren zivilisatorischen Möglichkeiten zurückbleibt, und eine Ordnung, die das »gute Leben« und die »wirklich Freiheit« für alle gerade verhindert und schädigt. Eine ökonomische Weltordnung zudem, die die (politische und soziale) Demokratie immer wieder im Kern bedroht (und die Wirtschaftsdemokratie ausschließt). In seinem ziel- und maßlosen Selbstlauf sorgt der Kapitalismus dafür, dass die ökonomischen Krisen, die sozialen und ökologischen Katastrophen, die er erzeugt, den Leuten dies Bewusstsein schon näher bringt. Das geschieht natürlich nicht von allein, nicht automatisch. Die ständige, radikale Kritik der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Folgen ist dazu nötig – und diese Kritik braucht Kraft und einen langen Atem.

Wir wissen aus der international vergleichenden Revolutionsforschung, dass Revolutionen in der Tat wie »Naturereignisse« über die jeweiligen Zeitgenossen gekommen sind. Niemand sah sie voraus, niemand erwartete sie, niemand war wirklich darauf vorbereitet. Das gilt für die französischen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts ebenso wie für die »große Zeitenwende« von 1989/90. Auch die Wende in Lateinamerika in allerjüngster Zeit hat niemand erwartet oder vorausgesehen, ebenso wenig wie den erstaunlichen Aufschwung der weltweiten Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und das neoliberale Einheitsdenken. Allerdings – da hatte Lenin schon Recht – sollte man sich nicht nur überraschen lassen, sondern selbst auch für Überraschungen sorgen.

42 Vgl. Karl Polanyi: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a. M. 1978 (zuerst 1944 in englischer Sprache).

43 Wer Sinnsprüche liebt: An die Stelle der berühmten TINA (There is No Alternative) Formel der eisernen Lady Thatcher kann die Formel treten, die eine weit charmantere und intelligenter Lady, nämlich Susan George, geprägt hat: TATA (There are Thousands of Alternatives). Das lässt uns die Qual oder Lust der Wahl.

MANFRED SOHN

## Marx, Luxemburg und die Unentbehrlichkeit des Feminismus

Eine kurze Replik zu Evelin Wittich

Im Frühjahr hat Evelin Wittich in der UTOPIE kreativ einen in doppelter Hinsicht beeindruckenden Überblick über »Rosa Luxemburg und die Diskussionen der sozialistischen Linken in der Gegenwart« gegeben.<sup>1</sup> Beeindruckend daran war erstens, welch großartigen Ruf der Name »Luxemburg« nach wie vor in der internationalen Linken hat und zweitens, dass es der Stiftung zunehmend gelingt, sich in ein internationales Netz linker Debatten einzuweben.

In dem Artikel referiert Evelin Wittich unter anderem eine Diskussion mit Professor Narihiko Ito aus Japan, Vorsitzender der internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft. In diesem Abschnitt heißt es dann weiter: »Unterschiedliche Meinungen gab es zu der Auffassung von Prof. Ito, dass Rosa Luxemburg auch eine Feministin gewesen sei. Der bisher erschienenen deutschen Literatur ist das überhaupt nicht zu entnehmen.«<sup>2</sup>

Wenn an dieser Stelle statt »überhaupt nicht« ein »kaum« gestanden hätte, wäre der Satz leider vollkommen richtig gewesen. Denn in der Tat wird Rosa Luxemburg im deutschsprachigen Raum mit feministischen Positionen so gut wie gar nicht in Verbindung gebracht. Das ist nur eine Facette des Gesamtbildes, dass es bis heute hierzulande zwischen Marxismus und Feminismus keine wirklich intensive Auseinandersetzung gibt – Anja Meulenbelts schon 1975 in Holland gedrucktes und erst fünf Jahre später in Deutschland erschienenes Buch zu Feminismus und Sozialismus<sup>3</sup> hat hierzulande auch nicht im entferntesten die Resonanz seitens der Marxisten erfahren, die beispielsweise Carla Ravaoli<sup>4</sup> in Italien genossen hat.

Aber Evelin Wittich hat nicht »kaum« geschrieben, sondern »überhaupt nicht«. Und so ist der Satz – zum Glück – falsch.

Die leider mit 51 Jahren viel zu früh verstorbene Westberliner Professorin Christel Neusüß veröffentlichte drei Jahre vor ihrem Tod ihr Hauptwerk »Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung oder: Die Genossin Luxemburg bringt alles durcheinander«.<sup>5</sup> Hier finden sich die Belege, dass unser japanischer Genosse recht hat.

Dieses 350-Seiten-Buch befasst sich explizit mit Rosa Luxemburg nur im letzten, 60 Seiten umfassenden Kapitel. Dennoch ist die Stellung Rosa Luxemburgs nicht nur für die Argumentation von Neusüß so zentral, dass ihr Name<sup>6</sup> zu Recht auf dem Buchtitel erscheint. Rosa Luxemburg ist darüber hinaus in der *ökonomischen* Analyse unserer Gesellschaft bis heute das entscheidende Bindeglied zwischen Marxismus und Feminismus.

Manfred Sohn – Jg. 1955; Dipl.-Sozialwirt, Dr. disc. pol.; seit 1977 erst DKP-, dann PDS-Mitglied; Versicherungsangestellter und Personal- und Aufsichtsrat; aktives ver.di-Mitglied; Publikationen in linken Medien in der BRD, in Großbritannien und in den USA; zu Japan u. a. gemeinsam mit Hans Modrow: Vor dem großen Sprung? Überblick über die Politik der Japanischen Kommunistischen Partei, GNN-Verlag Schkeuditz 2000; zuletzt in UTOPIE kreativ: Programmhinweise aus Fernost. Zur Neufassung des Programms der Japanischen KP, Heft 182 (Dezember 2005)  
Kontakt:  
Drmaso@t-online.de

1 UTOPIE kreativ, Heft 185 (März 2006), S. 237 ff.

Um das zu verstehen, müssen wir uns ganz kurz mit den 280 Seiten vorher beschäftigen, in denen sich Neusüß vor allem mit Marx und der Geschichte der Sozialdemokratie auseinandersetzt. In diesen kurzen Widerworten zu Wittich konzentriere ich mich auf den ökonomischen Aspekt von Neusüß' – die sich selbst übrigens als Marxistin versteht - Kritik am bisherigen Marxismus. In der politischen Ökonomie liegt der wesentliche Punkt, weil er auf den Kern des wissenschaftlichen Sozialismus zielt. Es geht um die Analyse der Ware Arbeitskraft, der wir uns hier zuwenden müssen. Neusüß beginnt ihre Kritik an Marx ziemlich praktisch und verweist auf ihre Mutter, die vier Kinder großgezogen habe: »Meine Mutter hat gearbeitet, aber eben keine Knete gekriegt. Sie hat Gebrauchswert produziert, aber eben keinen Tauschwert... Meine Mutter hat eine Ware produziert, die in den Austausch eingeht, zwar nicht sie allein, mein Vater war in einigen Punkten auch beteiligt, aber trotzdem. Ihre Arbeit war wertbildend, und das läge auch offen auf der Hand, wenn, ja wenn sie sich das Verkaufsrecht über meine Arbeitskraft vorbehalten hätte. Und das hätte ihr zugestanden. Meinem Vater hätte sie natürlich auch was von den Erlösen abgeben müssen, meinewegen halbe-halbe. Der ganze Haken also, dass meine Mutter kein autonomes Einkommen bezieht, ihre Arbeit nicht als gesellschaftlich notwendige, wertbildende anerkannt wird, besteht darin, dass sie leider – oder Gott sei Dank – meine Arbeitskraft auf dem Markt nicht verkauft, sondern ich das selber tue, freie Lohnarbeiterin. Wäre die Sache anders geregelt, so wäre klipp und klar: Meine Mutter trägt zur gesellschaftlichen Wertbildung bei, da sie ja die Ware produziert, Entschuldigung, mitproduziert hat, die die glückliche Eigenschaft hat, mehr Wert zu produzieren, als ihre eigene Reproduktion kostet.«<sup>7</sup>

Das ist der Dreh- und Angelpunkt, warum der Marxismus bis heute keinen breiten Zugang zur Frauenbewegung gefunden hat und weshalb er der demographischen Diskussion<sup>8</sup> so sprachlos gegenübersteht: Er hat in seiner Wertanalyse keinen Begriff in der vor der materiellen Produktion vergegenständlichter Waren notwendigen Produktion der Ware Arbeitskraft, die heute wie damals überwiegend nicht bezahlte Frauenarbeit ist.

Weil er von diesem Zusammenhang aber keinen *ökonomischen* Begriff hat, unterschätzt er die zentrale Rolle der Gewalt in der Geschichte. Jeder von uns kennt ja die Stelle im »Kommunistischen Manifest«, nach der die »wohlfeilen Preise ihrer Waren« die »schwere Artillerie« seien, mit der die Bourgeoisie »alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt.«<sup>9</sup> Rosa Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals«<sup>10</sup> hebt demgegenüber die Rolle der Gewalt viel stärker hervor. Das hat eine innere Logik: Die Aneignung der nicht in den Geldkreislauf eingehenden Arbeitskraft-Verausgabung, ohne die der Geldkreislauf aber nicht funktionieren kann, kann eben rein ökonomisch nicht durchgesetzt werden, sondern bedarf der physischen Gewalt. Mit anderen Worten: Die Artillerie wohlfeiler Preise hat noch keine Mauer zum Einsturz gebracht, die Bourgeoisie braucht dazu immer die wirkliche Artillerie. Das war in China 1899 und ist im Irak 2006 so.

Aber ich greife vor. Referieren wir hier zunächst nur die Ausgangsthese von Christel Neusüß über Luxemburg und den Feminis-

2 Ebenda, S. 245.

3 Anja Meulenbelt: Feminismus und Sozialismus, Hamburg 1980.

4 Carla Ravaioli: Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung, Feminismus und die KPI, Hamburg/Westberlin 1977.

5 Erstveröffentlichung 1985, Neuauflage, nach der hier zitiert ist, Osnabrück 1992.

6 Und in der erwähnten Neuauflage auch ihr Bild.

7 Ebenda, S. 23 f.

8 Ein bisschen habe ich in fünf größeren, zusammenhängenden »Themen«-Artikeln in der »jungen welt« versucht, diesem Manko abzuhelpen: 8. bis 11. Juni 2001 und 17./18. Februar 2003.

9 MEW, Band 4, S. 466.

10 Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke (GW), Band 5, Berlin 1990.

mus: »Und gleich zu Beginn<sup>11</sup> meine These: Ihr Blick auf die Gesellschaft ist der Blick einer Frau. Die Praxistraditionen und -erfahrungen von Frauen sind für das, was sie sieht und was sie sich unter sozialem Widerstand vorstellt, entscheidend. Gut, es gibt Stellen, die belegen, dass sie zur Männerfraktion übergelaufen ist. Zitate könnten mir da um die Ohren gehauen werden. ... Das, was ihr wichtig ist, ist so geschrieben, als hätte sie die gesamte feministische Literatur über weibliche Produktivität in- und auswendig gelernt und dann den Kapitalismus angegriffen und die Bolschewiki und die Sozialdemokraten verspottet.«<sup>12</sup>

Sie wendet sich danach zunächst der hier nur angedeuteten Frage der Gewalt in der Geschichte zu, die schon in den Kern der Kontroverse zielt, welche es schon zu Lenins Zeiten um Luxemburgs Akkumulationstheorie gegeben hat. Rosa Luxemburg äußerte in ihrem ökonomischen Hauptwerk bekanntlich Zweifel darüber, »ob in einer lediglich aus Kapitalisten und Arbeitern bestehenden Gesellschaft ... die Akkumulation vor sich gehen könne und stell(t) die Meinung auf, dass die kapitalistische Produktionsentwicklung im ganzen sich überhaupt nicht in ein schematisches Verhältnis zwischen rein kapitalistischen Betrieben einschließen lasse.«<sup>13</sup> Die Kapitalakkumulation ist also, führt sie in ihrem Hauptwerk selbst aus, »als geschichtlicher Prozeß in allen ihren Beziehungen auf nichtkapitalistische Gesellschaftsschichten und -formen angewiesen.«<sup>14</sup>

Dies bezeichnet Neusüß als »die entscheidende Entdeckung Rosa Luxemburgs«<sup>15</sup>. Die Auseinandersetzung um diese nicht-kapitalistischen Produzenten drehte sich zu Luxemburgs Zeit vor allem um die damaligen Kolonialländer. Aber – so eine andere Feministin, die ebenfalls, ohne ihm wahrscheinlich bekannt zu sein, Professor Ito recht gibt – der Streit weist weit über diese Frage hinaus: »Rosa Luxemburg, die sich paradoxerweise auch nicht darüber klar war, dass sie in »Die Akkumulation des Kapitals« zur Frauenfrage geschrieben hat, hat einen Großteil der heutigen Diskussion bereits vorweggenommen ... Wer sind diese »nicht-kapitalistischen Produzenten« solche, die also nicht Waren für Lohn produzieren? Es ist die Mehrheit: Hausfrauen in der ganzen Welt, Subsistenzbauern beiderlei Geschlechts vor allem in der zweiten und Dritten Welt und das Heer männlicher und weiblicher »Marginalisierter« vornehmlich ebenfalls in der Dritten Welt. Leider war Rosa Luxemburg bei den Bauern stehengeblieben.«<sup>16</sup>

Da dies nur eine kurze Replik sein soll, lasse ich hier zwei weitere Aspekte, an denen Christel Neusüß die Nähe Luxemburgs zum heutigen Feminismus referiert, weg: die Einschätzung der Rolle des Staates und die gegenüber der damaligen Sozialdemokratie völlig unterschiedliche Einschätzung des Verhältnisses von Organisation und Spontaneität für die Entwicklung einer sozialistischen Revolution.

Für die von Ito und Wittich dankenswerterweise aufgeworfene Kontroverse möchte ich daher abschließend nur vier Thesen und zwei Wünsche formulieren.

These 1 dürfte nicht mehr bestreitbar sein: Es gibt in der linken deutschen Literatur zumindest gut begründete Positionen, nach denen Rosa Luxemburg nicht nur Marxistin, sondern auch Feministin war.<sup>17</sup>

These 2 lautet: Dies begründet sich neben einigen Positionierungen in Fragen des politischen Klassenkampfes (z. B. Rolle der Sponta-

neität der Massen) vor allem in ihrer ökonomischen Entdeckung, dass Kapitalismus aus den in Geldkreisläufen erfassten ökonomischen Austauschbeziehungen allein heraus weder erklärbar noch auf Dauer reproduzierbar ist.

Daraus leitet sich eine dritte These ab. Marx hat Hegel bekanntlich vom Kopf auf die Füße gestellt. Bei Rosa Luxemburg ist das nicht nötig. Sie muß lediglich von der Ferne in die Heimat geholt werden. Denn die zum Teil ja richtige praktische Kritik an ihrer Akkumulationstheorie – dass nämlich der Kapitalismus ganz gut ohne Ausbeutung der Dritten Welt existieren, ja sie sogar an der Peripherie verhungern lassen könne – zielt gänzlich am Kern ihrer ökonomischen Kritik vorbei. Setze die unbezahlte (Frauen-)Arbeit an die Stelle der so genannten Dritten Welt und jedem mit einem Hauch ökonomischen Verstandes wird sofort klar, dass Rosa Luxemburg völlig recht hat. Und wer das nicht begreift, wird zu Recht mit dem weiteren Schrumpfen einer Gesellschaft bestraft, in der sich eben immer weniger finden, die unbezahlte Reproduktionsarbeit leisten, die also immer kapitalistischer und infolgedessen konsequenterweise immer menschenärmer wird.

Abschließend aufbauend auf Luxemburg und Neusüß die These 4: Weil das alles so ist, ist es keine Frage politischer Programmatik, sondern ein Resultat innerer Zwangsläufigkeit, dass eine Aufhebung dieser kapitalistischen Produktionsweise ohne eine grundsätzlich andere Stellung der unbezahlten Reproduktionsarbeit (vor allem) von Frauen überhaupt nicht möglich ist. Daher wird es in dialektischer Aufhebung der sozialistischen Versuche, die der russischen Oktoberrevolution 1917 folgten und folgen, auch keinen dauerhaft gelingenden sozialistischen Neuanlauf ohne eine stärkere Einbeziehung des Feminismus geben.

Damit bin ich bei meinen Wünschen. Das hier Dargelegte ist nicht ganz neu. Der Autor hat – Berufsverbote-bedingt damals unter einem Pseudonym – einige der hier angedeuteten Positionen vor jetzt gut zwei Jahrzehnten schon einmal geäußert<sup>18</sup>. Das ist damals resonanzlos verhallt wie so viele Versuche, Marxismus und Feminismus zusammenzubringen. Meiner festen Überzeugung nach hängt die Schwäche der Linken vor allem auch damit zusammen, dass sie diesen Brückenschlag nicht zustande bringt. Vielleicht lässt sich das im 21. Jahrhundert noch ändern – in Japan, Deutschland und anderswo.

Zweitens sei mir, da Politik und Persönliches nicht trennbar ist, eine letzte Bemerkung gestattet: Mir ist es als Mann immer etwas peinlich, zu Fragen des Feminismus etwas zu sagen – das ist überwiegend Sache der Frauen. Meiner festen Überzeugung nach habe ich für den Rest meines Lebens meinen wichtigsten Beitrag in dieser Frage dadurch geleistet, dass ich mir mit der Mutter aller meiner drei Kinder die Reproduktionsarbeit so geteilt habe, dass ich gut die Hälfte der Windelwechselei, -wäscherei und Kindergeburtstagsfeiern, also kurz, des »ewigen Kreislaufes des Lebens«<sup>19</sup> selbst übernommen und dafür Arbeits- und Politikzeit für knapp 1,5 Jahrzehnte mit viel persönlichem Gewinn gut halbiert habe. Mag ja sein, dass ohne Arbeiterklasse Sozialismus nicht geht – ohne kämpfende Frauen aber gewiß nicht. Die Männer müssen ihnen eigentlich nur ein bisschen Platz machen, der Rest machen die dann schon von selbst, jedenfalls hier unten links.

11 Gemeint ist hier der Beginn des erwähnten letzten Kapitels ihres Buches, das mit »Die Frau Rosa Luxemburg« überschrieben ist.

12 Christel Neusüß, a. a. O., S. 282.

13 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder: Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben, eine Antikritik, in: Gesammelte Werke, Band 5, a. a. O., S. 438 f.

14 Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1913, GW, a.a.O., Band 5, S. 315.

15 Christel Neusüß, a.a.O., S. 298.

16 Claudia von Werlhoff: Frauenarbeit, der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie, hier zitiert nach Neusüß, a. a. O., S. 321.

17 Natürlich hat sich Luxemburg selbst nie so bezeichnet – genauso wenig wie sich Marx oder Engels bekanntlich als Marxisten bezeichnet haben.

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, das sogenannte Jahrhundertereignis zu ignorieren, indes: Chronistenpflicht läßt das nicht zu. Zumal es der Vorgang, über den ich hier mitzuteilen mich durchringe, es nach meinem Überblick nur auf die Berliner Lokalseiten geschafft hatte (obwohl er größere Aufmerksamkeit verdient hätte). Zur Sache: Der Usbeke Akram Marufshonow war mit seinem Freund Musadshon Choridow von Taschkent nach Berlin geradelt (6500 km), um ein Autogramm vom Torwart Oliver Kahn zu bekommen. Nun gibt es, wie wir wissen, viele gute und weniger gute Gründe für lange Radtouren oder andere absurde Höchstleistungen, die Bücher der Rekorde sind voll von ihnen; und auch die aufwendige Jagd nach einem Autogramm ist so selten nun nicht. Darum wird Akram Marufshonow vermutlich nicht unbedingt als Radfahrer oder als Autogrammjäger in die Geschichte der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft eingehen. Aber wenn es einen Schleimer-Pokal gäbe, hätte der Mann womöglich eine Chance. Eine Passage in der Zeitung lautete nämlich: »Und weil es ihm in Berlin so gut gefällt, hat er am Freitagabend noch einen Dankesbrief an Angela Merkel verfasst und ihn am Bundeskanzleramt abgegeben. In dem Brief bedankt er sich für die großartige WM in Deutschland.« Wenn das der Blatter mitkriegt! Angela Merkel hat mit der WM so viel zu tun wie ich mit Angela Merkel, aber der, der dem Usbeken diesen Brief eingeredet oder diktiert hat, war vielleicht gar kein Schleimi, sondern ein ausgewachsenes Schlitzohr, das wußte, wo Bartel oder der Usbeke den Most holt. Zwar hatte es am Schluß des Zeitungsberichtes geheißsen, daß der Fernradler bis zum Finale bleiben und sich dann wieder auf sein Rad schwingen wolle, »zurück in die Heimat«, aber es fiel mir ausgesprochen schwer, daran zu glauben. Sollte das Bundeskanzleramt (oder eine



von ihm gebetene Behörde) wirklich kein Ticket herausgerückt haben, sondern den Deutschlandfreund aus der Ferne wieder auf seinen Drahtesel geschickt haben? Das wäre ja nun – Sparen hin, Sparen her – wirklich schoflig vom Kanzleramt gewesen. Natürlich: Nichts Genaues weiß ich nicht, vielleicht radeln sie nun tatsächlich wieder und radeln und radeln – und singen dabei: Wir warn mit'm Radel da.

Da wir nun gerade bei Kanzleien und beim Sparen waren: Der derzeitige SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat sich im Berichtszeitraum mit der Bemerkung in die Sozialmißbrauchdebatte eingeklinkt, es solle nicht jeder alles in Anspruch nehmen, was ihm gesetzlich zustehe. Und als die Empörung über diese Äußerung gerade so schön am Kochen war, trat ihm sein Berliner Parteifreund Wowereit, Regierender Bürgermeister, in die Seite. Ja, in die Seite, nicht zur Seite: Dem Chef der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters nämlich soll das Gehalt auf einen Plautz von 7 581 auf 9 965 € erhöht werden. Wenn denn wirklich noch gelten sollte, daß Politik auch über Symbole funktioniert, dann ist dies eine Art Offenbarungseid. Der PDS-Fraktionschef Stefan Liebich zu der beabsichtigten Gehaltserhöhung für den Senatskanzleichef der Kommune Berlin: »Kurzfristig (!) wird daraus nichts.« An dieser Äußerung, liebe Gemeinde, können wir wieder sehr schön den feinen Unterschied zwischen Kommunismus und Kommunalismus lernen (oder zwischen Sozialisten und Regierungssozialisten ...).

Doch diese Art Skandalchen (in vier Wochen lockt das keinen Hund mehr hinter'm Ofen vor ...) sind natürlich keine innerstädtischen oder regional beschränkten Angelegenheiten, sondern inzwischen so was von gewöhnlich, daß wir immer mehr dazu neigen, uns an sie zu gewöhnen. Der Grundsatz, schrieb Christian Bommarius in der *Berliner Zeitung* vom 10./11. Juni, jeder nehme sich, was er kann, gehöre »längst zur mentalen Grundausstattung eines Bundesbürgers – ohne ihn wäre die Branche der Steuerberater längst zusammengebrochen«. So gesehen, sind die Äußerungen Becks pure Blasphemie. Und daß er Empfänger von Sozialleistungen in einem Atemzug mit Managerkopffeten nennt, ist einfach unanständig. Bommarius merkte dazu unter anderem an, daß der Schaden, den Hartz-IV-Empfänger durch Lug und Trug anrichten könnten, lächerlich gering ausfiele im Vergleich zu dem Schaden, den Steuerhinterzieher zu verantworten haben; er fährt fort: »Das Vergnügen, das nicht nur der weitaus größte Teil der so genannten Leistungselite an dieser Form des Betrugs empfindet, wird noch übertroffen von der Unerschütterlichkeit des Bewusstseins, keineswegs Täter der Steuerhinterziehung zu sein, sondern Opfer des Staates, dessen ungerechtes Steuerrecht die Hinterziehung geradezu erzwingt.«

Angela Merkel, in ihrem früheren Leben vielleicht im Ostkindergarten nur mit Suralin-Spielzeugsoldaten oder später eventuell mit dem Kasperletheater »Manöver Schneeflocke« befaßt gewesen, absolvierte jetzt im Hambacher Schloß in der Pfalz erstmalig als Bundeskanzlerin einen Truppenbesuch im Inland und wußte was. Nämlich: Sie wisse, sagte sie den Zeitungen zufolge, daß manche Soldaten dem geplanten Kongo-Einsatz »mit gemischten Gefühlen« entgegensehen, Bundestag und Bundesregierung seien aber zu dem Schluß gekommen, daß das »Militär-Engagement« verantwortbar sei. Da greifen wir doch flott in unseren altdeutschen Spruchbeutel (soviel Patriotismus muß erlaubt sein): »Auf eines fremden Mannes Arsch ist gut durchs Feuer reiten.«

Ulrich Maurer, Hans Modrow  
(Hrsg.): Überholt wird links.  
Was kann, was will, was soll  
die Linkspartei, edition ost  
Berlin 2005, 232 S. (12,90 €)

*Hans Modrow*, der Ehrenvorsitzende der Linkspartei.PDS, ist ein umstrittener Mann. Auch in der Partei, in der er dieses Amt bekleidet. Denn nie hat er ein Hehl daraus gemacht, welche Sorgen ihm deren Entwicklung bereitet, und auch jetzt, da sich mit dem Zusammengehen von Linkspartei und Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) eine gesamtdeutsche Linke zu formieren scheint, hält er mit seinen Bedenken, Einwüfen und Forderungen nicht hinterm Berg. Reiben kann man sich an diesen Standpunkten immer, denn Modrow hat sich eine Tugend bewahrt, die unter Politikern nicht so sehr häufig ist: Nicht nur bringt er seine eigenen Auffassungen gedruckt unter die Leute, sondern er lädt auch andere ein, es ihm gleich zu tun. So hat man unterschiedliche Standpunkte in einem Band, kann vergleichen, diskutieren und sich je nach Lage der Dinge zum Einverständnis oder zum Widerspruch eingeladen fühlen.

Partner von Hans Modrow in der Herausgeberschaft des hier zu besprechenden Buches ist *Ulrich Maurer*, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. Maurer ist seit Juli 2005 WASG-Mitglied, nachdem er von 1970 bis 2005 der SPD angehört und als Landesvorsitzender in Baden-Württemberg (1987-1999), Mitglied des Bundesvorstandes (bis 2003) und Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg keine kleine Rolle in der Sozialdemokratie gespielt hat.

Modrow leitet den Band mit der Feststellung ein, dass mit Blick auf die für 2007 ins Auge gefasste Vereinigung von Linkspartei und WASG »eine Debatte zu inhaltlichen Fragen noch aus(steht)«, und für deren Inhalt setzt er zwei Schwerpunkte: zum einen die Fragestellung, wie die deutsche Linke die »reale Chance, aus der politischen Isolation herauszukommen«, nutzen will; und zum anderen den Blick auf die Geschichte. »Zu dieser«, meint er, »gehört der verschwundene Realsozialismus,

über den noch immer gestritten wird, ob er nun einfach zurecht unterging oder ob die Tatsache seiner Existenz vielleicht doch in vielerlei Hinsicht nützlich war und Erfahrungen hinterließ« (S. 7).

Die Autorin (es ist nur eine – Christa Luft) und die Autoren des Buches (es sind außer den beiden Herausgebern deren elf), die im Übrigen in großer Mehrheit aus der DDR stammen (zehn von vierzehn) folgen diesen beiden Schwerpunkten nur bedingt. Das ist kein Wunder, denn es ist eben ein Sammelband und nicht das Kompendium langer gemeinsamer Forschungen und Debatten. So bleibt die Modrow-Forderung nach »gleichermaßen dialektisch-kritischer wie unvoreingenommener Aneignung« des DDR-Erbes auch mit diesem Band noch unerfüllt. Aber wie die Entwicklung einer neuen Linken angepackt werden soll – dazu gibt es vielfache und zugleich sehr widerspruchsvolle Vorschläge.

Wobei gleich mit dem ersten Beitrag der Jurist *Friedrich Wolff* (Ost) unter der Überschrift »Die Linkspartei in der Berliner Demokratie« ein Beispiel dafür liefert, dass Kritiken und Vorschläge schnell schmalbrüstig werden, wenn man die bis heute verheerende Wirkung des Versagens der SED bei der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaft so komplett ausblendet, wie er das tut. Da mögen die Vorwürfe an der Linkspartei.PDS noch so scharf formuliert sein – weder »erkenne« sie »die gesellschaftliche Situation, die politischen Verhältnisse (und) die zu lösenden Probleme«, noch sei sie »gewillt«, die »notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen« (S. 23) – und die Forderungen noch so vehement erhoben werden – die Partei solle »einen großen Schritt nach vorn auf dem Weg zum Sozialismus machen« (S. 29) –: Wenn am Ende nichts weiter bleibt als der Ruf nach »Verstaatlichung von Wasser, Energie, Eisenbahn, Banken« oder einem »staatlichen, nicht kommerziellen Gesundheitswesen« (Ebenda), dann geht das Ganze doch entschieden am Leben vorbei. Auch an dem der 16 Jahre alten PDS, das ja eben geprägt ist – und geprägt sein musste! – vom Herauswachsen aus der SED und vom Hineinwachsen in eine Gesellschaft, die sich in permanenter Veränderung befindet.

Auch der Historiker *Heinz Niemann* (Ost) und der Politikwissenschaftler *Stefan Bollinger*

(Ost) kommen mit ihren Aufsätzen »Die Linkspartei – ein sozialdemokratischer Phönix aus der Asche?« und »Brüder in eins nun die Hände? Linke Schwierigkeiten mit der Einheit« über harsche Kritik an der Linkspartei.PDS kaum hinaus. Niemann beklagt, was er »schleichende Sozialdemokratisierung der PDS« nennt (S. 31), warnt davor, den Klassenkampf für »obsolet« zu halten (S. 38) und sieht eine Gefahr in der »von führenden Vertretern artikuliert(n) Hoffnung, diese neue Linkspartei werde nun dauerhaft zur Normalität eines westeuropäischen Verfassungsstaates gehören und als Teil des ›Verfassungsbogens‹ akzeptiert werden« (S. 49). Aber was stattdessen wirklich *zu tun* sei – ob man sich also und auf welche Weise vielleicht aus dem Verfassungsbogen heraus katapultieren solle –: Die Antwort darauf bleibt Niemann schuldig. Bollinger bemüht sich um einen WASG und Linkspartei.PDS in Beziehung zueinander setzenden Problemaufriss, kommt dabei zu mancher anregenden Beobachtung, bleibt dann aber auch in der Klage stecken. Er hält bei der PDS »erhebliche Teile des Parteiestablishments, der wohlstuierten Abgeordneten« für »soweit im Kapitalismus und seinem politischen System angekommen, verzahnt, versunken, dass sie den Sozialismus im Alltagsgeschäft als Ziel abgeschrieben haben könnten« (S. 94), und auch die Jungen in der Partei sieht er bereits kompromittiert: »Ihr *kulturelles Linkssein*« müsse »sich nicht mehr auf Arbeit gründen«, darum falle es ihnen »leicht, über soziale Grundsicherung auch ohne Arbeit zu reden, die Freigabe von Drogen zur Bewusstseinsweiterung zu begrüßen, die Vielfalt von Lebensentwürfen toll zu finden und an die Stelle straffer Organisation auf Netzwerke, lockere Diskurse und Projekte zu setzen« (S. 98). Die Fragwürdigkeit solcher Verdikte wie des zuletzt zitierten wird offenbar, wenn man sich die Alternativen vor Augen führt, also: die Vielfalt von Lebensentwürfen *nicht* toll zu finden und an die Stelle der Netzwerke wieder die straffe Organisation zu setzen?

Von ganz anderem Kaliber ist die Kritik des Rechtsphilosophen *Hermann Klenner* (Ost) unter der Fragestellung »Eine Linkspartei im gesamtdeutschen Interesse?«. Auch Klenner sieht vielfachen Grund, mit der Entwicklung der Linkspartei.PDS unzufrieden zu sein. Er

warnt vor der Hoffnung, die im Wahlkampf 2005 propagierte »neue soziale Idee« könne »auf die ungeteilte Zustimmung des ›Volkes‹ stoßen (S. 157 f.), fordert »Klarheit über die Interessenstruktur in Deutschland« (S. 158) und beschreibt die Phrasenhaftigkeit des Begriffes »Gerechtigkeit« in einer »Verfassungswirklichkeit«, in der »die Elite einer personell vernetzten politischen Klasse mit ihrer arbeits-tätig organisierten institutionellen Macht, ihren finanziellen Potenzen, ihren medialen Möglichkeiten und ihren gemeinsamen Shareholder-Interessen regiert« (Ebenda). Aber er hat zugleich ein sicheres Gespür dafür, dass all dem nicht mit alten Rezepten beizukommen ist, respektiert die Mühen des Suchens, beteiligt sich an diesem Suchen mit interessanten historischen Vergleichen und treffsicheren Analysen der Gegenwart. Einige seiner Sätze gehören ins Stammbuch jedes linken Politikers. Zum Beispiel diese: »Eine Linkspartei, die sich als Mitglieder oder Wähler ausschließlich Sozialisten oder Kommunisten herbeiwünscht, wäre parlamentarisch verloren. Sie wäre aber auch verloren, wenn sie Sozialisten oder Kommunisten als kompromittierend von sich fernzuhalten begänne« (S. 157). Oder auch: »Es wird keine andere als eine wirklich linke Partei den Nachweis zu erbringen imstande sein, dass die ihrem Anschein nach zwischen West und Ost stattfindenden Verteilungskämpfe tatsächlich solche zwischen Reich und Arm innerhalb der ganzen bundesrepublikanischen Gesellschaft sind« (S. 160 f.).

Mit mustergültiger Recherche und Problemanalyse sowie einer Fülle gleichermaßen alltags- und zukunfts-tauglicher Vorschläge arbeitet in ihrem Beitrag »Entwicklungspfade über den Kapitalismus hinaus suchen« die Ökonomin und langjährige frühere Haushaltsexpertin der PDS-Fraktion im Bundestag *Christa Luft* (Ost). Ihr Plädoyer für das Ringen um eine »Gesellschaftsvision«, die zu haben sie für die Linkspartei für absolut unverzichtbar hält – egal, ob die Partei »von der Oppositionsbank« aus agiert oder »in eventueller Beteiligung an Landesregierungen« – gründet sie auf das Verständnis, dass »eine noch so radikale Kapitalismuskritik allein« für die Gewinnung von Einfluss in der Gesellschaft nicht ausreichen kann (S. 142). Ihre Forderung nach »Intensivierung des makroökonomischen Den-

kens« (S. 144) und nach »Zügelung des Finanzkapitals« (S. 152) verbindet sie mit acht Thesen zur Frage des »Eigentums in linker Alltagspolitik« (S. 145-151), in denen sie all die schwierigen – und ungelösten – Debatten in der Linken produktiv aufzunehmen versteht.

Gar nicht weit entfernt von Christa Luft argumentiert in seinem Text »Ist der Kapitalismus reformierbar?« WASG-Mitbegründer und »Sozialismus«-Redakteur *Joachim Bischoff* (West). Auch er baut – konzentriert auf das Arbeit-Kapital-Verhältnis – Brücken zwischen Alltags- und Zukunftsfragen: Die Lohnarbeitsgesellschaft müsse »in der aktuellen Konstellation in den europäischen Hauptländern« zunächst »zivilisatorisch ausgestaltet« werden; zugleich aber gehe es »um die Öffnung des Weges« zu ihrer »Überwindung« (S. 128). Den »Aufstieg einer neuen Linken« setzt Bischoff ins Verhältnis zur »Krise der Sozialdemokratie« (S. 131-134), und am Ende seines Aufsatzes hat auch er einen »Stammbuch«-Satz parat: »(...) Partei muss sein, wenn gesellschaftliche Macht verändert werden soll. (...) Aber die noch zu schaffende Linkspartei muss sich die Offenheit und das Spannungsverhältnis zu den vielen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft bewahren« (S. 138).

Suche und dialektisches Problemverständnis anstelle von Anklage und Verdikt prägen auch den Aufsatz »Linkspartei in Deutschland – Chancen und Probleme« des Politikwissenschaftlers *Erhard Crome* (Ost). Cromes Überlegungen kreisen um eine neue »prägende Bruchlinie« in der Gesellschaft, die er als »Neoliberalismus vs. Soziale Verantwortung« charakterisiert (S. 61). Im Unterschied zu den eingangs genannten vehementen Kritikern sieht er die PDS »trotz ihrer vielen inneren politischen und programmatischen Probleme (...) auf der Höhe« der Herausforderung, die diese »Bruchlinie« darstellt (Ebenda), und seine Vorschläge, gerichtet auf eine »bewusste Konstituierung als transformatorische Linke«, befreit er als eigenen Beitrag zur Gestaltung des PDS-programmatischen »Dreiecks« aus (1) konkreten Alternativen in der Tagespolitik, (2) kooperativem Verhältnis zu den sozialen, zivilgesellschaftlichen, feministischen, ökologischen und Friedensbewegungen und (3) Erarbeitung von Gesellschaftskonzepten jenseits des realexistierenden Kapitalismus (S. 70 f.).

Letzteres heißt für ihn, »über Sozialismus in einem neuen, demokratischen Sinne nachzudenken« – und in diesem Prozess möchte er auch »das SPD-Programm von 1989« beachtet sehen (Ebenda).

Nur zweieinhalb Seiten lang, aber scharf formuliert ist der Text von Herausgeber *Ulrich Maurer* (West) unter der Überschrift »Pragmatischer Nihilismus. Ein polemischer Nachruf auf die Karriere-Fraktion der so genannten 68er«. Auf eine Vertiefung dieses Themas im Rahmen künftiger Gemeinsamkeit zwischen WASG und Linkspartei.PDS auch bei der Erarbeitung zusammenpassender Geschichtsbilder darf man gespannt sein. Gegen den Nihilismus bedarf es Maurer zufolge: »des Aufstands derer, die ihren ideellen Anspruch nicht verraten haben; der Überwindung der Resignation durch die Bewohner der Elfenbeintürme; des Bündnisses mit dem Teil der Jugend, der sich noch nicht wie die Generation Golf dem gesellschaftlichen Zynismus angepasst hat; und der Hoffnung auf die (Ost-)Deutschen, deren Idealismus zwar missbraucht wurde, die ihn aber noch in den Köpfen haben« (S. 199).

Schließlich bietet der Band: zwei so pointierte wie – ja! – unterhaltsame Bekenntnisse zur Linkspartei aus der Feder der Schriftsteller *Gerhard Zwerenz* (West) und *Uwe Kant* (Ost) unter den Überschriften »Neue Köpfe braucht das Land« und »Hallodris«; ein Plädoyer für eine politische Bildung und Kultur mit der Aufgabe, »unaufhörlich und systematisch zu entschleiern, zu entheucheln, zu enthüllen« (S. 174) unter der Überschrift »Das Sein verstimmt das Bewusstsein« vom einstigen stellvertretenden DDR-Kulturminister und langjährigen Thüringer Landtagsabgeordneten *Klaus Höpcke* (Ost); eine Betrachtung des Journalisten *Reinhard Jellen* (West) zur »Frage der sozialen Gerechtigkeit in der hiesigen Parteienlandschaft« und einen Text zum Thema »Links wo die Nation ist« des Publizisten *Robert Allertz* (Ost).

Alles in allem ist ein Buch entstanden, das man all jenen, die da im kommenden Jahr eine neue linke Partei in Deutschland gründen wollen, zur Pflichtliteratur machen müsste. Und zwar nicht nur wegen der vielfältigen Anregung, sondern auch, weil die großen Unsicherheiten klar hervortreten, die es nicht nur in der programmatischen Arbeit der beiden Par-

teien PDS.Linkspartei und WASG selbst, sondern auch bei ihren Kritikern gibt.

WOLFRAM ADOLPHI

**Andreas Heyer:**  
**Die Utopie steht links! Ein Essay,**  
 Karl Dietz Verlag Berlin 2006,  
 Reihe Texte: 26, 168 S. (12,90 €)

Die Utopie hat es nicht leicht. Nicht nur konservative Kritiker versuchen permanent, ihr den Totenschein auszustellen, auch von linker Seite wird sie immer wieder kritisiert, wird ihr Ende prognostiziert oder sogar gefordert. Am bekanntesten und folgenreichsten ist die Kritik von Marx und Engels im »Manifest der Kommunistischen Partei« (1848) und in Engels Schrift »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« (1882), worin die bisherigen politischen Utopien zwar als Vorläufer des Sozialismus anerkannt werden, ihnen gleichzeitig jedoch Wissenschaftlichkeit und vor allem die Einsicht in die revolutionäre Rolle des Proletariats abgesprochen wird – und damit die Existenzberechtigung. »Utopisch« wird damit zum Schimpfwort auch von links, und diesem Utopie-Verdikt schließen sich nachfolgende Generationen von Linken an – allerdings mit bemerkenswerten Ausnahmen und Gegenpositionen.

Andreas Heyer, den Leser(inne)n von UTOPIE kreativ bekannt durch eine Reihe von Artikeln zum Thema Utopie, hat mit »Die Utopie steht links!« einen Essay vorgelegt, der die Entwicklung des Verhältnisses der Linken zur Utopie nachzeichnet. Wieder einmal wäre der Arbeitstitel des Buches (»Die Linke und die Utopie«) aussagekräftiger gewesen. Heyer untersucht exemplarisch die wichtigsten Denker linker Utopie-Reflexion. Auf Marx und Engels folgen Kautsky, Bebel, Lafargue und Lenin, die zwar auf dem Boden des Marxismus stehen, aber teilweise dessen anti-utopisches »Bilderverbot« mit Ausführungen über die kommende kommunistische Gesellschaft durchbrechen. Kropotkin, Landauer und Buber stehen für den marxismus-kritischen Zweig der Linken, der einen »intentionalen« Utopie-Begriff entwickelt, also von der Intention des

Individuums ausgehend eine genossenschaftliche Alternative zum Staatssozialismus sucht. Es folgen Adler und Marcuse, die die Bedeutung der Kultur und der postmateriellen Bedürfnisse und damit die Offenheit der Geschichte gegen marxistische Zukunftsgewissheit betonen. Ernst Bloch kann als bedeutendster Erneuerer des Utopie-Diskurses nach dem Zweiten Weltkrieg gelten – gleichzeitig richtet er durch seinen völlig ausufernden Utopie-Begriff »innerhalb der Utopieforschung einen Flurschaden an, der nur schwer zu beseitigen« ist. Heyer trägt zur Flurschadenbeseitigung bei, indem er die Kritiker Blochs zu Wort kommen lässt: Jonas, der gegenüber dem »Prinzip Hoffnung« schon aus ökologischer Notwendigkeit das »Prinzip Verantwortung« fordert; Habermas, der Blochs spätexpressionistische »Bindestrich-Terminologie«, vor allem aber den Mangel an Selbstreflexivität und die Verbindung von Utopie und Gewalt moniert; und Adorno, für den Bloch kein Utopie-Forscher, sondern selbst Utopist ist – was für Adorno nichts Gutes bedeutet... Die wichtigsten Utopie-Theoretiker der Linken werden den Leser(inne)n also mit ihren grundsätzlichen Positionen zur Utopie nahegebracht, und das erfreulicherweise in klar verständlicher Darstellung, gleichzeitig quellennah: Die untersuchten Autoren kommen selbst zu Wort, teils mit längeren Zitaten.

Eingebettet in diese Darstellung des linken Diskurses über die Utopie sind Kapitel, die ganz bestimmte Entwicklungsstufen der politischen Utopie selbst beleuchten: Zum ersten »Die zwei Arten der Utopie um 1900« (S. 38-53), wo bereits die Vielschichtigkeit innerhalb der politischen Utopie aufgezeigt wird: Neben der staatlich-homogenen Utopie, dargestellt am Beispiel »Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887« (1888) von Edward Bellamy, existiert eine Tradition der anarchistisch-heterogenen Utopie, gezeigt an »Kunde von Nirgendwo« (1890), eine direkte Antwort auf Bellamy von William Morris. Zum zweiten zeigt das Kapitel über »Die russische Entwicklung« (S. 54-73) sowohl den Höhepunkt der etatistischen Sozial-Utopie, mit den kommunistisch-totalitären Entwürfen von Alexander Bogdanow, als auch deren Bruch: »Wir« (1920) von Jewgeni Samjatin kritisiert die menschenrechtsverachtende Politik des Kom-

munismus schon kurz nach der Oktoberrevolution und erweitert damit den utopischen Diskurs um das neue Genre der Schwarzen Utopie, das nicht mehr das Wunsch-, sondern das Furchtbild einer imaginierten Gesellschaft zeichnet und damit vor möglichen (bzw. bereits eingeleiteten) Fehlentwicklungen warnt. Zum dritten schließlich wird »Der Weg der Postmoderne in den utopischen Roman« (S. 116-143) dargestellt an den ökologischen, feministischen, anarchistischen Utopien der 70er Jahre (»Ökoptopia«, »Planet der Habenichtse« u. a.). Hier zeigt sich nun die neueste Entwicklungsstufe der politischen Utopie, die über die Kritik am Kapitalismus und am Sowjet-Sozialismus hinaus auch die eigenen Entwürfe nicht mehr als Vollendung der Geschichte, sondern als mögliche, durchaus unvollkommene Alternativen darstellt.

Das Buch schließt mit einem Blick auf aktuelle Tendenzen linker Utopie-Reflexion, nämlich die Verteidigung der Utopie gegen konservative Angriffe, wie den Joachim Fests, nach 1989. Heyer zeigt, dass sowohl Utopien selbst wie auch linke Utopie-Reflexion entscheidende Entwicklungsschritte vollzogen haben, dass nämlich die staatlich-autoritäre Linie der Utopie nicht vergessen, aber zurückgelassen wurde und moderne wie zukünftige utopische Entwürfe nicht hinter die heutigen Standards von Demokratie und Menschenrechten zurückfallen (können). Und dass, angesichts der nicht enden wollenden Krise der bürgerlichen Gesellschaft, Utopien nach wie vor notwendig sind.

Nicht erst in diesem Schlussteil wird deutlich, warum der Untertitel einen »Essay« ankündigt: Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Studie über Utopie und Utopie-Reflexion verheimlicht Heyer nicht sein eigenes Urteil, bezieht Position, teilt auch manchmal gegen Parteien und Politiker der Gegenwart aus. Der Schluss beinhaltet dann selbst so etwas wie eine Utopie: Die Utopie einer geschichtsbesessenen und selbstreflexiven Linken, die für mehr Demokratie und mehr Gleichheit zu kämpfen vermag. Für Heyer trifft zu, was er selbst an Lafargue beobachtet: »Er steht durch sein Leben und Wirken für die Tatsache, dass man ein politischer Mensch zu sein vermag, engagiert und couragiert, aber dennoch auf anderen Gebieten zu einer wissenschaftlichen

Neutralität fähig sein kann, die zwar partiell durchbrochen, nie aber ganz aufgehoben wird.« (S. 37)

Das Buch ist nicht nur all jenen zu empfehlen, die an Utopie und Utopie-Forschung interessiert sind; es richtet sich gerade auch an alle, die sich als politisch »links« verstehen, mit der Aufforderung, die politische Utopie in ihrer modernen Form als konstitutiv für das Selbstverständnis der Linken (neu) zu entdecken.

MARTIN D'IDLER

Annemarie Türk (Hg.):  
Grenzverkehr, Literarische  
Streifzüge zwischen Ost und West,  
Drava, Klagenfurt 2006,  
320 S. (21 €)

Helga Rabenstein et al. (Hg.):  
Kulturräume. Universitäten  
Klagenfurt, Koper, Ljubljana,  
Maribor, Trieste, Udine, Drava  
Klagenfurt 2005, 160 S. (16 €)

Werner Wintersteiner:  
Poetik der Verschiedenheit.  
Literatur, Bildung, Globalisierung,  
Drava Klagenfurt 2006,  
322 S. (29,50 €)

Während ein nicht mehr ganz junger Eurozentrismus Ablehnung und im Einzelnen auch schon einmal Erschrecken zeitigt, finden sich in den vorzustellenden 3 Bänden eminent Zukunft eröffnende Zugänge zu einem Europa, das Grenzen auch kennt *und* transformiert. Dabei gilt das Interesse den marginalisierten Literaturen, Ethnien und Regionen und zwar in ihrer verwandelnden Kraft. Die voneinander unabhängigen Darstellungen widmen sich dabei literarischer Gestaltung in praxi, institutionellem universitärem Engagement und theoretischer Durchdringung der Materie. Der erste Band bildet die literarische Basis für die-

ses ganzheitliche Europa mit allen seinen Rändern.

Ausgesprochen oft findet sich in diesem Sammelband das Wort »Grenze«, solo und in Zusammensetzungen etwa mit »Erfahrungen« und »Überschreitungen«. Daneben taucht häufig Wien als Ziel- oder Ausgangsort auf. Beides ergibt sich daraus, dass ein österreichisches Projekt Künstler und Künstlerinnen zu Studienaufenthalten einlädt und diese 2004 für die Anthologie literarische Streifzüge zwischen Ost und West unternahmen. Zugleich hat »KulturKontakt Austria« für dieses Unterfangen die Übersetzerinnen und Übersetzer ins Deutsche eingeladen. Wenn die Leserschaft also zu dem Buch greift, ist mit demselben längst etwas geschehen, zwar öffentlich und doch für die Lektüre üblicherweise eine verborgene Grenzgängerei: Die Beiträge sind allesamt übersetzt worden, und die Originale in 12 Sprachen können im zweiten Teil aufgeschlagen werden. 21 Männer und Frauen haben Essays, Skizzen, Gedichte und Tagebuch-Notizen geschrieben, von 15 Dolmetscherinnen und Dolmetschern übertragen. Von Lettland über Rumänien und Albanien bis Russland und Serbien sind Literaturen im kleinen und großen Grenzverkehr vertreten. Damit leistet der Band einen Brücken-Dienst, ohne den das viel beschworene Europa eine Bürokratenidee bliebe.

Der ukrainische Schriftsteller Jurij Andruchowitsch z. B. ist gerade auf der Leipziger Buchmesse mit dem Preis für europäische Verständigung ausgezeichnet worden und hat bei seiner Ehrung in einer fulminanten Rede versichert, er werde nie mehr ins EU-Europa einreisen, solange Visa-Zwang bestünde. In dieser Anthologie verlangt er entsprechend, als Europäer und nicht als Fremder behandelt zu werden. Nelly Bekus aus Weißrussland beschreibt analoge bittere Erfahrungen auf dem »Territorium des Visums«. Die Lektüre verdeutlicht jedenfalls nicht allein mittels dieser Beispiele, dass es aus der Perspektive der Betroffenen noch eine andere Visa-Affäre gibt als die, die politisch 2005 vorgeführt wurde. Die Orte, von denen aus hier geschrieben wird, können nicht einfach als Peripherie abgetan werden. Auch so herabgesetzt, könnte Südosteuropa stärker ins Zentrum des Geschehens rücken, als jetzt vorstellbar. Somit wird insgesamt auf unkonventionelle und einladende Weise Aufklärung und

Weiterbildung in Sachen Europa für Menschen geleistet, die noch andere Stimmen hören möchten als die aus der europäischen Verwaltung.

Der zweite vorzustellende Band versammelt Vorträge auf der Konferenz *kultur.räume*, zu der die Universität Klagenfurt/Celovec ihre Nachbaruniversitäten Triest, Ljubljana, Udine, Maribor und Koper im November 2003 eingeladen hatte – der Alpen-Adria-Raum – synchron als Herberge von Regionalität und Labor der Internationalität. Dabei beherrscht nicht Euphorie die Szene, sondern Einfühlung in die Notwendigkeit. Fortschritte und Hemmnisse im Forschungs- und Wirtschaftsraum z. B. werden deutlich benannt (H.-J. Bodenhöfer), Erfolge und Defizite der akademischen Kooperation kommen zur Sprache samt Mangel an Finanzen sowie hilfreichen Netzwerken und Lobbies (C. Benussi) nebst Bescheidenheit als Meisterin des akademisch Möglichen (P.-H. Kucher). Regionen mit ihren Kulturen und Literaturen im Dialog decken bei unterschiedlicher Methodik der Beiträge blinde Flecken in der Wahrnehmung der Fremden auf (z. B. N. Slibar). Die Mehrsprachigkeit des Bandes mit englischen Resümées liefert ein Exempel für die Transformation vielfach genannter Grenzen.

»Diese Arbeit ist gegen einen bildungspolitischen Zeitgeist gerichtet, der das Bildungswesen den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterordnet und den Anspruch auf Emanzipation durch Bildung längst aufgegeben hat« (S. 226), beschreibt der Autor dieser theoretischen Grundlegung seine Position in schöner Offenheit. Er will der Reduktion und Aushöhlung der Bildungsidee mit einem neuen Programm entgegentreten, nicht mit Nostalgie und Larmoyanz. Eine Poetik der Verschiedenheit wird von ihm in zahlreichen Facetten als Theorie vorgestellt. (Ausführlicher und praktisch entwickelt Wintersteiner sie in einem angekündigten Band »Transkulturelle literarische Bildung. Die Poetik der Verschiedenheit in der literaturdidaktischen Praxis«, das im Innsbrucker Studienverlag erscheinen soll.)

Wer von der Kritik an der Wirkungslosigkeit der Germanistik beeinflusst ist, bekommt durch Wintersteiner vermittelt, wie der »Diskurs der Diversität« einen innovativen Sprung in die Anforderungen der Zeitlage ermöglicht. Grenzen, Immigration, Exil und Asyl werden als

Züge ständig mehr und mehr allgemeingültig werdender Welterfahrung auf ihre erneuernde Wirkung auf die Literaturwissenschaft untersucht. »Die globale Solidarität wird nicht als Errungenschaft der westlichen Zivilisation dargestellt, sondern als zeitgemäße Erneuerung einer Erfahrung und Tradition, deren Existenz von der westlichen Zivilisation bedroht ist.« (S. 39) Wintersteiner erläutert das an einem Text John Bergers, eines Engländers, der seit Jahrzehnten in Frankreich lebt, und zieht das Fazit: »Es gibt keinen Weg mehr zurück, zum alten Heim, nur nach vorne, zu einer noch ungewissen gemeinsamen Heimat für die gesamte Menschheit.« (S. 38) Ein konkreter Kosmopolitismus, der von aktiver Zugehörigkeit zu einer bestimmten Region, der Durchlässigkeit von Grenzen und dem Tanz der Kulturen inspiriert ist, transformiert die nationale Bildung und beendet langfristig die Vorherrschaft des Nordens über den Süden. Lokale Verankerung und globale Perspektive bestimmen eine Kultur des Friedens, die Wintersteiner beschreibt als transnationale Solidarität der Marginalisierten für eine gewaltfreie Transformation eines ungerechten Weltsystems. Die Rede von der Bedeutungslosigkeit der Literatur wird als eine Fehleinschätzung enthüllt, weil Literatur immer noch das Potenzial zur Überschreitung des Nationalen in Richtung Beheimatung in der Welt enthält.

Die so genannten kleinen Literaturen mit ihrer Transparenz für Mehrsprachigkeit und Multikulturalität tragen wesentlich zu dieser Grenzüberschreitung bei und bewahren nicht allein Tradition, sondern kreieren durch Kreolisierung und Hybridisierung eine neue Weltsicht. Das Universale spricht gewissermaßen Dialekt, und das Regionale wirkt in die Weite. Die Literatur der Ränder beeinflusst Mitteleuropa, und dieses bedarf solcher Einflüsse, soll es nicht zur Idylle herunterkommen. Die Anwesenheit dieser kleinen Literaturen vor und auch in den Grenzen der Dominanzkulturen durch Schriftstellerindividuen ist wahrzunehmen, sollen nicht »Medien-Bastarde« den »mitteleuropäischen Kitsch-Konsumenten« (D. Dedovic) in seinen Vorstellungen von fremder Literatur und Kultur prägen. Literarische Bildung wird in diesem Konzept repolitisiert und aufgewertet als Orientierung in Fremdheit, an Grenzen, in kulturellen Mischformen zwischen Kulturen, also

in Kreolisierung, Hybridisierung und Synkretismus.

In spannenden Exkursen, die an je einem exemplarischen Literaturtext die Theorie sichtbar machen, und mit wechselnden Zugängen in Kontinuität des theoretischen Ansatzes zeigt Wintersteiner, wie Literatur als fremdes Wort, fremder Blick auf die Gesellschaft und als fremdes Gefühl inmitten dominierender Emotionen in kulturellem Gewande den vorherrschenden Meinungen Paroli bietet. Eine andere Nachricht vom globalen Markt mit lebenswichtiger Information für das Europa von Verfestigung und Übergang, nicht zuletzt für die Literaturwissenschaft!

JENS LANGER

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI):  
WSI Tarifhandbuch 2006,  
Bund-Verlag Frankfurt a. M. 2006,  
299 S. (17,90 €)**

Selbst der Tarifabschluss der IG Metall im April 2006, der von vielen Gewerkschaftern als Erfolg angesehen wurde, beinhaltet eine Öffnung bei den Einmalzahlungen, die ein Abweichen auf betrieblicher Ebene ermöglicht. Das »Tarifhandbuch 2006« des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI), das der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung zugeordnet ist, hat die Tarifabschlüsse der letzten Monate untersucht. Das Resultat: Die Tariflandschaft und die Tarifverträge unterliegen einem starken Wandel. Die Tarifbindung geht seit Mitte der neunziger Jahre zurück. Es gibt keine wichtige Branche, für die nicht in den vergangenen Jahren substantielle Öffnungsklauseln vereinbart worden sind.

Ein Blick in die Tarifverträge der verschiedenen Branchen zeigt, wie weit die Eingriffe in die Tarifverträge gehen. Löhne, Urlaubs- und Weihnachtsgeld können betrieblich gesenkt werden. In der Chemieindustrie gibt es niedrigere Einstiegstarife für Langzeitarbeitslose. Eine Härtefallklausel in der Metallindustrie sieht vor, die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 30 Stunden zu verkürzen, wenn der



Unternehmer dies will. Eine Klausel Im Einzelhandel in Ostdeutschland sieht geringere Gehälter in kleineren und mittleren Firmen vor.

Die Tarifverträge in der Metallindustrie weisen ein hohes Maß an differenzierten und flexiblen Regelungen auf, betont der Tarifexperte des WSI-Instituts, Reinhard Bispinck. Tarifstandards der Branchen können in vielfältiger Weise an die »betrieblichen Bedingungen« angepasst werden. Davon wird in der Praxis auch reger Gebrauch gemacht. Die Metalltarife bieten nahezu jedes erdenkliche Maß an Arbeitszeitflexibilität. Regelungen zur Arbeitszeit wurden im Rahmen der Arbeitszeitflexibilisierung seit Mitte der achtziger Jahre vereinbart. Dazu zählen Möglichkeiten zur Arbeitszeitverlängerung, zu Arbeitszeitkonten oder zu Arbeitszeitkorridoren. Seit Mitte der 90er Jahre werden zunehmend tarifliche Möglichkeiten zur befristeten Absenkung der Arbeitszeit vereinbart, die dem Ziel der Arbeitsplatzsicherung dienen sollen. Seit dieser Zeit ist auch zunehmend der Regelungsbereich von Lohn und Gehalt betroffen. Dabei geht es um das befristete Aussetzen vereinbarter Tarifierhöhungen, Einstiegstarife für Arbeitslose oder um die Absenkung tariflicher Grundvergütungen. Auch die leistungsbezogene Vergütung spielt eine Rolle bei Tarifverhandlungen.

Betriebsräte versprechen sich jedoch von dieser Verbetrieblung der Tarifpolitik keine Fortschritte. Für diese Arbeitnehmervertreter ist die Verbindlichkeit von Tarifverträgen von hoher Bedeutung. Von einer zunehmenden Flexibilisierung tariflicher Regeln auf betrieblicher Ebene profitieren nach Meinung der Interessenvertreter nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmen, so das Ergebnis einer WSI-Befragung von Betriebsräten.

»Das System einheitlicher Flächentarifverträge, das mit verbindlichen und unabdingbaren Tarifstandards branchenbezogen die Arbeits- und Einkommensbedingungen aller Beschäftigten regelt, gehört offenkundig der Vergangenheit an«, betont WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. »Es wurde inzwischen abgelöst von einer bunt gescheckten Tariflandschaft. Diese weist ein breites Spektrum tarifvertraglicher Regelungsmuster und unterschiedliche Verbindlichkeitsgrade der Tarifbestimmungen auf.«

Damit das Tarifsysteem nicht weiter zerfasert, sollen nach Beobachtung des WSI Branchentarifverträge systematischer als bislang betrieblich verankert und umgesetzt werden. Insofern gewinnt eine neu definierte »betriebsnahe Tarifpolitik« an Bedeutung. Der Gesetzgeber müsse nach Auffassung von Bispinck eine Re-Stabilisierung des Tarifsystems flankieren. Unterstützende Maßnahmen sind in vielen europäischen Nachbarländern üblich. Dazu gehören für Bispinck ein erleichtertes Verfahren der Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen auch gegen den Willen der Unternehmer, eine Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen und ein gesetzlicher Mindestlohn.

MARCUS SCHWARZBACH

Paul Windolf (Hrsg.):  
Finanzmarkt-Kapitalismus,  
VS Verlag für Sozialwissenschaften  
Wiesbaden 2005, 516 S. (49,90 €)

Seit Jahren befindet sich die Welt im Umbruch. Modelle wie der »Fordismus« oder der »Rheinische Kapitalismus« haben ausgedient, um die Wirklichkeit zutreffend zu beschreiben. Offensichtlich ist etwas Neues im Entstehen, aber was? Genau wird man das erst wissen, wenn der Transformationsprozeß abgeschlossen ist. Schon heute aber ist es möglich, Tendenzen aufzuzeigen, auf Veränderungen hinzuweisen und Erklärungsversuche zu wagen, um den sich vollziehenden Umbruch schließlich »auf den Begriff« zu bringen. Der vorliegende Sammelband, erschienen als Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, ist ein solcher Versuch. Er verbindet erste Analysen des neuen Kapitalismus mit gewagten Hypothesen und Feldbeobachtungen und vermittelt dem Leser auf diese Weise ein imponierendes Bild über den aktuellen Diskussions- und Forschungsstand. Noch viel wichtiger aber ist, daß die Autoren in ihren Texten ein Reihe wichtiger vorwärtsweisender Fragen aufwerfen und damit die Richtung der künftigen sozioökonomischen Forschung markieren.

Zentraler Gegenstand des Buches ist der »Finanzmarkt-Kapitalismus«. Hierzu gehört

die Analyse der Institutionen des Finanzmarktes, ihres Funktionierens sowie ihres Einflusses auf die Realökonomie. Es wird die These vertreten, daß der gegenwärtige Umbruchprozeß vor allem durch eine Zunahme der Bedeutung der Finanzmärkte und deren wachsenden Einfluß auf die Strategie und Struktur der Unternehmen charakterisiert ist. Sowohl das Produktionsmodell als auch das Akkumulationsregime und die Regulationsweise sind davon betroffen, so daß in der Tat von einem sozio-ökonomischen Umbruch gesprochen werden kann. Die Frage ist jedoch, ob das neue globale postfordistische Produktionsregime auch ein »Wachstumsregime« ist, das letztlich zu mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand führt, oder ob es sich dabei lediglich um ein »Umverteilungsmodell« handelt.

Im einleitenden Beitrag geht Paul Windolf der Frage nach den neuen Eigentümern im Finanzmarkt-Kapitalismus nach. Waren dies früher die Aktionäre im Verein mit den Banken, so sind es heute die Investment- und Pensionsfonds. Am Beispiel der Deutschen Börse wird gezeigt, wie das frühere korporatistische Kontrollsystem der Banken inzwischen durch eine Kontrolle des Managements durch Investmentfonds abgelöst wurde. Letztere agieren im Unterschied zum Bankensystem global und orientieren sich eher an kurzfristigen Gewinninteressen. Dadurch verändert sich das Produktionsregime (»Deutschland-AG«) hin zu einem globalen »shareholder-value«-Regime.

Im zweiten Teil wird dieser Prozeß genauer untersucht und der Finanzmarkt-Kapitalismus gegenüber Hilferdings Finanzkapital-Begriff von 1910 abgegrenzt. Der Autor zeigt, daß dafür vor allem die Pensions- und Investmentfonds, die heute in den USA bereits 60 Prozent der 1 000 größten Aktiengesellschaften besitzen, verantwortlich sind. Das neue Kontrollinstrument ist nicht der Kredit, sondern sind die Eigentumsrechte, woraus sich eine Machtverschiebung ergibt. An diese faktengestützte Analyse knüpft der Autor allerdings die gewagte These, daß dieses Regime letztlich nicht wachstumsfördernd, sondern -hemmend sei (S. 53), was sich aktuell noch nicht belegen läßt. Trifft diese Aussage zu, so hätten wir es mit einem parasitären System zu tun, das tendenziell den Wohlstand gefährdet. Christoph Deutschmann greift diese Frage auf. Er verfolgt dabei eine Mehrebenen-Per-

spektive, welche das Handeln der Akteure in den Unternehmen und Haushalten ebenso einbezieht wie die Meso-Ebene der institutionellen Investoren. Seine zentrale These lautet, daß es durch die Schlüsselrolle, welche die Investment- und Pensionsfonds im Finanzmarkt-Kapitalismus einnehmen, zu »einem depressiven Effekt« auf das Wachstum kommt (S. 58 ff.). Er macht diese These vor allem an der Beobachtung fest, daß der ungeheuren Mobilisierung von Finanzvermögen in der Gegenwart eine ausgesprochene Schwäche bei den Investitionen entspricht, woraus die Neigung zu spekulativen »Blasen« entspringt, zu Finanzkrisen. Bei der weiteren Erörterung dieser Problematik greift der Autor auf die umstrittene These von der (relativen) Loslösung der Finanzsphäre von der Realsphäre zurück. Nicht immer glücklich, wie es scheint. So vergleicht er den Verwertungsprozeß des Finanzkapitals mit einem »Kettenbriefsystem« (S. 65), glaubt, daß das überproportionale Anwachsen der Finanzvermögen den »hohen Realzinsen« zuzuschreiben sei (S. 78) und postuliert aus unerfindlichen Gründen die »Einlösung« der aufgelaufenen öffentlichen Schulden (S. 80). Insbesondere letztere Forderung dürfte sich als illusionär erweisen. Zudem beruht sie auf einem vorkreditmarkt-kapitalistischen Geldverständnis und paßt daher nicht so recht in die Logik der ansonsten sehr überzeugenden Darstellung.

Der für das theoretische Verständnis des Kreditmarkt-Kapitalismus zentrale Beitrag des Buches stammt von Klaus Dörre und Ulrich Brinkmann. Sie zeigen, daß sich im Zuge der finanzmarktkapitalistischen Transformation ein »flexibles Produktionsmodell« herausbildet, was zu einer Restrukturierung der Arbeitsgesellschaft führt. Der Finanzmarkt fungiert dabei als Triebkraft. Letztlich verändert sich dadurch alles: Leitbilder, Managementprinzipien, Unternehmensstrategien, Regulierungsformen, Institutionen. Die Autoren zeigen die Anfänge eines »nachfordistischen Produktionsmodells« auf, weisen allerdings darauf hin, daß sich dieses nur sehr allmählich durchsetzt. Zentral ist die Marktsteuerung und die kohärenzstiftende Rolle des Geldes. Arbeitspolitisch hat nur Bestand, »was sich unter dem Druck der vielfach beklagten ›tyranny of finance‹ als überlebensfähig erweist« (S. 87). In gelungene-

ner Verbindung ökonomischer und soziologischer Analyse arbeiten die Autoren heraus, wie sich unter den neuen Bedingungen die Spielregeln in den »sozialen Arenen« grundlegend verändern. Überraschend ist dabei der Befund, daß sich der »entscheidende Bruch« nicht auf der Ebene der Arbeitsorganisation vollzieht, sondern durch die Dominanz der »finanzialisierten« Marktökonomie gegenüber der Produktionsökonomie (S. 111) zustande kommt.

Abgerundet wird der zweite Teil durch einen Aufsatz von Stefan Kühl über Erfolg und Mißerfolg im »Exit«-Kapitalismus, worin der Autor das Gewinnmotiv in risikokapitalfinanzierten Unternehmen thematisiert und zeigt, daß hier alles auf eine kurzfristige Strategie des Anlegens und Gewinnrealisierens durch Verkaufen hinausläuft. Der Profit dient dabei als »Mythos«, um die Finanzierung als Kapitalmarkt sicherzustellen.

Der dritte Teil des Bandes ist den Mikrostrukturen der Finanzmärkte gewidmet. Der vierte Teil den institutionellen Strukturen. Der fünfte Teil beginnt mit einer historischen Analyse der Unternehmensfinanzierung in Deutschland seit 1848 von Dieter Ziegler. Dieser Beitrag ist vor allem deshalb von Interesse, weil er deutlich macht, welche zentrale Rolle im früheren Kapitalismus die Banken spielten und wodurch sich der Finanzmarkt-Kapitalismus hiervon unterscheidet. Der sechste Abschnitt ist dem Thema Finanzmärkte und Korporatismus gewidmet, der siebente Abschnitt der sozialen Ungleichheit. Im letzten Teil ist vor allem der Beitrag von Stefan Hradil beachtenswert. Der Autor untersucht, ob und warum seit den 70er Jahren die soziale Ungleichheit wieder im Wachsen begriffen ist. Er diskutiert dies auf der Basis von Modernisierungs- und Globalisierungstheorien und anhand empirischer Daten. Sein Fazit lautet: »Die Verteilungen der verfügbaren Haushaltseinkommen sind in den meisten entwickelten Ländern wieder (...) ungleicher geworden. Dies stellt einen Trendbruch dar. (...) Eine Gesellschaft der Einkommensgleichheit wird aber auch dann nicht kommen, wenn das derzeitige Ungleichgewicht überwunden sein sollte« (S. 481).

ULRICH BUSCH

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

## kreativ

### Bestellkupon

An  
UTOPIE kreativ – Redaktion  
Franz-Mehring-Platz 1  
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- I
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 135 bis 158 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 134 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße

.....  
PLZ, Ort

.....  
Kontonummer

.....  
BLZ / Geldinstitut

.....  
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird. Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

## SUSANNA BÖHME-KUBY Future Generations and Tucholsky

Kurt Tucholsky (1890-1935) is being read in Germany – but how? Do people read him as a political journalist? Or much more as an immortal humorist and satirist? Do opinions still diverge on Tucholsky's articles, poems, books and political standpoints? The author discusses the permanence of Tucholsky's works and the current effects of his political statements.

## THOMAS MARXHAUSEN »MEGA – MEGA« and No End in Sight

The publication of the comprehensive works of Karl Marx and Friedrich Engels, drafts, excerpts, letters and other forms of papers, in a Marx Engels Complete Edition (Marx-Engels-Gesamtausgabe – MEGA) has a long history, and is still in development. The author looks back to the first MEGA, which began in the Soviet Union during the 1920s, but was discontinued in the 1930s. He also reviews the initiation of the second MEGA in Berlin (GDR) in 1975 and discusses the ongoing efforts for the MEGA since 1990.

## RAINER RILLING A Forgotten Left?

Debating the upswing of the Left, focus is often only on the Latin American Left or the Left in other parts of Europe. The Left in the United States or in Canada seem to be forgotten. Reviewing an article written by Stanley Aarowitz for the periodical »Situations«, the author reveals some of the more recent North American developments. He shows that this Left has tested a wide range of political proposals and organization techniques without much success.

## LUIGI WOLF Re-Foundation of the Left – Also in France?

The author discusses the 33rd Congress of the French Communist Party, which was convened from March 23-26, 2006. He describes how the gigantic mobilisation against the discrimination of first-employment youth, as well as the »Non« to the European Constitution Treaty, have played decisive roles in the adoption of a resolution to postpone, until autumn 2006, a decision on a communist candidacy in the 2007 elections, and to appeal, now, for an anti-neoliberal, unified, left candidacy, that would open the way for a re-foundation of the Left, in general.

## Friedrich W. Sixel The Unconditional Basic Income – A Way to Modernized Socialism

Taking part in the discussion on unconditional basic income, and particularly in view of the contributions made by Ulrich Busch (UTOPIE kreativ 181) and Sascha Liebermann (184), the author contends that the society finds itself helpless both in face of mass unemployment and in its confrontation with a type of growth, that destroys all perspectives. This, the author contends, is why the Left has to accept the primacy of nature – and not just the primacy of work. The struggle for the unconditional basic income could form the key to this new understanding.

## MEINHARD CREYDT The Liberation of Labour

The contemporary society – the author says – scandalously accepts the tremendous amount of subaltern, restrictive labour, which neither needs, uses nor develops human capabilities. But under conditions, where labour is necessary and unavoidable, people can only be free, when the production is organised in such a way, that makes labour attractive. The author demands a renunciation of the single-minded course, concentrated solely around higher efficiency, to focus on the enhancement of the social attractiveness of labour.

## HEINZ SCHÄFER Darmstadt 1950. Preceding the Banning of the KPD in 1956

In August, 1956, the Constitutional Court of Germany banned the Communist Party of Germany (KPD). The author describes how he experienced, already in September 1950, efforts to politically isolate the party, when he participated in a peace demonstration, in Darmstadt, in commemoration of the city's destruction through air raids in 1944. The demonstration, organised by the Union of Nazi Victims and peace organisations, was forbidden on short notice, and the participants persecuted, some suffering life-long consequences.

## Günter Wirth The Other Transformation

With the intention of discussing, in a broader historical framework, the transformation of East Germany since 1989, the author offers biographical studies of German personalities of the period between 1945 and 1951. Looking into the decisions made, at the time, by the scholars Gerhard Kaiser, Fritz Klein, Walter Bredendiek, Klaus-Peter Hertzsch, Kurt Meier, Hans Georg Thümmel and Wolfgang Ullmann, he exposes the diversity of paths taken by people, who, after the Nazi dictatorship, wanted to participate in the building of a better society – whether in East or West Germany.

## HEIDRUN HEGEWALD

### Women's Pictures

This is the laudatory speech held in Berlin by the German painter, Heidrun Hegewald, for her Angolan colleague Maria Manuela Sambo. Also presented are some of the creations of Maria Manuela Sambo, who majored in German Language and Literature Studies from 1985 until 1993, first in the GDR, then in united Germany. She later became a painter, expressing the destiny of the African in today's world.

## DORIS KATHEDER

### From »Girlie« to »Görl«?

#### Girl Images Between Assertion and Reality in Non-Commercial Youth Magazines

Reviewing German non-commercial magazines »Görl« (Girls), the »fan-zine« »Things are Queer« and the website »Mädchenandermaus« (Girls Using the Mouse), the author makes an analysis of differences between these publications and commercial youth magazines like »Bravo Girl!«. She also discusses the intentions behind the non-commercial publications, creating a new unity in authenticity, communication and action.

## CHRISTOPH SCHAUB

### The Banlieue and the Fire

#### Urban Space and Aesthetic Self-Maintenance in the Rap Lyrics of La Rumeur

Against the background of the recent riots in French suburbs, the author explores the lyrics of the Paris based rap group, La Rumeur, and explains the idea behind this group's rap music as an anti-hegemonic practice of (self)education. Furthermore, the author explores its political images of urban space while analysing related metaphors of self-maintenance.

## MICHAEL BRIE

### What Would Rosa Have Said?

In this contribution to the Rosa Luxemburg Conference held by the Rosa Luxemburg Foundation on March 5, 2006, the author sees the Left confronted with two different policies of the ruling classes: on the one hand, an imperial, authoritarian neo-liberalism and a policy of a multilateral, social-democratic shaping of the finance-market capitalism, on the other. The Left, he says, is challenged to overcome its traditional schism to block the domination of the first of these two policies, which produces a tendency toward barbarism. He pleads for solutions characteristic of the radical humanism represented by Rosa Luxemburg.

## GEORG FÜLBERTH

### Capitalism

This was also a contribution to the Rosa Luxemburg Conference (see summary above). The author discusses seemingly »simple« questions, such as »what, by the way, is capitalism?« and »when did it begin – and where?«, reviews Marx' very rare mentioning of the word »capitalism« itself, remembers Rosa Luxemburg's »great idea of capitalism« and concludes that »space« could be the key word for the new »global« capitalism while pleading for a courageous approach to what he calls »green fly socialism« (as opposed to »grasshopper capitalism«).

## MICHAEL R. KRÄTKE

### Nine Provisional Answers to Nine Difficult Questions

In this third text, published here as a result of the Rosa Luxemburg Conference, the author presents his views to the same questions discussed by Fülberth (see summary above), thus reflecting the vivacity of the debates at the conference. The author concludes that capitalism will only come to its end, when its »being without an alternative« is no longer an accepted fact and its absurdity, its impertinence, is widely understood.

## MANFRED SOHN

### Marx, Luxemburg and the Indispensability of Feminism

This author debates a part of an article written by Evelin Wittich in UTOPIE kreativ 185 (March 2006) about Rosa Luxemburg and contemporary Left discussions. The text in question contended that in German literature, Rosa Luxemburg is still not seen as a feminist. Reviewing a book written by Christel Neustüß in 1985 and presenting her conclusion about Rosa Luxemburg's role as a decisive link between Marxism and Feminism, he shows that Evelin Wittich's judgement is not completely correct.

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,  
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,  
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,  
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
Tel.: 030– 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €